

Hella Hertzfeldt (Hrsg.)

TATort und TATsache

Ferienakademie der Stipendiatinnen und
Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
September 2003

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 50

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HELLA HERTZFELDT (HG.)

TATort und TATsache

Fereinakademie der Stipendiatinnen und
Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
September 2003

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 50

ISBN 3-320-02955-X

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2004

Umschlag: Heike Schmelter

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
SABINE SCHALM Die Ferienakademie 2003 auf Schloss Augustusburg	8
JAN KORTE AK Zukunft der PDS	11
MICHAEL BROMBA Bemerkungen zum Strategiepapier von Michael Brie „Ist die PDS noch zu retten?“	15
ALEXANDER SCHLAGER Moderne – Kapitalismus – Moderner Sozialismus, oder: Mut zur Dialektik	21
THOMAS TETZNER Paßt, wackelt und hat Luft	38
VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT Die Doppelmoral Deutschlands in der Gesetzgebung zur Forschung mit embryonalen Stammzellen	41
CLAUDIA LOH, ANJA MÖBIUS, MANUELA REINHARDT AK Ernährungsmythen	58
STEPHAN B. ANTCZACK AK Arbeitskreises Kunst- und Kulturpolitik	90
VIOLA PRÜSCHENK Definition von „afrikanischen Literaturen“	96
LILL-ANN KÖRBER AK Krimi	104
JULIANE DYLUS Frauenkriminalliteratur der Gegenwart. Ein Überblick	107

ANJA HUTSCHENREUTER AK Mathematik	114
WOLFGANG WEIß 1,855 Kinder - Demographie zwischen Quantenmechanik und Relativitätstheorie?	117
JULIA SCHARF, THOMAS KACHEL AK Europäische Union	124
OLIVER J. HAAS Alternativen im politischen Leben des Iran	131
THOMAS SCHUBERT Anmerkungen zu Heideggers „politischer“ Philosophie. Die Rektoratsrede	140
ALFONS SÖLLNER Adorno und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik	157
STEFAN MERTENS Der Vermittlungszusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft innerhalb G. W. F. Hegels <i>Grundlinien der Philosophie des Rechts</i> (1821) und Helmuth Plessners <i>Grenzen der Gemeinschaft</i> (1924)	179
SVEN SIEBER Walter Janka und Wolfgang Harich -Zwei Intellektuelle und die Macht in der Frühphase der DDR	191
MARKO FERST Die Weite im Wissen	215
MARKO FERST Herbstbeginn in Augustusburg	218
Ablaufplan	222
AutorInnen	227

Vorwort

Die Ferienakademie des Jahres 2003 fand vom 22. bis 26. September auf der Augustusburg bei Chemnitz in Sachsen statt. Sie wurde gründlich von einer Gruppe StipendiatInnen vorbereitet und stand unter dem Motto „TatOrte-TatSachen“. Es war die 4. Ferienakademie seit der erstmaligen Vergabe von Stipendien durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende des Jahres 1999 und sie setzte durch ihre hohe Qualität und Ideenreichtum Maßstäbe für folgende Veranstaltungen. Ferienakademien stellen jeweils einen Höhepunkt im Leben der StipendiatInnen dar, sind sie doch zugleich Bildungsveranstaltungen, kommunikative Zentren und kulturelle Begegnungsmöglichkeiten. Sie sind Lern- und Lehrveranstaltungen für alle Beteiligten in einem.

Auf der Augustusburg beeindruckten Breite und Niveau der einzelnen Veranstaltungen, die von einer Diskussionsrunde zur Zukunft der PDS bis zur Bedeutung von Fraktalen in der Mathematik reichten. Sie verdeutlichten das Engagement und Interesse der StipendiatInnen für ihr jeweiliges Fachgebiet und die aktuellen gesellschafts-politischen Fragen. Das spiegelte sich in den dargebotenen Themen sehr anschaulich wider: während einige StipendiatInnen Teile ihrer Dissertation oder behandelte Probleme aus ihrem Studium zur Diskussion stellten, ging es anderen um einen Meinungsaustausch zu brennenden aktuell-politischen Fragen. Da die StipendiatInnen eine Vielzahl von Fächern vertreten und aus allen Teilen der Bundesrepublik angereist kamen, war eine spannende Debatte eigentlich schon vorprogrammiert. Und in der Tat wurde die Möglichkeit zur Diskussion ausgiebig genutzt und es entstanden weitere Arbeitszusammenhänge zwischen den StipendiatInnen.

Der vorliegende Band stellt einen repräsentativen Überblick über die unterschiedlichen Foren der Ferienakademie dar und gibt damit einen Einblick in ihre Vielgestaltigkeit. Er setzt sich zusammen aus Beiträgen von StipendiatInnen, VertrauensdozentInnen und externen ReferentInnen, die auf der Augustusburg lebhaft diskutiert wurden. An dieser Stelle sei allen AutorInnen für ihre Texte und der damit entstandenen soliden Dokumentation der Ergebnisse der Ferienakademie gedankt.

Hella Hertzfeldt, Juli 2004

Die Ferienakademie 2003 auf Schloss Augustusburg

Vom 22. bis 26. September 2003 fand auf Schloss Augustusburg, östlich von Chemnitz, die Ferienakademie 2003 der Rosa Luxemburg Stiftung statt. Die alljährliche Ferienakademie ist die größte Veranstaltung des Studienwerks der Rosa Luxemburg Stiftung, bei der die sowohl in Deutschland als auch im Ausland verstreuten StipendiatInnen die Möglichkeit erhalten, zusammenzukommen, um sich inhaltlich auseinander zu setzen, auszutauschen, kennen zu lernen und fachliche und persönliche Kontakte zu knüpfen. Auf der vorjährigen Ferienakademie 2002 in Hannover hatte sich eine fünfköpfige Vorbereitungsgruppe zusammengefunden und die Planung und Organisation der Ferienakademie 2003 in Angriff genommen.

Ganz bewusst entschied sich die Vorbereitungsgruppe für die etwas abgelegene Augustusburg, um an einem geschlossenen Tagungsort viel Raum für die Gruppendynamik zu lassen. Der Vorlauf für die Ferienakademie 2003 war vor allem gekennzeichnet durch die organisatorischen Vorarbeiten für eine Tagung: Absprachen zur Unterkunft, Verpflegung, koordinierter Anreise sowie Begleitveranstaltungen, Ablauf, Rahmenbedingungen und Unterstützung der Mitwirkenden der inhaltlichen Beiträge.

Das Programm der Ferienakademie wurde von den StipendiatInnen selbst gestaltet. In der Stiftung existieren verschiedene stipendiatische Arbeitskreise, die sich regelmäßig treffen und inhaltlich zusammenarbeiten. Auf der Ferienakademie haben die StipendiatInnen die Möglichkeit, diese Arbeitskreise vorzustellen, inhaltliche Arbeiten fortzuführen oder auch individuelle Beiträge aus dem politischen oder fachlichen Tätigkeitsumfeld einzubringen. Besonders erfreulich war, dass VertrauensdozentInnen der Einladung auf die Augustusburg gefolgt sind und mit Referaten oder Arbeitskreisen zur Vielfalt des Programms beigetragen haben.

Die Vorbereitungsgruppe hatte es sich zur Aufgabe gemacht, noch mehr StipendiatInnen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen zur Teilnahme zu motivieren. Die Ferienakademie sollte nicht ausschließlich ein politikwissenschaftliches Diskussionsforum bieten, sondern darüber hinaus Beiträge aus anderen Disziplinen wie beispielsweise den Naturwissenschaften, der Kunst oder den Wirtschaftswissenschaften ermöglichen. Die Bandbreite der angebotenen Themen sollte einerseits das weite fachliche Spektrum der Stipen-

diatInnen repräsentieren, andererseits viele Teilnehmer anlocken. Aus diesem Gedanken heraus wählte die Vorbereitungsgruppe ein Motto für die Tagung, das möglichst weit gefasst viele Arbeitsfelder umspannen sollte. Kurzum, die Richtung der Einzelbeiträge sollte nicht vorgegeben sein, um der Kreativität der Teilnehmer keine Grenzen zu setzen. Es entstand das Motto: *TATort und TATsache*. Wie viele unterschiedliche Möglichkeiten dieses Motto bieten konnte, hier ein paar Beispiele:

Zum Bereich *TATort*:

- Entortung: Bevölkerungsentwicklung, Stadtflucht, Exilliteratur, Präimplantationsdiagnostik;
Regionaler Tatort: Wirtschaftsregion Erzgebirge, Naturschutz, Länderdreieck Polen - Sachsen - Tschechische Republik, Stadtentwicklung Chemnitz;
Authentischer Ort: Erinnerungskultur an Täterort vs. Opferort, Bildungsort Schule.

Zum Komplex *TATsache*:

- Tatsachengläubigkeit: Objektivismus der Wissenschaft, Wahrnehmung der modernen Kunst, Ernährungsmythen;
Tatsachen schaffen: Ideologien, Autorität und Recht, Quotenfrauen und Quotenmänner.

Und tatsächlich schien das schwer geborene Motto sich auszuzahlen, denn es konnten aus verschiedensten Fachbereichen Beiträge für das Tagungsprogramm zusammengestellt werden. In 16 Arbeitskreisen arbeiteten die StipendiatInnen zu folgenden Themen: Europa, Kritische Geschichte, Ländlicher Raum, Wissenschaftstheorie, Kunst- und Kulturpolitik, Mathematik, Krimi, Genderforschung, Ernährungsmythen, Kritische Psychologie, Ost-West-Linke, medizinisch und gesundheitspolitische Entwicklungen, Philosophie, Irak-Iran, Tod und Gesellschaft, Zukunft der PDS, Nahost und Theologie.

Da neben dem täglichen Tagungsablauf auch für kulturelle Abwechslung gesorgt sein sollte, wurde ein buntes Rahmenprogramm organisiert. Der erste Abend stand unter dem Titel *Rosa-Luxemburg-Abend* und brachte den Besuchern in Vorträgen von Prof. Klaus Kinner und Prof. Erhard Hexelschneider die Person der Rosa Luxemburg aus der politischen und der literarischen Perspektive nahe. Am zweiten Abend trug der Schauspieler Jürgen Kretschmar das Stück *Marx in Soho* vor. Der Mittwoch war als Abwechslung zur Seminarform dem Exkursionstag vorbehalten und brachte die TeilnehmerInnen der Ferienakademie nach Chemnitz. Hier konnten sich die StipendiatInnen nach einer gemeinsamen Stadtführung durch die Innen-

stadt wahlweise für Besuche kultureller Einrichtungen wie einem alternativen Jugendclub, einem jüdischen Verein oder einem Besuch im Industriemuseum entscheiden. Abends kam man im Café Moskau wieder zu einem Vortrag von Klaus Melle zum Thema *Massenmedien im Prozess der deutschen Vereinigung* zusammen. Am letzten Abend wurde mit einem gemeinsamen Fest der Abschluss der Ferienakademie gefeiert.

Für die große und geduldige Unterstützung bei der Organisation der Ferienakademie danken wir vor allem den Mitarbeiterinnen des Studienwerks und allen Beteiligten, die am Gelingen der Ferienakademie 2003 mitgewirkt haben.

Die Organisationsarbeit für die Tagung mit 120 Teilnehmern hat sich gelohnt. Die Namen aus den Mailinglisten der RLS haben Gesichter bekommen, und wir dürfen uns auf ein Wiedersehen in der Lüneburger Heide im September 2004 freuen!

Sabine Schalm

Im Namen des AK Ferienakademie 2003

Jan Korte

AK Zukunft der PDS

Im Rahmen der Ferienakademie konstituierte sich der Arbeitskreis „Zukunft der PDS“ neu, um die Debatte über Möglichkeiten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zu führen. Perspektivisches Ziel des Arbeitskreises soll die Erweiterung des bisherigen Diskussionsprozesses über die inhaltliche und strategische Ausrichtung der PDS, aber auch die Analyse der Bedingungen in denen sozialistische Politik zur Zeit überhaupt möglich ist, sein. Im Folgenden sollen die ersten wesentlichen Punkte der Diskussion im AK skizziert werden. Da der Arbeitskreis in dieser Zusammensetzung erstmalig tagte, können an dieser Stelle nur erste Ansätze der Diskussion vorgestellt werden.

Die wesentlichen Punkte der Diskussion waren zum einen die Debatte um die mit der Bundestagswahl manifest gewordene, existentielle Krise der PDS und deren Ursachen. Zum anderen die Möglichkeiten als PDS wieder Fuß zu fassen und die hierzu erforderlichen strategischen Wege. Als Diskussionsinput dienten die Texte „Ist die PDS noch zu retten?“ von Michael Brie, sowie Thesen aus Thomas Falkners Text „Sozialisten im Abseits?“. Außerdem wurden die Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen von Regierungsbeteiligungen und die Einschätzung der Rolle von sozialen Bewegungen kontrovers andiskutiert.

Krise der PDS

Einigkeit herrschte unter den TeilnehmerInnen darin, dass die Krise der PDS nicht erst durch die verheerende Niederlage bei den Bundestagswahlen eingetreten ist, sondern bereits vorher absehbar war. Folgende Punkte wurden in der Diskussion als mögliche Ursachen benannt: Auf der einen Seite waren externe Faktoren eine Ursache des Scheiterns. Da diese allgemein bekannt sind, seien sie nur stichwortartig angeführt: Rotgrün verstand es, die Fragen Ostdeutschland, Frieden und bedingt auch „soziale Gerechtigkeit“ für sich geschickt zu usurpieren. Darüber hinaus wurde mit der Flut die nationale Gemeinschaft bedient, was in Deutschland immer gut ankommt. Auch lief alles auf die Frage Schröder oder Stoiber hinaus, was zu einer hohen Mobilisierung innerhalb des rotgrünen Lagers führte.

Die PDS versäumte es insbesondere gegenüber Rotgrün, die oben genannten Themen nicht durch eigene, weit reichendere Positionen, ihren „Markenzeichen“, zu verteidigen.

Die „Stoppt-Stoiber-Kampagne“ wurde noch weitergeführt, als es in den Umfragen längst die Möglichkeit einer erneuten rotgrünen Mehrheit gab. Dieses Festhalten bedeutete in den letzten Wochen des Wahlkampfes eine de facto Wahlempfehlung für Rotgrün. Der pointierte Angriff auf Rotgrün blieb somit aus.

Umstritten war im AK die These von Thomas Falkner, dass ein wesentlicher Punkt des Scheiterns der PDS die unklare strategische Verortung der PDS war. Falkner schreibt: „So setzte sich seit Frühjahr 2002 an der Bundesspitze faktisch eine Auffassung durch, die die PDS nicht mehr als Teil eines politischen Mitte-Links-Spektrums in Deutschland, sondern als ein „drittes Lager“ diesseits von Union und SPD betrachtete. Nach dem damit verbundenen Verzicht auf eigene strategische Optionen hat sich die PDS-Führung dann angesichts der knappen Umfrageergebnisse in eine formalisierte Konstellationsdiskussion zwingen lassen, in der inhaltliche Substanz schon gar nicht mehr aufgerufen wurde.“ (Falkner 2003). (Angemerkt sei nochmals, dass diese These im AK umstritten gewesen ist, da es unterschiedliche Einschätzungen über die Frage der politischen Spektren gab.)

Der AK sah auch den Verlust der Verknüpfung von Image mit Imageträgern. Notwendig sei, in Ost wie in West, ein neues Image, das mit der Förderung von neuen TrägerInnen in der Partei gekoppelt werden muss. Dies wurde lange Zeit versäumt.

Weitere Ursachen, die genannt wurden: Keine hinreichende Kommunikation über die Regierungsbeteiligungen; der Rücktritt Gregor Gysis; der Verlust des Ansatzes „Partei für den Alltag“ zu sein; keine adäquate Antwort auf die sich verändernden sozialen Schichtungen in Ostdeutschland; Versagen im Westaufbau der Partei.

Wege aus der Krise

Der Geraer Parteitag war offensichtlich kein Schritt raus aus der Krise, sondern verpasste die Chance oben genannte Fehler zu analysieren und neue strategische Optionen zu eröffnen. Gleichwohl sei angemerkt, dass es im AK unterschiedliche Meinungen in der Einschätzung des Parteitages gab, insbesondere der Begriff „Mitte-Unten-Bündnis“ wurde kontrovers diskutiert. Dabei herrschte unter den TeilnehmerInnen des Arbeitskreises eine kaum zu überwindende Differenz in der Einschätzung der Fragen über die Rolle der

sozialen Bewegungen und in der Frage, ob die „Tür nach links“ durch den aktuellen Sozialabbau offen ist oder nicht.

Ein Standpunkt in der Debatte zur Rolle der sozialen Bewegungen hatte zum Kern die Frage, ob es soziale Bewegungen überhaupt in einer qualitativen und quantitativen nennenswerten Art gibt und wenn ja, ob sie ein wesentlicher Bündnispartner für die PDS seien. Ein wesentlicher Teil der Stipendiatinnen stellte die Relevanz der sozialen Bewegung massiv in Frage und wies darauf hin, dass eine Fetischisierung sozialer Bewegungen zum Verlust der eigenen, sozialistischen und konzeptionellen Arbeit führen kann. Auch wurde moniert, dass soziale Bewegungen nicht per se progressiv und emanzipatorisch einzuschätzen sind, sondern dass eine genaue Analyse der dort vertretenen Strömungen vorgenommen werden muss. Auch wurde kritisiert, dass die sog. Bewegungen mehrheitlich bei den Bundestagswahlen Rotgrün unterstützten.

In Folge dieser Diskussion wurde das Konzept PDS-Plus von Michael Brie diskutiert, das einen sehr positiven Bezug zu sozialen Bewegungen herstellt. Die Notwendigkeit der Schaffung einer „Formation“ (Brie 2003) PDS-Plus wurde allerdings geteilt, wenn gleich es differierende Einschätzungen zu den möglichen Akteuren gab.

Zweiter grundlegender Streitpunkt war die Frage, inwieweit die Linke den „Technik- und Fortschrittsoptimismus“ (Falkner 2003) wieder gewinnen muss, der z.Zt. komplett von den Neoliberalen besetzt ist. In diesem Zusammenhang wurde auch ausführlich über die damit zu verbindende „Kritik der Arbeitsgesellschaft“ diskutiert. Eine Mehrheit der AK-TeilnehmerInnen sah eine große Chance in der Verbindung von Rückgewinnung eines Technikoptimismus und der Kritik der Forderung nach Vollbeschäftigung. Die Kritik der Arbeitsgesellschaft wäre überdies, so einige TeilnehmerInnen, eine durchaus popularisierbare Forderung in der Bevölkerung. Ebenso wie die Gewerkschaften, hat auch die PDS das Problem außer der Forderung nach Arbeit („Arbeit soll das Land regieren“) wenig zu einer Vision des schönen Lebens beizutragen. Kritisiert wurde überdies, dass diese Debatten, die in weiten Teilen der Linken zur Zeit diskutiert werden, zu wenig von der PDS, aber auch von der Stiftung aufgenommen würden. Diese Punkte sollen auf dem nächsten AK-Treffen nochmals gründlich debattiert werden.

Neben der Programmdebatte wurde im AK mit Michael Brie und Cornelia Hildebrandt auch die Frage des Westaufbaus der Partei diskutiert. Der AK

war sich einig, dass die PDS hier neue Wege gehen muss. Besonders gefordert wurde die Kontaktaufnahme mit den von SPD und Grünen abgeschreckten „frei schwebenden“ linken Intellektuellen, z.B. aus dem universitären Bereich. Der AK analysierte, dass es der PDS im Westen nicht gelungen ist MultiplikatorInnen im bildungsbürgerlichen Milieu zu erreichen, was ein erster Schritt zum weiteren Aufbau der PDS im Westen sein könnte.

Weiterführung der Diskussion

Der Arbeitskreis „Zukunft der PDS“ konnte nur brainstormartig erste Punkte diskutieren. Dies soll in der nächsten Zeit weitergeführt werden. Intensiviert werden soll auch die Zusammenarbeit zwischen StipendiatInnen und den zuständigen AKs der Stiftung. Im kommenden Jahr will der AK die Debatte fortsetzen und systematisieren. Im Anschluss daran sollen die Vorschläge und Kritiken auch mit VertreterInnen der Bundes-PDS diskutiert werden. Bedanken möchten wir uns bei unseren ReferentInnen und insbesondere auch bei Bernd Rumpf, der einen wirklich spannenden Vortrag über die Geschichte der PDS und ihren möglichen Strukturreformen gab.

Literatur

Brie, Michael: Ist die PDS noch zu retten? RLS-Standpunkte, Berlin, 2003.

Brie, Michael: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion. In: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin, 2002.

Falkner, Thomas: Sozialisten im Abseits? Auf: www.thomasfalkner.de

Bemerkungen zum Strategiepapier von Michael Brie „Ist die PDS noch zu retten?“

Die folgenden Bemerkungen beziehen sich auf das Strategiepapier von Michael Brie „Ist die PDS noch zu retten?“ (zuerst: RLS-Standpunkte 3/2003, hier in der erweiterten Internetversion vom Mai 2003). Es ist der Versuch, aus einer analytischen Perspektive die Schlussfolgerungen des genannten Papiers von Michael Brie zu befragen und in einigen Punkten einen möglichen Änderungsbedarf zu skizzieren.

1. *Keine* strategische Unten/Oben-Diskussion mit Ausschließungscharakter, dagegen ein intellektuell ansprechendes und auch mit Herzblut getränktes Programm, das sich an alle richtet, die mit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen – aus bestimmten Gründen – unzufrieden sind und Veränderung wünschen!
2. Die eine Achse der vorgeschlagenen Doppelstrategie, nämlich die Fokussierung auf die neuen Bundesländer, kann nur von eher mittelfristiger Bedeutung sein, denn in dem Maße, in dem die Menschen in der ehemaligen DDR im „Westen“ angekommen sind respektive sich die realen Lebensverhältnisse angleichen, wird eine spezifische Ostausrichtung obsolet werden.
3. Eine gewisse Ausrichtung an den realen Bedingungen und damit Wählerinteressen, wie sie im analytischen Teil des Papiers angedeutet wird und durch Umfrageergebnisse und Korrelationsstatistiken belegt wird, ist sicherlich im Hinblick auf die anstehenden und (über-)lebenswichtigen Wahlen gerechtfertigt und auch notwendig. Jedoch liegt darin die Gefahr, stetig sich verändernden Bedingungen nur ständig „nachzuhinken“, mit anderen Worten sich in eine Art „Empiriefalle“ zu begeben, wie das erkenntnislogisch im Positivismus angelegt ist. Der Spagat scheint mit einer visionären und ideenstarken Fundamentalkritik versus einer populistisch anmutenden blossen Meinungsrepräsentanz benennbar zu sein, der sich im Übrigen in dieser Form als Grundproblem der PDS widerspiegelt.
4. Der ebenfalls grundlegende – und damit zusammenhängende – Konflikt, wie er sich etwa durch Regierungshandeln innerhalb bestehender

Systemgrenzen versus Fundamentalopposition mit dem Ziel „einer neuen Produktionsweise, eines neuen Akkumulations- und Regulationsregimes“ (M. Brie, 2003: 2) beschreiben lässt, wird gerade nicht aufgelöst. Auch nicht durch den Versuch einer Doppelstrategie als Ostpartei im Verbund mit außerparlamentarischen Kräften, den so genannten „neuen sozialen Bewegungen“. Zum einen wird der Zeithorizont einer derartigen Doppelstrategie nicht expliziert, zum anderen unterbleibt die genaue Bestimmung des Begriffes eines „neuen Akkumulations- und Regulationsregimes“. Und drittens wird eine Partei, die sich sozusagen im alltäglichen Regierungsgeschäft die Hände „schmutzig“ gemacht hat, wohl kaum noch als „neue Kraft“ für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wahrgenommen!

5. So lobenswert der Versuch auch ist, andere Kräfte mit in die Partei zu nehmen bzw. mit diesen zu kooperieren, sozusagen als verlängerter parlamentarischer Arm vielfältiger Gruppierungen und Strömungen, bezeichnet dies im Umkehrschluss die Mangelsituation innerhalb der PDS als Quelle derartiger Bindungsversuche. Und genau das dürfte den Schwachpunkt abgeben: Warum sollten sich relativ erfolgreiche, themenzentrierte und projektartig organisierte soziale Bewegungen wie ATTAC, deren Stärke ja gerade in deren Form als Nicht-Partei besteht, sich in einer PDS wieder finden, die aus einer erkennbaren Position der Schwäche auf diesem Wege eine Art „Blutaufrischung“ betreiben möchte? Abgesehen davon, dass allein die Verwendung eines scheinbar aus dem Marketing inspirierten Begriffes „PDSplus“ bereits eine mögliche Trennung in „bessere“ und „schlechtere“ Aktive suggerieren kann!

6. Genauso unbestimmt werden die Begriffe „Flexibilisierung und Individualisierung“ verwendet, die im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrages“ mit „sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratisierung“ (alle: M. Brie, 2003: 2) zu verbinden wären. Nach Aussage einer Basisaktivistin könnte dieser Passus auch in einem Programmpapier der CDU oder auch SPD stehen! – Wo also ist das Scharnier zu einem „neuen Akkumulations- und Regulationsregime“?

7. Eine Partei, die sich „realen Veränderungen auch unter den Bedingungen der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse zumindest auf kommunaler und Landesebene“ (M. Brie, 2003: 2) verschreibt, muss natürlich erklären können, wie sie sich zugleich eine Systemtransformation (und nicht nur einem „Richtungswechsel von Politik“) weg von einem neoliberalen Modell des Raubtierkapitalismus hin – ja, wohin eigentlich? – vorstellt. Wobei die eigentliche Scheidelinie der Mitverantwortung innerhalb gegenwärtiger Systemgrenzen bereits zwischen Kommune und Land beginnt, wie z. B.

Steffen Kachel in einem kürzlich veröffentlichten Artikel in der UTOPIEKreativ treffend ausgeführt hat (Heft 153/154, S. 611).

8. So überzeugend die Analyse des gegenwärtigen Potenzials der PDS auch gelungen ist („Die PDS wäre dann in der außerordentlich problematischen Situation, als eine kleine Partei einen Richtungsdissens auszudrücken“, M. Brie, 2003: 20), so wenig lässt sich der Schluss belegen, dass es „den Eliten nicht gelingt, dauerhafte und stabile parlamentarische Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat zu schaffen“ (ebenda). Meines Erachtens lassen sich „Weimarer Verhältnisse“ noch nicht einmal im Ansatz erkennen! Auch der daraus konstruierte Interessengegensatz zwischen Eliten und ihren Wählern lässt sich kaum aus dem Anteil von Protestwählern herleiten, geschweige denn die Schlussfolgerung „einer tiefen Ablehnung der Richtung dieser Reformen durch die Mehrheit der Bevölkerung“ (2003: 21)! Da ist dann doch der Wunsch der Vater des Gedankens...

9. Der Stammwähleranteil der PDS wird in einer Analyse von Michael Chrapa auf höchstens 50% beziffert (Chrapa, 2002: 4).¹ Dietmar Wittich kommt in seinen Analysen zum Schluss: „Die Analyse der Präferenzen für die PDS zeigt, dass der „harte Kern“ mit starken Bindungen an die PDS relativ klein ist“ (Wittich, 2003: 1). Aber auch Wittich kommt auf etwa 50% Anteil der Stammwähler an dem PDS-Wählerpotential.² Besonders Frauen, die 45-59jährigen und überdurchschnittlich Gebildete (Befragte mit Hochschulabschluss) geben an, die PDS wieder zu wählen. Der Protestwähler-Anteil an dem Gesamtpotenzial zeichnet sich dagegen dadurch aus, dass es die vorwiegend Jüngeren und die eher niedrig Qualifizierten sind, ein weiterer Beleg für die These, dass es die sozial Benachteiligten sind, die aus Unmut mit den herrschenden Verhältnissen geneigt sind, die PDS zu wählen.

10. Der Umstand, dass gerade die Erstwähler der PDS prozentual *unterdurchschnittlich* konstatieren, dass diese sich für Ostdeutschland „einsetze“ (Chrapa, 2002: 4), lenkt den Blick auf den Umstand, dass die PDS eine ihrer bisherigen Stärken, nämlich die regionale Verankerung in den neuen Bundesländern, zu verlieren droht. Sicherlich gilt für die jüngere Generation auch, dass der Ost-West-Gegensatz an Bedeutung insgesamt verliert, denn diese kennen die ehemalige DDR nur noch aus ihrer frühen Kindheit. Der zweite demographische Faktor, das hohe Alter der ehemaligen Kader und Funktionärseliten der DDR, spricht ebenfalls für ein Abnehmen

¹ Die dort angegebenen Zahlen können dies jedoch kaum belegen, im Falle von Sachsen-Anhalt (als Vorwahl zu den BTW 2002) kann höchstens von 25% ausgegangen werden.

² Da sich offenbar dieser Anteil am potentiellen PDS-Reservoir von etwa 70% auf rund 50% innerhalb von wenigen Monaten verringert hat Wittich (2003: 3), bleibt die Frage, was sind Stammwähler?

der Stammwählerschaft bzw. der soziokulturell an die PDS gebundenen Wähler, so dass sich aus den bisher vorliegenden Analysen eher ein weiterer Abwärtstrend der PDS hinsichtlich ihrer Wahlchancen ergibt. Dementsprechend lässt sich ein zunehmend größerer Anteil des potentiellen PDS-Wählerreservoirs nur durch Politikangebote und qualifiziertes Personal erreichen (issue- bzw. candidate orientations).

11. Wie das Wählerstromkonto der LTW 2002 in Sachsen-Anhalt zeigt, gibt es einen nennenswerten Zustrom an Wählern von der extremen Rechten, der DVU. Man könnte dies vordergründig als Beleg für das vorhandene und zwischen den Extremen fluktuierende Reservoir an Protestwählern halten. Jedoch machen die Abströme hin zur CDU und FDP auch deutlich, dass es in Teilen der potentiellen PDS-Wählerschaft ein konservatives Element gibt. Wittich (2003) hat das mit dem Term „konservativ-kleinbürgerliches Milieu“ in einer mehrkategorialen Einteilung für das gesamte Deutschland gefasst. Obwohl der Anteil dieses Milieutyps an den Stammwählern der PDS eher gering ist, fällt hier der überproportionale Anteil der so genannten Kleinunternehmer bzw. Arbeiter auf, der zudem aus älteren Personen relativ zu anderen Milieutypen besteht.

12. Die aktuelle Lage der PDS wird sehr deutlich und auch schonungslos herausgearbeitet („Die eigentliche Ursache [für die Wahlniederlage der BTW 2002, M.B.] muss deshalb in der Schwäche des eigenen Profils gesucht werden“, M. Brie, 2003: 26). Jedoch wird daraus der Schluss gezogen, dass eine sozialistische Partei auf Dauer nur Erfolg haben wird, wenn sie „zugleich einen bundespolitischen Gebrauchswert für einen Richtungswechsel“ (2003: 28) hätte. Dies wird nicht belegt, auch nicht dadurch, dass für die NBL ein Potenzial von etwa 50 Prozent von „linken Veränderern“ und „Linksreformern“ angegeben wird (2003: 25). Nur in Verbindung mit tatsächlicher Veränderungsbereitschaft (z. B. durch die Wahl einer linkssozialistischen Partei) werden die durch Bevölkerungsumfragen erhobenen Einstellungen auch *politikrelevant*. Und gerade die Aussage, „Die Wählerinnen und Wähler wollen in der Mehrheit durch Wahlen etwas verändern“ (2003: 27), wird mehrfach in den vorangestellten Analysen des Textes in Frage gestellt. Zum einen sind diejenigen, die durch Wahlen eine Veränderung für möglich halten, eben nicht in der Mehrheit (vgl. Graphik 7, 2003: 21), sondern diejenigen, die Wahlen für eine „Bürgerpflicht“ halten und zwar in Ost- und Westdeutschland. Zum anderen wird dem potentiellen Wähler – und nicht nur der rot-grünen Regierungskoalition auf Bundesebene – mehrfach unterstellt, er oder sie würde „trotz programmatische(r) und strategische(r) Diskrepanz“ (2003:25) mit der jeweiligen Partei diese als das „kleinere Übel“ wählen. Diese Behauptung verkennt z. B. die rund 20 Prozent der Wählerschaft, die aus „Verbundenheit zu einer Partei“ bei der

BTW 2002 ihre Stimme abgegeben haben. Überhaupt erscheinen die Aussagen, die sich aus Graphik 7 ergeben können, von vorne herein beschränkt, da es sich bei den prozentualen Angaben um die Auswertung von Mehrfachantworten handelt, was ihre Zuordnung zu bestimmten Wählertypen kaum möglich macht. Besser wären hier Cluster- oder auch Latent-Class-Analysen, um zu fundierten Einschätzungen des Elektorates zu kommen.

13. Ein offenkundiger Gegensatz besteht zwischen der oftmals konstatierten Rechtsverschiebung der politischen Kräfteverhältnisse³, wobei die „einzige Partei, die davon gleichsam unberührt bleibt, die PDS (ist), sie stagniert bei 4 Prozent“ (Wittich, 2003: 1), und der Aussage, dass „gleichsam objektiv der Raum links von der Sozialdemokratie“ größer“ werde (Crome, 2003: 5). Wenn es stimmt, dass sich ein parteienübergreifendes Projekt des sogenannten Neoliberalismus auf der *Angebotsseite* durchsetzt, dann wäre in der Tat eine „Gegenhegemonie“ vielversprechend, als einzige Alternative. Dies müsste einer Partei wie der PDS, auch angesichts der vielfach empfundenen Gerechtigkeitslücke bei den Modernisierungsverlierern (Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, relativ Deprivierten), doch Auftrieb geben können. Oder aber ein Teil der Wählerschaft, also *nachfrageseitig*, wäre politisch nach rechts geschwenkt, was dann ebenfalls die Stagnation unterhalb der 5-Prozent-Hürde erklären würde.

14. Ist also das schlechte Abschneiden der PDS nicht nur bei den Bundestagswahlen lediglich „hausgemacht und nicht der Überlegenheit anderer“ (Brie/Brie/Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland, 2002: 16) geschuldet? Wird durch diese Aussage nicht ausgeblendet, dass die herrschende Politik insoweit erfolgreich eine Art „Neokonservatismus“ auf breite Bevölkerungsschichten ausgedehnt hat bzw. umgekehrt – sozusagen nachlaufend – eine Rechtsverschiebung nur artikuliert? Das heißt dann eben auch, dass trotz einer dringend notwendigen Parteireform, einer konsistenten und langfristigen Strategie sowie dem entsprechend qualifizierten Führungspersonal Wahlerfolge ausbleiben werden, weil der bindungslose, nur über Kandidaten bzw. Programmatik anzusprechende Teil der Wählerschaft *strukturell* nicht erreicht werden kann. Insofern würde der oftmals eingeforderte Funktions- oder Gebrauchswert der PDS, so sie auf Wahlerfolg sich kapriziert, dann auch zwingend (neo-)konservative Angebote machen und diese glaubwürdig vertreten müssen. Ohne en détail darauf eingehen zu können, scheinen sich zumindest

³ Problematisch ist diese Aussage deswegen, weil sie aus einer aktuellen Konstellation nach einer Bundestagswahl, die der Test ist, ob Versprechen vor der Wahl auch tatsächlich eingehalten werden und häufig die Opposition begünstigt, eine langfristige Umgestaltung des politischen Raumes behauptet.

bei einem Teil der jüngeren Generation verstärkt Wertorientierungen auf Familiensinn, (materieller) Sicherheit und Lebenslauf-Stabilität auszubilden, wahrscheinlich als Reaktion auf den gegenwärtigen Modernisierungsdruck im globalen Kapitalismus. Und genau hier müsste angesetzt werden: Zu zeigen ist, wie sich die steigende individualisierte Anpassung an Marktgesetze - unter den gegebenen Verhältnissen erzeugt - transformiert in Privatismus, Egoismus und Absentismus. Das Aufdecken und das Sichtbarmachen dieser Mechanismen könnten dann auch die Lösungen und Methoden vorbereiten, die zum Aufbau einer (linken) Gegenhegemonie erforderlich sind.

Literatur

Brie, Michael: „Ist die PDS noch zu retten?“, Berlin, rls-standpunkte 3/2003 in der erweiterten Internet-Version v. Mai 2003.

Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael: „Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland“, Berlin, rls Standpunkte 7/2002.

Chrapa, Michael: „Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002“, Berlin, rls Standpunkte 2/2002.

Crome, Erhard: PDS. Ansichten einer Krise, Berlin, 2003.

Kachel, Steffen: Zum Spannungsfeld von PDS und Parlamentarismus, UTOPIEKreativ, Berlin, 2003, Heft 153/154, S. 609-613.

Wittich, Dietmar: Wer braucht sozialistische Politik und linke politische Bildung, Berlin, 2003.

Moderne – Kapitalismus – Moderner Sozialismus, oder: Mut zur Dialektik

„Die Überraschungen der logisch fortschreitenden oder springenden Entwicklung, der Unstabilität aller Zustände, der Witz der Widersprüchlichkeiten und so weiter, das sind Vergnügungen an der Lebendigkeit der Menschen, Dinge und Prozesse, und sie steigern die Lebenskunst sowie die Lebensfreudigkeit.“

(Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Frankfurt/Main 1968, Bd. 16, S. 702)

Zusammenfassung

Der Aufsatz versucht, ausgehend von einer Diskussion des Verhältnisses von Kapitalismus und Moderne, Sozialismus als ein Projekt zu skizzieren, das den widersprüchlichen Vergesellschaftungsmodus moderner kapitalistischer Gesellschaften zum Ausgangspunkt ihrer Transformation in moderne sozialistische Gesellschaften macht, welche sich dadurch auszeichnen, dass sie die evolutionären Errungenschaften moderner Gesellschaften bewahren und auf eine höhere Stufe heben. Hierzu werden diesbezügliche Überlegungen bei Marx rekonstruiert. Abschließend werden die Vorteile des hier entwickelten Sozialismusverständnisses, auch und gerade für die Strategie und Politik der PDS, benannt.

Leben wir in einer modernen oder in einer kapitalistischen Gesellschaft? Oder beides? Und was heißt das überhaupt? Dies sind meines Erachtens keine rein terminologischen Fragen, sondern solche, die für Theorie und Praxis eines demokratischen Sozialismus von zentraler Bedeutung sind. Ihre Beantwortung ist unerlässlich, will man sich über die Funktionsweise der heutigen Gesellschaft, ihre Errungenschaften sowie Wege zu ihrer Aufhebung (im dialektischen Sinne von Beseitigen, Bewahren und Hinaufheben auf eine höhere Stufe) klar werden. Sie kann auch dazu beitragen, solch unfruchtbare und antinomisch konstruierte Gegensatzpaare wie Reform – Revolution, Regierung – Opposition und Praxis – ((pseudo-)revolutionäre) Theorie zu überwinden. M.a.W. kann sie ein Schlüssel sein für die theoreti-

sche Unterfütterung und praktische Umsetzung eines “radikal-reformistischen” Sozialismus bzw. eines Sozialismus als transformativem Projekt.

Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe dieser Überlegungen sein zu versuchen, die gestellte Frage auch nur annähernd erschöpfend zu beantworten. Vielmehr geht es mir darum mit einigen wenigen Linien einen Argumentationsraum für die weitere Diskussion aufzuspannen. Meine Diskussion lehnt sich dabei an Überlegungen an, die v.a. Dieter Klein und Michael Brie unter dem Stichwort „moderner Sozialismus“ ausgearbeitet haben und erhebt insofern keinen Anspruch auf Originalität.

Versuch einer Begriffsklärung

Ich gehe davon aus, dass mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise sich (nach und nach) eine moderne Gesellschaft etablierte, deren herausragendes Merkmal in der Ausdifferenzierung funktional spezifischer Teilbereiche (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur etc.) zu sehen ist.⁴ Gleichzeitig bleiben das Kapitalverhältnis und die aus ihm entspringenden Bewegungsgesetze jedoch die dominante gesellschaftliche Struktur und wirken dem Anspruch der Teilbereiche auf Autonomie entgegen. Die vom Kapitalismus freigesetzte Tendenz zur funktionalen Differenzierung wird also durch den Kapitalismus, der sie ja erst hervorgebracht hat, in ihrer Entwicklung behindert. Die kapitalistische Gesellschaft wird somit zur Fessel für die sich in ihrem Schoße entwickelnde moderne Gesellschaft. Sozialistische Transformation möchte ich dann die Bewegung nennen, welche die Dominanz der Imperative der Kapitalverwertung zurückdrängt und die Ansprüche der Teilsysteme auf funktionale Eigenlogik gegen diese verteidigt und stärkt. Dazu gehört zum Beispiel, den Anspruch der Politik

⁴ Funktionale Differenzierung wird von den „Klassikern der Soziologie“ übereinstimmend als zentrales Merkmal moderner im Gegensatz zu traditionellen Gesellschaften bzw. Gemeinschaften gesehen. Tönnies spricht vom Übergang von Gemeinschaft zu Gesellschaft, Durkheim vom Wandel des Solidaritätstypus von mechanischer zu organischer Solidarität, Simmel von der eigenlogischen Entwicklung verschiedener Weltformen, Weber von der Ausdifferenzierung eigen-sinniger Wertsphären. Auch in zwei der momentan vorrangig diskutierten Gesellschaftstheorien, derjenigen Niklas Luhmanns sowie derjenigen Pierre Bourdieus, spielt der Gedanke der funktionalen Differenzierung in autopoietische Subsysteme bzw. in Felder eine entscheidende Rolle. So verschieden die Konzepte im Einzelnen auch sind, allen ist die Annahme gemeinsam, dass sich in der modernen Gesellschaft Teilbereiche mit eigenen Funktionen, Logiken und Mechanismen herausgebildet haben. Umstritten ist, wie weit die teilbereichsspezifische Autonomie geht. Postuliert Luhmann eine vollkommene Abgeschlossenheit und Gleichrangigkeit der Systeme gegeneinander und damit eine azentrische bzw. polyzentrische Gesellschaft, so beharrt Bourdieu auf der Prägekraft des ökonomischen Feldes auch für die übrigen und sieht in der „Kolonisation“ dieser durch jenes eine Entwicklung, der es entgegenzuwirken gilt. Nicht umsonst war er einer der geistigen Väter von ATTAC. Wie ich weiter unten zu zeigen versuche, lassen sich auch bei Marx differenzierungstheoretische Überlegungen abstrahieren.

auf Förderung des Gemeinwohls gegen ihre Subsumierung unter die Interessen der großen Konzerne und Banken zu verteidigen oder Bildung und Wissenschaft gegen die Imperative des Marktes in Schutz zu nehmen. Dies gilt schließlich nicht nur für die nicht-ökonomischen Subsysteme, sondern für das System der Wirtschaft selbst, denn mit keinem Wort ist gesagt, dass Marktsteuerung, Effizienz, Zweckrationalität, Innovation und Gewinnstreben allein mit dem Ziel der Wertverwertung korrespondieren. Genauso gut lassen sich diese Merkmale mit material rationalen Zielen, wie sie im Parteiprogramm der PDS mit der Bereitstellung der „Freiheitsgüter“, d.h. der Güter die für ein selbst bestimmtes Leben für alle Menschen weltweit nötig sind, benannt werden, verbinden, ohne auf die evolutionären Vorteile dezentraler Selbststeuerung zu verzichten.⁵ Der Kapitalismus lässt sich also auf seinem ureigensten Terrain überwinden, ohne die funktionale Ausdifferen-

⁵ Die Aussage, wonach „unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit [sind]“ (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschluß der 2. Tagung des 8. Parteitag der PDS, S. 3, zitiert nach der auf der Homepage veröffentlichten Fassung: <<http://www.pds-online.de/programm/programm2003/programm2003.pdf>>) widerspricht dem nicht. Ich halte es theoretisch nicht für schlüssig, wenn Michael Brie, einer der am Programmentwurf beteiligten Autoren, behauptet, „diese Position impliziert [...], daß jede gegenwärtig denkbare Gesellschaft durch ein bestimmtes Maß an Kapitalverwertung gekennzeichnet wird [...]“ und mit ihm „die Notwendigkeit von Kapitalverwertung für bestimmte Bereiche und in bestimmter Hinsicht“ (Michael Brie: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion, in: Michael Brie, Michael/Michael Chrapa/ Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, (Manuskripte/ Rosa-Luxemburg-Stiftung; 36), Berlin 2002, S. 7-66, hier S. 50) anerkannt werde. (Diese Einschätzung Bries bezieht sich auf eine frühere, an dieser Stelle leicht abweichende, Version des ursprünglichen Programmentwurfs) Mit Kapital(verwertung) wird doch eine Strukturierung des ökonomischen Systems bezeichnet, die dadurch charakterisiert ist, dass Anfangs- und Endpunkt und *alleiniger Zweck* der Produktion die Verwertung des Werts ist ($G - W - G'$ oder in reiner, fetischisierter Form $G - G'$); höchste formale Rationalität (durch die Gleichgültigkeit gegenüber allen qualitativen Aspekten des Produktionsprozesses) ist gepaart mit völliger materialer Irrationalität (aus dem gleichen Grunde), der Verselbständigung des Produktionsprozesses gegen die Produzenten (Arbeiter und Kapitalisten) und der realen Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital. Wo formal rationale Mechanismen (eigenlogische Mechanismen des ökonomischen Systems) wie Märkte, Preisbildungsmechanismen, Gewinninteresse material rationalen Zielen unterworfen werden, die die Bedingungen der Produktion formulieren und damit in bestimmten Aspekten die Möglichkeiten beschränken oder untersagen (öffentliche Güter, völlige Dekommodifizierung der Arbeitskraft durch ein Existenzgeld, extensive Umweltschutz- und Sozialgesetzgebung, gesellschaftliche Rahmensteuerung etc), unter denen produziert und Gewinn erwirtschaftet werden kann, da kommt es zu einer Umprogrammierung des ökonomischen Systems, so dass dieses nicht mehr sinnvoll als kapitalistisches (im oben beschriebenen Sinn) bezeichnet werden kann. Wo Markt, Preis und Profit ist, ist noch nicht notwendig das Kapitalverhältnis gegeben. Im Endeffekt wird eine material rationale Wirtschaftsweise sich dann endgültig durchgesetzt haben, wenn, wie Dieter Klein schreibt, „jegliche Form von Eigentum dem Gemeinwohl unterworfen wird. Der ökonomische Kern einer solchen Alternative [alternativen Eigentumspolitik; A.S.] ist die Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz zugunsten emanzipativer, sozialer und ökologischer Maßstäbe in demokratischen Entscheidungsprozessen.“ (Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt, in: UTOPIE kreativ, 147, S. 17-29, hier S. 28)

zierung des Wirtschaftssystems zurückzunehmen. Dass dies ohne entscheidende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfte-, Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht zu machen ist, dürfte klar sein, ist doch diese Veränderung ein zentrales Moment im Kampf gegen die Profitdominanz. Am Ende dieser Bewegung stünde eine Gesellschaft, die die Versprechung des Kapitalismus, eine funktional differenzierte Gesellschaft zu sein, ernst nimmt und erkannt hat, dass sie gerade deshalb den Kapitalismus hinter sich lassen muss. Im Gegensatz zu den staatssozialistischen Gesellschaften hätte sie eine echte Aufhebung des Kapitalismus vollbracht, da sie gesellschaftliche Selbststeuerung nicht durch staatliche Zentralsteuerung ersetzt, somit die Errungenschaften der kapitalistischen Moderne bewahrt und diese gleichzeitig von ihren Entwicklungshemmnissen und Pathologien befreit.

Um die Ausgangsfrage nach dem Charakter der heutigen Gesellschaft noch einmal aufzunehmen, möchte ich, das oben gesagte zusammenfassend, behaupten, dass sich die aktuelle Gesellschaft als kapitalistische und somit blockierte Moderne, die erstrebte Gesellschaft als sozialistische und damit entfaltete Moderne und der Weg dorthin als „Transformation [...] im Sinne eines dialektischen Prozesses der Negation der kapitalistischen Grundmerkmale gegenwärtiger Gesellschaften, der Bewahrung der Errungenschaften der emanzipativen Bewegungen und der auf beidem basierenden Schaffung einer neuen sozialistischen Entwicklungsweise von Gesellschaften“ (M. Brie) auffassen lassen. Kurzum: Sozialismus als Modernisierung der Moderne.

Das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft bei Marx: widersprüchliche Konzeptualisierungen

Nach dieser skizzenhaften Bestimmung des Verhältnisses von Kapitalismus, Moderne und Sozialismus, die versucht differenzierungs- bzw. systemtheoretische Einsichten marxistisch zu reformulieren (und umgekehrt), möchte ich zeigen, dass sich eine solche Perspektive auf eine bestimmte Interpretation der Überlegungen von Marx selbst zurückführen lässt. Ein „Zurück zu Marx“ hilft auch in diesem Fall, die Verzerrungen eines falsch verstandenen Marxismus hinter sich zu lassen, der die funktionale Differenziertheit moderner Gesellschaften prinzipiell negiert und außer dem Kapitalverhältnis nichts zu sehen in der Lage ist. Jedoch ist Marx an dieser Theoriesackgasse nicht gänzlich schuldlos, da er in seiner Einschätzung der bürgerlichen Gesellschaft durchaus nicht eindeutig ist. Diese Mehrdeutigkeit, die im folgenden deutlich werden wird, erklärt sich aus der theoriestrategischen Situation, in der er sich in der damaligen Zeit befand und die Engels in

seinem bekannten Brief an Joseph Bloch folgendermaßen beschreibt⁶: „Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.“⁷ Die gelegentliche Überbetonung des ökonomischen Moments und die Unterschätzung der Wirksamkeit außerökonomischer Triebkräfte bei Marx ist also Resultat dieser Konstellation und nicht mit dem Anspruch verbunden, die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Komplexität auf diese Weise zureichend verstehen zu können.⁸ Wiederum Engels: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr haben weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“⁹ Und an die „neueren `Marxisten“¹⁰ gewandt: „Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig.“¹¹

Bedenkt man diesen Zusammenhang, so gilt es heute, die differenzierungstheoretischen Einsichten in Marxens Werk gegen eine einseitige Konzentration auf die Determinationskraft des Kapitalverhältnisses stark zu machen und nicht umgekehrt, wie es etwas geschieht, wenn eine lückenlose, hyperrationale kapitalistische Vergesellschaftung postuliert und die Möglichkeit, die „ökonomischen, politischen und juristischen Institutionen von ihrer

⁶ Analog lässt sich auch die uneinheitliche Verwendung des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft erklären. Einmal benutzt Marx den Terminus bürgerliche Gesellschaft zur Bezeichnung der Basis sämtlicher Gesellschaftsformationen: „Die durch die auf allen bisherigen geschichtlichen Stufen vorhandenen Produktionskräfte bedingte und sie wiederum bedingende Verkehrsform ist die *bürgerliche Gesellschaft* [...]“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Berlin 1990, S. 9-530, hier S. 36) Dann bezeichnet er damit die Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise: „Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickeltste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion.“ (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 26) In einer weiteren Begriffsverwendung wendet er den Begriff auf die Gesellschaft *in toto* an, wenn er von der „Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates“ (ebd., S. 28 f.) spricht.

⁷ Friederich Engels: Engels an Joseph Bloch, 21.9.1890, in: MEW Bd. 37, Berlin 1967, S. 462-465, hier S. 465.

⁸ Die Kritik z.B. Georg Simmels und Max Webers an Marx trifft damit auch nicht diesen, sondern eine vulgarisierte Version dessen, was damals für „Marxismus“ gehalten wurde.

⁹ Friedrich Engels: Engels an Joseph Bloch, 21.9.1890, a. a. O., S. 463.

¹⁰ ebd., S. 465

¹¹ ebd.

kapitalistischen Grundlage trennen und gegen sie in Marsch setzen [zu können] [...] in ihrer Abstraktion für illusionär“¹² erklärt wird. Selbstverständlich lassen sich die gesellschaftlichen Subsysteme nicht von ihrer kapitalistischen Grundlage trennen. Darauf habe ich oben bereits hingewiesen. Deshalb ihre relative Autonomie zu negieren, ist jedoch ein analytischer Fehlschluss, der theoretisch und praktisch unannehmbare Konsequenzen nach sich zieht.

Wie konzipiert Marx nun also das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft? Wie verhalten sich das Kapitalverhältnis und die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche zueinander? Wie gesagt lassen sich zwei verschiedene Antworten hierauf aus seinen Überlegungen abstrahieren, die sich aus der unterschiedlichen Gewichtung ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren ergeben. Die eine (1) möchte ich als differenzierungstheoretische, die andere (2) als totalitätstheoretische bezeichnen, wobei die erste gewissermaßen gegen Marx selbst verteidigt werden muss.

(1) Die differenzierungstheoretische Antwort

In evolutionstheoretischer Perspektive geht Marx davon aus, dass mit der geschichtlichen Höherentwicklung eine Differenz von materieller und geistiger Produktion, d.h. der „Produktion von Ideen“ und von „Vorstellungen“ entsteht.¹³ Ist letztere zunächst noch unmittelbar mit ersterer verflochten, „Sprache des wirklichen Lebens“¹⁴, so verselbständigen sich die Produktion der Ideen und Vorstellungen auf einer späteren Entwicklungsstufe zu besonderen gesellschaftlichen und politischen Gliederungen“.¹⁵ Die geistige Produktion erfolgt nicht mehr als „direkter Ausfluss“ der materiellen Produktion, sondern nimmt eine selbständige Gestalt in „der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw.“¹⁶ an. Der „wirkliche[] Produktionsprozeß“¹⁷ ist also nicht mehr mit der materiellen Produktion identisch. „Religion, Familie, Staat, Recht, Moral, Wissenschaft, Kunst etc.“ erscheinen als „*besondere* Weisen der Produktion“.¹⁸ An anderer Stelle betont Marx in Auseinandersetzung mit der Hegel'schen Rechtsphilosophie die Differenzierung der bürgerlichen Gesellschaft in selbständige Sphären, in denen jeweils „das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf *ihre* Weise, d.h. als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung

¹² Michael Benjamin/Uwe-Jens Heuer/Winfried Wolf: Votum zu den Thesen der Programmkommission, 1999,

<http://www.pds-online.de/programm/programmkommission/dokumente/votum_thesen.pdf>, S.6.

¹³ Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 26.

¹⁴ ebd.

¹⁵ ebd., S. 25.

¹⁶ ebd., S. 26.

¹⁷ ebd., S. 37

¹⁸ Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin 1968, S. 465-588, hier S. 537.

wirken und ihr *besonderes* Wesen geltend machen.“¹⁹ Damit ist eine Analyseperspektive angelegt, die die relative Autonomie ausdifferenzierter Funktionssysteme auf der Grundlage je spezifischer Codes anzuerkennen und in ihrer Wechselwirkung mit dem ökonomischen System zu analysieren vermag, ohne die Strukturierungskraft des letzteren für die nicht-ökonomischen Systeme zu unterschätzen.

Aus den oben genannten Gründen ist Marx jedoch nicht in der Lage, dieses theoretische Potential auszuschöpfen, denn er richtet seinen Blick einseitig auf die Determinierung der „besonderen Weisen der Produktion“ durch die „materielle Produktion“. Die ersteren werden in ihrer Beschaffenheit und Funktionslogik von ihm *strukturell* von der letzteren abgeleitet (dass es *empirisch* oftmals der Fall ist, dass sie sich rein in den Dienst der Kapitalverwertung stellen, braucht angesichts des zur Zeit stattfindenden sozialpolitischen *roll-backs* kaum betont zu werden). Damit wird die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften nicht bestritten. Es wird jedoch *von vornherein* die *Möglichkeit* ausgeblendet, dass sich die vom Kapitalismus hervorgebrachten Teilsysteme, wie Politik, Recht, Erziehung, Wissenschaft etc. partiell verselbständigen (relative Autonomie) und in ihrer Eigenlogik gegen das ökonomische System und dessen Imperative wenden können. Im Ergebnis erscheint die bürgerliche Gesellschaft als ein (zu) hermetisch abgeschlossenes System, das alle Elemente *in toto* und *ohne Brüche* dem Kapitalverhältnis subsumiert. Diese Konzeption bezeichne ich als:

(2) Die totalitätstheoretische Antwort

In totalitätstheoretischer Perspektive erscheinen die besonderen Weisen der Produktion als vollständig unter das allgemeine Gesetz der Kapitalverwertung subsumiert.²⁰ „Die herrschenden Gedanken sind weiter *Nichts* als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefassten herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.“²¹ Und in den „Grundrissen“ heißt es zum Verhältnis von materieller und geistiger Produktion: „Außer diesem Zirkel der gesellschaftlichen Produktion und des Austauschs [erscheint] *nichts* als An-sich-Höheres, Für-sich-selbst-Berechtigtes.“²²

Nimmt man diese Aussagen nicht als Ergebnis eines bestimmten und ergänzungsbedürftigen analytischen Blickwinkels, sondern als „Abspiegelung“ der realen Verhältnisse, so wird es unmöglich die komplexen

¹⁹ Karl Marx: Zur Judenfrage, in: MEW Bd. 1, Berlin 1961, S. 347-377, hier S. 354.

²⁰ Karl Marx: Zur Judenfrage, a. a. O., S. 537.

²¹ Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 46; Hervorhebung von mir; A.S.

²² Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a. a. O., S. 323; Hervorhebung von mir; A.S.

Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Sphären zu untersuchen, denn wo den nicht-ökonomischen Bereichen keinerlei Selbständigkeit zugesprochen wird, kann sinnvoll von *Wechselwirkungen* überhaupt nicht die Rede sein. Es hieße die relative Eigenlogik und das damit verbundene kritische Potential politischen Handelns sträflich zu mißachten, sähe man in der „moderne[n] Staatsgewalt [...] *nur* ein[en] Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“²³

Das gleiche gilt in Bezug auf Wissenschaft und Technik. Hier geht Marx davon aus, dass die Anwendung wissenschaftlichen Wissens für technische Lösungen und Erfindungen unmittelbar unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung erfolgt. Die Kriterien der Kapitalverwertung werden nicht erst vom Kapitalisten von außen an diese herangetragen, sondern gehen als Prämissen in den Konstruktionsprozess selbst ein, denn die Entwickler können in der Konkurrenz nur bestehen, wenn sie den am Profit orientierten Erwartungen der Kapitalisten entsprechen.²⁴ Es ist natürlich richtig, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft technische Entwicklungen in erster Linie zum Zwecke der Profitmaximierung erfolgen. Der Imperativ der Kapitalverwertung wirkt jedoch nicht linear und deterministisch, sondern muss in seiner Komplexität erst auf ein bearbeitbares Maß reduziert werden. Was als ökonomisch rational im Sinne der Kapitalverwertung gilt, hängt dabei wesentlich von solchen außerökonomischen Reduktionsmechanismen wie technisch-kulturellen Leitbildern und „Mythen“ ab, welche wiederum in Beziehung stehen zu wissenschaftlich-technischen Traditionen und Formen der professionellen Sozialisation.²⁵ Außerdem muss bedacht werden, dass die gesellschaftliche Bedeutung neuer Technologien sich erst aus ihrem Gebrauch, dem wiederum ein eigenständiger Interpretations- und Aneignungsprozess zugrunde liegt, ergibt. Dadurch können subversive Praxen entstehen, wie ein Blick z.B. auf das Internet und die mit ihm verbundenen

²³ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, Berlin 1959, S. 459-493, hier S. 464; Hervorhebung von mir; A.S.

²⁴ „Die men of science, sofern die Wissenschaften als Mittel der Bereicherung von dem Kapital gebraucht werden, und dadurch selbst zu einem Mittel der Bereicherung für ihre Entwickler werden, konkurrieren untereinander, praktische Anwendungen dieser Wissenschaft zu finden. Andererseits wird die Erfindung zu einem eignen métier.“ (Karl Marx, Heft XX von 1863, nach dem auszugsweisen Abdruck in: Jürgen Jungnickel: Bemerkungen über Wissenschaft und Naturkräfte in einem bisher in Deutsch nicht veröffentlichten Manuskript von Karl Marx, in: Wirtschaftswissenschaft 23, S. 801-808, hier S. 807).

²⁵ Klassisch hierzu für die Organisationssoziologie J.W. Meyer/B. Rowan: Institutionalized organizations: Formal structure as myth and ceremony, in: American Journal of Sociology 83, S. 340-363 und P.J. DiMaggio/W.W. Powell: The iron cage revisited: Institutional Isomorphism and collective rationality in organizational fields, in: W.W. Powell/P.J. DiMaggio (Hrsg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis, Chicago 1991, S. 63-82.

Möglichkeiten (alternative Informationsquellen, *Open Source* communities etc.) zeigt.

Zudem gilt es, die Konflikte zwischen Ökonomie und Grundlagenforschung zu berücksichtigen, die aus der Orientierung letzterer an innerwissenschaftlichen Kriterien wie Wahrheit und Erkenntnisfortschritt und dem Eindringen kapitalistischer Kriterien (Verwertbarkeit von Wissenschaft und wissenschaftlicher Ausbildung) in sie resultieren. In dem komplexen Beziehungsgeflecht von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik gibt es demnach – trotz der dominierenden Strukturierungskraft der kapitalistischen Ökonomie – zahlreiche Konflikt- und Emanzipationspotentiale, die gegen die Profitdominanz und das ihr zugrunde liegende Wirtschaftssystem fruchtbar gemacht werden können. Zu denken ist an die Forderung nach Autonomie von Bildung, Wissenschaft und Forschung und den Kampf gegen sie einschränkende Entwicklungen (Stellenabbau in nicht verwertungsrelevant scheinenden Fächern, Steuerung der Universitäten durch externe Gremien wie Hochschulräte, Einschränkung des universalen Zugangs zu Hochschulen durch Studiengebühren etc.), die Infragestellung von Rationalitätsmustern und ihre Neuformulierung durch zivilgesellschaftliche Akteure oder die Förderung der Einwirkungsmöglichkeiten von Verbrauchern, Betroffenen, Umweltverbänden auf die Technikentwicklung. Diese aus der Ausdifferenzierung relativ autonomer Funktionssysteme resultierenden Transformationspotentiale entgehen dem Blick derjenigen, die in Wissenschaftlern und Technikern nur die „Agenten“ des totalen kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs zu sehen vermögen.

Sehr schön kommen die fatalen Konsequenzen einer solchen Sicht an einer Stelle des Antrags „Das Freiheitsgut ´lesbares PDS-Programm`“ an den Chemnitzer Parteitag der PDS von Winfried Wolf u. a. zum Ausdruck. Dort heißt es in Bezug auf folgende Stelle des Programmentwurfs: „Forschung stößt in Neuland vor und hat daher zwangsläufig mit Risiken umzugehen. Sie muss dazu beitragen, die Gesellschaft vorausschauend vor Gefahren zu bewahren, und kann doch Risiken nicht ausschließen. Weder eine Politik technikpessimistischer Verbote noch bedingungsloser Technologieförderpolitik sind eine Lösung für diesen Konflikt. Moderne Gesellschaften brauchen eine möglichst große Vielfalt technologischer und sozialer Optionen der Entwicklung.“²⁶, sie „verschleierte das aktuelle Problem:

Forschung und Wissenschaft sind immer mehr eine direkte Funktion der Profitmaximierung.“²⁷ Eine solche Kritik beruht auf einem groben

²⁶ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Überarbeiteter Entwurf, 2003, S. 25, Sp. 1, Z. 47 ff. <http://www.pds-online.de/programm/debatte/debatte2003/leitantrag_chemnitz/leitantrag_chemnitz030825pid.pdf>

²⁷ Winfried Wolf u.a.: Antrag zum Programm. „Das Freiheitsgut ´lesbares PDS-Programm`“, 2003, S. 7. <<http://www.geraer-dialog.de/RTF/Antrag-zum-Programmcharakter-Sept-03%20Endversion.rtf>>.

Kategorienfehler. Die *empirisch* richtige Aussage, dass die Imperative der Kapitalverwertung zunehmend in die Bereiche von Wissenschaft und Technik übergreifen, wird nicht getrennt von der *strukturellen* Tatsache, dass mit Wissenschaft und Technik partiell eigenlogische Funktionssysteme entstanden sind, die für alternative Entwicklungswege offen sind. Nicht der Logik der Profitmaximierung unterworfenen Entwicklungspotentiale werden damit von vornherein ausgeschlossen.

Wie Wissenschaft und Technik sieht Marx auch die anderen „besonderen Weisen der Produktion“ umstandslos dem Kapitalverhältnis untergeordnet. So heißt es im „Manifest“: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“²⁸ Politik wird auf Klassenkampf reduziert, die Erziehung nur mehr als unter dem „Einfluss der herrschenden Klasse“²⁹ stehend betrachtet, das Recht gilt als ein „Produkt der materiellen Produktionsverhältnisse“³⁰. Marx hält an der Existenz ausdifferenzierter gesellschaftlicher Teilsysteme fest, spricht diesen jedoch jede wie auch immer begrenzte Autonomie und Selbststeuerung ab. Sehr deutlich wird diese totalitätstheoretische Perspektive in seiner Behandlung des Rechtssystems. „Der Richter“, so Marx, „wendet den Code an, ihm gilt daher die Gesetzgebung für den wahren aktiven Treiber.“³¹ Er wendet zwar die Rechtsnormen an und prozessiert seine Kommunikationen anhand der Leitdifferenz von Recht/Unrecht. Die Rechtsnormen und somit auch die Unterscheidung von Recht und Unrecht sind jedoch vollkommen durch die kapitalistischen Machtstrukturen geprägt, sie sind lediglich der Ausdruck „wirklicher Verhältnisse“, d.h. von Klassenverhältnissen.³² Sie sind nur die „besondere Form“, in die sich die Interessen der Herrschenden kleiden: „In den Gesetzen, der Moral pp.“ schlagen sich die „ideell ausgedrückten Existenzbedingungen der herrschenden Klasse“³³ nieder. Ihre Verselbständigung ist reine Ideologie. Sie werden „den Individuen der beherrschten Klasse als Lebensnorm entgegengehalten [...], teils als Beschönigung oder Bewusstsein der Herrschaft, teils als moralisches Mittel derselben.“³⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Marx mit seiner totalitätstheoretischen Antwort den emanzipatorischen Wert und das kritische Potential, das

²⁸ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 465.

²⁹ ebd. S. 478.

³⁰ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 23, Berlin 1986, S. 643, Fn. 73.

³¹ Karl Marx: Aus I. Feuerbach, in: MEW Bd. 3, Berlin 1990, S. 539-540, hier S. 539.

³² Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 311.

³³ ebd., S. 405.

³⁴ ebd.

aus der Differenzierung moderner Gesellschaften in funktional spezifische Subsysteme resultiert, nicht in den Blick bekommt. Die „besonderen Weisen der Produktion“, die spezifischen „Sprachen“ in Politik, Recht, Erziehung, Religion etc. sind für ihn *nichts als* „Transmissionsapparaturen“, durch die sich die Klassenverhältnisse reproduzieren.

Eine solche Position lässt sich aus der theoriestrategischen Situation und dem besonderen Erkenntnisinteresse Marxens verstehen und erklären. Sie eignet sich jedoch so nicht zur Analyse der komplexen gesellschaftlichen Realität und der darauf aufbauenden Entwicklung von Handlungsstrategien eines modernen sozialistischen Projekts, denn sie übersieht systematisch die Brüche im Kapitalverhältnis und die Ansprüche der Subsysteme auf Autonomie, die sich – trotz fortbestehender Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen – bei der Institutionalisierung der teilsystemspezifischen Handlungslogiken ergeben und die zu Ansatzpunkten einer anti-kapitalistischen Transformation werden können. Selbst wenn man annimmt, dass Recht im Rechtssystem, Wahrheit im Wissenschaftssystem, Machtausübung unter Berufung auf das Gemeinwohl im politischen System nur jeweils die Interessen der Herrschenden zum Ausdruck bringen, so ist allein schon durch die Tatsache, dass sich diese in je verschiedenen Codes artikulieren müssen, ein Ansatzpunkt gegeben, sie in Frage zu stellen, denn sie können sich nur durch Referenz auf die regulativen Prinzipien Recht, Wahrheit, Gemeinwohl durchsetzen und sind deshalb gezwungen, sich einem Diskurs auszusetzen, in dem aufgezeigt werden kann, dass das, was bisher als recht, wahr, gemeinwohlfördernd selektiert wurde, nur in ideologisch verschleierter Form die Interessen der Herrschenden zum Ausdruck bringt. Damit eröffnet sich durch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in binär codierte Funktionssysteme die Chance, auf der Ebene der Programmierung der Codes, d.h. der Anweisungsregel, welcher der beiden Codewerte in welchem Fall gewählt werden soll, die Kapitalverwertungsinteressen durch Umprogrammierung der Codes zurückzudrängen.³⁵

Moderner Sozialismus: Vorteile eines konsequent dialektischen Konzepts

Eine moderne kritische Theorie eines demokratischen Sozialismus muss meines Erachtens an der Schnittstelle von Differenzierungstheorie und Marxismus ansetzen. Jener entnimmt sie die Erkenntnis der evolutionären

³⁵ „[...] man kann Umweltprogramme zum Gegenstand von Forschungsprogrammen oder menschliches Leid und seine Verhinderung zum Gegenstand rechtlicher Regulierungen machen.“ (Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986, S. 84)

Vorteile ausdifferenzierter, auf eigener Grundlage operierender und sich selbst reproduzierender Funktionssysteme, von diesem lernt sie, dass die Basisinstitutionen moderner Gesellschaften im Kapitalismus immer auch in die Strukturen der Kapitalverwertung eingebunden sind und dadurch deformiert werden. Aus dieser doppelten Einsicht leitet sie die Möglichkeit (Entstehen von Logiken, die sich der Logik der Kapitalverwertung tendenziell entziehen auf dem Boden des Kapitalismus), den Weg (Stärkung dieser Logiken gegenüber der Logik der Kapitalverwertung) und das Ziel (Befreiung von der Logik der Kapitalverwertung) einer Transformation halbmoderner kapitalistischer in moderne sozialistische Gesellschaften ab. Sie trägt dem widersprüchlichen Charakter der heutigen Gesellschaft Rechnung und entgeht dadurch zwei komplementären Fehleinschätzungen: derjenigen, die die heutige Gesellschaft als eine azentrische setzt, in der die Systeme in völliger Autonomie für ihre eigene Programmierung sorgen, und die von einer kapitalistisch dominierten Vergesellschaftung nichts wissen will, sowie derjenigen, die von nichts anderem als einer lückenlosen kapitalistischen Vergesellschaftung bzw. – um einer großen Theorietradition und ihrem Exponenten zu seinem 100. Geburtstag nachträglich die ihr und ihm gebührende Referenz zu erweisen – einem universalen „Verblendungszusammenhang“, aus dem es kein Entrinnen gibt („Es gibt kein richtiges Leben im falschen“), etwas wissen will. Fragt die erste Position gar nicht erst nach den Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Transformation, so ist die zweite nicht mehr in der Lage, diese zur Kenntnis zu nehmen. Tendiert jene zur kritiklosen Affirmation der bestehenden Verhältnisse, so erschöpft sich diese nur allzu leicht in einem Radikalismus der hohlen Phrase oder in einem „ideologiekritischen“ Durchblickertum und einer Absage an Politik überhaupt. Sozialismus als transformatorischen Prozess will erstere nicht und kann letztere nicht konzipieren. Im Unterschied zu einer „fundamentalistischen Kapitalismuskritik“, die in der totalitätstheoretischen Perspektive angelegt ist, liegt dem skizzierten modernen Sozialismusverständnis ein konsequent dialektisches Herangehen zugrunde. Wolfgang Fritz Haug formuliert den Unterschied zwischen Dialektik und „Fundamentalismus“ folgendermaßen: „Zur Dialektik zähle ich die Fähigkeit, mit mehreren wechselwirkenden Instanzen zugleich umzugehen, wie ja die politische Kunst immer mehrere Eisen im Feuer voraussetzt. Fundamentalistisch nenne ich den Widerstand, dem das Kritisierte als monolithische Positivität eines Negativen erscheint.“³⁶

Die von mir skizzierte systemische Perspektive muss noch durch eine Analyse aus der lebensweltlichen Perspektive der Akteure ergänzt werden.

³⁶ Wolfgang Fritz Haug: Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage, in: Jungle World, 39/2003.

Hier sind u.a. Phänomene wie Individualisierung, Flexibilisierung, Selbststilisierung, lebenslanges Lernen, neue Arbeitszeitmodelle, neue Unternehmenskulturen etc. thematisch, die mit dem Versprechen auf Selbstbestimmung und Autonomie des Einzelnen verbunden sind, oftmals aber nur der besseren Verfügbarmachung für den kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozess dienen. Auch hier ist weder kritiklose Zustimmung noch einfache Ablehnung als „Pseudoindividualisierung“ angemessen. Vielmehr gilt es, die Ambivalenz dieser Prozesse anzuerkennen. Sie sind zwar eingebunden in das Kapitalverhältnis, entfalten aber Potentiale, die sich nicht auf dieses reduzieren lassen und zum Ausgangspunkt progressiver Veränderungen gemacht werden können. Sie zu negieren oder schlicht abzulehnen, verfehlt die lebensweltliche Realität der Akteure und liefe ins Leere.

Abschließend möchte ich die Vorteile, die meiner Meinung nach mit dem dargelegten Verständnis des Verhältnisses von Moderne, Kapitalismus und Sozialismus einhergehen, noch einmal zusammenfassen:

- Es erlaubt eine differenzierte Analyse des Charakters der heutigen Gesellschaft, ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und Pathologien, die aus der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung entspringen.³⁷ Aus dieser Analyse wird sowohl das regulative Ideal des Sozialismus als Ziel wie auch als Bewegung gegen die Profitdominanz gewonnen.
- Es erlaubt die Formulierung eines Maßstabes für die alltägliche Politik (Zurückdrängung der Profitdominanz) und macht deutlich, dass progressive Veränderungen nur möglich sind, wenn die zivilgesellschaftlichen Akteure (soziale Bewegungen etc.) mobilisiert und in eine gemeinsame Transformationsstrategie eingebunden werden, ohne dass sie auf ihre Eigenständigkeit verzichten. Zivilgesellschaftliche Verankerung und der Kampf um kulturelle

³⁷ Die Analyse beruht eben gerade *nicht* „auf der prinzipiellen Unterscheidung zwischen ‚kapitalistischem Charakter‘ und ‚zivilisatorischen Errungenschaften‘ dieser Gesellschaften, zwischen ‚modernem Kapitalismus‘ und den ‚Potenzialen dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweise‘“; der „widersprüchliche, der ‚zwiespältige‘ (Marx) Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ wird eben gerade *nicht* geleugnet; „aus dem inneren Gegensatz dieser Verhältnisse [Produktionsverhältnisse; A.S.], Entwicklung von Produktionskraft und von ‚Repressionskraft‘, Reichtum und ‚Vernichtung von Reichtum‘ hervorzubringen“ wird *keineswegs* „ein äußerliches Nebeneinander“; „aus ein und derselben Ursache (dem Kapitalverhältnis) Hervorgehendes“ wird so *nicht* „verschiedenen Ursachen zugeordnet“ und es wird *nicht* „der Eindruck erweckt, man könne umstandslos das Gute vom Schlechten trennen, nutzen usw.“ (alle Zitate Erich Hahn: Illusionsfreie Kritik statt Deklamation, in: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Wortmeldungen von 32 Autoren zum Programm der PDS, Schkeuditz 2001, S. 30-32, hier S. 31) Im Gegenteil: Die Wirklichkeit wird konsequent als dialektische Einheit von Gegensätzen verstanden, und gerade dadurch wird es möglich, Entwicklungspotenziale zu erkennen, sie zu fördern und zum Ansatzpunkt einer weiterführenden Transformation zu machen.

Hegemonie werden somit in ihrer Bedeutung gerade auch für parlamentarische Reformpolitik erkannt.

- Eine reformsozialistische Grundströmung als integrierendes Zentrum der PDS wäre in der Lage, der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Partei in einen „avantgardistischen verbalradikalen“ und einen „avantgardistisch pragmatischen“ (G. Zimmer in ihrer Rede auf der außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS) Flügel zerfällt. Ausgehend von der Einsicht in die (dialektische) Notwendigkeit, Widersprüche auszuhalten und produktiv zu machen, ließe sich ein Bündnis zwischen „Reformsozialisten“ und „Reformpragmatikern“ (neu) schaffen, das imstande wäre, ein „radikal-reformistisches“, alltagstaugliches Sozialismuskonzept als Leitbild zu popularisieren, das das politische Tagesgeschäft mit einer sozialistischen Vision, Regieren und Opponieren sowie die Funktionen einer parlamentarisch wirkenden Partei und die einer außerparlamentarisch agierenden Bewegung miteinander verbindet.³⁸ Die PDS wäre dann (wieder) als die andere Partei erkennbar, die anders andere Politik macht. Mit den Formeln (keineswegs „Formelkompromissen“; eine solche Sicht zeugt meines Erachtens von einem eklatanten Mangel an dialektischem Denkvermögen) „gestaltende Opposition“, „Mitte-Unten Bündnis als Voraussetzung zur Schaffung eines Mitte-Links-Bündnisses“ und „PDSplus“ liegen brauchbare Orientierungen in diese Richtung vor.
- Sozialismus als transformatorisches Projekt bricht endgültig mit der tradierten Staatsfixierung sowohl der kommunistischen als auch der sozialdemokratischen Bewegung und eröffnet dadurch neue Perspektiven emanzipatorischen Denkens und Handelns.
- Sozialismus wird konsequent als Suchbewegung verstanden, die sich im „Schoße der alten Gesellschaft“ entwickelt. Damit wird die Vorstellung von

³⁸ Ein solches Konzept begreift den Staat im integralen Sinne als eine „Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ (Poulantzas), dessen Kräfteparallelogramm sowohl durch die Kämpfe um Hegemonie in der Zivilgesellschaft als auch durch die staatliche Politik im engeren Sinne gebildet wird. Zivilgesellschaft und Staat sind also nicht schlechthin Äußerliches füreinander (vgl. Wolfgang Fritz Haug: Zivilgesellschaft – Kämpfe im Zweideutigen. Zur Kontroverse über die neozapatistische Politik, in: Argument, 253, S. 845-860, hier S. 853), sondern in ihren Konfigurationen wechselseitig voneinander abhängig. Dieses Staatsverständnis erweist die Trennung beider Bereiche als abstrakt und die Entgegensetzung von Politik und „Anti-Politik“ (Holloway) als unproduktiv. Progressive gesellschaftliche Veränderungen sind nur möglich, wenn sich die Kämpfe um zivilgesellschaftliche Hegemonie und das Ringen um politische (im engeren Verständnis des Begriffs) Mehrheiten produktiv aufeinander beziehen, ohne dass dabei die Autonomie einer der beiden Seiten verlorengeht. Die abstrakte Trennung beider Bereiche liegt auch noch der ehemaligen „Standbein-Spielbein-Theorie“ der GRÜNEN zugrunde, denn sie verkennt, dass es um ein Verhältnis der Gleichrangigkeit, Gleichursprünglichkeit und Gleichnotwendigkeit geht.

Kapitalismus und Sozialismus als zwei sich monolithisch gegenüberstehenden abgeschlossenen „Systemen“ obsolet.³⁹

- Es wird die Offenheit des Suchprozesses, das kreative Potential von Selbstorganisation und Autonomie betont und so an das Selbstverständnis der sozialen Bewegungen als „Bewegung der Bewegungen“ (Bertinotti) angeknüpft.

- Als „Negation der Negation“ bewahrt Sozialismus die Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft (funktionale Differenzierung, gesellschaftliche Selbststeuerung) und vermeidet die Entwicklungsblockaden der staatssozialistischen Gesellschaften.

Die beiden Etatismen der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, der sozialdemokratische Staatsreformismus (K. Kautsky: „Kein Sozialismus ohne Demokratie“) auf der einen, der kommunistische Staatssozialismus (Lenin: „Keine Demokratie ohne Sozialismus“) auf der anderen Seite, sind gescheitert, da sie Demokratie und Sozialismus in ein zeitliches Ablaufverhältnis zueinander setzten und somit voneinander trennten. Es war Rosa Luxemburg, die erkannte, dass Sozialismus und Demokratie gleichursprünglich, gleichrangig und gleichnotwendig sind, mithin eine dialektische Einheit bilden, wenn sie postulierte: „Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus“. Damit formulierte sie *in nuce* das Programm eines modernen demokratischen Sozialismus. Diesen konzeptionell und strategisch weiterzuentwickeln, ist die Aufgabe der PDS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hieraus gewinnen sie ihre Legitimität und historische Berechtigung. Nur als eigenständiges, gleichwohl jedoch anschlussfähiges, Projekt hat die PDS eine Zukunft. Um diese zu sichern, muss sie den 1989 eingeschlagenen Weg der Erneuerung hin zu einer modernen sozialistischen Partei beibehalten und weitergehen. Das neue Parteiprogramm ist ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

Literatur

Benjamin, Michael/ Heuer, Uwe-Jens/ Wolf, Winfried: Votum zu den Thesen der Programmkommission, 1999.

³⁹ Es geht darum, „sozialistische Experimente, Keime der Zukunft, ausgehend vom und innerhalb des Geflechts des Bestehenden aufzubauen, ohne den Startschuss der Zerschlagung des bürgerlichen Staates abwarten zu müssen. Weder die Ergreifung der Macht noch die strenge Trennung zwischen Reform und Revolution entsprechen den Anforderungen eines transformierenden gesellschaftlichen Wandels im 21. Jahrhundert“ (Tomás Moulian: Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert. Der fünfte Weg, Zürich 2003, S. 61).

<http://www.pds-online.de/programm/programmkommission/dokumente/votum_thesen.pdf>

Brecht, Bertolt: Gesammelte Werke, Frankfurt/Main 1968, Bd. 16.

Brie, Michael: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion, in: Brie, Michael/ Chrapa, Michael/ Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe, (Manuskripte/ Rosa-Luxemburg-Stiftung; 36), Berlin, 2002, S. 7-66.

DiMaggio, P.J. /W.W. Powell: The iron cage revisited: Institutional Isomorphism and collective rationality in organizational fields, in: W.W. Powell/P.J. DiMaggio (Hrsg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis, Chicago, 1991, S. 63-82.

Engels, Friedrich: Engels an Joseph Bloch, 21.9.1890, in: MEW Bd. 37, Berlin, 1967, S. 462-465.

Hahn, Erich: Illusionsfreie Kritik statt Deklamation, in: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Wortmeldungen von 32 Autoren zum Programm der PDS, Schkeuditz, 2001, S. 30-32.

Haug, Wolfgang Fritz: Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage, in: Jungle World, 39/2003

Haug, Wolfgang Fritz: Zivilgesellschaft – Kämpfe im Zweideutigen. Zur Kontroverse über die neozapatistische Politik, in: Argument, 253, S. 845-860.

Jungnickel, Jürgen: Bemerkungen über Wissenschaft und Naturkräfte in einem bisher in Deutsch nicht veröffentlichten Manuskript von Karl Marx, in: Wirtschaftswissenschaft 23, S. 801-808.

Klein, Dieter: Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt, in: UTOPIE kreativ, 147, S. 17-29.

Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen, 1986.

Marx, Karl: Zur Judenfrage, in: MEW Bd. 1, Berlin, 1961, S. 347-377.

Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW Ergänzungsband, Erster Teil, Berlin, 1968, S. 465-588.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin, 1974.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 23, Berlin, 1986.

Marx, Karl: Aus I. Feuerbach, in: MEW Bd. 3, Berlin 1990, S. 539-540

Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, Berlin, 1959, S. 459-493.

Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Berlin, 1990, S. 9-530.

Meyer, J.W. /B. Rowan: Institutionalized organizations: Formal structure as myth and ceremony, in: American Journal of Sociology 83, S. 340-363.

Moulian, Tomás: Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert. Der fünfte Weg, Zürich, 2003.

Partei des Demokratischen Sozialismus: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Überarbeiteter Entwurf, 2003.

<http://www.pds-online.de/programm/debatte/debatte2003/leitantrag_chemnitz/leitantrag_chemnitz030825pid.pdf>

Partei des Demokratischen Sozialismus: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Beschluß der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 2003.

<<http://www.pds-online.de/programm/programm2003/programm2003.pdf>>

Wolf, Winfried u.a.: Antrag zum Programm. „Das Freiheitsgut ‚lesbares PDS-Programm‘“, 2003.

<<http://www.geraer-dialog.de/RTF/Antrag-zum-Programmcharakter-Sept-03%20Endversion.rtf>>

Thomas Tetzner

Passt, wackelt und hat Luft

Kurze Replik zu Alexander Schlager: Moderne – Kapitalismus –
Moderner Sozialismus

[Keine alternative Diskussionsgrundlage – womit sich die Illegitimität der Kritik selbstverständlich ins Unerhörte steigert]

Die in einwandfrei proseminaristischem Soziologendeutsch verfassten „Überlegungen“ erfüllen alle Ansprüche postmoderner Wissenschaftlichkeit – Begriffe wie Code, Innovation und Funktionssystem geben sich ein Stelldichein mit freiheitlich demokratischen Argumentationsmustern, die selbst hart gesottenen Komsomolzen Tränen der Rührung in die verbitterten Augen zu treiben vermögen. Nach der Lektüre dieser Zeilen wäre ich, um künftig Schlimmeres zu verhindern, geneigt, in den Ruf nach Studiengebühren einzustimmen – doch würde ich damit nicht en passant den Sozialismus bekämpfen (vgl. S. 32)? Fragen über Fragen.

Nun wäre es ja nicht das erste Mal, dass jemand mit aus dem Zusammenhang gerissenen Engels-Zitaten versucht, aus dem Zusammenhang gerissene Marx-Zitate zu widerlegen – vielmehr war das ein (möglicherweise bisher unterbelichteter) ideengeschichtlicher Zweig bei der Herausbildung der modernsten Sozialdemokratie. Und wenn mal was nicht passt, wird es halt passend gemacht:

„Einmal benutzt Marx den Terminus bürgerliche Gesellschaft zur Bezeichnung der Basis sämtlicher Gesellschaftsformationen: „Die durch die auf allen bisherigen geschichtlichen Stufen vorhandenen Produktionskräfte bedingte und sie wiederum bedingende Verkehrsform ist *die bürgerliche Gesellschaft*.“ (MEW, Bd. 3, S. 36)“ (Fußnote 6, S. 30)

Dumm nur, dass das Zitat aus der „Deutschen Ideologie“ stammt, für die Marx und Engels gemeinsam verantwortlich zeichnen. Aber von diesem Lapsus mal abgesehen: Warum befindet sich denn hinter „bürgerliche Gesellschaft“ ein Punkt? Im Original steht dort ein Komma, und der Nachsatz macht deutlich, dass natürlich nicht jede Gesellschaftsformation bürgerlich war, sondern dass die bürgerliche Gesellschaft auf den vorangegangenen aufbaut. Die „vorkapitalistischen“ Produktivkräfte bedingten die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und diese bedingt deren weitere Entwicklung – was ist daran so schwer zu verstehen?

Doch zu einzelnen ausgewählten Punkten: Dass der bürgerliche Überbau nicht betriebswirtschaftlich organisiert zu werden braucht, im Gegenteil gar nicht so organisiert sein *darf*, ist sicher richtig:

„Der industrielle Kapitalismus erfordert logistische Strukturen, die nicht selbst wieder kapitalistisch nach den Gesetzen rein betriebswirtschaftlicher Rationalität betrieben werden können, weil sie sonst ihre Aufgabe als gesamtgesellschaftliche Voraussetzung der Produktionsweise als solcher nicht mehr erfüllen würden. Die Infrastruktur (im weitesten Sinne) der Marktwirtschaft ist etwas anderes als die Marktwirtschaft selbst, weil sie weder partikular als isoliertes Unternehmen darstellbar ist noch den konjunkturellen Schwankungen und Kapitalbewegungen unterworfen werden darf, sondern flächendeckend, permanent und ohne Fluktuationen zur Verfügung stehen muss.“⁴⁰

Doch das ergibt sich logisch aus dem widersprüchlichen Charakter des Kapitalismus selbst, weil sich die einzelnen Kapitalisten z.B. *ohne* das Regulativ des „ideellen Gesamtkapitalisten“ Staat gegenseitig den Boden unter den Füßen wegziehen würden. Nur durch Arbeitsschutzbestimmungen ist es z.B. möglich, dem Kapitalismus eine wirklich „nachhaltige“ Arbeitskraftquelle zur Verfügung zu stellen. Sozialgesetzgebung etc. ist also kein dem Kapitalismus entgegenstehendes Prinzip, sondern ein den einzelnen Kapitalisten und seine Profitlogik hemmendes Prinzip *zum Wohle des Kapitalismus als solchem*. Mit irgendwelchen sozialistischen Tendenzen hat das überhaupt nichts zu tun.

Der Vorwurf des Vulgärökonomismus kommt als Bumerang zurück: Der Autor scheint der Meinung zu sein, der Kapitalismus haue in „der Wirtschaft“ und strecke seine Finger in die umliegenden Bereiche aus, aus denen er wieder zurückgedrängt werden kann (in die Wirtschaft, wo er „hingehört“?). Mit der hierarchischen Unterscheidung in Basis und Überbau kam Marx der Realität erheblich näher als A. Schlager mit seinem pluralen Nebeneinander der Sphären. Das Kapitalverhältnis hat die Gesellschaft viel tiefer geprägt, als es auf den ersten rosaroten Blick scheint. So ist von verschiedenen Autoren (Deutschmann, Thompson) darauf hingewiesen worden, dass die (quantitative, abstrakte) *Uhrzeit* als bestimmende gesellschaftliche Zeitordnung notwendig der Kapitalbildung entsprang. Wie sich Schlager die parlamentarisch-diskursive Zurückdrängung der Uhrzeit vorstellt, würde mich allerdings interessieren. Eske Bockelmann hat sogar die Herausbildung des Taktes als Rhythmusprinzip in der modernen Musik auf die Etablierung des Geldes als allgemeines Äquivalent zurückführen

⁴⁰ Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt am Main 1999, S. 232.

können.⁴¹ Aber die Kultur hat mit Kapitalismus natürlich überhaupt nichts zu tun und wird allerhöchstens „irgendwie von außen“ von ihm bedroht, denkt Schlager. Oder sind das alles gar bewahrenswerte Aspekte der Moderne – haben mit Kapitalismus also wieder nichts zu tun?

Ein bisschen Luhmann, ein wenig Marx, einmal kurz verquirlt und fertig ist... ja, was eigentlich? Mit so einem Schnee soll die PDS nächstens auf Dummen-, pardon: *Stimmenfang* gehen? Viel Spaß dabei. Im Übrigen wird halbgarer Eklektizismus nicht dadurch diskutabler, dass man ihn ständig wiederholt. Mich wundert, dass das Wort von der „Zivilgesellschaft“ nicht fällt, die es zu stärken gälte, dann wäre, zumindest mir, alles klar. Ich hoffe, dass es unter den Stipendiaten der Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trägt, auch noch solche gibt, denen Sozialismus kein weichgespülter Reformismus (= neue Form, alter Inhalt) bedeutet, sondern „mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ verbunden bleibt.

Literatur

Bockelmann, Eske: Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens, Springe, 2004.
Kurz; Robert: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt am Main, 1999.

⁴¹ Siehe dazu: Eske Bockelmann: Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens, Springe 2004.

Die Doppelmoral Deutschlands in der Gesetzgebung zur Forschung mit embryonalen Stammzellen

Die am 31. Januar 2002 getroffene Entscheidung Deutschlands, Forschungen mit embryonalen Stammzellen zuzulassen, jedoch selbst keine Stammzelllinien in Deutschland herstellen zu wollen (d.h. selbst keine Embryonen dafür töten zu wollen, jedoch die im Ausland vorhandenen Zelllinien zu nutzen); wird nicht nur international sondern auch in Deutschland selbst als inkonsequent und als Ausdruck von Doppelmoral bezeichnet. Unabhängig davon, dass Doppelmoral ein reizvolles Thema für Philosophie und Ethik darstellt (s. die Äußerungen von Th. Hobbes, J. Locke, F. Nietzsche oder A. Schopenhauer und anderen berühmten Philosophen), ist dies jedoch nicht der Kern des Problems. Eine Entscheidung Deutschlands, die Gewinnung von solchen Zelllinien in Deutschland selbst zuzulassen und dann an diesen zu forschen, wäre m. E. zwar konsequenter, aus der Sicht der Ethik jedoch keinesfalls per se mit „besser“ oder mit „gut“ zu bewerten⁴². Konsequenz ist zwar geachteter in unserer logisch-rational orientierten Welt (und Inkonsequenzen sind stets weniger beliebt), es bleibt aber die grundsätzliche Frage: Dürfen wir an embryonalen Stammzellen (fremdnützig) forschen? Für deren Beantwortung ist der Status von embryonalen Stammzellen ein entscheidendes Kriterium. Ein weiteres ist die spezifische Betroffenheit von Frauen. Ländergrenzen⁴³ und Zeitpunkte der Entstehung/Herstellung der Zelllinien („Stichtagsregelung“) spielen dagegen *aus ethischer Sicht* für die Beurteilung der Zulässigkeit keine Rolle. Diese so gestellte Frage nach dem Status der embryonalen Stammzellen bzw. des Embryos ist auch deshalb eine entscheidende, weil viele WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und BürgerInnen Deutschlands zu Recht davon ausgehen, dass die derzeitige Entscheidung schon auf Grund forschungsmethodischer Überlegungen (Qualität und Alter

⁴² Die rechtliche Zulässigkeit eines Verfahrens beinhaltet generell noch keine Aussage über dessen ethische Bewertung.

⁴³ Hier wird analog die Argumentation von T. Schröder-Kurth angewandt. Diese fragt m. E. zu recht, ob es denn Abstufungen in der Verwerflichkeit des Tötens gibt – z. B. wenn dafür kein öffentliches Geld verwendet wird oder je weiter die aktuelle Tötungs-Tat von der Verwendung des Untersuchungsmaterials entfernt ist – in: Fortpflanzungsmedizin in Deutschland (2001) Bonn, S. 233.

des Ausgangsstoffes, Zugänglichkeit der Linien etc.)⁴⁴ nicht lange Bestand haben wird – gar nicht zu reden von wechselnden Regierungsmehrheiten...

Auch das Argument, dass diese Zelllinien schließlich bereits vorhanden seien, also keine Embryonen für deutsche Forschungen getötet werden würden, ist wenig überzeugend: wenn bereits vorhandene Embryonen nicht zur Realisierung des ursprünglichen Kinderwunsches eines Paares genutzt werden, sondern als „überzählig“ eingestuft und ohnehin getötet werden sollen, bleibt immer noch die Frage: Darf an diesen embryonalen Stammzellen geforscht werden? - Allein die Nichtnutzung eines bestimmten Objektes oder Gutes rechtfertigt keinesfalls jede beliebige oder auch nur eine bestimmte andere Nutzung dieses Gutes!

Die Frage der Zulässigkeit von Stammzellforschung hat mindestens zwei Teile:

1. Darf /soll generell mit embryonalen Stammzellen geforscht werden?
2. Darf /soll sich Deutschland an diesen Forschungen beteiligen, wenn die erste Frage derzeit weltweit nicht eindeutig beantwortet - oder schärfer ausgedrückt: heftig umstritten ist?

In den weiteren Ausführungen wird davon ausgegangen, dass sowohl die Grundlinien der Argumentation zur ersten Frage weitgehend bekannt sind als auch der Fakt, dass sich bisher aus ihnen keine für alle akzeptable Antwort ergeben hat.⁴⁵ Daher soll vor allem auf die zweite Frage eingegangen und diejenigen Argumente analysiert werden, die in Deutschland für den Import und die Forschung an ausländischen embryonalen Stammzelllinien vorgebracht worden sind.

Wie können Erwartungen an Demokratie mit den Erfordernissen von Wissenschaftsentwicklung zusammengehen?

Die meisten AutorInnen, die sich mit dieser Fragestellung beschäftigen, setzen stillschweigend die prinzipielle Vereinbarkeit von Demokratie und Wissenschaftsentwicklung voraus und beschäftigen sich dann mit den Modalitäten bzw. Richtlinien, die dafür erfüllt sein müssen. Im Gegensatz dazu wird hier für die weiteren Überlegungen die These zu Grunde gelegt, dass sich Demokratie und Wissenschaftsentwicklung stets in einem Spannungsfeld befinden haben. Die Auswirkungen von Globalisierung, der Entwicklungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), von solchen Abkommen wie GATS über Liberalisierung von Dienstleistungen (darunter auch im Bereich des Gesundheitswesens) und TRIPS zum Schutz des geistigen Eigentums verschärfen die bestehenden Widersprüche weiter

⁴⁴ ausführlich s. Wunder M. (2002) Lehrstück Stammzellen. Dr. med. Mabuse 27(2002)136.

⁴⁵ Die unterschiedlichen Positionen sind enthalten in: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ Deutscher Bundestag Drucksache 14/9020.

bzw. lassen neue entstehen. Dies gilt sowohl für die nationale und internationale Ebene von Entscheidungen. Die Europäische Union hat bereits (und tut dies weiter) die Entscheidungsspielräume der einzelnen Länder verändert und neue rechtliche Verbindlichkeiten geschaffen. Auf Grund solcher Entwicklungen wurde dann z.B. in Österreich berechtigt folgende Frage aufgeworfen: „Wenn eine breite politische Öffentlichkeit zur Gentechnik zustande kommt und wenn sie in einen demokratisch legitimierten Entscheidungsprozess mündet, welche Durchsetzungschancen hat dann eine solche Willensbildung im supranationalen Gefüge der EU?“⁴⁶ Damit entstehen eine Reihe neuer Themenfelder auch für den bioethischen Diskurs: eines ist z.B. der unverhältnismäßige Zuwachs an Kontrolle der Bioindustrie und neuer supranationaler Regelungsinstanzen wie der WTO über die Forschung und Industrie in den nichtwestlichen Regionen. Der englische Labourabgeordnete Alan Simpson stellt eine solche per se vorausgesetzte Vereinbarkeit prinzipiell in Frage, wenn er in einem Artikel unter der Überschrift „Can democracy cope with biotechnology?“ schreibt: „Meiner Überzeugung nach ist diese Patentflut in der Biotechnologie forschungsfeindlich, wissenschaftsfeindlich und demokratiefeindlich. Es ist ein Bruch mit der Tradition; *Forschung wird nicht mehr gemacht, um ein Heilmittel zu finden, sondern um ein Vermögen zu machen...* Die Zusammenarbeit der Wissenschaftler untereinander geht zurück, weil sie Angst davor haben, ihre Ideen zu teilen. Jeder fürchtet, dass der andere zuerst am Ziel sein könnte. Das ist neu. Der oder diejenige, der das Patent erhält, kontrolliert die weitere Forschung. Lizenzgebühren und –einnahmen bestimmen darüber, wer im Spiel bleibt. Das ist zutiefst antidemokratisch. *Es zerstört die Basis einer demokratisch ausgerichteten Forschergemeinde, die ihre Ideen teilt und partnerschaftlich mit der Gesellschaft lebt und nicht wie Parasiten von ihr*“.⁴⁷ In dieser Formulierung steckt jedoch auch die Wertung bzw. falsche Annahme, das es irgendwann in der Wissenschaftsgeschichte eine „demokratisch ausgerichtete, partnerschaftlich agierende Forschungsgemeinde“ gegeben habe – daran ist zu zweifeln, dies ist jedoch nicht Gegenstand vorliegenden Beitrags. Bereits das Stattfinden einer öffentlichen Debatte über Forschungsrichtungen und –förderung wird oft als „Wert an sich“ bzw. Beleg für Demokratie bei der Entscheidungsfindung angesehen. Gleiches gilt, wenn die jeweils

⁴⁶ Seifert F. (2000) Österreichs Biotechnologiepolitik im Mehrebenensystem der EU: Zur Effektivität öffentlichen Widerstands im supranationalen Gefüge. in: Barben D. Abels G. (2000) Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung. Berlin, S. 315

⁴⁷ Simpson A. (2000) Wird die Demokratie mit der Biotechnologie fertig?, zitiert nach einer deutschen Übersetzung in: Von Gen-Piraten und Patenten hrsg. von Brot für die Welt, Brandes & Apsel Verlag – Hervorhebungen von mir – V.S-L

landesüblichen Regeln des parlamentarischen Abstimmungsprocedere eingehalten werden.

Der Frage von echten Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten kommt daher sowohl angesichts der Auswirkungen von Globalisierungsprozessen als auch angesichts der zunehmenden Auswirkungen auf künftige Generationen immer größere Bedeutung zu. Erich Loewy bezeichnet es in einem Aufsatz über „Ethik, Diskussionskultur und Stammzellen“ zu Recht als *erste Frage der Ethik* sich damit zu beschäftigen: „Wer hat das Recht zu bestimmen, was getan werden sollte?“⁴⁸ Dieses Recht soll jeweils denjenigen zustehen, die von den Entscheidungen betroffen sind.

Zu ergänzen ist, dass auch als zweite Frage der Ethik nicht diejenige folgen sollte, die heute meist bioethische Debatten dominiert, nämlich: „Dürfen wir alles, was wir können?“ Sondern es sollte zunächst gefragt werden: „*Warum* wollen/sollen wir etwas tun?“ Hier: „Warum wollen Wissenschaftler mit embryonalen Stammzellen forschen?“ Auf eine Reihe sehr persönlicher, weder an Notwendigkeiten menschlicher Entwicklung noch an der Wissenschaft orientierter Gründe wurde in dem Zitat von A. Simpson bereits hingewiesen, auf weitere wird weiter unten einzugehen sein.

Wer soll entscheiden?

Die erste Frage der Ethik – „Wer soll entscheiden?“ stellt sich auch dar als die Frage: „*Wie sieht momentan die demokratische Basis für Entscheidungen zur Wissenschaftsentwicklung aus?*“. Folgenden Elementen werden in der Regel dazu angeführt:

- öffentlich geführte Debatten/Diskurse
- Einsetzung von diversen Gremien zur Beratung
- parlamentarische Abstimmungen bzw. Entscheidungen der entsprechenden Ministerien.⁴⁹

Öffentliche Diskurse

Hier ist zunächst auf die Doppeldeutigkeit dieses Begriffs zu verweisen: heißt „öffentlich“ offen für alle oder öffentlich einsehbar? Es gibt eine Tendenz in der Gemeinschaft der WissenschaftlerInnen, die diesen Begriff im Sinne von „öffentlich einsehbar“ interpretiert⁵⁰. Dies ist zweifellos bereits ein Fortschritt gegenüber Positionen, wie sie z. B. noch im Jahr 2000 auf

⁴⁸ Loewy E. (2001) Ethik, Diskussionskultur und Stammzellen. in: Aufklärung und Kritik No 2, S. 5ff.

⁴⁹ Ausführlich sind die international verschiedenen Formen und die damit einhergehenden Erfahrungen analysiert worden von Michael Fuchs. Internationaler Überblick zu Verfahren der Entscheidungsfindung bei ethischem Dissens. Gutachten für die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ Arbeitsunterlage 14/55.

⁵⁰ s. z.B. Braun K. (2000) Kann man über alles reden? in: Mürner Ch. Schmitz A. Sierck U. (Hg.) Schöne, heile Welt? Biomedizin und Normierung des Menschen. Hamburg, Berlin, S. 183.

einem bundesweiten Symposium über Fortpflanzungsmedizin in Deutschland vertreten wurden: dass nur diejenigen an den Diskussionen teilnehmen sollten, die selbst in die Forschung involviert sind⁵¹. Entsprechend sollten z.B. Debatten um die sog. „Bioethik-Konvention des Europarates“ nur intern geführt werden. Eine solche Hybris von Fachexperten ist nicht neu und die Worte Immanuel Kants aus dem Jahre 1795 in seiner berühmten Schrift „Zum ewigen Frieden“ haben hier nichts an Aktualität eingebüßt: „Alle auf das Wohl anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publicität verträgt, sind unrecht“. Weiterreichender als die Forderung nach öffentlicher Einsehbarkeit ist die seit Jahren von AktivistInnen der deutschen Behindertenbewegung und kritischen WissenschaftlerInnen vertretene Position: „Was alle angeht, müssen alle entscheiden“⁵². Und die Entscheidung über neue biotechnische Forschungsgebiete ist auf Grund der weiter unten zu diskutierenden Folgen für das Menschenbild und unsere Kultur insgesamt eine Sache, die alle angeht. Hinzu kommt, dass heute auch unter den FachwissenschaftlerInnen mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass es sich hier nicht um eine naturwissenschaftliche Frage, die mit dem Instrumentarium einer Fachwissenschaft logisch eindeutig entschieden werden kann, handelt. Auf einer im Jahr 2000 erstmals und in dieser Form bisher nur einmal in Deutschland stattgefundenen Debatte über mögliche Entwicklungsrichtungen der Fortpflanzungsmedizin, wurde begründet, dass die Biologie keine klar definierten Grenzen dafür liefert, was ethisch akzeptabel ist. Diese müssten vielmehr aus dem gesellschaftlichen und politischen Bereich kommen.⁵³ Entscheidungen über künftige Wissenschaftsentwicklungen sind daher als ein soziales Geschehen zu betrachten, das gesellschaftlich ausgehandelt werden muss. Dass dies auch von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend erkannt wird, zeigte sich in Deutschland u. a. darin, dass sowohl der Teilbericht über die Entscheidung der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des deutschen Bundestages als auch die Stellungnahme des Nationalen Ethikrates zu Fragen des Imports von Stammzellen in der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartet und diskutiert wurden. Mit dieser Forderung nach „Einbeziehung aller“ einher geht für die genannten AktivistInnen der Behindertenbewegung die Forderung nach Formierung einer „Widerstandsethik“, die gegen die sog. „Hofethik“ (darunter werden Ethiken verstanden, die

⁵¹ Fortpflanzungsmedizin in Deutschland (2001). Band 132 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Nomos Verlagsgesellschaft Baden Baden, S. 466.

⁵² s. u. a. Fuchs U. (1998) Was alle angeht, müssen alle entscheiden. Transparenzmangel, demokratische Indiskretion und Akzeptanzbeschaffung. in: Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen (1998).

⁵³ Reich J. (2000) Grenzen der forschenden Biomedizin. in: Fortpflanzungsmedizin in Deutschland. Berlin, S. 27.

lediglich bereits gefasste parlamentarischer Entscheidungen nachträglich ethisch legitimieren) oder die „Tötungsethik“ (darunter wird in Deutschland teilweise die Bioethik insgesamt subsumiert) angehen soll. Auch wenn diesen Überlegungen nicht umfassend zugestimmt werden kann (insbesondere nicht dem pauschalen Vorwurf an die Bioethik, eine Tötungsethik zu sein – dazu kann hier jedoch nicht argumentiert werden), gewinnt diese Unterscheidung zwischen Hof- und Widerstandsethik in Deutschland an Aktualität angesichts der Einsetzung des Nationalen Ethikrates durch Bundeskanzler Schröder. Zur Erinnerung: die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Recht und Ethik in der modernen Medizin“ hatte mehrheitlich den Import von embryonalen Stammzellen abgelehnt. In der Folgezeit wurden dann durch den Kanzler Mitglieder des Nationalen Ethikrates berufen, die wiederum mehrheitlich dem Import unter bestimmten Bedingungen zugestimmt haben.⁵⁴

Auch wenn solche Gremien⁵⁵ keine Entscheidungs- sondern eine Beratungsfunktion haben, ist davon auszugehen, dass sie angesichts der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen in unserer heutigen modernen Gesellschaft, die ständig das Wort vom „mündigen Bürger“ im Munde führt, nicht ausreichen.

Andere Instrumentarien: Volksbegehren und Bürgerkonferenzen

Es werden eine Reihe anderer Formen diskutiert und praktiziert – z.B. Volksbefragungen oder Bürgerkonferenzen. Aus der Sicht der Ethik ist auch die Effizienz von Volksbefragungen anzuzweifeln: sicher ist z.B. der durch eine vorausgegangene Volksabstimmung mehrheitlich legitimierte Verkauf von DNA-codes demokratischer als z.B. das *procedere* in Tongan⁵⁶. Aber ist es deswegen als „moralisch gut“ zu bewerten? Fragen ergeben sich sowohl hinsichtlich der Repräsentanz solcher Ergebnisse angesichts der zunehmenden immer geringer werden Teilnehmerzahlen an Wahlen und Abstimmungen, als auch hinsichtlich der berechtigten Position, dass es Fragestellungen

⁵⁴ Diese Vorgänge sind anderenorts beschrieben und detailliert ausgewertet worden - s. z.B. Düwell M. (2003) Brauchen wir einen „Ethikrat“ beim Kanzler? Was kann er leisten? in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 14.1.2003; Schneider I. (2001) Kurswechsel in der Biopolitik. in: Politik im Netz, 9.8.2001.

⁵⁵ Damit im Zusammenhang steht auch die Frage: Wer ist eigentlich Experte und wer Laie? s. Schubert-Lehnhardt V. (1994) Democratic participation and public control as a necessity on free modern society. The knowledge of experts versus the opinion of layman in: First World congress of Medicine & Philosophy, France und: von den Schwierigkeiten in Deutschland einen Dialog zwischen Experten und Laien zu führen in: Kongreß der Gesellschaft für Analytische Philosophie, Leipzig.

⁵⁶ Der Gesundheitsminister der australischen Insel Tongan hat die DNA-codes der gesamten Bevölkerung für Forschungszwecke verkauft – s. den Beitrag von Lopeti Senitulli auf der Australasian Bioethics Association „Global Bioethics. Exploring Alternative Approaches“ from 14 to 16 February 2002 in Adelaide, South Australia

gibt, über die generell nicht per Abstimmung entschieden werden kann.⁵⁷ Mehrheitlich getroffene Entscheidungen sind per se keineswegs moralischer als andere. M. Düwell meint sogar, dass *Mehrheitsverhältnisse in Abstimmungen zu solchen grundsätzlichen Fragen unwichtig seien, entscheidend seien vielmehr die vorgebrachten Argumente.*⁵⁸

Damit steht auch die Frage, wer über welche Möglichkeiten verfügt, Argumente zu erarbeiten, zu prüfen und sachlich zu fundieren. Für Deutschland ist festzustellen, dass kritische Stimmen kaum eine Lobby haben, noch weniger haben sie Institute und Forschungsgelder, um ihre Positionen wissenschaftlich prüfen, öffentlich verbreiten und etablieren zu können. Insofern wäre es ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung von Wissenschaftsentwicklung, wenn Foren des kritischen Gegendiskurs unterstützt werden würden.⁵⁹

International werden bereits seit längerem verschiedene Modelle der Bürgerbeteiligung diskutiert und angewandt.⁶⁰ Hier ist nicht der Raum diese Modelle zu beschreiben und zu bewerten. Verwiesen werden soll jedoch auf zwei wichtige Ergebnisse einer „Bürgerkonferenz zur Gendiagnostik“ 2001 in Dresden. Erstens haben sowohl die dort gehörten ExpertInnen, als auch die beteiligten BürgerInnen solche Verfahrensweisen zu fast 90% als „vielversprechende Möglichkeit, die BürgerInnen an gesellschaftlichen Entscheidungen teilnehmen zu lassen“ bewertet (auch die Adressaten dieses Votums, die ParlamentarierInnen haben dies noch zu fast 70% so gesehen)⁶¹. Zweitens haben alle beteiligten Frauen nach eingehender Information über diese Form der Diagnostik und deren weiterreichenden gesellschaftlichen Folgen sie einhellig abgelehnt.⁶² Gerade letzteres Ergebnis unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit der Herstellung von geschlechterdemokratischen Entscheidungsverhältnissen. Hier ist Deutschland als ein Entwicklungsland zu bezeichnen! Dies verdeutlichen u.a. folgende Angaben: im Vorstand der Bundesärztekammer sind von 17 Mitgliedern lediglich 2 Frauen, im Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen kommen überhaupt keine Frauen vor. Ähnlich defizitär ist das Zahlenverhältnis, wenn

⁵⁷ Die VertreterInnen dieser Linie ziehen dies noch weiter und meinen, dass bestimmte Fragen gar nicht diskutiert werden dürfen. Wiederholt hat sich K. Braun damit beschäftigt, aus deren Publikationen zu dieser Thematik stellvertretend für andere hier nur eine genannt werden soll: Braun K. Grenzen des Diskurses: Biomedizin, Bioethik und demokratischer Diskurs. in: Barben D. Abels G. (2000) Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung. Berlin.

⁵⁸ vgl. Düwell M. (2002) Medizinethik in gesellschaftlicher und politischer Diskussion in: Ethik in der Medizin 14(2002)1.

⁵⁹ vgl. K. Braun, a.a.O., S. 427.

⁶⁰ wie die Erfahrungen von Porto Alegre auch in Entscheidungsfragen zu Haushalten der Kommunen etc. zeigen

⁶¹ <http://www.bioethik-diskurs.de>

⁶² zu den einzelnen Ergebnissen s. www.buergerkonferenz.de

die Positionen von Chefärztinnen oder C4-Professorinnen betrachtet werden – obwohl in Deutschland 51% der AbsolventInnen des Medizinstudiums weiblich sind, dünnt sich dieser Anteil in den genannten Positionen dann auf unter 3% aus⁶³ - es dauerte z.B. bis zum Jahr 2000, dass in Deutschland erstmals eine Frau zur Lehrstuhlinhaberin für Gynäkologie ernannt wurde. Damit sind Frauen weitestgehend von Entscheidungen über Forschungsprofile, Ressourcenvergabe und Methodenentwicklung ausgeschlossen. Dass sie durchaus andere Prioritäten setzen und Alternativen zu scheinbar unverrückbar feststehenden Positionen bedenken, zeigt nicht nur das oben genannte Abstimmungsverhalten zur Gendiagnostik – zu nennen wären auch der Wunsch nach größerer Anwendung alternativer Heilmethoden, sprechender Medizin u. a. m.

Zurück zur Frage der Einbeziehung verschiedenster Betroffenengruppen bzw. dem Umgang mit abweichenden Meinungen und Minderheitenvoten. Unabhängig von der idealen oder auch optimalen Zusammensetzung eines Entscheidungsgremiums ist überwiegend festzustellen: in den wenigsten Fällen kommt es zu einer einstimmigen Entscheidung. „We agree to disagree“ ist die dazu am häufigsten anzutreffende Formel. Wo Mehrheiten etwas entschieden haben, wird es stets auch Minderheiten geben, die andere Positionen vertreten. Wie soll oder muss eine demokratische Gesellschaft mit diesen bzw. den von ihnen vorgebrachten Standpunkten, Verhaltensweisen und Erwartungen an künftige Entwicklungen weiter umgehen?

Zur Rolle von Dissens in demokratischen Gesellschaften

Hierzu soll der Gedanke von K. Bayertz aufgegriffen werden, dass moralischer Konsens keineswegs der Königsweg für weitere Entwicklung ist. Im Gegenteil, oftmals sei es gerade erst der Dissens der öffentlichen Meinung, der die Freiheit gibt, ein Problem immer wieder neu zu hinterfragen und den Geltungsanspruch bestimmter Normen immer wieder zu prüfen.⁶⁴ D.h. eine kritische und diskussionsfreudige Öffentlichkeit zwingt die Experten ständig, nicht nur die Ergebnisse ihrer fachlichen Arbeit zu hinterfragen, sondern vor allem auch sie über den Rahmen des unmittelbaren Fachgebietes hinaus auf ihre Relevanz und Nebenwirkungen zu prüfen. Bezogen auf die Frage der Erlaubnis des Imports und der Forschungen mit embryonalen Stammzellen wird zu Recht auf den untrennbaren Zusammenhang mit anderen, bisher

⁶³ ausführlich zum Mangel von Ärztinnen in Führungs- und Entscheidungspositionen siehe den Beitrag von Astrid Bühren auf dem 105. Deutschen Ärztetag: www.bundesaerztekammer.de/25/20020530/200205302.html

⁶⁴ Bayertz K. (1990) Auf der Suche nach einer neuen Moral. Regelungsprobleme der Gen- und Reproduktionstechnologie. CT BIOMED Forschungsmaterialien „Technikfolgenabschätzung“, Nr. 1, Mai, 1990.

erfolgten Entscheidungen zu verschiedenen Aspekten moderner Fortpflanzungstechnologien verwiesen. Dazu verfügen wir über eine ganze Reihe sozialer Erfahrungen zu *beabsichtigten und nicht beabsichtigten Folgen* dieser Entscheidungen, wie auch ihrer Auswirkungen auf unser Selbstverständnis, unser Menschenbild insbesondere unser Bild von behinderten Menschen und ihre Stellung in unserer Gesellschaft. Diese Vorstellungen manifestieren sich auch bereits in der realen Lebensführung. So wurde z.B. in Deutschland die pränatale Diagnostik für sog. Grenzfälle konzipiert und eingeführt, heute ist es ein Massenscreening geworden. 70% aller schwangeren Frauen nehmen daran teil. Dies würde streng genommen bedeuten, dass 70% aller Schwangeren als Risikoschwangere einzustufen wären⁶⁵. Die geplante Beschränkung auf „wenige Grenzfälle“ hat also gesellschaftlich nicht funktioniert. Es sind derzeit keine Gründe bzw. sozialen Entwicklungen zu erkennen, dass es künftig (besser) funktionieren könnte. Diese Entwicklung wird sowohl von Frauen- als auch der Behindertenbewegung zu Recht kritisiert. Ein erstes Fazit aus dieser sozialen Erfahrung ist: Es sind *nicht die heutigen Entscheidungen auf Grund der damaligen zu legitimieren, sondern umgekehrt, die damaligen Entscheidungen müssen erneut auf den Prüfstand gestellt und ggf. korrigiert werden*. Und selbst dann, wenn dies politisch nicht praktikabel ist⁶⁶, leitet sich ethisch keine moralische Rechtfertigung aus einer früher getroffenen, zwar nicht mehr korrigierbaren, heute jedoch als falschen Weg eingestuften Entscheidung ab! D.h. in Deutschland ist die Praxis der PND zu überdenken und nicht mit dieser Praxis die Forschung an embryonalen Stammzellen zu legitimieren!

In den folgenden Überlegungen wird davon ausgegangen, dass gerade der Dissens der Normalfall in demokratischen Gesellschaften, die die anderen Prinzipien von einzelnen Gruppen oder die andere Interpretation von bestimmten Prinzipien (!) in ihre Regelungen einbeziehen, sein wird und muss.⁶⁷ Kurt Bayertz bezeichnet den politischen Dissens als *dauerhaftes Strukturprinzip* des parlamentarischen Systems und schreibt, dass Demokratie daher keine Einigkeit über solche materialen politischen Fragen fordert,

⁶⁵ S. Wunder M. (2001) Verboten, aber straffrei? Dr. med. Mabuse 26(2001)131 und Schlußbericht der Enquete-Kommission "Recht und Ethik der modernen Medizin" Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9020, S. 69ff.

⁶⁶ Viele VerfechterInnen eines liberalen Abtreibungsrechts befürchten auf Grund ihrer Erfahrung bei der Schwierigkeit einen Konsens zur derzeit in Deutschland geltenden Regelung zum Schwangerschaftsabbruch zu finden, dass eine breit angelegte Diskussion um ethische und juristische Fragen der modernen Reproduktionstechnologien diesen damals gefundenen Kompromiss erneut in Frage stellen könnte. Sie befürchten in Folge eine erneute Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen und nehmen daher eine Position ein, die mit den Worten beschrieben werden kann: „besser nicht daran rühren“.

⁶⁷ Exemplarisch dazu sei auf die Dokumentation des Fachforums „Menschen mit Behinderung in der biomedizinischen Forschung und Praxis“ 1998 in Bonn verwiesen, hrsg. von M. Wunder und Th. Neuer-Miebach (1998) Bio-Ethik und die Zukunft der Medizin. Bonn.

„sondern Einigkeit lediglich darin, dass der Streit über diese materialen politischen Fragen mit friedlichen Mitteln ausgetragen und den Bürgern zur ... Entscheidung überantwortet wird“.⁶⁸ Das heißt auch, dass wir heute immer stärker darüber nachdenken müssen, wie mit den „überstimmten“ Interessen von Minderheiten künftig umgegangen werden soll. Mindestanforderung dabei ist, dass Minderheiten nicht als intolerant bezeichnet, diskriminiert oder ausgegrenzt werden dürfen. Dazu gehört weiterhin für die Ethik, sich mit den entsprechenden Möglichkeiten bzw. Institutionen zu befassen, die für kritische Gegenpositionen notwendig sind. Es ist W. D. Narr zuzustimmen, dass die Bioethik häufig in den notwendigen Auseinandersetzungen harmlos bleibt, weil sie „... in lichten normativen Höhen verkümmert und nicht auf die Erde sozialer Institutionen und Prozeduren heruntersteigt. Wer jedoch von Normen redet, nicht aber die organisatorischen Formen angibt, in denen die Normen wirksam, durch die sie vermittelt werden sollen, und auch versäumt, die Voraussetzungen zu nennen, deren es überindividuell bedarf, um die jeweilige Person entscheidungsfähig zu machen, dessen ethisches Rasonement wirkt amoralisch, wenn nicht antimoralisch“.⁶⁹

Auseinandersetzung mit den Hauptargumenten der Befürworter des Imports

Zentrales Argument aller Befürworter ist stets das Versprechen von künftigen Heilungsmöglichkeiten für zahlreiche Krankheiten bzw. Personengruppen. Diesem fundamental-altruistischen Motiv kann aus der Sicht der Ethik nur schwerlich etwas gleichwertig Gewichtiges entgegengesetzt werden – es sei denn vom Kern her die Kant'sche Position, dass der Mensch niemals Mittel zum Zweck werden dürfe. Diese impliziert jedoch eine bestimmte Antwort auf die Frage, was eigentlich Stammzellen bzw. der Embryo sind – hier dann beantwortet als potentiell menschliches Leben, dem bereits die unteilbare Menschenwürde zukomme. Um diese Frage „Was ist ein Embryo?“ (teilweise noch detailliert nach seinen einzelnen Entwicklungsstufen) wird seit Jahrzehnten gestritten, die Positionen und Argumentationen dazu füllen Bände. Die Grundtendenzen dieser Debatten werden wiederum als bekannt vorausgesetzt und folgendes zweite Fazit gezogen: Fragen nach dem Status des Embryos in seinen einzelnen Entwicklungsstufen lassen sich nicht mit dem Instrumentarium der Naturwissenschaften entscheiden! Dieser dem Embryo

⁶⁸ Bayertz a.a.O., S. 13.

⁶⁹ Narr W.-D. (2000) Globalisierung – Demokratie – Technikentwicklung: Zur Notwendigkeit neuer organisatorischer Formen. in: Barben D. Abels G. Biotechnologie – Globalisierung- Demokratie, Berlin, S. 53.

zuerkannte moralische Status⁷⁰ und die daraus folgenden gesetzlichen Zulässigkeiten oder Verbote sind ein Ergebnis gesellschaftlicher Übereinkunft⁷¹.

Bei einer Betrachtung des Arguments „Heilung“ unter der eingangs genannten Fragestellung “Warum sollen wir etwas tun?” haben EthikerInnen die gleichfalls aus dem Lager der NaturwissenschaftlerInnen kommenden Stimmen zur Kenntnis zu nehmen, die anzweifeln, ob erstens solche *Verheißungen real* sind und sie zweitens *nur auf dem Wege der Forschung an embryonalen Stammzellen* zu erreichen sind. Solange beide Fragen von einer großen Zahl der NaturwissenschaftlerInnen selbst mit einem klarem, gut begründetem „Nein“ beantwortet werden⁷², ist m. E. das Argument „Heilung“ durch die Forschung an embryonalen Stammzellen zu unbestimmt und hypothetisch, um eine tragfähige Entscheidungsgrundlage zu sein. Eine in diesem Zusammenhang wichtige Argumentationslinie ist, dass gerade in der Stammzellforschung das Grundproblem moderner Naturwissenschaften deutlich wird: ethische Entscheidungen folgen im Rahmen von Güterabwägungen oftmals erkennbar den Forderungen, die sich aus der naturwissenschaftlichen Fragestellung ergeben.⁷³

Ebenfalls großes Gewicht wurde und wird in Deutschland auf die Frage der *Freiheit von Wissenschaft und Forschung* gelegt. Hierzu sei nochmals auf das eingangs angeführte Zitat von A. Simpson verwiesen. Es besagt auch,

⁷⁰ Stellvertretend für ähnliche Positionen sei die Biologin und Theologin S. Ackermann zur Frage der Entscheidung über den moralischen Status von Embryonen zitiert: „Biologisch ist der Sachverhalt, ab welchem Zeitpunkt wir es mit einem *Menschen* zu tun haben, eindeutig: ab der Zygote... Dies ist allerdings keine Aussage über den *moralischen Status* von Embryonen, also über die Stellung, die Embryonen und Feten als Gegenstand unseres Handelns einnehmen und in der ihre Schutzwürdigkeit begründet liegt...“ Für die Festsetzung des Zeitpunktes einer solchen Schutzwürdigkeit „ist es nicht möglich... sich auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen... Die vorgenommene Setzung und damit Zuschreibung des moralischen Status ist ... kein biologisches oder juristisches Problem, sondern basiert auf der kulturellen Tradition und sagt letztendlich mehr über uns selbst aus als über die Wahrheit“ – Ackermann S. (2001) *Ethische Probleme der Stammzellforschung und –therapie*. in: *ETHICA* 9(2001)3, S. 238-239.

⁷¹ So wie in Deutschland z.B. die Regelung über Straffreiheit einer Abtreibung bis zum 3. Monat nach erfolgter Beratung nicht auf übereinstimmend interpretierten naturwissenschaftlichen Ergebnissen basiert, sondern eine gesellschaftliche Übereinkunft darstellt.

⁷² Die entsprechenden Ausführungen wurden u.a. auf solchen Konferenzen wie „Fortpflanzungsmedizin in Deutschland“ sowie „Reproduktionsmedizin und Gentechnik“ vorgetragen (s. die entsprechenden Protokollbände), eine zusammenfassende Darstellung enthält vor allem der Zweite Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der Modernen Medizin“. Teilbericht Stammzellforschung. Deutscher Bundestag Drucksache 14/7546. Letztendlich sagte auch der bekannteste deutsche Forscher auf diesem Gebiet, Oliver Brüstle selbst, dass es „noch Jahre dauern (wird) bis wir wissen, inwieweit sich Defekte bei MS durch Stammzellen werden beheben lassen“. Zudem gehe es lediglich um Behandlung keineswegs um Heilung. in: *Stammzellforscher: erstes Ziel MS-Therapie*. Yahoo Schlagzeilen, <http://news.yahoo.com/10908/3/1xnyn.html>.

⁷³ ausführlich siehe dazu S. Ewig (2003) *Der permanente Dammbbruch* in: *Ethik in der Medizin* 15(2003)1.

dass momentan von Freiheit der Forschenden im Sinne von freiem Zugang zu bereits vorliegenden Ergebnissen, freier Entscheidung über Kooperationen etc. keine Rede mehr sein kann. Durch diese Eingrenzung von möglichen Kooperationen, Zugang zu vorliegenden Forschungsergebnissen und -methoden etc. wird auch eines der Hauptargumente der Befürworter solcher Forschungen, nämlich die permanente Kontrolle der Wissenschaftlergemeinschaft durch sich selbst ad absurdum geführt. Interessanterweise wird diese Einschränkung von Freiheit von den Befürwortern der Stammzellforschung in den Debatten pro Forschung meist ausgeblendet. Das erwähnte TRIPS-Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums wird diese Situation noch weiter verschärfen, da es den ohnehin schon vorhandenen Trend nach Patentierung weiter verstärkt. Obwohl nach der 1998 verabschiedeten Biopatentrichtlinie der Europäischen Union die „Verwendung von menschlichen Embryonen zu industriellen und kommerziellen Zwecken“ nicht patentierbar ist, gibt es bereits über 100 Patente auf embryonale Stammzellen und damit zusammenhängende Methoden und Verfahren.⁷⁴ Auch wenn man den Akzent verschiebt und vorrangig nach der Freiheit der Auswahl des Forschungsgegenstandes fragt (und nicht nach der Freiheit im Procedere der Forschung) ist diese Freiheit keinesfalls als der oberste Wert anzusehen. In guter Kant'scher Tradition wurde im Grundgesetz der BRD Freiheit begrenzt bzw. die Unantastbarkeit der menschlichen Würde als oberstes Prinzip festgeschrieben. Insofern steht hier nicht die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit zur Debatte, sondern die Einhaltung des, von gesellschaftlichem Konsens getragenen, Grundgesetzes der BRD (und die damit festgelegte Hintenanstellung von Forschungsfreiheit).

Eine nächste Argumentationslinie beruft sich auf *Entscheidungen des Auslands* zu dieser Frage und meint, Deutschland wäre hier nicht das Land, was anderen Moral predigen dürfe – oder, höflicher ausgedrückt – Moral lehren dürfe. Diese Linie ist schon deswegen wenig überzeugend, da die Reaktionen des Auslands zu Fragen der Stammzellforschung durchaus unterschiedlich sind. Die Anerkennung eines solchen Argumentationsmusters ist weder in der Frage der Stammzellforschung noch in ähnlichen Fragen (wie z.B. zum Umgang mit sterbenden Menschen oder mit dem Abreibungsrecht) eindeutig, sondern jeder könnte sich stets aussuchen, auf wen er sich künftig berufen will. Auslandslegalität in diesem Sinne als Argument könnte auch bedeuten, dass immer die jeweils liberalste Regelung des Auslands umzusetzen wäre. Für viele BürgerInnen vielleicht eine erstrebenswerte Utopie, in der Praxis jedoch kaum realisierbar schon auf Grund der sich ergebenden Widersprüche zwischen einzelnen Regelungen.

⁷⁴ vgl. dazu die Greenpeace-Kampagne „Kein Patent auf Leben“ von 2001.

Zum anderen unterhöhlt derjenige, der Auslandslegalität ins Inland einbringt, bestehende Gesetze und unterläuft die Pflicht, diese Gesetze auch im europäischen Dialog zu vertreten.⁷⁵ Das heißt, dieses Argument würde im Kern den Ausstieg aus eigenem wissenschaftlichen Denken und Argumentieren bedeuten, mit der Begründung, dass im Ausland bereits argumentiert und entschieden wurde.

Eine damit im Zusammenhang stehende Argumentation ist die Behauptung, dass der *Standort Deutschland* gesichert werden müsse. Hierzu gibt es ernstzunehmende Hinweise darauf, dass durch diese Forschungen mit einem Anwachsen von Arbeitsplätzen in einem wirtschaftlich interessanten Sinne nicht zu rechnen ist⁷⁶. (Selbst angenommen, dass dies so wäre, wäre dies als Begründung nicht hinreichend – niemand würde z.B. der Führung eines Krieges zustimmen mit dem Argument, dass dies Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie schafft).

Alle AutorInnen, die sich mit diesem Argument auseinandersetzen, verweisen auf den engen Zusammenhang mit dem *Patentrecht*. So ist z.B. der bekannteste deutsche Verfechter von Forschungsfreiheit an embryonalen Stammzellen, Oliver Brüstle, Inhaber zahlreicher Patente. D.h. es geht weniger um die Schaffung von Arbeitsplätzen für die zahlreichen Arbeitslosen in Deutschland, sondern eher um die Sicherung von Patenten, Eigentumsrechten und damit letztendlich um die Sicherung von Gewinn für Einzelpersonen bzw. die Pharmaindustrie. Die Konflikte aus der Personalunion von Mediziner als Arzt, Patentantragsteller und/oder Biotechnologieunternehmer sind ein relativ neues Thema für die bioethischen Debatten, werden uns wohl aber künftig immer weiter beschäftigen.

Bedenkenswert ist dabei sicher die Position, dass Patente nicht per se anstößig sind. „Allerdings sollten die damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen von Forschern gegenüber der Öffentlichkeit dargelegt werden“. In den USA gehört es mittlerweile zum guten Ton, „dass Forscher ihre wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen offen legen“. In Deutschland ist eine solche Transparenz selten, die Öffentlichkeit erfährt meist nur zufällig von solchen Interessenzusammenhängen.⁷⁷

Mit der jetzt erfolgten Gesetzgebung, sowohl der in den USA, als auch in Deutschland, die eine Forschung mit bestimmten bereits vorhandenen Zelllinien zulässt, sollen diese Zelllinien moralisch aufgewertet werden und Forschungsstandorte, die mit diesen „moralisch einwandfreien“ Linien arbeiten, angehoben werden gegenüber Staaten, die generell liberaler an die

⁷⁵ Mieth D. (2001) Vom Stammzellenimport zur Aufweichung des Embryonenschutzgesetzes. in: Graumann S. Die Genkontroverse. Breisgau, S. 124.

⁷⁶ D. Mieth, a.a.O., S. 127.

⁷⁷ s. Kollok R. Schneider I. Verschwiegene Interessen. Süddeutsche Zeitung vom 5.7.2001.

Zulassung der Forschung mit embryonalen Stammzellen herangehen.⁷⁸
Wenn von doppelter Moral zu reden ist, dann beginnt dies bereits hier!

Drittes Fazit aus dieser Analyse: Alle vorgebrachten Argumente stellen weder einzeln noch in ihrer Summe eine hinreichende und notwendige Begründung für den Import und die Forschung an embryonalen Stammzellen dar.

”The other voice“ - Einige abschließende Bemerkungen zur Sichtweise von Frauen in Deutschland auf diese Debatten bzw. die erfolgte Entscheidung

Zu Recht verweisen viele Frauen auf die Spezifik ihres Betroffenseins durch solche Forschungen. Zwar ist für die Entstehung von Embryonen auch eine Samenspende des Mannes notwendig, die erforderlichen Eingriffe in die körperliche Integrität der Frau (ovarielle Hyperstimulation, Follikelpunktion, Embryotransfer, physische und psychische Schmerzen) sind jedoch weitaus gravierender. Frauen fordern daher zu Recht eine weibliche Perspektive ein und wehren sich aus unterschiedlichen Gründen zu Recht dagegen:- nur als Umfeld des Embryos bzw. Feten wahrgenommen zu werden,

- dass der Embryo als eigenständiger, *von der Frau unabhängiger Träger subjektiven Lebensrechts* gehandelt wird,

- dass moderne Reproduktionstechnologien einseitig als Befreiung und Möglichkeiten zu reproduktiver Autonomie dargestellt werden.

Viele AutorInnen und AktivistInnen der Frauenbewegung setzen dem berechtigt die Perspektive der Frau, ihr Körpererleben, ihre Erfahrungen, ihre Lebenswirklichkeit und ihre realen Chancen zur Selbstbestimmung in Fragen der Familienplanung und Fortpflanzung entgegen.⁷⁹ Gleichzeitig wird von ihnen auch darauf verwiesen, dass Frauen nicht nur als Opfer dieser Entwicklung betrachtet werden dürfen⁸⁰. Sie sind auch „selbst bestimmt handelnde Subjekte auf dem Markt der medizinischen Möglichkeiten und als solche in die Verantwortung zu nehmen“.⁸¹ Ein Teil der Frauen nimmt die neuen Angebote der Biotechnologie selbst bestimmt und offensiv in Anspruch.⁸²

⁷⁸ Genethisches Netzwerk Embryonale Stammzellen – ein neuer medizinischer Rohstoff? Handreichung 2002.

⁷⁹ Ausführlich s. Bockenheimer-Lucius G. (2002) Fortpflanzungstechnologien und Embryonenforschung. Kritische Anmerkung von Frauen und an Frauen. in: Forschung an embryonalen Stammzellen. Ethische und rechtliche Aspekte. Deutscher Ärzteverlag Köln, S. 106ff

⁸⁰ Verwiesen sei hier insbesondere auf die Diskussionen während der Fachtagung des Frauenforums ReproKult in Berlin, dokumentiert in: Reproduktionsmedizin und Gentechnik. Frauen zwischen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Normierung (2002) Köln.

⁸¹ So S. Graumann ebenda, S. 113.

⁸² S. dazu auch Schubert-Lehnhardt V.: Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie.

Es ist an der Zeit, sich kritisch mit tradierten Auffassungen des Feminismus auseinander zu setzen. Dies betrifft u.a.

- konservative Bilder von Mutterschaft („nur auf natürlichem Wege anzustreben“),
- eine Sicht auf die Frauenrolle vorrangig als Mutter
- und natürlich den Umgang mit den Frauen bzw. Paaren, die diese Techniken zur Erfüllung ihres Kinderwunsches nutzen (wollen).

Damit schließt sich der Kreis und es stehen wieder Fragen an nach dem Umgang mit Minderheiten und demokratischen Entscheidungsprocedere. So müssen künftig z.B. Lebensentwürfe behinderter Frauen bzw. der weitere Kinderwunsch von Paaren mit behinderten Kindern viel stärker in Überlegungen einbezogen werden.

Weiterhin braucht es angesichts der Pluralität der Positionen von Frauen (einschließlich der Pluralität feministischer Ansätze) sowie der Funktionalisierung von weiblicher Selbstbestimmung zur Legitimation von Forschungsinteressen ein *Kriterium dafür, was überhaupt feministische Positionen ausmacht*. Anstatt hier abschließend das weite Feld einer Definition zu betreten, was eigentlich Feminismus ist – der Streit darüber ist so lang, wie seine Geschichte soll ein Standpunkt zitiert werden, der in Deutschland weite Zustimmung gefunden hat: *feministische Positionen können sich nur dadurch auszeichnen, dass sie sich auf die Frauenbewegung als emanzipatorisches Projekt beziehen. Dieses verfolge das gesellschaftspolitische Ziel, „die Gleichberechtigung aller Frauen unabhängig von Eigentum, sexueller Orientierung, Hautfarbe, kultureller Herkunft, Alter, Gesundheit und individuellen Fähigkeiten herzustellen“*.⁸³

Literatur

Ackermann, S.: Ethische Probleme der Stammzellforschung und –therapie. in: ETHICA 9, 2001.

Bayertz, K.: Auf der Suche nach einer neuen Moral. Regelungsprobleme der Gen- und Reproduktionstechnologie. CT BIOMED Forschungsmaterialien „Technikfolgenabschätzung“ Nr. 1, Mai, 1990.

Bockenheimer-Lucius, G.: Fortpflanzungstechnologien und Embryonenforschung. Kritische Anmerkung von Frauen und an Frauen. in: Forschung an embryonalen Stammzellen. Ethische und rechtliche Aspekte. Deutscher Ärzteverlag Köln, 2002.

utopie kreativ 137(2002)3.

⁸³ Reproduktionsmedizin und Gentechnik. Frauen zwischen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Normierung (2002) Köln, S. 113.

Braun, K.: Kann man über alles reden? In: Mürner, Ch.; Schmitz, A.; Sierck, U. (Hg.): Schöne, heile Welt? Biomedizin und Normierung des Menschen. Hamburg, Berlin, 2000.

Braun, K.: Grenzen des Diskurses: Biomedizin, Bioethik und demokratischer Diskurs. In: Barben, D.; Abels, G.: Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin, 2000.

Brüstle, O.: Stammzellforscher: erstes Ziel MS-Therapie. Yahoo Schlagzeilen, <http://news.yahoo.com/10908/3/1xnyn.html>

Bühren, A.: Rede auf dem 105. Deutschen Ärztetag: In: www.bundesaerztekammer.de/25/20020530/200205302.html

Düwell, M.: Medizinethik in gesellschaftlicher und politischer Diskussion in: Ethik in der Medizin, o.O., 2002.

Düwell, M.: Brauchen wir einen "Ethikrat" beim Kanzler? Was kann er leisten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 14.1.2003.

Ewig, S.: Der permanente Dambruch in: Ethik in der Medizin 15, 2003.

Fortpflanzungsmedizin in Deutschland, Band 132, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Baden Baden, 2001.

Fuchs, M.: Internationaler Überblick zu Verfahren der Entscheidungsfindung bei ethischem Dissens. Gutachten für die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ Arbeitsunterlage 14/55, o.O. u.o.J.

Fuchs, U.: Was alle angeht, müssen alle entscheiden. Transparenzmangel, demokratische Indiskretion und Akzeptanzbeschaffung. In: Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen, o.O., 1998.

Genethisches Netzwerk Embryonale Stammzellen – ein neuer medizinischer Rohstoff? Handreichung, o. O., 2002.

Graumann; S.: Die Genkontroverse, Breisgau, 2001.

Kollek R., Schneider I.: Verschwiegene Interessen. Süddeutsche Zeitung, 5.7.2001.

Loewey, E.: Ethik, Diskussionskultur und Stammzellen. In: Aufklärung und Kritik Nr. 2, 2001.

Mieth, D.: Vom Stammzellenimport zur Aufweichung des Embryonenschutzgesetzes. In: Graumann, S.: Die Genkontroverse, Breisgau, 2001.

Narr, W.-D.: Globalisierung – Demokratie – Technikentwicklung: Zur Notwendigkeit neuer organisatorischer Formen. In: Barben, D., Abels, G.: Biotechnologie – Globalisierung- Demokratie, Berlin, 2000.

Reich, J.: Grenzen der forschenden Biomedizin. In: Fortpflanzungsmedizin in Deutschland. Berlin, 2000.

Reproduktionsmedizin und Gentechnik. Frauen zwischen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Normierung, Köln, 2002.

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9020, Berlin, 2002.

Schneider, I.: Kurswechsel in der Biopolitik. In: Politik im Netz, 9.8.2001.

Schubert-Lehnhardt, V.: Democartic participation and public control as a necessity on free modern society. The knowledge of experts versus the opinion of layman In: First World congress of Medicine & Philosophy, France und: von den Schwierigkeiten in Deutschland einen Dialog zwischen Experten und Laien zu führen in: Kongreß der Gesellschaft für Analytische Philosophie, Leipzig, 1994.

Schubert-Lehnhardt, V.: Die Selbstbestimmung der Frau und die Gentechnologie. utopie kreativ 137, Berlin, 2002.

Schröder-Kurth, T.: In: Fortpflanzungsmedizin in Deutschland, Bonn, 2001.

Seifert, F.: Österreichs Biotechnologiepolitik im Mehrebenensystem der EU: Zur Effektivität öffentlichen Widerstands im supranationalen Gefüge. In: Barben, D.; Abels, G.: Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung. Berlin, 2000.

Simpson; A.: Wird die Demokratie mit der Biotechnologie fertig?, In: Von Gen-Piraten und Patenten, hrsg. von Brot für die Welt, 2000.

Wunder, M.; Neuer-Miebach, Th. (Hrsg.): „Menschen mit Behinderung in der biomedizinischen Forschung und Praxis“, In: Bio-Ethik und die Zukunft der Medizin, 1998, Bonn.

Wunder, M.: Verboten, aber straffrei? Dr. med. Mabuse 26, 2001.

Wunder, M.: Lehrstück Stammzellen. Dr. med. Mabuse 27, 2002.

<http://www.bioethik-diskurs.de>

<http://www.buergerkonferenz.de>

AK Ernährungsmythen

Einleitung

Kaffee schadet der Gesundheit, Spinat ist eisenreich, Zusatzstoffe sind gesundheitsschädigend – das sind drei von unzähligen Ernährungsweisen, die zu den Ernährungsmythen zählen. In diesem Arbeitskreis soll ein kurzer Einblick in diese Problematik erfolgen, sich kritisch mit dem Wahrheitsgehalt einiger in der Werbung suggerierter Aussagen auseinandergesetzt und anderen Fehlinformationen auf den Grund gegangen werden. Zudem wird dem interessanten Phänomen aus Großmutter's Zeiten nachgegangen, warum menstruierende Frauen nichts in der Küche zu suchen haben.

Teil A

Anja Möbius

1. Einführung

Warum dürfen menstruierende Frauen nicht einkochen?

Noch in der heutigen Zeit geht der (Irr-)Glaube umher, dass menstruierende Frauen die Kraft haben, Obst und Gemüse nur durch Berührung verderben zu lassen.

Ich selbst bin in meiner Pubertät damit konfrontiert worden und habe es natürlich genossen, ein paar freie Tage im Sommer zu haben, da ich sowohl bei der Ernte als auch bei der Verarbeitung von Obst und Gemüse nicht helfen durfte, wenn ich meine Menstruation hatte.

Aus diesem Grund habe ich mich damit näher beschäftigt und bin der Frage nachgegangen, warum unsere Großmütter und Mütter dies glauben, obwohl ich nur einen übertragenen Fall kenne, bei dem es zur Bombage einer Konserve kam.

Die Wurzeln eines solchen Glaubens liegen meist in den Religionen. Im Hinduismus wird sich auch noch heute an strenge Regeln bezüglich der Nahrungsaufnahme und -zubereitung gehalten. Im Folgenden wird die Bedeutung der Nahrung und der Reinheit erläutert.

2. Bedeutung der Nahrung im Hinduismus

Die Nahrung wird als leben spendende Substanz betrachtet, die gleichzeitig für das Altern und Erzeugen des Wesens verantwortlich ist. Sie wird auch als Durchgangsstadium eines Menschen zwischen zwei Existenzen angesehen und gehört somit in den Kreislauf der Wiedergeburt. Zwischen zwei menschlichen Existenzen sind die verstorbenen Pflanzen, die von Lebewesen aufgenommen werden, die wiederum Lebewesen zeugen. Entsprechend ihres *karman* werden die Verstorbenen in einer höheren oder niederen Existenz wiedergeboren.

Des Weiteren stellt sie das Bindeglied zwischen Göttern, Manen (männliche Verstorbene) und Menschen dar. In Form eines Bittopfers soll so der Bund zwischen Göttern und Menschen gefestigt beziehungsweise das Wohlwollen der Manen und Götter gesichert werden.

Natürlich ist die Nahrung auch im Hinduismus ganz profan Träger physischer Energie, darüber hinaus jedoch auch Träger psychischer Energie. Somit ist die Nahrungsaufnahme nicht von persönlichen Vorlieben oder Energiegehalt bestimmt, sondern von Kaste, Familie, Religionszugehörigkeit und Lebensstadium. Dies könnte man kurz sowohl mit den Worten „Du isst, was Du bist“ als auch mit „Du bist, was Du isst“ ausdrücken.

Im Hinduismus bedeutet dies jedoch Vorschriften für die Nahrungsaufnahme sowie verbotene und erlaubte Nahrungsmittel. Der Zusammenhang zwischen körperlicher und geistiger Reinheit wird auch durch diese Gebote bestimmt.

3. Bedeutung der Reinheit im Hinduismus

Reinheit ist im Hinduismus „überlebensnotwendig“, d.h. auch über das Leben hinaus notwendig, da die zukünftige Existenz auch vom Grad der Reinheit des vorherigen Lebens abhängt (*karman*).

Die Reinheit ist eng mit der Kastenhierarchie verbunden. Der Angehörige einer niederen Kaste ist generell unrein. Durch Berührung, Aufnahme von durch unreine Personen berührte Nahrungsmittel bzw. generell unreiner Lebensmittel (Zwiebeln, Knoblauch, Pilze) kann die angeborene Reinheit vorübergehend verloren gehen, durch Reinigungszeremonien jedoch wiederhergestellt werden. Gerade im Zusammenhang mit Lebensmitteln ist „rein“ nicht immer gleichbedeutend mit „hygienisch“, sondern meint hauptsächlich „geordnet“ und „richtig“ (vgl. „koscher“ im Judentum).

Neben einer generellen Unreinheit (Unreinheit einer niederen Kaste oder einer Prostituierten) gibt es auch eine temporäre Unreinheit, die durch die Menstruation, die Geburt eines Kindes, das Wochenbett oder Tod und Trauerzeit eintritt. Es kommt zu einer Destabilisierung von Ordnung und Hierarchie, die wiederum diese Unreinheit hervorruft.

In diesem Zusammenhang ist in nahezu allen Rechtsbüchern die Annahme der Speise einer Menstruierenden verboten, weil in höchstem Maße verunreinigend.

Die Küche, der reinste Raum, darf von unreinen Personen nicht betreten werden, weil sie durch deren Gegenwart kontaminiert wird. Somit wird jedem empfohlen, Fremde nicht in die Küche zu lassen. Auch menstruierende Frauen werden aus der Küche für die Zeit ihrer Unreinheit verbannt. Neben Nahrungsmitteln und Menschen sind Körpersubstanzen der größte Herd der Unreinheit. Sowohl Kot, Urin, Schweiß, Menstruationsblut und Blut als auch Speichel, Haare und Nägel gelten als unrein. Daraus entstanden neben Vorschriften zur Nahrungszubereitung auch Vorschriften zum Verzehr. Man sollte nie Speisereste eines anderen zu sich nehmen, es sei denn, es ist eine höher stehende oder verehrte Person. Von den Speisen sollte nicht abgebissen und Wasser sollte frei in den Mund gegossen werden, um eine Kontamination zu vermeiden. Die Nahrung sollte generell nur mit Angehörigen der gleichen Kaste eingenommen werden, um Kontamination zu verhindern. Dazu gehört auch die Trennung von Männern und Frauen während der Nahrungsaufnahme.

Das ganze Leben im Hinduismus ist durch das Streben nach Reinheit gekennzeichnet und in Texten wird oft vor falschem Zutrauen gewarnt, das schon vielen die Reinheit gekostet hat.

Neben den Nahrungsgeboten sind die Heiratsgebote entscheidend für das Verhältnis der Kasten zueinander.

4. Diskussion

In der nachfolgenden Diskussion wurde viel über den Sinn solcher Verhaltensregeln gesprochen und wiederholt kam es zu Unglauben darüber, dass solche Vorstellungen noch in unserer Zeit existieren. Auch andere Mythen wurden diskutiert.

Abschließend kann ich sagen, dass es keine Bedenken meinerseits gegenüber der Küchenbenutzung während der Menstruation gibt. In der heutigen Zeit nimmt auch kaum noch jemand Rücksicht darauf, sonst hätte ich wahrscheinlich den idealen Beruf gewählt, weil ich dann aufgrund meiner Körperausscheidung alle vier Wochen Zwangsurlaub hätte.

Wichtig ist natürlich die entsprechende Körperhygiene, die aber bei der Lebensmittelzubereitung immer beachtet werden sollte.

Literatur

Perry Schmidt-Leukel (Hrsg.): Die Religionen und das Essen, Kreuzlingen, 2000.

Teil B

Claudia Loh

Aus den unzähligen in der Bevölkerung herumschwirrenden Halbwahrheiten und Fehlinformationen zu dem Thema Ernährung wurden von mir speziell sechs Lebensmittel bzw. Lebensmittelgruppen herausgepickt, die in diesem Teil genauer beleuchtet werden sollen.

1. Kaffee schadet der Gesundheit!

1.1 Worin ist Koffein enthalten?

In nur drei großen Gewächsen ist Koffein enthalten, wo sich eine kommerzielle Kultivierung lohnt: schwarzer Tee, Kaffee und Kakao. Heutzutage wird Koffein von ca. der Hälfte der Weltbevölkerung in Form von Tee konsumiert, während ein Drittel lieber Kaffee bevorzugt.

Ist Koffein gefährlich? Nachdem in Untersuchungen festgestellt wurde, dass ein Teil des Koffeins durch die Plazentaschranke in den fetalen Kreislauf gelangt, meinte die US-amerikanische Zulassungsbehörde für Arzneimittel 1980, schwangeren Frauen zur Einschränkung des Koffeinkonsums raten zu müssen. Angeborene Schäden von Nachkommen konnten jedoch nur im Tierversuch nachgewiesen werden, bei denen der Koffeinzufuhr der tierischen Mutter deutlich höher lag, als es bei den Menschen normalerweise üblich ist.

Allgemein brauchen sich die meisten Menschen über angebliche Gefahren des Koffein keine Sorgen zu machen. Die empfohlene maximale tägliche Aufnahme beträgt 250mg, jedoch konnte bisher auch nicht bewiesen werden, dass 300mg irgendeinen Schaden zufügen können. Diese besagte Menge Koffein ist bereits in vier Tassen starkem Kaffee, acht Tassen Tee oder zwölf Tafeln Schokolade enthalten. Wie viel Koffein wir tatsächlich mit diesen Getränken aufnehmen, ist von vielen Details abhängig, nicht zuletzt auch von der Kaffeesorste. Entscheidend ist auch, ob Instanzkaffee oder gemahlener Kaffee getrunken wird und ob dieser gemahlene Kaffee durch einen Filter läuft oder mit heißem Wasser aufgebriht wird. Von Bedeutung ist auch die Menge des Pulvers oder der Teeblätter, die verwendet wird, und auch die Ziehdauer, also die Stärke des fertigen Getränks.

So kann Tee in zweierlei Weise wirken: Bei einer kurzen Ziehzeit (2 – 3 min) geht der überwiegende Anteil des Koffeins in den Teeaufguss über,

jedoch nur ein geringer Anteil an Gerbstoffen. Somit ist bei einer kurzen Ziehzeit die anregende Wirkung des Koffeins auf das Zentralnervensystem (ZNS) vorherrschend. Bei einer längeren Ziehzeit (4 – 5 min) werden dem Tee vermehrt Gerbstoffe entzogen. Der Tee wirkt daher beruhigend auf den Magen-Darm-Trakt, enthält aber einen bitteren Geschmack, den man mit Kandis bzw. Zucker, Süßstoff oder Milch mildern kann. Länger als 5 min sollte der Tee jedoch nicht ziehen, da sonst zu viele Gerbstoffe in das Getränk übergehen und der Tee zu herb wird und bitter schmeckt.

1.2 Die physiologische Wirkung von Kaffee und Tee im Vergleich

	Kaffee	Tee
Koffeingehalt pro Tasse (150 ml)	60 – 80 mg	20 – 60 mg
Resorption	bedingt durch die Röststoffe wird das Koffein schnell vom Körper aufgenommen	da das Koffein im Tee an die Gerbstoffe gebunden vorliegt, erfolgt die Aufnahme langsam
Wirkung	schnell; anregend auf Herz, Kreislauf, Zentralnervensystem, Nierentätigkeit	verzögert; anregend auf ZNS; Gerbstoffe wirken beruhigend auf Magen und Darm, die anregende Wirkung auf das ZNS und Gehirn hält länger an als nach Kaffeekonsum

1.3 Wie wirkt das Koffein im Körper?

Um das Koffein ranken sich viele Legenden. Er wird mit schlaflosen Nächten, Verdauungsbeschwerden und Mundgeruch sowie der Erhöhung des Cholesterinspiegels und die damit verbundenen höheren Herzinfarkttrisiken in Verbindung gebracht.

Der Koffeinstoffwechsel findet in der Leber statt. Um 90 % der aufgenommenen Mengen an Koffein abzubauen, benötigt die Leber 12 Stunden. Was wir individuell von dem Koffein im Körper merken, ist zum einen vom Körpergewicht und zum anderen von der Häufigkeit des Genusses abhängig. Die ersten Tassen Kaffee lassen Pulsfrequenz und Blutdruck drastisch

ansteigen. Wird dagegen regelmäßig Kaffee und Tee genossen, reagiert der Körper weniger heftig.

Berufsgruppen wie Nachtwächter, Piloten, Krankenschwestern, die auch nachts arbeiten müssen, halten sich meist durch Kaffee wach. Dabei handeln viele nach dem Motto „viel hilft viel“. Eine kanadische Studie hat jedoch gezeigt, dass häufiger Kaffeegenuss die körperliche Produktivität nicht steigert, denn gerade diejenigen, die regelmäßig Kaffee trinken, profitieren weniger von dem Muntermacher, als diejenigen, die nicht so viel zu koffeinhaltigen Getränken greifen. So profitieren gewohnheitsmäßige Kaffeetrinker wahrscheinlich nur von der ersten Tasse Kaffee am Tag, die jedoch den Kaffeemuffeln deutlich mehr Energie bringt. Es zeigte sich bei den Studien, dass die gesteigerte Leistungsfähigkeit bei körperlichen Anstrengungen bei denjenigen, die selten Kaffee tranken, deutlich höher war.

Im Leistungssport verwenden die Athleten Koffein auch zur Leistungssteigerung. Forschungen in England zeigten, dass eine Einnahme von 350mg Koffein vor einem 1500m-Lauf einen Zeitgewinn von 4 Sekunden bewirken kann (Erhöhung der Herzfrequenz, der Sauerstoffzufuhr und damit der Leistungsfähigkeit). Rennradfahrer nehmen vor und während des Wettkampfes koffeinhaltige Getränke zu sich, manche greifen sogar zu Zäpfchen, die den Wirkstoff langsamer freisetzen. Koffein fördert die Umsetzung von Körperfett in Energie und liefert somit eine zweite Energiequelle neben den gespeicherten Kohlenhydraten. Solche Theorien bestätigen die Aussage, dass Koffein ein Muntermacher ist.

Koffein ist jedoch nicht nur ein Lebenswecker, sondern hat auch einen medizinischen Nutzen. Koffein ist in unzähligen Wirkstoffkombinationen enthalten, so z.B. in Schmerzmitteln, Diätmitteln, aber auch in Diuretika und Asthmamitteln. In etlichen Ländern ist es jedoch verboten Koffein in Diätpräparaten einzusetzen. Der Wirkstoff hilft beim Abnehmen, da es einerseits als mildes Diuretikum und Abführmittel wirkt und andererseits den Stoffwechsel anregt, so dass bei körperlicher Betätigung mehr Fett verbrannt wird. Ursache ist die Einwirkung der Substanz in den Adenosinhaushalt. Koffein blockiert die Adenosinrezeptoren in den Nieren und regt so eine vermehrte Urinausscheidung an. Die Blockierung der Rezeptoren führt zu einer lokalen Erweiterung der Blutgefäße, so dass die Nieren in der Lage sind wesentlich mehr Blut zu filtern. Auch die Adenosinrezeptoren im Dickdarm werden blockiert, wodurch die Darmbewegung intensiviert wird.

Der Einsatz dieses Wirkstoffs bei der Therapie von Bronchialasthma ist durch die Erleichterung der Muskelkontraktion und der Entkrampfung der Atemwege zu erklären.

Adenosin beruhigt, stillt Schmerzen und setzt die Aktivität des Gehirns herab. Es ist in allen Gewebearten vorhanden und hemmt die Neurotransmitter, weshalb wir ermüden, wenn Adenosin im Gehirn ausgeschüttet wird. Adenosin reguliert weiterhin den Blutdruck, den Schlag des Herzens und die Hirntätigkeit. Um den Blutdruck und den Herzschlag um 50% zu erhöhen, muss man 10mg Koffein pro kg Körpergewicht aufnehmen, d.h. 12 Tassen starken Kaffees hintereinander trinken. Derart hohe Dosen beschleunigen den Herzschlag, erhöhen den Blutdruck, erzeugen Angstgefühle und reduzieren den Blutstrom zum Gehirn. Die Stärke der auftretenden Effekte ist jedoch von der persönlichen Konstitution und vom Ausmaß der Gewöhnung an koffeinhaltige Getränke abhängig.

Koffeinmoleküle binden an Adenosinrezeptoren, lösen jedoch keine Reaktion aus, d.h. die Botschaft, dass der Organismus seine Tätigkeit verlangsamen soll, wird nicht weitergegeben. Die Adenosinrezeptoren sind vom Koffein blockiert, so dass das Adenosin überall im Körper, wo Adenosin einen beruhigen Einfluss ausüben soll, nicht abgegeben werden kann. Bisher wurden drei verschiedene Typen von Adenosinrezeptoren identifiziert, wobei jedoch noch nicht mit Sicherheit bewiesen ist, ob Koffein sie alle blockiert. Hierin könnte aber die Erklärung in den individuell stark verschiedenen Reaktionen auf Koffein liegen. Es lässt sich jedoch zusammenfassend sagen, dass Koffein selbst nicht anregend wirkt, sondern sich sein Einfluss lediglich auf die Hemmung der Wirksamkeit des Adenosins beschränkt. Sicher besteht die maximale Wirkung darin, sämtliche Adenosinrezeptoren zu blockieren, woraufhin die Neurotransmitter des Körpers an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten. Damit lässt sich erklären, dass man Koffein nicht so ohne weiteres überdosieren kann. Die tödliche Dosis bei oraler Aufnahme liegt schätzungsweise bei 5g.

Auf welche Weise Kaffee einen Einfluss auf den Cholesterinspiegel ausübt, ist noch nicht bekannt. Die Wirkung scheint jedoch weniger von der Koffeinstärke, sondern vielmehr von der Zubereitungsart abhängig zu sein. So konnte besonders für gebrühten Kaffee ein Einfluss auf das Cholesterin nachgewiesen werden, während gefilterter Kaffee keinen signifikanten Einfluss auf das Cholesterin zeigte. Verantwortlich für den Anstieg sind unverseifbare Bestandteile im Kaffeeöl, von welchen ungefilterter Kaffee pro Liter ca. 1 – 2 g enthält, gefilterter Kaffee dagegen nur 10mg. Als cholesterinerhöhende Faktoren im Kaffeeöl wurden die Diterpene Cafestol

und Kahweol identifiziert. Ein völliger Verzicht von Kaffee bei Patienten mit Fettstoffwechselstörungen ist also nicht notwendig, es sollte höchstens die Empfehlung ausgesprochen werden, auf gefilterten Kaffee umzusteigen.

In den 70er Jahren wurde viel über die angebliche Steigerung des Risikos koronarer Herzerkrankungen infolge des Kaffeingenusses diskutiert, die jedoch bis heute nicht eindeutig wissenschaftlich bewiesen worden sind. In einigen früheren Studien zum Zusammenhang zwischen Kaffee und Herzerkrankungen wiesen die Ergebnisse Verknüpfungen auf, die sich in späteren, ausführlicheren Analysen nicht mehr nachvollziehen ließen. Die falschen Folgerungen waren jedoch schon an die Öffentlichkeit gedrungen, welche zu unnötigen Sorgen und Veränderungen der Trinkgewohnheiten ohne tatsächlichen Nutzen führten.

In den frühen 80er Jahren erschien in einer renommierten medizinischen Zeitschrift ein Bericht, der einen statistischen Zusammenhang von über 5 Tassen Kaffee täglich und der Entwicklung von Bauchspeicheldrüsenkrebs feststellte. Diese Nachricht machte weltweit Schlagzeilen und führte zu einem Zusammenbruch der Kaffeemärkte. In den darauf folgenden Studien konnte zunächst kein derartiger Zusammenhang gefunden werden, bis sich schließlich herausstellte, dass die Forscher in der Originalarbeit wahrscheinlich ein entscheidendes Detail übersehen hatten. Eine andere Studie behauptete 1973, dass der gleiche o.g. Konsum das Thromboserisiko verdopple. In einer Befragung von 1990 konnte kein solcher Zusammenhang beschrieben werden. Je mehr Daten und Fakten im Laufe der letzten Jahre gesammelt und analysiert wurden, desto mehr Horrormeldungen über die Wirkungen von Koffein erwiesen sich als Ergebnis mangelhafter Studien.

Alles in allem sollte man Koffein sicher als positiv bewerten. Im Vergleich zu Alkohol und Nikotin, den anderen legalen „Volksdrogen“, wirkt Koffein geradezu harmlos. Während Zigaretten und Alkohol jährlich den Tod hunderttausender Menschen verschulden, hat Koffein bisher noch niemanden umgebracht. Dennoch sollten koffeinhaltige Getränke in Maßen genossen werden. Sollten individuelle Unverträglichkeiten festgestellt werden, so kann man sich darauf einstellen oder ganz auf den Genuss koffeinhaltiger Getränke und Speisen verzichten. Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch, aufgrund der diuretischen Wirkung von Koffein, beim Genuss von einer Tasse Kaffee ein Glas Wasser dazu zu trinken, um den Flüssigkeitsverlust auszugleichen (deshalb gibt es in Österreich zum Kaffee immer ein Glas mit Wasser dazu).

2. Probiotika haben einen positiven Einfluss auf die Darmflora!

2.1 Einordnung in die Gruppe der Funktional Foods

Probiotische Lebensmittel gehören zu der Gruppe der Functional Foods, d.h. zu Deutsch: „funktionelle Lebensmittel“. Diese Lebensmittel haben nicht nur eine sättigende Funktion, sondern versprechen auch einen zusätzlichen gesundheitlichen Ernährungseffekt. So liefern Functional Foods nicht nur Nährstoffe und Energie, sondern sind zusätzlich mit Vitaminen, Mineralstoffen, Bakterien und sonstigen Zusätzen angereichert. Die Werbung verspricht, dass die Zusätze in den funktionellen Lebensmitteln sich positiv auf den Organismus auswirken: nämlich „Gesundheit pur“ etc. So kommt man dem Wunsch der Verbraucher entgegen: Jeder möchte sich bequem und unkompliziert, aber dennoch gesund ernähren und dabei am besten auch noch etwas für die Fitness und Schönheit tun. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die Nachfrage der Verbraucher steigt und das Angebot ständig größer wird.

Schon seit Anfang der 80er Jahre sind Produkte auf dem Markt, die speziell mit Jod oder Vitaminen angereichert sind. Den Durchbruch schafften jedoch erst die probiotischen Milchprodukte im Herbst 1995. Vor allem der Joghurt, der gezüchtete Bakterienstämme enthielt, die positiv auf die Darmflora einwirken und damit u.a. die Abwehrkräfte im Körper unterstützen sollen, war der Wegbereiter für die Functional Foods, denen weitere Produkte mit Zusätzen, wie ACE (Vitamine A, C und Betacarotin) sowie SPS (sekundäre Pflanzenstoffe) folgten.

2.2 Begriffsklärung

Der Begriff „Probiotika“ leitet sich aus dem Griechischen *pro bios* ab, was übersetzt „für das Leben“ heißt. Er entstand in den 60er Jahren, wo er jedoch im Vergleich zu heute eine andere Bedeutung hatte. Früher wurden die Probiotika hauptsächlich als Leistungsförderer in der Nutztierhaltung sowie bei der Therapie von pathologisch veränderter Darmflora beim Menschen angewandt. In jüngerer Zeit steht jedoch mehr der prophylaktische Gedanke im Vordergrund, so dass heute von einem Probiotikum die Vorbeugung bestimmter Krankheiten sowie die Förderung der Gesundheit und des allgemeinen Wohlbefindens erwartet werden. Nach der Definition von *Fuller* (1989) werden Probiotika bezeichnet als „...lebende mikrobielle Lebensmittelzutaten, welche die Gesundheit des Wirtsorganismus positiv beeinflussen, indem sie das Gleichgewicht der intestinalen Mikroorganismen verbessern“.

In probiotischen Milchprodukten werden gewöhnlich Lactobazillen, Bifidobakterien, Streptokokken und spezielle Hefen eingesetzt.

2.3 Anforderungen an die probiotischen Bakterienkulturen

Für die Selektion probiotischer Bakterienstämme müssen im wesentlichen 4 Bedingungen erfüllt sein:

- gesundheitliche Unbedenklichkeit
- technologische Eignung
- gute Überlebensfähigkeit während der Magen – Darm – Passage
- Nachweis eines gesundheitlichen Nutzens für den Wirtsorganismus

Gesundheitliche Unbedenklichkeit

Die probiotischen Bakterienkulturen dürfen weder pathogen noch toxisch sein.

Technologische Eignung

Bei der technologischen Eignung geht es vor allem um die Überlebensfähigkeit der probiotischen Bakterien im Trägerlebensmittel bis zum Ende des Mindesthaltbarkeitsdatums. Bisher wurde noch nicht ausreichend untersucht, ob der gesetzlich vorgeschriebene Mindestkeimgehalt von 10^6 KBE pro Gramm Lebensmittel auch in der Praxis bis zum Ende der Mindesthaltbarkeit gewährleistet ist.

Ein weiteres technologisches Problem stellen Zucker und Fruchtzusätze dar, die die probiotischen Keime in ihrer Aktivität mindern können. Bei Käse ist z.B. ein Keimverlust über die Molke und eine Wachstumshemmung durch den Kochsalzgehalt zu berücksichtigen.

Gute Überlebensfähigkeit während der Magen – Darm – Passage

Für die probiotische Wirksamkeit ist wichtig, dass die Bakterien ihren Wirkungsort, also den Dün- bzw. Dickdarm lebend erreichen. Voraussetzung dafür ist eine Resistenz gegenüber Magen- und Gallensäuren sowie Verdauungsenzymen. Die Hersteller von Milchprodukten haben neue Bakterienstämme gezüchtet, die widerstandsfähig sind, also nahezu unbeschadet die Magen – Darm – Passage überstehen und mehr oder weniger unbeschadet den Darm erreichen. In Untersuchungen wurde herausgefunden, dass von einzelnen Bakterienstämmen wie den Lactobazillen und den Bifidobakterien in den fermentierten und nicht fermentierten Milchprodukten des Handels ca. 10 %, in Ausnahmen auch bis zu 40 %, den Dickdarm erreichen.

Eine dauerhafte Besiedelung des Magen – Darm – Traktes mit den probiotischen Bakterien findet nicht statt, da nach der Unterbrechung der oralen Zufuhr von probiotischen Milchprodukten die Anzahl im Körper kontinuierlich abnimmt.

Nachweis eines gesundheitlichen Nutzens für den Wirtsorganismus

Die gesundheitliche Wirkung bezieht sich bei den Probiotika vor allem auf die positive Beeinflussung der Darmflora. Kritiker sagen jedoch, dass das derzeitige Verständnis über die menschliche Darmflora und deren Auswirkungen auf den Gesamtorganismus noch nicht ausreichend sei, um konkrete auf das Individuum bezogene Aussagen über diese Einflüsse machen zu können. So besitzt jeder Mensch eine individuell zusammengesetzte Darmflora, die mit einem Keimgehalt von ca. 10^{14} KBE / μg Darminhalt und 400 bis 500 verschiedenen Bakterienstämmen ein komplexes ökologisches System darstellen.

Eine gesunde Darmflora spaltet die letzten Nahrungsbestandteile wie z.B. Restkohlenhydrate aus stärkereichen Lebensmitteln (lösliche Ballaststoffe) auf, die unverdaut aus dem Dünndarm hierher gelangen. Dabei werden organische Säuren (Milch- und Essigsäure) freigesetzt, welche die Stoffwechselprozesse im Darm positiv beeinflussen. Zudem schützen sie den Organismus vor Infektionen, da sie die mit der Nahrung aufgenommenen ungesunden Bakterien abwehren und somit das Einnisten in der Darmwand verhindern.

Es ist bekannt, dass viele äußere Faktoren z.B. Stress, Medikamente, falsche Ernährungsweise zu einer Fehlbesiedlung des Darms mit den entsprechenden Beschwerden wie z.B. Verstopfung führen und dass ausgewählte Milchsäurebakterien einen positiven Beitrag zur Regeneration einer geschädigten Darmflora leisten können.

Keinerlei Kenntnisse gibt es darüber, ob eine von außen zugeführte Bakterienkultur die optimal angepasste Darmflora eines gesunden Menschen noch „verbessern“ könnte und dort eine schützende Wirkung entfaltet. Zudem gibt es auch keine gesicherten Erkenntnisse, wie hoch die täglich aufzunehmende Bakterienzufuhr sein sollte. Man geht davon aus, dass eine tägliche Mindestaufnahme von 10^8 KBE probiotisch relevant ist. Diese Anzahl wäre durch den Verzehr von 100g probiotischem Lebensmittel am Tag zu erreichen.

2.4 Gesundheitswirkungen von Probiotika

Den Probiotika wird ein breites Spektrum an gesundheitsfördernden Maßnahmen zugesprochen. Dabei führen die Werbeaussagen der Hersteller bei den Verbrauchern zu der Annahme, dass die aufgeführten positiven Wirkungen wissenschaftlich eindeutig belegt sind, wobei sich jedoch beim Studieren der Fachliteratur zeigt, dass nur wenige der propagierten gesundheitsrelevanten Eigenschaften als gesichert gelten. In der unten stehenden Tabelle sind die gesundheitsrelevanten Effekte dargestellt.

Tab.2: Gesundheitsrelevante Effekte von Probiotika

Gesicherte Effekte	Diskutierte Effekte
- Förderung der Milchzucker- verwertung bei Laktoseintoleranz	- Günstige Beeinflussung der Darmflora
- Geringere Häufigkeit und Dauer verschiedener Durchfaller- krankungen	- Hemmwirkung auf pathogene und andere unerwünschte Darmmikro- organismen
- Reduzierung krebsfördernder Enzyme im Dickdarm	- Stärkung des Immunsystems und Verhinderung von Infektions- krankheiten
- Stimulation des Immunsystems	- Schutz vor Krebsentstehung (v.a. Dickdarm)
	- Behandlung von Verstopfung
	- Prophylaxe und Therapie von vaginalen Pilzinfektionen
	- Senkung des Blutcholesterin- spiegels
	- Linderung bestimmter Allergie- formen

An dieser Stelle sei betont, dass die Untersuchungsergebnisse nur genau für denjenigen probiotischen Bakterienstamm gelten, an dem die Untersuchungen durchgeführt wurden und eine Verallgemeinerung der jeweiligen positiven Eigenschaften nicht möglich ist, da sie von Bakterienstamm zu Bakterienstamm unterschiedlich sind und kein Stamm alle probiotischen Wirkungen in sich vereint. Ein weiterer Aspekt ist die individuelle Konstitution des Verbrauchers, die eine unterschiedliche Gesundheitswirkung erwarten lässt.

2.5 Mögliche Risiken von Probiotika

Es liegen bisher noch keine Langzeitstudien zu dem Genuss von Probiotika vor, um mögliche Gesundheitsrisiken ganz von der Hand weisen zu können. Zwar gab es bisher keinen Hinweis auf negative Wirkungen probiotischer Keime, doch folgende Aspekte konnten in Untersuchungen noch nicht geklärt werden.

Ist der regelmäßige Verzehr hoher Dosen an probiotischen Bakterien für alle Bevölkerungsgruppen unbedenklich? Könnte der Einfluss von Probiotika auf das Immunsystem bei Säuglingen, bei denen das Immunsystem noch nicht ausgereift ist, oder bei älteren und kranken Menschen mit einem geschwächten Immunsystem oder mit einer Autoimmunerkrankung eine Gesundheitsbelastung darstellen?

Auch wenn die Einflüsse von Probiotika auf das Immunsystem vor allem auf allergische Reaktionen viel versprechend erscheinen, fehlen Studien über den langfristigen Verzehr. Von daher ist noch nicht geklärt, inwiefern sie zu eindeutig positiven Effekten wie Verhinderung und Verkürzung von Infektionskrankheiten führen. Zudem kann der Verzehr probiotischer Lebensmittel das Immunsystem gesunder Konsumenten auch anders beeinflussen, als das von Allergikern.

Ein weiterer Aspekt beschäftigt sich mit der Frage, ob eine Übertragung von Antibiotikaresistenzen durch probiotische Bakterien auf pathogene Darmbewohner denkbar wäre.

Bei einigen Untersuchungen wurden auch folgende Beobachtungen gemacht: Die probiotischen Bakterienstämme können einen Teil der körpereigenen Bifidobakterien in der Darmflora verdrängen. Dieser Effekt war auch nach dem Absetzen der probiotischen Joghurts zu beobachten. Unbekannt ist, wie lange es dauert, bis sich die natürliche Darmflora von der Dezimierung wieder erholt hat.

Auch ist bekannt, dass bei geschwächten Personengruppen die Bakterien durch den Darm in andere Organe gelangen können (wird auch als „Translokation“ bezeichnet). Nach Angaben der Hersteller heften sich probiotische Bakterien leichter an Schleimhäute des Menschen an, so dass auch die Gefahr schwerer Entzündungen innerer Organe nicht von der Hand zu weisen ist.

2.6 Fazit

Heute gibt es eine Vielzahl von probiotischen Lebensmitteln im Angebot. So sind vor allem Milchprodukte wie Joghurt (z.B. LC 1, Actimel, Bio-Cult 7), Sauermilchgetränke (z.B. Pro Cult 3, Act 4), fermentierte Spezialgetränke (z.B. Yakult, LC 1, Actimel) und Frischkäse (Vita, Wellness) im Supermarktangebot zu finden. Inzwischen werden Probiotika aber auch erfolgreich in Fruchtsäften, Nahrungsmitteln für Kleinkinder, Speiseeis, Butter und sogar in Wurst (z.B. Salami) eingesetzt. In Müslimischungen sind diese Bakterien in getrockneter Form enthalten.

So genannte fermentierte Lebensmittel wie Sauerkraut oder normale Sauermilchprodukte gelten schon lange als gesund und bekömmlich. Probiotika versprechen noch zusätzliche gesundheitliche Vorteile für den Verbraucher. Um diese Wirkungen zu erzielen, müssen die probiotischen Lebensmittel regelmäßig verzehrt werden, wobei manches auch mit herkömmlichen Joghurtkulturen erreichbar ist, wenn auch in abgeschwächter Form.

Grundsätzlich gilt, dass ein erheblicher Teil der Studien mit Probiotika bisher an kranken Probanden stattfanden, um die Auswirkungen an Krankheitssymptomen zu untersuchen. Es ist jedoch fraglich, inwieweit die dabei

gewonnenen Erkenntnisse übertragbar sind. Zu den gesicherten Effekten bei gesunden Verbrauchern gibt es bisher nur sehr wenige Daten. Ein dauerhafter, regelmäßiger Konsum kann daher bisher noch nicht uneingeschränkt empfohlen werden.

Allgemein gesagt, sollten Functional Foods nur als Ergänzung einer sonst auf Gesundheit bedachten Ernährungsweise gesehen werden. Falsch ist die Vorstellung, dass man nur Functional Foods zu essen braucht und die Gesundheit kommt gratis dazu. Dieses mag uns die Werbung so verlockend suggerieren, funktioniert in der Realität jedoch nicht.

An dieser Stelle wurde eine Verkostung von einem Naturjoghurt (1,5 % Fett) und einem probiotischen Joghurt (1,5 % Fett) durchgeführt, ohne dass die Teilnehmer wussten welcher Joghurt vor ihnen stand. Die Teilnehmer sollten für sich entscheiden, ob zwischen den beiden Joghurts geschmackliche Unterschiede feststellbar sind und welcher Joghurt ihnen persönlich am besten schmeckt. Die überwiegende Mehrheit bevorzugte dabei geschmacklich den probiotischen Joghurt.

3. Rotwein ist gut fürs Herz!

3.1 Gesundheitsfördernde Eigenschaften von Rotwein

Neue epidemiologische Studien, in denen gezeigt wurde, dass das Herzinfarktrisiko in Frankreich trotz der hohen Aufnahme an gesättigten Fettsäuren (dem Risikofaktor für koronare Herzerkrankungen), geringer ist als in anderen industrialisierten Ländern, führten Ende der 80er Jahre zu einer Steigerung des Interesses an Rotwein. Dieses Phänomen wird auch als „French Paradox“ bezeichnet. Eine Erklärung könnte der regelmäßige Verzehr von Rotwein liefern, welcher in den französischen Ernährungsgewohnheiten ein fester Bestandteil ist. Die gesundheitsfördernden Eigenschaften könnten auf die Polyphenole und speziell auf dem Resveratrol, dem die kardioprotektiven Eigenschaften zugesprochen werden, zurückzuführen sein.

3.2 Polyphenole und Resveratrol

Resveratrol wurde 1976 erstmals in Weintrauben nachgewiesen. Heute ist bekannt, dass Resveratrol vor allem im Rotwein vorkommt. Resveratrol gehört zu der Klasse der Phytoalexine, die zu den Flavonoiden gehören und zur Gruppe der antibiotischen Polyphenol-Verbindungen zählen.

Resveratrol ist ein Stressmetabolit, dessen Synthese erst bei Infektionen, UV-Strahlung und Ozonwirkung in Gang gesetzt wird und somit das Abwehrsystem der Pflanzen stärkt. Resveratrol ist außer in Wein und

Trauben in keinem anderen Lebensmittel zu finden. In Studien konnte nachgewiesen werden, dass durch die Stressinduktion mit UV-Bestrahlung die Resveratrolsynthese in der Weintraubenhülse stattfindet und bis zur Traubenreife, also mit zunehmender Glukosekonzentration, abnimmt.

Polyphenole zählen zu den sekundären Pflanzenstoffen, die in allen Nahrungsmittelpflanzen vorkommen und damit Bestandteile unserer täglichen Kost sind. Polyphenole sind in den Blättern von Pflanzen und in den Randschichten von Früchten zu finden, wo sie als Antioxidantien die Pflanzen vor ultraviolettem Licht und aggressiven, reaktiven Sauerstoffradikalen schützen. Die Polyphenole unterteilen sich in zwei Hauptuntergruppen: Die Phenolsäuren verleihen das Aroma und die Flavonoide die Farbe. Besonders reich an Polyphenolen sind Zwiebeln, Brokkoli, Johannisbeeren, grüner Tee und Rotwein. Dabei nimmt der Rotwein aufgrund seines hohen Polyphenolgehaltes und der Vielfalt an phenolischen Verbindungen eine Spitzenstellung unter den polyphenolhaltigen Lebensmitteln ein. Mit über 1000mg je Liter ist die Polyphenolkonzentration im Rotwein wesentlich höher als im Weißwein (<50mg je Liter). Beim Rotwein werden die Polyphenole während der Maischegärung, begünstigt durch das alkoholische, leicht saure Milieu, aus Traubenschale, -kern und -stielen gelöst.

Im Vergleich zu Rotwein enthält Traubensaft nur wenig Resveratrol. Der höhere Gehalt im Rotwein beruht auf dem Fermentierungsprozess, an dem die Schalen, die die stärkste Konzentration an Resveratrol enthalten, länger beteiligt sind. Bei der Herstellung von Weiß- und Rosé-Weinen werden die Traubenschalen früher entfernt, daher ist der Gehalt an Resveratrol deutlich geringer.

3.3 Biochemische Wirkungen von Polyphenolen, Resveratrol und Alkohol

Polyphenole zeigen *in vitro* zahlreiche gesundheitsfördernde Eigenschaften. So konnten gerinnungshemmende, blutdrucksenkende bzw. -regulierende, antioxidative, antikanzerogene, antimikrobielle, blutzuckerregulierende, entzündungshemmende und immunstimulierende Effekte nachgewiesen werden. Zudem besitzen Polyphenole ein antioxidatives Potential, das höher liegt als das von Vitamin C, Vitamin E und β -Carotin. Diese antioxidativen Eigenschaften beruhen auf der Fähigkeit, freie Radikale zu binden und Elektronen abzugeben. Als Komplexbildner können die Polyphenole Metallionen binden und damit die Bildung von Radikalen verhindern. Die antioxidativen Eigenschaften der Polyphenole stehen im Mittelpunkt des Interesses, da sie beim Abbau von oxidativem Stress möglicherweise den wesentlichsten Anteil der gesundheitsfördernden Eigenschaften tragen sollen.

In zahlreichen Studien wurden die pharmakologischen Wirkungen speziell einer Substanz der Gruppe der Polyphenole, des Resveratrol, untersucht. Resveratrol entfaltet seine abwehrstärkenden Fähigkeiten nicht allein in den Pflanzen, sondern auch im menschlichen Körper. Dabei zeigte sich, dass Resveratrol nicht nur eine antioxidative Wirkung aufweist, sondern vermutlich auch vor Arteriosklerose schützt, die Zusammenballung von Blutplättchen (Thrombozyten) hemmt und positiv wirkt, indem es das Herz vor den schädlichen Wirkungen freier Radikale bewahrt. Zudem soll es im Fettstoffwechsel dazu beitragen, die Cholesterinwerte zu senken. Dabei erhöhen sich die „guten“ HDL-Werte und die „schlechten“ LDL-Werte werden verringert. Möglicherweise lässt sich damit das „französische Paradox“ durch die Wirkung von Resveratrol erklären. Trotz fettreicher Kost neigen die Franzosen weniger zu Herzkrankheiten, welches die Forscher auf den häufigen Genuss von Rotwein zurückführen. Auch wenn Rotwein noch viele andere Polyphenole enthält, dürfte Resveratrol der interessanteste Stoff mit den kardiprotektiven Wirkungen sein.

Die eben genannten Ergebnisse der *in vitro* – Studien über die Polyphenole und speziell über das Resveratrol lassen sich jedoch nicht ohne weiteres auf *in vivo* übertragen. Es sind noch zahlreiche klinische Studien erforderlich, die die Veränderungen im Körper des Menschen anhand klinischer Parameter (z.B. Gerinnung, Marker für oxidativer Streß, Entzündung) nach oraler Aufnahme von Polyphenolen untersuchen müssen.

Neben den Polyphenolen und Resveratrol spielt auch der Alkohol an sich für die kardiprotektiven Effekte eine Rolle, unabhängig von der Farbe des Weines. So ist bekannt, dass ähnlich wie Resveratrol auch der Alkohol die Thrombozytenaggregation sowie die Oxidation von LDL hemmt und die Konzentration von HDL erhöht. Da jedoch auch andere alkoholische Getränke kardiprotektive Wirkungen haben, werden kontroverse Diskussionen geführt, ob die Schutzwirkung nun von den Polyphenolen und speziell dem Resveratrol oder vom Alkohol hervorgerufen wird.

3.4 Fazit und Ausblick

Zusammengefasst lässt sich darlegen, dass die Aussagekraft von epidemiologischen Untersuchungen hinsichtlich der gesundheitsfördernden Wirkung von Rotwein wegen methodischer Schwächen begrenzt ist. Diese Studien geben nur Hinweise auf mögliche Zusammenhänge, sind aber nicht zum Nachweis kausaler Zusammenhänge zwischen dem Rotweinkonsum und der Verringerung von koronaren Herzerkrankungen geeignet.

Zwar deuten in vitro Studien darauf hin, dass Polyphenole, die in hoher Konzentration im Rotwein vorkommen, gesundheitsfördernde Effekte ausüben können, ob jedoch diese Wirkungen auch in vivo nach dem Genuss von Rotwein auftreten, muss in klinischen Studien untersucht werden. Unklar ist auch, ob die kardioprotektive Wirkung des Rotweins auf die Polyphenole oder den Alkohol zurückzuführen ist. Während die antioxidativen Effekte vermutlich auf die Polyphenole zurückzuführen sind, scheint die antithrombotische Wirkung sowie der Anstieg der HDL-Konzentration durch den Alkohol bedingt zu sein. Die Bioverfügbarkeit der Polyphenole ist bisher nur unzureichend geklärt, so dass die Bedeutung

der Polyphenole aus Nahrungsmitteln und ihr potentieller gesundheitlicher Nutzen noch nicht eingeschätzt werden kann. Zudem gibt es bisher auch kaum Daten aus in vivo Studien über Langzeiteffekte durch den Verzehr polyphenolhaltiger Lebensmittel. Daher ist der postulierte Nutzen eines regelmäßigen Rotweinkonsums für die Gesundheit noch nicht gesichert.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Alkohol im Rotwein. Im Zusammenhang mit den möglichen protektiven Effekten werden die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren eines regelmäßigen Alkoholkonsums häufig vielfach unterschätzt. Bereits mit einem Glas Rotwein (0,2 l) täglich liegt die Alkoholfuhr bei der Menge, die von der DGE bei täglichem Konsum als gesundheitlich unbedenklich eingestuft wird (20g für Männer; 10g für Frauen). Zudem birgt Alkohol ein hohes Suchtpotential. Da Alkoholismus mit einer der häufigen Ursachen für bestimmte Herzerkrankungen darstellt, wird im schlimmsten Fall das Gegenteil des angestrebten kardioprotektiven Effektes hervorgerufen.

Als Fazit kann man sagen, dass gegen gelegentlich ein Glas Rotwein nichts einzuwenden ist. Ein regelmäßiger Konsum (nicht mehr als 20g Alkohol für Männer; 10g für Frauen Alkohol pro Tag) von Rotwein kann jedoch nach dem heutigen Stand der Wissenschaft aus gesundheitlichen Gründen nicht empfohlen werden.

4. Kinder sollen Spinat essen, da er reich an Eisen und gesund ist!

Manche Gerüchte halten sich besonders hartnäckig, besonders die Sorte „Die Wissenschaft hat festgestellt...“. Im Falle des Spinats sind vor allem die Kinder die Leidtragenden, denen die Eltern dieses unbeliebte Gemüse regelmäßig aufzwingen, da es doch nachweislich so gesund ist. Wozu benötigt der Organismus Eisen und wie kam jedoch dieses Gerücht, Spinat sei eisenreich, eigentlich zustande?

4.1 Eisen und seine Funktionen

Eisen ist Bestandteil von Hämoglobin (roter Blutfarbstoff) und Myoglobin (Muskelfarbstoff). Hämoglobin ist ein Sauerstoff transportierendes Protein, welches ca. 70 % des gesamten Körpereisenbestands enthält. Die roten Blutkörperchen werden im Knochenmark gebildet, wobei das Eisen eine wichtige Rolle spielt. Ohne Eisen kann das Blut den lebensnotwendigen Sauerstoff nicht aufnehmen und den Körper nicht damit versorgen. Dieses führt zur Blutarmut (Anämie). Myoglobin enthält 4 % des Eisens, es kann ihn speichern und kurzfristig bei Sauerstoffmangel abgeben. Zudem sind Speicherformen des Eisens in Leber, Milz und in der Darmschleimhaut vorhanden.

Die empfehlenswerte Höhe der Eisenzufuhr ergibt sich aus dem Verlust über Darm, Haut und Niere (ca. 1 mg /Tag beim Erwachsenen). Frauen sollten täglich etwas mehr Eisen (15mg) als Männer (10mg) aufnehmen, da sie aufgrund der Monatsblutung einen größeren Verlust an Eisen aufweisen. Ein Eisenmangel ist heutzutage häufig anzutreffen. Auslöser können unzureichende Ernährung oder hohe Blutverluste sein. Dabei auftretende Symptome sind Abgeschlagenheit, Müdigkeit, Erschöpfung, Blässe und Anämie.

4.2 Wie kam der Irrtum zustande?

Ende des 19. Jahrhunderts ermittelte der Schweizer Physiologe Gustav von Bunge den Eisengehalt von Spinat. Dabei waren seine Berechnungen noch korrekt. Das Unglück nahm erst seinen Lauf als jemand seine Zahlen falsch abschrieb. Dabei übersah er, dass Bunge nicht mit frischem, sondern getrocknetem Spinat gearbeitet hatte. Frischer Spinat besteht zu 90% aus Wasser. Die 35 mg Eisen bezogen sich jedoch auf 100 mg Spinatpulver, dass aus einem Kilo Frischware gewonnen worden war.

Der Eisengehalt relativiert sich somit auf 3,5 mg pro 100 g Blattspinat. Damit wäre dieses Gemüse zwar immer noch ein relativ guter Eisenlieferant, dennoch wird es nicht zur Eisenbedarfsdeckung empfohlen. Zum einen wird hämgebundenes Eisen aus tierischen Lebensmitteln (Fleisch) mit ca. 23% viel besser verwertet als das Eisen aus pflanzlichen (3-8%) Lebensmitteln und zum anderen ist Spinat aufgrund des Oxalsäure- und des Nitratgehalts ein eher ungeeignetes Lebensmittel zur Eisenbedarfsdeckung.

4.3 Nitratgehalt im Spinat

Nitrat ist ein wichtiger Dünger für die Pflanzen, die den Stickstoff für den Aufbau von Proteinen benötigen. Da sie nicht in der Lage sind den vorhandenen Luftstickstoff zu nutzen, sind sie auf die Zufuhr von stickstoffhaltigen Verbindungen über den Boden angewiesen. Um den Nitratstickstoff in Eiweißverbindungen einzubauen, ist eine rege Photosyntheseleistung Voraussetzung. Daher liegt der Nitratgehalt von Pflanzen bei schlechtem Wetter, am Morgen oder unter Gewächshausbedingungen wesentlich höher. Durch die zusätzliche mineralische oder organische Stickstoffdüngung steigt die Nitratbelastung im Gemüse und im Grundwasser/Trinkwasser. Nitrat wird zu 70 % vom Gemüse aufgenommen. Nitratthaltiges Gemüse kann bei unsachgemäßer Behandlung, die eine erhöhte Aktivität von Mikroorganismen zulässt, Nitrit anreichern. Auch im menschlichen Körper wird Nitrat zu Nitrit reduziert. Während Nitrat selbst keine toxischen Wirkungen im menschlichen Körper hervorruft, stellt die mikrobielle Reduktion zu Nitrit eine gesundheitliche Gefahr dar, da Nitrit den Sauerstofftransport und den Abtransport von Kohlendioxid durch das Hämoglobin hemmt. Dabei wird Oxyhämoglobin durch Nitrit zu Methämoglobin abgebaut. Besonders für Säuglinge ist Nitrat gefährlich, da die Magensalzsäure bei ihnen nur in geringen Maßen gebildet wird, und somit schon im Magen der mikrobielle Abbau des Nitrat zu Nitrit beginnt.

Es werden somit größere Nitritmengen resorbiert. Die Blockierung des Hämoglobins erfolgt bei Säuglingen doppelt so schnell wie bei den Erwachsenen. Zudem verfügen die Säuglinge im Gegensatz zu den Erwachsenen über kein Enzym, das das Methämoglobin wieder in das Oxyhämoglobin zurückverwandeln kann. Schon 10 % Methämoglobin im Blut können beim Säugling zur Methämoglobinämie (Blausucht) führen. In der Diätverordnung sind als Höchstmenge 250 mg Gesamtnitrat pro kg Lebensmittel, die in der Säuglings- und Kleinkindsnahrung verwendet werden, festgesetzt.

Spinat zählt mit einem Nitratgehalt von 350 bis 3900 mg/kg zu den Gemüsesorten mit hohem Nitratgehalt. Dazu zählen noch weitere Gemüsesorten wie z.B. Blattsalate (380 bis 3500 mg/kg) sowie Mangold, Rhabarber, Radieschen und Rote Bete (150 – 5700 mg/kg).

Folgende Tipps sollen helfen, den Nitratgehalt in der Ernährung zu verringern:

Küchentipps zur Verringerung des Nitratgehaltes

- Gemüse der Saison bevorzugen, da Freilandware weniger Nitrat als stark gedüngte Treibhausezeugnisse enthalten (Sonneneinstrahlung senkt auch den Nitratgehalt)

- Reste von zubereitetem nitratreichen Gemüse nicht aufbewahren und wieder erhitzen (führt zu Nitritbildung)
- Bei Blattgemüse Stiele und große Blattrippen und ggf. die äußeren Blätter entfernen
- Rote Bete – Saft nach dem Öffnen der Flasche sofort aufbrauchen, denn während der Aufbewahrung bildet sich Nitrit
- Säuglingen bis zum 5. Lebensmonat kein Spinat geben

4.4 Oxalsäure im Spinat

Oxalsäure und seine Salze, Oxalate, zählen zu den natürlichen Schadstoffen. Sie werden von vielen Pflanzen im normalen Stoffwechsel aufgebaut. Die Säure und seine Oxalate sind in großen Mengen (bis zu 800 mg pro 100 g) in Rhabarber, Mangold, Spinat, Sauerampfer, Petersilie und Roter Bete enthalten. Durchschnittlich nehmen wir 80 – 100 mg Oxalat pro Tag auf. Der größte Teil wird vom Körper nicht resorbiert, denn im Magen – Darm – Trakt bindet sich das Oxalat mit Kalzium und fällt als unlösliches Kalziumoxalat aus, das mit dem Stuhl ausgeschieden wird.

Diese kristallinen Ausfällungsprozesse (Kalziumoxalat) können bei Personen, die zu Steinbildungen neigen, in den Nieren zur Bildung von Oxalatsteinen führen, die den überwiegenden Teil der Nierensteine ausmachen.

Eine weitere negative Eigenschaft der Oxalate ist neben der Hemmung der Kalziumresorption, die Reduzierung der Bioverfügbarkeit des Eisens. Die Oxalate bilden im Darmlumen schwer resorbierbare Komplexe mit Eisen, und hemmen somit die Eisenresorption. Dagegen fördern Hydrolyseprodukte von Fleisch und Fleischprodukten die Eisenresorption, was die bessere Verwertbarkeit von Eisen aus tierischen Lebensmitteln erklärt.

Die Hemmung der Kalziumresorption soll im folgenden praktischen Beispiel verdeutlicht werden.

100 mg Kalzium werden durch 220 mg Oxalat als schwer lösliches Kalziumoxalat ausgefällt.

In 100 g Spinat sind durchschnittlich 558 mg Oxalat und 157 mg Kalzium enthalten. Das Oxalat von 100 g Spinat vermag nicht nur das gesamte Kalzium des Spinats auszufällen, sondern zusätzlich noch etwa 100g Kalzium, das dem Körper aus den Knochen entzogen wird. In 100 g Milch sind etwa 128 mg Kalzium enthalten, welches noch zusätzlich durch die 100 g Spinat ausgefällt wird. Daher wäre es empfehlenswert zu einer Spinatmahlzeit zusätzlich 1 – 2 Gläser Milch zu trinken, um einem Kalziumentzug aus den Knochen entgegenzuwirken.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Spinat keineswegs so gesund ist, wie es immer propagiert wird. Der Eisengehalt ist nicht von Bedeutung, da die Nachteile mit der Aufnahme von Nitrat und Oxalsäure bei Spinat überwiegen. Eltern und Kinder können aufatmen, Gefechte am Mittagstisch brauchen nun nicht mehr ausgetragen werden.

5. Süßstoffe machen dick!

Sven-David Müller, Sprecher der Gesellschaft für Ernährungsmedizin und Diätetik, hat in einem Expertengespräch vom 13.09.02 über „Süßstoffe in der Diätetik“ zusammenfassend dargelegt, dass Süßstoffe sicher sind, in vielen Bereichen der Ernährungsmedizin ihre Daseinsberechtigung haben, keine Masthilfsmittel sind und nicht die Entwicklung von Übergewicht fördern, sondern eine Gewichtsabnahme wirksam unterstützen.

Süßstoffe fallen unter die Zusatzstoffe und werden daher nur zugelassen, wenn sie sicher sind. Ein weiterer Irrtum ist, dass Süßstoffe als Masthilfsmittel eingesetzt werden. Laut den fütterrechtlichen Regelungen ist der Einsatz von Süßstoffen in der Mastphase von Nutztieren im Bereich der EU nicht zugelassen.

Weiterhin gelten Süßstoffe als unterstützende Helfer bei der Gewichtsabnahme, da sie als Süßungsmittel gut einsetzbar sind ohne Energie/Kalorien zu liefern. Es ist jedoch zu betonen, dass Süßstoffe nicht automatisch schlank machen, denn sie sollten bei einer Gewichtsreduktion nur als unterstützende Maßnahme und bewusst in ein ganzheitliches Konzept für eine gesunde Lebens- und Ernährungsweise eingebaut werden. Entgegen der geläufigen Meinung, haben Süßstoffe keinen Einfluss auf den Appetit. Es wurde in mehreren Untersuchungen wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Süßstoffe keinen pharmakologischen Einfluss auf die Regulationsmechanismen von Hunger und Sättigung haben. Insulin- und Blutzuckerspiegel, die dafür verantwortlich sind, verändern sich nach dem Verzehr von Süßstoffen nicht, weder sofort nach dem Essen, noch während des Verdauungsprozesses. Verschiedene Studien haben nachgewiesen, dass Süßstoffe zu keiner Insulinausschüttung führen und somit keinen Appetit oder Hunger auslösen. Würden Süßstoffe pharmakologische Eigenschaften in der Hunger-Sättigungsregulation aufweisen, so würden sie unter die rezeptpflichtigen Arzneimittel fallen.

Viele Verbraucher verwechseln Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe. Folgende Unterscheidungen sind dabei zu treffen: Süßstoffe (Saccharin, Cyclamat, Aspartam, Acesulfam Kalium, Neohesperidin Dihydrochalkon (DC), Thaumatin) sind kalorienfreie Süßungsmittel, die extrem süß schmecken und kaum Masse liefern. Zuckeraustauschstoffe (Isomalt, Xylit,

Mannit; Lactit, Maltit, Sorbit...) liefern hingegen Energie/Kalorien und haben bei übermäßigem Verzehr eine durchfall- und blähungsauslösende Wirkung (insbesondere bei Sorbit).

6. Honig hat eine besondere Heilwirkung!

Honig besteht in der Regel aus:

- mehr als 70 % Invertzucker (38 % Fruktose & 32 % Glukose), 7% Maltose und geringe Mengen an Oligosacchariden,
- ca. 21 % Wasser,
- 0,1 – 0,2 % organische Säuren (z.B. Essigsäure, Milchsäure),
- 0,2 % Mineralstoffen,
- 0,3 % Enzymen (α -Glukosidasen, α - und β -Amylasen...) und Proteinen & Aminosäuren in Spuren Thiamin (Vitamin B₁), Riboflavin (Vitamin B₂), Niacin und Vitamin C

Die Rohstoffe für Honig sind Blütennektar (Blütensaft) und Honigtau (zuckerreiche Absonderungen pflanzensaugender Insekten). Die Biene nimmt diese mit ihrem Rüssel auf, vermengt ihn mit körpereigenen Substanzen (Speichel) und transportiert diese Mischung dann zu ihrem Stock, wo der Honig von anderen Bienen abgenommen und in Waben eingelagert wird. Darin verdunstet nach und nach das Wasser und der Honig befindet sich in der Reifung. Entscheidend für die Qualität des Honigs ist neben seiner Herkunft auch die Verarbeitung, nachdem er aus den Waben gelöst wurde. Hitze schadet dem Naturprodukt. Kaltgeschleuderter Honig dagegen behält seine volle Wirkung.

Blütenhonige (z.B. Akazien-, Heide-, Klee, Linden-, Rapshonig u.a.) sowie Honigtauhonige (Tannen-, Fichten-, Blatthonig) unterscheiden sich als Sorte durch charakteristische Merkmale wie Farbe, Geruch, Geschmack und Beschaffenheit. Blütenhonige ergeben in frischem Zustand eine dickflüssige durchscheinende Masse, die allmählich mehr oder weniger fest wird (dabei kristallisiert Traubenzucker). Die Farbe wechselt zwischen weiß-, hell bis dunkelgelb und braun. Blütenhonige schmecken süßer als Honigtauhonige.

Dem Honig als Naturprodukt wird häufig gesundheitlich fördernde Wirkungen zugeschrieben. Honig sollen dem Wachstum von Bakterien entgegenwirken, Halsschmerzen und Husten sowie Darminfektionen lindern und trockene und aufgesprungene Haut wieder zart machen. Dieser Trick war schon unter den Ägyptern bekannt. In einem Brandwundzentrum in den Niederlanden wurde die Wirkung des Honigs auf die Wundheilung bestätigt,

die auf Enzyme, die in der Lage sind Wasserstoffperoxid zu produzieren, zurückzuführen ist. Vor allem Kastanien-, Lindenblüten- und Löwenzahnhonig sollen das Wachstum geschädigter Zellen anregen können.

Trotz der besonderen Stellung des Honigs in der Volksheilkunde, sind seine Wirkungen in der Wissenschaft nur schwer nachweisbar. Die kurz nach dem Verzehr einsetzende, kräftigende Wirkung beruht auf dem hohen Gehalt an schnell resorbierbaren Kohlenhydraten. Abgesehen von den sensorischen Eigenschaften weist Honig keinerlei ernährungs-physiologische Vorteile auf. Er enthält einen relativ hohen Energiegehalt und fördert genauso wie Zucker die Kariesentstehung.

Die dem Honig nachgesagte bakteriostatische Wirkung wird von den Schulmedizinern einfach auf die hohe Zuckerkonzentration zurückgeführt. Auch die heilsame Wirkung von heißer Milch mit Honig bei Erkältung wird von den Medizinern bezweifelt, da zum einen beim Erhitzen bei Temperaturen von über 40 °C die Enzyme, die Eiweißstoffe zerstört werden (denaturieren) und ihre Wirkkraft verlieren und zum anderen diese Kombination als idealer Nährboden eher die Krankheitserreger im Hals unterstützt, als verringert. Von einer berechenbaren Heilwirkung kann auch schon deshalb nicht ausgegangen werden, weil das Vorkommen seiner Inhaltsstoffe pflanzenabhängig ist und ihre Konzentration biologischen Schwankungen unterliegt.

Das im Honig enthaltene Gemisch aus Fruktose und Glucose ist durch den enzymatischen Aufschluss durch die Invertase (Invertzucker) leichter bekömmlich. Daher ist Honig ein Naturprodukt und kann zur Steigerung des subjektiven Wohlbefindens beitragen. Zudem ist er auch wertvoller und etwas kalorienärmer, als bloßer Zucker. In 100g Zucker sind ca. 400 kcal enthalten, bei 100g Honig sind es „nur“ ca. 310 - 330 kcal. Als Heilmittel gilt Honig jedoch nicht, ist gesetzlich auch nicht zulässig.

Wichtig: Honig ist ein Lebensmittel, kein Medikament oder Heilmittel. Dagegen zählt „Fenchelhonig“, eine Zubereitung aus Honig und Kräuterextrakten, zu den Arzneimitteln, in erster Linie zur Linderung von Krankheiten.

Literatur

Bücher/ Zeitschriften

Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid) e.V. (Hrsg.): Kaffee, Tee, Kakao. Bonn, 1993.

Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid) e.V. (Hrsg.): Probiotische Milchprodukte. 1., unveränderte Auflage. Bonn, 1998.

Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (aid) e.V. (Hrsg.): Zucker, Sirupe, Honig, Zuckeraustauschstoffe, Süßstoffe. 8., überarbeitete Auflage. Bonn, 1997.

Biesalski, Hans Konrad u.a. (Hrsg.): Ernährungsmedizin. Nach dem Curriculum Ernährungsmedizin der Bundesärztekammer. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart, 1999.

Ellinger, Sabine; Arendt, Bianca: Gesund durch Rotwein? Stand der Wissenschaft. In: Ernährung im Fokus. (09/02), S. 230 - 233.

Emsley, John; Fell, Peter: Wenn Essen krank macht. Weinheim, 2000.

Hoffmann, Lioba: Kritische Betrachtung von Pro- und Prebiotika. In: Ernährung im Fokus. (08/02), S. 211 - 212.

Pollmer, Udo; Warmuth, Susanne: Lexikon der populären Ernährungssirrtümer. Mißverständnisse, Fehlinterpretationen und Halbwahrheiten. Ungekürzte Lizenzausgabe. Frankfurt a. Main, 2000.

Schlieper, Cornelia: Grundfragen der Ernährung, 14., durchgesehene Auflage, Hamburg, 1998.

Schneeweiß, B.; Brunke, W. P. (Hrsg.): Das neue große Gesundheitsbuch, München, 1999.

Union Deutsche Lebensmittelwerke (Hrsg.): Sekundäre Pflanzenstoffe. Das Gesundheitsprogramm aus der Natur, Hamburg, 1998.

Vollmer, Günther; Josst, Günther; Schenker, Dieter u.a.: Lebensmittelführer. Inhalte, Zusätze, Rückstände. 2., neubearbeitete Auflage, Stuttgart; New York, 1995.

Welling, Michael: Koffein. Zuviel des Guten macht nicht wach. In: Ernährung im Fokus. (11/02), S. 304.

Zacker, Christina; Lamy, Jutta: Voller Power durch den Tag mit Functional Food. Zusatzstoffe und ihre gesundheitsfördernde Wirkung, München, 2001.

Internet:

Bayerischer Rundfunk (Hrsg.): Die Sprechstunde. Honig. URL:

http://www.br-online.de/umweltgesundheit/sprechstunde/200008/st20000829_4.html#
[Stand: 29.08.00].

Gesellschaft für Ernährungsmedizin und Diätetik e.V.(Hrsg.): Süßstoffe sind sicher und fester Bestandteil der Ernährungsmedizin!. URL:

<http://www.ernaehrungsmed.de/ausdruckdetail.asp?item=614> [Stand: 15.08.03].

Informations- und Dokumentationsstelle am Institut für Ernährungswissenschaften der Universität Gießen (Hrsg.): Wein – gesünder durch Resveratrol?. URL:

<http://www.nutriinfo.de/artikel.php?aid=1412> [Stand: 14.03.03].

Kurth, Michael: Naschkram und Arzneien. Was Bienen für uns tun. Westdeutscher Rundfunk (Hrsg). URL:

<http://www.wdr.de/themen/gesundheit/1/bienen/heilmittel.jhtml?rubrikenstyle=freizeit>
[Stand: 22.07.02].

Novamex (Hrsg.): Nährstoffe von nahem betrachtet. Resverstrol – Phytoalexin mit starker antioxidativer Wirkung. URL:

<http://www.novamex.de/nnb/phytamine/resverat.html> [Stand: 28.08.03].

Süßstoffverband e.V.(Hrsg.): Süßstoffe versüßen das Gewichtsmanagement. URL:
http://www.suessstoff-verband.de/04gesund/dx_ge.html [Stand: 15.08.03].

Teil C

Manuela Reinhardt

Zusatzstoffe in Lebensmitteln

Einleitung

Dieser kleine Beitrag im Rahmen des AK Ernährungsmythen beschäftigte sich mit Zusatzstoffen in Lebensmitteln. Ziel sollte vor allem die Anregung zu eigener weiterführender Beschäftigung mit dem Thema sein.

Schaut man sich die Zutatenlisten der im Handel angebotenen Lebensmittel an, fühlt man sich als Verbraucher schnell überfordert. Es wimmelt nur so von E-Nummern, Geschmacksverstärkern, Emulgatoren, Stabilisatoren, Konservierungsstoffen und ähnlichen Dingen, von denen nur wenige Verbraucher wissen, was sich dahinter verbirgt. Dieser Beitrag hat nicht die Verteufelung von Zusatzstoffen zum Ziel, sondern vielmehr sollen erste Informationen über solche Zutaten geboten werden, so dass eine Grundlage für zukünftige Kauf- und Essentscheidungen geschaffen wird.

Als Einstimmung auf die Thematik erhielten die Teilnehmer einige Quizfragen (Auflösung am Ende des Textes):

Kleines Quiz zur Einstimmung

1. Was bedeutet das E in dem Begriff E-Nummer?

- a) Ergänzungsstoff
- b) Europa
- c) Erzeugnis

2. Woraus wird das natürliche Aroma in deinem Erdbeerjogurt gewonnen?

- a) Erdbeeren
- b) Sägespäne
- c) Chemische Stoffe

3. Kann man aus Läusen Farbe machen?

- a) Ja, rote Farbe
- b) Nein
- c) Ja, grüne Farbe

4. Welche Säure enthalten Guarbohnen, aus denen Guarkernmehl hergestellt wird?

- a) Salzsäure
- b) Blausäure
- c) Oxalsäure

5. Was ist eigentlich Johannisbrotkernmehl?

- a) Aus Johannisbeeren gewonnenes Mehl
- b) Mehl aus Brot, das nur am Johannistag gebacken wird
- c) Mehl aus den Samen des Johannisbrotbaumes

6. Kann man das Antibiotikum Natamycin (gegen Mundfäule und Fußpilz) auch ohne Rezept bekommen?

- a) Natürlich nicht
- b) Ja, beim Kauf von bestimmtem Hart- und Schnittkäse
- c) Ja, beim Kauf von getrockneten und gepökelten Wurstwaren wie Salami

7. Kann man Borsäure essen?

- a) Nein, ist giftig.
- b) Doch, in Kaviar.

8. Wie äußert sich das durch Natriumglutamat verursachte „China-Restaurant-Syndrom“?

- a) Durch ein unstillbares Verlangen nach Pekingente
- b) Durch Kopfschmerzen, rote Flecken im Gesicht, Schwindel, Übelkeit
- c) Durch eine starke Abneigung gegen Glasnudeln

Ausgehend von diesem Quiz wurden verschiedene Zusatzstoffe konkret besprochen. In Lebensmitteln finden sich Farbstoffe, Konservierungsstoffe,

Geschmacksverstärker, Säuerungsmittel, Säureregulatoren, Antioxidationsmittel, Emulgatoren, Verdickungsmittel, Stabilisatoren, Geliermittel, Backtriebmittel, Süßungsmittel, Festigungsmittel, Feuchthaltemittel, Füllstoffe, Mehlbehandlungsmittel, modifizierte Stärke, Schaumverhütungsmittel, Schaum- und Trübstabilisatoren, Schmelzsalze, Treibgase, Trennmittel, Überzugsmittel. Schließlich gibt es noch Aromen, die nicht zu den Zusatzstoffen zählen.

Wozu sind all diese Stoffe nötig, fragt sich der Verbraucher? Als Gründe für den Einsatz von Zusatzstoffen gelten:

- Verlängerung der Haltbarkeit,
- bestimmte Beschaffenheit,
- höchstmögliche Wassereinlagerung in schnittfesten Endprodukten,
- gleichmäßige Verteilung unterschiedlich großer Bestandteile
- intensive Vermengung schwer mischbarer Rohstoffe,
- Volumenvergrößerung,
- Kontinuität in Aussehen, Geschmack, Geruch und Kauempfinden,
- Steigerung des Nährwerts,
- billigere Produktion,
- Transportstabilität,
- Kaufanreiz

In diesen Einsatzzwecken spiegelt sich zum einen das immer weiter steigende Verbraucherbedürfnis nach Zeitersparnis und Bequemlichkeit (Convenience), zum anderen aber die mögliche Kostenersparnis bei den Firmen wider. Mit Zusatzstoffen können minderwertige Rohstoffe besser aussehen und schmecken.

In Deutschland sind 305 Zusatzstoffe und über 2500 verschiedene Aromen erlaubt, wobei für Zusatzstoffe die „Zusatzstoff-Zulassungsverordnung“ gilt. Demnach muss der Nachweis der technologischen Notwendigkeit und der gesundheitlichen Unbedenklichkeit erbracht werden, damit ein Zusatzstoff genehmigt wird. Das Zusatzstoffrecht gilt EU-weit. Im Zuge der Angleichung nationaler Bestimmungen wurden allerdings einige ursprünglich verbotene Zusatzstoffe wieder erlaubt, neue kamen hinzu, Mengengrenzungen wurden teilweise erhöht. Vorteil der EU-Regelung ist eine einheitliche Kennzeichnung durch die sogenannten E-Nummern, was für Transparenz beim Konsumenten sorgen soll. Die mit 100 beginnende Zahlenfolge ist nicht lückenlos, Stoffgruppen sind nicht klar voneinander abgegrenzt, da viele Zusatzstoffe mehrere Funktionen erfüllen können. Allerdings ist auch nicht alles zulassungs- und kennzeichnungspflichtig: Hilfsstoffe (z.B. Entschäumer bei der Kartoffelverarbeitung) dürfen in technisch unvermeidbaren, unbedenklichen Mengen im Endprodukt bleiben.

Viele der Zusatzstoffe sind als unbedenklich einzustufen, aber teilweise auch überflüssig. **Kritische Abwägung ist strikter Ablehnung vorzuziehen.** Probleme können vor allem bei Allergikern, kleinen Kindern, Schwangeren, alten Menschen und gesundheitlich Beeinträchtigten entstehen. Im Folgenden sollen einige Stoffgruppen kurz vorgestellt werden.

Aromen

Auf der Zutatenliste ist lediglich die Angabe "Aroma" vorgeschrieben. Aromen gelten als unbedenklich. Problem: „Geschmacksverirrung“, Vortäuschung von natürlichen Stoffen, Übertünchung von unangenehmem Beigeschmack z.B. durch Konservierungsmittel.

Natürliche Aromen

Der Zusatz "natürlich" zur Angabe "Aroma" ist nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig: Es muss sich um Extrakte aus natürlichen Rohstoffen handeln (z.B. Zitrusfruchtextrakt, Hefeextrakt, Dillaroma). Die Aromen müssen durch enzymatische oder mikrobiologische Verfahren aus Ausgangsstoffen pflanzlicher oder tierischer Herkunft gewonnen worden sein. Dabei ist es nicht notwendig, dass das Aroma aus der Namen gebenden Quelle stammt. "Natürliches" Fleischaroma kann etwa aus Pflanzenproteinen gewonnen werden, Erdbeeraroma aus anderen pflanzlichen Rohstoffen. So wird z.B. aus Zedernholzöl der Geschmack vollreifer Himbeeren gewonnen (echtes Himbeerenextrakt wäre zu teuer, da man erst die empfindlichen Geschmacksstoffe isolieren müsste; frische Himbeeren wären sogar billiger als solch ein Verfahren). Es handelt sich also nicht unbedingt um reinen Extrakt aus dem natürlichen Ausgangsprodukt. Der Begriff „natürliche Aromen“ sagt also nur, dass sich die verwendeten Rohstoffe irgendwie der Natur zuordnen lassen, d.h. aus natürlichen Ausgangsstoffen (pflanzlich/tierisch) gewonnen wurden.

Naturidentische Aromen

Der früher übliche Begriff „naturidentisches Aroma" wird heute nicht mehr gebraucht. Naturidentische Aromen werden durch chemische Synthese oder durch Isolierung mit chemischen Verfahren gewonnen. Sie sind mit einem Stoff chemisch gleich, der in einem Ausgangsstoff pflanzlicher oder tierischer Herkunft vorkommt, werden also nach natürlichem Vorbild synthetisch hergestellt.

Künstliche Aromen

Künstliche Aromen haben kein Vorbild in der Natur. Sie dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie für ein bestimmtes Lebensmittel zugelassen sind und ihre gesundheitliche Sicherheit als erwiesen gilt. Bei künstlichen Aromen ist die chemische Bezeichnung des Stoffes anzugeben (Beispiele: Äthylvanillin). Derzeit sind in der EU 15 künstliche Aromastoffe erlaubt, z.B. Ammoniumchlorid für Lakritz, Chinin für bittere Limonaden, Äthylvanillin anstelle echter Vanille.

Raucharomen

Sie ersetzen das Räuchern durch „Flüssigräuche“ bei Wurst und Schinken. Rauch, der bei der Holzkohleherstellung entsteht, wird durch ein Wasserbad geleitet. Von dieser Rauchlösung scheidet sich eine sogenannte „Teerphase“ ab, in der sich der Großteil der schädlichen Begleitstoffe absetzt. Der verbleibende und gereinigte wässrige Extrakt ergibt ein intensives Raucharoma.

Farbstoffe

Auch hier gilt: eine unkritische generelle Ablehnung von Farbstoffzusätzen wird der Sache nicht gerecht. Appetitliches Aussehen von Lebensmitteln hat einen beträchtlichen Einfluss auf die Bekömmlichkeit von Speisen und Getränken (wahrer „Mythos“: „Das Auge isst mit“), da dadurch die Magensaftsekretion und somit die Verdauung angeregt wird.

Man unterscheidet natürliche und synthetische Farbstoffe, letztere sollte man möglichst vermeiden.

Konservierungsstoffe

Ihr Vorteil liegt darin, keimhemmend zu wirken und leicht zerstörbare Vitamine und Geruchsstoffe zu erhalten. Allerdings kommt es häufig zu Unverträglichkeiten.

Sehr verbreitet ist *Natriumnitrit / Nitritpökelsalz*, das vorrangig zur Konservierung von Fleisch und Wurstwaren verwendet wird, so dass diese dann keinen unschönen graubraunen Farbton wie beim Konservieren mit Kochsalz bekommen. Im Magen oder beim Erhitzen entstehen allerdings krebsauslösende Nitrosamine.

Ebenso problematisch sind *Schwefelverbindungen* und auch *Benzoessäure*, die man wegen ihres hohen allergieauslösenden Potentials vermeiden sollte. Fast alle Konservierungsstoffe werden als sehr bedenklich eingeschätzt, außer E 200/202/203 (Sorbinsäure, Kaliumsorbat, Calciumsorbat).

Geschmacksverstärker

Täuschen über tatsächliche Inhaltsstoffe hinweg, erhöhen den Appetit, was zu Übergewicht führen kann. Am häufigsten wird *Natriumglutamat* verwendet, welches als Auslöser des „China-Restaurant-Syndroms“ gilt (in der asiatischen Küche viel verwendet). Dieses äußert sich in Kopfschmerzen, Übelkeit, Schwindel, Herzklopfen, Rotfleckung im Gesicht.

Säuerungsmittel, Säureregulatoren

Säuren fördern Geschmack und Haltbarkeit. Säureregulatoren können den Säuregrad eines Lebensmittels wieder auf einen exakten pH-Wert einstellen, verbessern auch die Gelierfähigkeit.

Antioxidationsmittel

Sie verhindern unerwünschte Reaktionen mit Luftsauerstoff (z.B. Ranzigwerden von Fetten und Braunwerden von angeschnittenem Obst und Kartoffeln).

Emulgatoren

Sie ermöglichen das Mischen ursprünglich nicht mischbarer Stoffe, vor allem von Öl/Fett und Wasser. Sehr verbreitet ist der Alleskönner *Lecithin* (Bestandteil jeder lebenden Zelle) welcher lange als völlig unbedenklich galt. Heute wird es vor allem aus Soja hergestellt, wodurch das Problem der gentechnischen Sojagerstellung und der häufig auftretenden Sojaallergien in den Blickpunkt rückt. Es wird auch als Antioxidant und Stabilisator verwendet.

Verdickungsmittel, Stabilisatoren, Geliermittel

Diese Stoffe beeinflussen den Zustand eines Lebensmittel. Es handelt sich überwiegend um sogenannte isolierte Ballaststoffe, die besonders quellfähig sind. Sie verhindern z.B. bei Speiseeis die Bildung zu großer Kristalle. Weit verbreitet sind E 407 *Carrageen*, E 410 *Johannisbrotkernmehl*, E 412 *Guarkernmehl* (problematisch für Allergiker, darf bis zu 10% schädliche Begleitstoffe wie z.B. Blausäure enthalten).

Backtriebmittel

Sie werden zur Teiglockerung eingesetzt und beeinflussen Porengröße, Volumenzuwachs und Krumenbeschaffenheit von Backwaren.

Praktische Empfehlungen

Nicht von Werbesprüchen und Packungsaufschriften blenden lassen, lieber die Zutatenliste prüfen.

Je länger die Liste, desto stärker wurden die Rohstoffe industriell bearbeitet.
Möglichst viele Speisen selbst zubereiten.

Vermeide Produkte mit Geschmacksverstärkern und Aromastoffen. Sie verfälschen unser Geschmacksempfinden.

Iss möglichst nur ungefärbte Lebensmittel oder solche mit natürlichen Farbstoffen.

Schränke den Verzehr gepökelter Fleischwaren ein. Gepökelt nicht grillen, überbacken oder braten, da sich bei mehr als 130 °C verstärkt krebserregende Nitrosamine bilden.

Auch bei loser Ware wie Brot, Käse und Wurst nach den Inhaltsstoffen fragen.

Nutze deine Macht beim Einkauf! Was nicht mehr gekauft wird, wird auch bald nicht mehr hergestellt.

Bei der Verbraucherzentrale www.verbraucherzentrale.de (unter Ratgeber) gibt es ein übersichtliches Heftchen „Was bedeuten die E-Nummern?“ für 2,80 € + 1,- € VSK zu bestellen. Es gibt einen ersten Einblick in die Welt der Zusatzstoffe und vertritt dabei einen neutralen Standpunkt, was auf andere Publikationen dieser Art nicht immer zutrifft.

Die AK-Teilnehmer erhielten eine kleine Checkliste für den Einkauf, mit deren Hilfe die bedenklichsten Zusatzstoffe erkannt und vermieden werden können. Natürlich ist diese Zusammenstellung subjektiv und letztlich muss jeder selbst entscheiden, was er isst.

Checkliste Zusatzstoffe (ohne Vollständigkeitsgewähr)

synthetische Farbstoffe

⇒ E 102 Tartrazin (gelb)

⇒ E 104 Chinolingelb

⇒ E 122 Azorubin

⇒ E 123 Amaranth (rot)

⇒ E 180 Litholrubin (rot)

⇒ fast alle Konservierungsstoffe sind sehr bedenklich, außer:

E 200/202/203 (Sorbinsäure, Kaliumsorbat, Calciumsorbat),

E 260 Essigsäure, E 270 Milchsäure

⇒ E 210 Benzoesäure

⇒ E 250 Natriumnitrit bzw. Nitritpökelsalz

⇒ E 310-311 Gallate (Antioxidationsmittel)

⇒ E 320 Butylhydroxyanisol, E 321 Butylhydroxytoluol (Antioxidationsmittel)

⇒ E 338 - 341, 343, 450- 452 Phosphate

- ⇒ E 412 Verdickungsmittel Guarkernmehl
- ⇒ E 621 Geschmacksverstärker Natriumglutamat
- E 999 Quillajaextrakt (Schaumstabilisator)

Verwendete und weiterführende Literatur

Apothekenumschau: Das aktuelle Gesundheits-Magazin. 15. August 2003. Ausgabe B. S. 30f.

Birus, Thomas: Was macht die Tiefkühlpizza knusprig? Die wundersamen Zutaten der modernen Küche. Frankfurt am Main, 1999.

Knieriemen, Heinz: Lexikon Gentechnik, Fooddesign, Ernährung. Aarau, 2002.

Pollmer, Udo et al.: Vorsicht Geschmack. Was ist drin in Lebensmitteln, Stuttgart, 1998.

Rauch-Petz: Gisela: Gesunde Nahrung ohne Gift. Die wichtigsten Nahrungsgifte in unserem Alltag, und wie Sie sich davor wirksam schützen können. München, 1996.

Sparenberger, Gabriele/ Kelzenberg, Marlies: Gezielt einkaufen! Zusatzstoffe in Lebensmitteln, München, 2000.

www.zusatzstoffe-online.de

Linkliste zum Thema Ernährung:

<http://www.uni-kl.de/FB-Biologie/AG-Zankl/ernlinks.htm>

(Quizauflösung: 1b, 2a+b, 3a, 4b, 5c, 6b+c, 7b, 8b)

AK Kunst- und Kulturpolitik

Nach einer Vorstellungsrunde, an der 16 StipendiatInnen teilnahmen, begann *Viola Prüschenk* (siehe Beitrag in diesem Heft) aus Berlin mit Ihrem Vortrag über Afrikanische Literatur. Im zweiten Teil erläuterte *Christoph Lammers* aus Trier den Kulturbegriff bei Theodor W. Adorno. Im dritten Teil erklärte sich *Nicole Grothe* aus Düsseldorf spontan bereit, zum Thema von zeitgenössischer Kunst in politischen Auseinandersetzungen zu referieren. Anknüpfend berichtete *Annika Runte* aus Bochum/Marseille über eine Erklärung des deutschen Kulturrates zum GATS. Der vierte und abschließende Teil war die Vorstellung der Magisterarbeit von *Christina Schlich* aus Fulda zur Kulturpolitik der EU.

1. *Viola Prüschenk* bearbeitete in ihrem Vortrag v. a. die Leitfragen: “Was ist Afrikanische Literatur?” und: “Warum wird Afrikanische Literatur in Europa so wenig beachtet?”

Geprägt wurde der Begriff von dem 1938 geborenen Wa Thiongó, der in der Sprache *Kikuyu* schreibt. Bei der Einordnung was Afrikanische Literatur sein könne, ergeben sich verschiedene Definitionen - Varianten: Von Afrikanern in afrikanischen Sprachen geschrieben, von Afrikanern in europäischen Sprachen geschrieben oder von Afrikanern, die über Afrika schreiben. Die Bedeutung der Europäischen Sprachen wird dabei unter Vertretern Afrikanischer Literatur äußerst kontrovers diskutiert. Die Geschichten der Afrikanischen Literatur wurden erst unter dem Einfluss der Kolonialmächte verschriftlicht. Dabei ist die Verknüpfung von Sprache und Kultur von Bedeutung. Sprache vermittelt Kultur. So haben afrikanische Kinder über Europa oft mehr gelernt, als über sich selbst und den eigenen Kontinent. Die Verknüpfung des Begriffes von Nation mit dem Befreiungskampf, bzw. von Demokratie und Sozialismus wurde zum Diskussionspunkt. Die Gefahr der Funktionalisierung von Sprache und von nationalen und kulturellen Identitäten wurde thematisiert. Kritisch diskutiert wurden Identitätskonstruktionen (z. B. ist schon die Dichotomie von “selbst” und “fremd” ein Konstrukt) und die Funktion Sprache als Machtinstrument.

In deutschen Buchhandel erscheint der Kontinent Afrika oft als ein Land: es sind v. a. romantische Interpretationen erhältlich. Afrikanische Literatur “liest sich nicht”, wie es dann oft heißt. In der Diskussion wurden Fragen der

Bildungspolitik, des Literaturunterrichtes und der "Marktwirtschaft" besprochen. Kritisch erörtert wurden Fragen wie "positiver Nationalismus", die "Strategien von Kultur" (z. B. Lesen), sowie die Funktion von Literatur. Das Afrikanische Literatur in Frankreich viel verbreiteter sei brachte Alan Bieber, der teilweise in Frankreich studiert, in die Diskussion. Christina Schlich meinte, dass der Gedanke an die Verbreitung von Literatur selbst schon eine Konstruktion sei. Die "Documenta" wurde kritisiert, weil dort nur afrikanische "Hochkultur" zu sehen war. Es ginge um Kultur und nicht um Folklore. Angesprochen wurde in diesem Kontext das Verhältnis von "Hochliteratur vs. Massenerliteratur", die Rolle des Marketings und die Funktion von "Kunst als Ware". Angesprochen wurden das Themenfeld "Multilingualität" und die Frage nach den "Mentalitäten" und dem "Mentalitätsbegriff."

Die Rolle des Verhältnisses von Massenkultur und Kulturindustrie wollten wir uns im Folgenden genauer anschauen. Vor der Pause stellte Thorsten Teubl die Stadt Görlitz vor, wo sich der nächste AK Kunst- und Kulturpolitik trifft.

2. Stephan B. Antczack aus Berlin stellte zum Kunst- und Kulturbegriff Marx - Engels – Zitate in die Runde, was sich allerdings nicht als hilfreich erwies, weil der fehlende Kontext moniert wurde. **Christoph Lammers** aus Trier hielt einen Vortrag über den Kulturbegriff Adornos. Der Mensch ist Teil der Kultur, muss aber außen vor bleiben. Eine Absolution des Konservativen erhält Kultur als "geistiges Erbe". Die Dialektik von Form und Uniformierbarkeit wurde thematisiert. Zentral betont Adorno, dass Kunst eine Warenform ist, was ihren Entfremdungscharakter ausmacht. Der Mensch gerät in ein Dilemma: einerseits will er an Kultur partizipieren, andererseits muss er genau dies verneinen, um teilhaben zu können.

Dahinter steht eine Auffassung des Geschichtsprozesses, in dem sich der Mensch aus dem Naturzustand in die Aufklärung erhebt, deren Charakter ihrerseits fortschreitend zurückkehrt.

Ein entscheidender Satz aus der Dialektik der Aufklärung: "Kultur schlägt alles mit Ähnlichkeiten." In einer Gesellschaft in der die Kulturindustrie herrscht, kann nur Erfolg haben, was konsumiert und verkauft wird. Wesentlich ist also Adornos Warenformkritik. Kunst dagegen muss einerseits Utopie und andererseits frei sein. Sie muss deutlich machen, was Herrschaft ist, was ihr nicht gelingt. "Falsche Künstler" reproduzieren die Herrschaftsverhältnisse. Adorno hat die Kulturindustrie der USA vor Augen, die er im Exil erlebte. Walter Benjamin, der prägend für Adorno war, sah die Massenkultur nicht so negativ. Er hatte sich allerdings auf der Flucht vor den Faschisten suizidiert und kannte weder die Situation in den USA, noch hatte er das horrendes Resultat des Faschismus, den Holocaust, vor Augen gehabt.

Auch Brecht hatte eine andere Auffassung von Kultur und Massenkultur: für ihn war Kultur ein Mittel im Klassenkampf. Adorno dagegen sah im Radio ein Mittel zur Verbreitung um die Menschen "gleichzuschalten" – in Konfrontation zur Einzigartigkeit des Menschen. Der inhaltliche Bezug zu Pierre Bordieu und Franz Kafka lässt sich aus den Unterlagen nicht mehr rekonstruieren. In Sinne Adornos jedenfalls lebt der Künstler durch sein Kunstwerk. Kunst drückt ein allgemeines Interesse aus. Diskutiert wurden das "revolutionäre Potential" von Kunst, ihr Warencharakter, die Rolle der Klassik, als "nicht alternde Kunst" und die Frage nach dem Avantgarde - Denken. Adorno meinte, dass der politische Anspruch, den Kunst erhebt, selbst zur Ware und damit reaktionär wird. Deutlich wird das an der "Documenta" und dem allgemeinen Prozess der "Festivalisierung". Die Bedeutung von Adornos Kritik an der Massenkultur und Kulturindustrie wurde in der Diskussion in Bezug zu den Begriffen "Vielfalt der Kulturen" und "Biodiversität" gesetzt.

An den engen Zusammenhang von Kunst und Politik knüpfte *Nicole Grothe* aus Düsseldorf an. Sie sprach von Gruppen und Netzwerken, die das ökonomische System und die Funktion von Kunst im "neoliberalen Projekt" reflektieren. Es gäbe eine Entwicklung "weg vom Kunstwerk, hin zum Prozeß". Als Beispiel führte sie die Aktion von Thomas Hirschhorn im Rahmen der letzten "Documenta" an. Kunsthistorisch konstatiert sich ein "Paradigmenwechsel" "von der autorengelbundenen ",neuen Innerlichkeit" (Junge Wilde, Neoimpressionismus) zu[m] kontextorientierten Arbeiten in Gruppenzusammenhängen mit politischem Anspruch".⁸⁴ Als Gründe führt sie das "Verschwinden des Subjektes" an, was sich aus der poststrukturalistischen Debatte ergibt, zum anderen ergibt sich diese Situation aus der "Krise des Kunstmarktes". Drei Richtungen sind dabei auszumachen: Erstens die *Informationskunst* (Vorträge, Materialsammlungen, Vernetzungen, usw.), die ihre Wurzeln in den amerikanischen "Act up" – Gruppen haben. Die zweite Form einer solchen Kunstpraxis ist die *Interventionskunst*, die durchaus "realpolitisch" agiert. Als Beispiel wäre die Gruppe "Wohnklausur" zu nennen. Die dritte Variante politischer Kunstpraxis ist die *Impulskunst* à la Christoph Schlingensief. Thematisiert wurde die Definitionsmacht über den Kunstbegriff, die sich in Abhängigkeit von vorherrschendem Diskurs und kultureller Hegemonie entwickelt.

In der Diskussion wurde festgestellt, dass moderne Tugenden, die mit KünstlerInnen assoziiert sind, wie "Eigenverantwortung, Selbstverantwortung, avantgardistisches Denken, Kreativität und Selbstorganisation"

⁸⁴ Nicole Grothe: Politische Kunstpraxen der neunziger Jahre im deutschsprachigen Raum – Auseinandersetzungen mit dem Kulturbegriff, unveröffentl. Manuscript, Chemnitz 2003.

bedeutend sind für den Verwertbarkeitsprozess des Kapitalismus. In diesem Zusammenhang wurde auch von “Guerilla - Marketing” und “linken Strategien zur Profitmaximierung” gesprochen. Verschiedene Bewegungen wurden genannt, wie etwa “reclaims the streets” und Bewegungen, die Politik als Party inszenieren oder gar den Schritt in die Illegalität wagen. Das postdramatische Theaterkonzept von Menschen wie Frank Casdorf und die Öffnung des Theaterraumes zeigen die enge Verbindung von Kultur und politischem Aktivismus. Überhaupt sei die Differenzierung von Politik und Kunst künstlich kontruiert. Problematisiert wurden die Aktivitäten der Graffiti-Bewegung, deren Aktivitäten Doppelcharakter haben: einerseits entstehen sie in einem rebellisch – subversiven Kontext, andererseits entsprechen sie dem entpolitisierten Mainstream. Sinnlose Aktionen, wie etwa die “flash mobs” wurden als “reaktionäre rollback” eingeschätzt. Für uns sollte es darum gehen, wie man/frau politische Kunst als Widerstand stärken kann.

3. Den bereits mehrfach anklingenden Globalisierungskontext thematisierte dann *Annika Runte* aus Bochum/Marseille. Sie stellte zunächst die Forderungen des deutschen Kulturrates zu den GATS – Verhandlungen der WTO in Cacún vor: Dabei sollte die EU erstens den freien Zugang zu Informationen sichern – was Schulen, Bibliotheken und die öffentlichen Rundfunkanstalten betrifft. Außerdem müsse die Preisbindung erhalten bleiben und eine Qualitätssicherung zum Schutze der Verbraucher gewährleistet werden. Zweitens sollte das Urheberrecht erhalten und ausgebaut werden (z. B. bei der Inländerregelung die Frage der materiellen Reziprozität, wenn z. B. die Vereinigten Staaten ein bestimmtes Niveau nicht mit tragen wollen). Eingeworfen wurde, das es hier nur um Meinungsmache der Industrie ginge – KünstlerInnen würden sich halt andere Einnahmequellen suchen, bzw. leben ohnehin aus anderen Quellen. Kritisch bemerkt wurde, dass sich Kulturstatsministerin Frau Weiss den Forderungen des Kulturrates angeschlossen habe und dass der EU- Vertreter in den Verhandlungen, Pascal Lami, über die besten Verbindungen zur Wirtschaft verfüge. Die Verhandlungen von Cacún gelten zunächst als gescheitert. Für uns stellte sich die Frage, was wir von der Kulturpolitik erwarten. Kritisiert wurde, dass sich Kulturpolitik häufig auf den nationalen Rahmen begrenzt. Die WTO hätte sich jedenfalls dafür ausgesprochen, dass Kultur nach wie vor im nationalen Rahmen geregelt werde. Die EU greife dabei nur “komplementär” ein. Die Erwartungen an die öffentliche Kulturförderung wurden wie folgt benannt: Urheberrecht, Buchpreisbindung, Förderung und Schutz von Verlagen und Buchhandlungen, die Sicherstellung kultureller Vielfalt. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang das Konfliktfeld von “leichter Konsumierbarkeit vs.

Zugang zu wichtigem Wissen” und die Einschätzung der Tätigkeit von Dokument – Lieferdiensten. Die Rolle Max Fuchs‘ als Beauftragten des Kulturrates wurde problematisiert: Die WTO hat kein Interesse der Beteiligung von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO’s). Sie haben Diplomatensstatus, und die Wichtigkeit der Staaten könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es gibt auf dieser Verhandlungsebene nur Konsensbeschlüsse. Dabei wird der Auf- und Ausbau der WTO durch die nationalen Regierungen vorangetrieben. Die EU entscheidet immer “en block”. Betroffen werden diese Entscheidungen von nationalen Politikern, die wiederum beeinflusst sind von Interessenverbänden und Unternehmen, wie beispielsweise dem Börsenverein des deutschen Buchhandels. Zugespitzt wurde das “Konstrukt: geistiges Eigentum” diskutiert. Als Beispiel wurde der juristische Konflikt zwischen der Rockgruppe Metallica und Napster (ein Projekt das freien Zugang zu Musikstücken gewährte). Dabei wurde Napster von einigen als “linkes Projekt” betrachtet das den freien Zugang zu allem gewährt. Den Verkauf würde nicht gemindert, da viele sagen: was gut ist, das kaufe ich – erst die freie Information sichere diese Einschätzungsmöglichkeit. Als weiteres Argument wurde gesagt, das copyright schränke die Möglichkeit von Kunst und Kultur sehr ein. Es wurde erwogen, ob es besser sei, eigene Forderungen an die Regierungen zu stellen. Zum Beispiel wurde die Forderung nach Transparenz als Lebenslüge des Systems bezeichnet (wenn die Transparenz nicht gegeben sei, könne man /frau über Politik sowieso nicht reden. Auch die NGO’s seien Teil des Systems – darum müsse es vielmehr Diskussion um die eigenen Forderungen geben.

4. Den Abschluss bildete *Christina Schlich* aus Fulda mit der Vorstellung der kulturellen Dimension des europäischen Integrationsprozesses. Leider war dieser Workshop nur sehr gering besucht. Die grobe Gliederung sah einen analytischen Rahmen vor, in dem es um die historische Dimension, Begriffe und den Sinn ging, dann im zweiten Teil um die tatsächlichen Integrationstendenzen und in einem dritten Teil um die Governmentstendenzen, als Fragen, welche die gute Regierbarkeit betreffen.

Eine wichtige Rolle in der Einschätzung der einseitig wirtschaftlichen Entwicklung boten die Sozialisations-Analysen von Jürgen Habermas: sie stellten die noch auf Vorstellungen Herders und Pufendorfs beruhenden “Kugelaxiome” zur europäischen Kultur infrage und setzten diesem die Idee von Netzwerken entgegen.

Die EU hat ein Demokratie- und ein Legitimationsdefizit. Dieses Defizit verstärkt sich durch Säkularisierung und Globalisierung. “Öffentlichkeit” ist in Sachen Kulturpolitik der EU kaum vorhanden. Dies bietet, so Christina

Schlich, eine Chance für ein System eigener Gestaltung, wenn diesem Prozess eine grundlegende Politikfeldanalyse vorausgehen würde. In ihrer Arbeit untersuchte sie wann der Begriff "Kultur" im Wirtschaftsbereich zum Thema wurde. Berücksichtigt wurden die historische und rechtliche Dimension, die Umsetzung, die Instrumente und das Budget und die Förderprogramme. Angesprochen wurde von ihr die Frage ob "wir" ein Kulturgesetz der EU brauchen. Da sich die nationalen Politiken verändern, gebe es hier Chancen für eine positive Entwicklung (C.S. führte als Argument den wachsenden Einfluss es EU Parlamentes an). Wollen "wir" ein Europa oder ein Europa der Vielfalt?

Das Kulturverständnis der EU ist im § 158 des Vertrages von Amsterdam geregelt. Es fehlen aber Indikatoren und Institutionen. Was das GATS betrifft, müsse die Kulturverträglichkeit im Vorfeld geprüft werden. Zur rechtlichen Dimension: Europarecht bricht nationales Recht.

Das Antragsverfahren bezüglich der Kulturförderungswürdigkeit ist kompliziert. Erläutert wurde das am Beispiel des Kulturhauptstadt – Konzeptes, bei dem wirtschaftliche Interessen eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Zur Geschichte: Seit 1974 wird europäisches Kulturgut unter Schutz gestellt. Hierbei handelt es sich um unbewegliches Kulturgut, Erbe und Denkmäler. Im Jahr 2000 wurden folgende Aspekte als Kulturträger anerkannt: Gesundheit, Sitten und Gebräuche, Lebensstil, Traditionen, Ideale, Dialekte und Liedgut, die Beerdigung von Toten und Lernprozesse. Der europäische Rat lehnt aber eine klare Definition ab, betont die Verwobenheit mit der Wirtschaft und appelliert, die Kultur als wesentlichen Bestandteil des Integrationsprozesses zu sehen. Max Fuchs, als Beauftragter des deutschen Kulturrates lehnt einen "Container" – Begriff voller Definitionen ab und empfiehlt die Deklaration der UNESCO, welche "kulturelle Vielfalt" als Begriff ins Zentrum stellt und auf die Bedeutung für die Identitäten der Menschen verweist. Deutlich wurde an mehreren Beispielen, dass die derzeitigen Förderprogramme der EU alle ungenügend sind: die Förderbedingungen sind oft nicht erfüllbar, 1/3 der Mittel kommen aus übergreifenden Töpfen. Die Gesamtausgaben der EU beziffern sich auf 92 Mrd. Euro, davon geht ein Anteil von 0,04% in die Kultur (36,5 Mio. Euro). Entschieden wird in einem Kulturforum, dem ca. 350 Personen aus vielen Organisationen und Institutionen angehören. Im Folgenden stellte Christina verschiedenste kulturelle Netzwerke auf, die versuchen auf den Prozess in Europa Einfluss zunehmen. Betont wurde die Notwendigkeit von Institutionskritik. Ein Problem ist z. B. das linke Projekte von den Institutionen meistens nicht gefördert werden.

Definition von „afrikanischen Literaturen“

Nicht zuletzt die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den nigerianischen Schriftsteller Chinua Achebe im Jahr 2002 wäre ein Anlaß, der Beschäftigung mit Literaturen aus Afrika in Schulen, Medien und Buchhandlungen einen festen Platz zu geben. Dennoch sind afrikanische Literaturen weitestgehend unbekannt in Deutschland; die Behandlung des Kontinents Afrika, seiner Geschichte und seiner vielen verschiedenen Kulturen steht nicht auf dem Lehrplan der Schulen. Zudem existieren nach wie vor viele Vorurteile gegenüber Afrika. Das Standardbild des Kontinents ist geprägt von Krieg, Hunger, Armut; die Medien transportieren vorzugsweise negative Bilder Afrikas, der positive Blick fehlt, die Kulturen werden kaum beachtet. Dabei gibt es eine Fülle an afrikanischen Literaturen, ob in afrikanischen Sprachen, in Französisch, Englisch, Portugiesisch, Spanisch oder auch ins Deutsche übersetzt. Hinzu kommen Theater, Film, Musik und Bildende Kunst. Es stellt sich die Frage, wie ein Bewusstsein für außereuropäische Kulturen geschaffen werden kann. Im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes kann diese Fragestellung nur schwerlich beantwortet werden. Um jedoch einen Einblick in die theoretischen Debatten um afrikanische Literaturen zu geben, wird im folgenden auf die Definition von afrikanischen Literaturen am Beispiel der Sprachdebatte zur Dekolonisation afrikanischer Literaturen eingegangen. Exemplarisch wurde der kenianische Autor Ngugi wa Thiong'o ausgewählt und seine Position zu Verwendung von Kolonialsprachen als literarisches Ausdrucksmittel erarbeitet.

Ngugi wa Thiong'o wurde 1938 in Kamirithu, Kenia geboren. Nach dem Schulbesuch (zuerst einer Missionsschule, dann einer unabhängigen Gikuyu-Schule) studierte er am Makerere University College in Kampala, Uganda zunächst Wirtschaft und wechselte später zu Literatur. 1967 begann er als Literaturprofessor an der Universität von Nairobi zu arbeiten. Nach einem Graduiertenstudium in Leeds, Großbritannien, wechselte Ngugi wa Thiong'o 1968 in die USA über, um sich dort weiteren Studien zu widmen. 1977 wurde er von der kenianischen Regierung verhaftet, nachdem er sich an einem Theater- und Kulturprojekt beteiligt hatte, dessen politische Inhalte der kenianischen Regierung missfielen. Nach seiner Haftentlassung begann er, ausschließlich in seiner Muttersprache Gikuyu zu schreiben. Seit 1982 lebt er mit seiner Familie im Exil in London.

Bevor jedoch die eigentliche Sprachdebatte genauer betrachtet werden kann, müssen zunächst (zumindest kurz) die geschichtlichen und politischen Hintergründe Afrikas beleuchtet werden, um die Ursachen, Wirkungen und daraus resultierende Positionen in der Debatte verstehen zu können. Ausgangspunkt für den geschichtlichen und politischen Überblick ist die Berliner Kongo-Konferenz von 1884, während welcher die europäischen Kolonialmächte Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz festlegten. Zudem wurden das Kongo- und Nigerbecken für den internationalen Handel freigestellt, infolgedessen ein Wettlauf um die bislang noch nicht (von Kolonialmächten) beanspruchten Gebiete in Afrika begann. Weiterhin wurden die Grenzen der bisherigen Kolonien ohne Rücksicht auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Kultur- und Sprachgemeinschaften gezogen. Hierdurch, durch die hinzukommende Einführung der jeweiligen Kolonialsprache und die damit erfolgte Verdrängung der afrikanischen Sprachen wurden die Menschen neben allen anderen Unterdrückungen auch ihres kulturellen Kommunikationsmittels beraubt. Die Literatur der Kolonialisten hatte in Europa bereits im Vorfeld die Vorstellung von Afrika verbreitet, daß dies ein „unbeschriebenes Blatt [sei], wo der Anarchie, der blutigen und willkürlichen Roheit, der Sklaverei, der totalen Unwissenheit und dem Elend freier Lauf gelassen wurde. [...] Eine weitere, nicht weniger verbreitete Meinung behauptete oder unterstellte, daß den Afrikanern jegliches Nationalgefühl abginge“ (Ki-Zerbo, 1993, 451). Die europäischen Besatzungsmächte fühlten sich somit als Ritter der Zivilisation und des Fortschritts.

Erst die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten (Ghana wurde als erstes Land 1957 unabhängig, Nigeria 1960 und Kenia 1963) setzte die Dekolonisation in Gang, die nicht nur im politischen, sondern auch im literarischen Bereich wirkte. Da die Kolonialmächte außer ihren politischen Vorstellungen auch die europäische Kulturen und Literaturen einzuführen versucht hatten (als „Zivilisation“), begann im Rahmen dieser Dekolonisationsbewegung seitens der afrikanischen AutorInnen das Suchen nach einer Definition afrikanischer Literaturen, nach eigenen literarischen Formen, Inhalten und Maßstäben. Zunächst stellte und stellt sich hierbei die Frage, was als afrikanische Literaturen bezeichnet werden kann: Literatur von AfrikanerInnen in afrikanischen Sprachen, Literatur von AfrikanerInnen in europäischen Sprachen, Literatur, deren Geschehen in Afrika spielt, ganz gleich welcher Herkunft der/die AutorIn auch sein mag oder alle diese Kategorien zusammengenommen? Ngugi wa Thiong'o bezeichnet die von AfrikanerInnen in europäischen Sprachen verfasste Literatur als „Afro-European Literature“ (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 26). Chinweizu, ein nigerianischer Schriftsteller und Literaturkritiker, betrachtet alle Literatur,

die sich an ein afrikanisches Publikum richtet und Inhalte des afrikanischen Lebens aufgreift, als afrikanische Literatur, ganz gleich in welcher Sprache sie verfasst sein mag (Chinweizu, 1975, 57).

Bei der Definitionssuche entflammte unter den afrikanischen AutorInnen eine Debatte bei der Frage, welche Beziehung zwischen Literatur und Sprache besteht und, in Bezug auf die afrikanischen Literaturen, in welcher Sprache diese geschrieben werden sollte. Den Ausführungen von Rand Bishop zufolge provozierte Obiajunwa Wali 1963 die afrikanischen Intellektuellen mit seinem Aufsatz „The Dead End of African Literature?“, in dem er die Verwendung der europäischen Sprachen als „Todesbringer“ für die Kultur Afrikas bezeichnet. Chinua Achebe, Schriftsteller und Gewinner des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2002, sei als Vertreter der gegenteiligen Position erwähnt; er hebt die Vorteile der weltweit gesprochenen Sprachen hervor, indem er zum Beispiel auf ein bedeutend größer erreichbares Publikum verweist (Achebe zit. in Rand Bishop, 1988, 32). Ganz im Gegensatz zu Achebe spricht sich Ngugi wa Thiong’o radikal gegen die Verwendung der Kolonialsprachen aus. Er selber schreibt seit 1977 ausschließlich in seiner Muttersprache Gikuyu und übersetzt seine Werke ggf. in die englische Sprache.

Die Dekolonisation der afrikanischen Literaturen ist ein sehr weitgreifendes Thema. Um eine genaue Analyse der Haltungen darzustellen, bedarf es einer genaueren Betrachtung der geschichtlichen, politischen und kulturellen Hintergründe der jeweiligen afrikanischen Staaten sowie auch eine stärkere Einbindung der Lebensläufe und politischen Ansichten der Autoren.

Da die literarischen Ansichten (aufgrund der geschichtlichen und politischen Ereignisse) nicht von den politischen Meinungen des Autors Ngugi wa Thiong’o zu trennen sind, werden diese in Bezug auf Sprache und Literatur anhand folgender Stichpunkte betrachtet: Probleme der afrikanischen Literatur (Kolonisation/Dekolonisation), Lösung der Probleme (politische Konzepte) und Zukunftsvorstellungen (nationale/kontinentale/mondiale afrikanische Sprachverbreitung). Die Aktualität des Themas zeigt sich an den zunehmenden Bemühungen, die Analphabetenrate (auch) in Afrika zu senken. Gerade an diesem Punkt stellt sich die Frage, in welcher Sprache unterrichtet werden sollte und welche Folgen der Unterricht in afrikanischer oder europäischer Sprache für die Menschen und ihre Kulturen haben könnte.

Ngugi wa Thiong’os literarische und politische Haltung zu Sprache

Ngugi wa Thiong’o analysiert im ersten Kapitel seines Buches *Decolonising the Mind* die Sprache in der afrikanischen Literatur. Im folgenden werden

seine Entwürfe einer Sprach- und Kulturtheorie, sowie die Folgen der Kolonisation bzw. Dekolonisation dargestellt, um diese Aspekte wiederum der Bedeutung und Verwendung afrikanischer Sprachen hinzuzufügen.

Das von Ngugi wa Thiong'o aufgestellte System der Rolle von Sprache in einer Gesellschaft basiert auf der Ansicht, daß die Wahl der Sprache und ihr Gebrauch das zentrale Element der Selbstdefinition eines Menschen sei und seine Beziehung zur Natur, Gesellschaft und dem gesamten Universum darstelle. Sprache sei somit nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern auch ein Träger und Vermittler kultureller Werte und Traditionen.

Basierend auf dieser Definition entwirft Ngugi wa Thiong'o eine Theorie über die Sprache als Kommunikationsmittel. Drei Elemente der Sprache unter dem Aspekt der Kommunikation lassen sich herausstellen. Zum einen existiere nach Meinung des Autors die Sprache des wirklichen Lebens („language of real life“), welche die Basis für die Absicht, die Ursprünge und die Entwicklung einer Sprache sei. In diesem Falle diene die Produktion, die körperliche Tätigkeit, als Kommunikationsmittel zwischen den Menschen. Zum anderen bestehe die Rede/das Gespräch („speech“), welches die Sprache des wirklichen Lebens, die Tätigkeit/ Produktion, imitiere, zwischen Menschen vermittele und die Sprache, das gesprochene Wort, forme.

Als drittes Element existiere das geschriebene Wort („written signs“), welches eine Wiedergabe von Klängen mit visuellen Symbolen, d.h. eine Darstellung des ersten und zweiten Elements von Sprache sei. Zwischen dem gesprochenen und dem geschriebenen Wort herrsche in den meisten Kulturen Einklang, was bedeutet, dass die Menschen eine Harmonie zwischen Oratur und Literatur in dem Sinne erleben würden, dass das Geschriebene dem Gesprochenen entspreche. Diese Sprachtheorie entwickelt Ngugi wa Thiong'o zu einer Theorie über die Entstehung von Kultur weiter. Kommunikation, also Sprache zwischen Menschen, sei die Basis und der Prozess für die Entwicklung von Kultur. Gleichzeitig sei sie auch ein Vermittler von Werten und besitze die Funktion eines kollektiven Gedächtnisses. Deshalb könne die Sprache nicht von der Kultur getrennt betrachtet werden, da letztere auch durch die Sprache von einer zur nächsten Generation weitergegeben werde (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 13-15).

Auch die Theorie über die Sprache als Kultur besitzt drei Aspekte. Erstens sei die Kultur ein Produkt der Geschichte, welches durch die Sprache reflektiert werde. Zweitens beeinflusse gerade diese Reflexion die Gedankenwelt eines Kindes über die Realität und das eigene Sein. Drittens transportiere die Sprache diese Gedankenwelt, diese Bilder und Realität durch das gesprochene und geschriebene Wort zu anderen Menschen, wobei zu beachten sei, dass die Sprache wohl allgemein, die Bilder jedoch nur in Verbindung mit der jeweiligen Kultur verständlich seien. Aus dieser Theorie leitet der Autor

die These ab, dass Sprache als Kommunikation und als Kultur gegenseitig bedingte Produkte seien (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 16).

Diese beiden Systeme von Sprache und Kultur sind die Grundlage, um die von Ngugi wa Thiong'o beschriebenen Auswirkungen der Kolonialzeit in Bezug auf die Bereiche der Sprache, Literatur und Kultur verstehen und analysieren zu können. In Bezug auf die Verwendung von afrikanischen oder Kolonialsprachen äußert sich der Autor in Verbindung mit einer Darstellung der Kolonisationsfolgen. Der Imperialismus der ehemaligen Kolonialmächte beeinflusse nach wie vor die Wirtschaft, Politik und Kultur Afrikas, da diese Länder, ob als Kolonien oder Neokolonien, über die europäischen Sprachen definiert worden seien und definiert werden, so Ngugi wa Thiong'o. Zur Zeit der Kolonialherrschaft in Kenia wurde Englisch zum Maßstab für Intelligenz und stellte, neben der Funktion als offiziellem Kommunikationsmittel, den Zugang zur kolonialen Elite dar (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 12).

Das wahre Ziel der Kolonialisten sei hierbei die Kontrolle über alle Lebensbereiche der Kolonisierten, vor allem über deren Reichtum gewesen. Um die ökonomische und politische Kontrolle effizient umsetzen zu können, sei es von Nöten gewesen, die Kontrolle über die Kultur, d.h. über das Selbstverständnis der Menschen in Bezug auf sich selbst und zu anderen, zu erlangen. Durch die Zerstörung und völlige Abwertung der Kultur sowie die Einführung der Kolonialsprachen sei diese Herrschaft über das mentale Universum des Kolonisierten gelungen (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 16). Die Folge des Auferlegens einer fremden Unterdrückung der eigenen Sprache sei eine Zerstörung des dritten Elements der Theorie der Sprache als Kommunikation: die Zerstörung der Harmonie zwischen Mensch, Sprache und seiner Kultur. Dies bewirke eine koloniale Entfremdung („colonial alienation“). Zum einen bedeute dies ein aktives (oder auch passives) Distanzieren der eigenen Person von der äußeren Realität, zum anderen eine aktive (oder auch passive) Identifikation mit dem, was sich weit entfernt von der eigenen Umwelt befindet. Dargestellt am Beispiel eines kenianischen Schulkindes der Kolonialzeit bedeutete die Kolonisation, dass Europa durch die englische Sprache zum Träger der kulturellen Identität, die eigene Kultur durch die Augen einer anderen Kultur betrachtet wurde und den Schulkindern damit rassistische Vorurteile über die eigene kulturelle Abstammung nahe gebracht wurden. Die Tatsache, dass einige afrikanische Autoren (z.B. Léopold Sédar Senghor) „Loblieder“ auf die Kolonialsprachen singen, wertet Ngugi wa Thiong'o als (für die Kolonialisten) erfolgreichen Einfluß des Kolonialsystems auf die Kolonisierten. Mehrere Generationen wurden somit in den Schulen ihrer eigenen Kultur entfremdet; sie konnten ihre Sprache und damit ihre Traditionen und Kultur nicht bewahren. Allein die Bauern- und Arbeiterklasse habe die afrikanischen Sprachen und Kulturen am Leben

erhalten, da sie keine Widersprüche zwischen dem Sprechen ihrer Muttersprache und der Zugehörigkeit zu einer größeren nationalen oder kontinentalen Einheit gesehen hätten. In ihnen sieht der Autor die Bewahrer der alten Werte, der Oratur, der Traditionen.

Für Ngugi wa Thiong'o stellt der Entschluss, Literatur in den afrikanischen Sprachen zu schreiben, eine logische Reaktion auf die Kolonisation und Dekolonisation dar, denn „was ist der Unterschied zwischen einem Politiker der sagt, Afrika könne nicht ohne den Imperialismus existieren und einem Schriftsteller der sagt, Afrika könne nicht ohne europäische Sprachen bestehen?“ (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 26). Die Verwendung seiner Muttersprache Gikuyu, in der er seit 1977 alle seine Werke verfasst, betrachtet Ngugi wa Thiong'o als „Teil und Bestandteil des anti-imperialistischen Kampfes der kenianischen und afrikanischen Bevölkerung“ (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 28).

Bei vielen afrikanischen Autoren, vor allem aber in Europa, stößt dieser Entschluss auf Unverständnis. Ngugi wa Thiong'o sieht darin eine ängstliche Reaktion auf die von den ehemaligen Kolonialisten befürchtete Revolution der Kolonisierten, deshalb werde den afrikanischen Sprachen ein subversiver Charakter angehängt. Der Autor formuliert aus dieser Angst einen direkten Aufruf zur Revolution durch die Verwendung der afrikanischen Sprachen: „[...] Schriftsteller in afrikanischen Sprachen sollten sich zusammenschließen mit den revolutionären Traditionen der organisierten Bauern- und Arbeiterklasse in Afrika und sie in ihrem Kampf, den Imperialismus zu besiegen und ein höheres demokratisches und sozialistisches System im Bündnis mit allen anderen Menschen dieser Welt zu schaffen, unterstützen“ (Ngugi wa Thiong'o, 1986, 29-30).

Ngugi wa Thiong'o vertritt in allen seinen Werken eine klare politische, in diesem Fall marxistisch-sozialistische Meinung. Im folgenden werden seine politischen Ansichten zu den Themen Sprache und Kultur anhand seiner Veröffentlichungen *Homecoming* und *Moving the Centre* genauer betrachtet. Die bereits erwähnten Ansichten zur Literatursprache und Kultur lassen sich größtenteils auch dem Bereich der politischen Ansichten zuordnen und umgekehrt.

Die politischen Ansichten Ngugi wa Thiong'os zum Thema Sprache und Kultur lassen sich in vier Elemente unterteilen. Das erste Element stellt die Suche nach einem „true communal home for all Africans“ (einem „wahren gemeinsamen Zuhause für alle Afrikaner“) dar. Durch die Schaffung einer Einheit in der „black world“ und die Rückbesinnung auf die Verbindung aller Menschen schwarzer Hautfarbe in der Welt will Ngugi die Kräfte zum Aufbau von „socialist black power“ bündeln (Ngugi wa Thiong'o, 1978,

xviii). Diese sozialistische Kraft sei wiederum für das zweite Element, die Umgestaltung der Politik, Wirtschaft und Kultur vonnöten. Nur die vollständige Befreiung der politischen und wirtschaftlichen Bereiche von den ehemaligen Kolonialmächten und die Umwandlung in ein sozialistisch gestütztes System ermögliche die Entstehung einer „national culture“. Innerhalb dieser Kultur sei dann die Entwicklung einer nationalen Sprache, dem dritten Element, nötig, um sich endgültig der Beeinflussung der Kolonialmächte zu entziehen und ein neues Land, eine neue Kultur aufzubauen.

„Eine gemeinsame Sprache als Kommunikationsmittel in einem Land, eine gemeinsame Sprache als Kommunikationsmittel für die Welt: das ist das Ideal, und wir müssen dafür kämpfen“, so formuliert Ngugi wa Thiong’o in eigenen Worten das vierte Element, welches aus der Übertragung des neu entstandenen nationalen afrikanischen Systems auf die gesamte Welt besteht. Um eine Sprache für die Welt bzw. eine Weltsprache („language for the world“) einführen zu können, bedürfe es der Voraussetzung, daß alle Nationen in den Bereichen der Wirtschaft, Politik und Kultur vollständig unabhängig und gleichgestellt seien. Der Autor geht hierbei von dem Wunsch aller Menschen nach Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit aus. Dies sei, wie auch im nationalen Rahmen, die Grundlage für eine gemeinsame Weltkultur („common world culture“) (Ngugi wa Thiong’o, 1993, 38-39). Hierin äußert sich seine internationalistische Haltung gegenüber Politik, Sprache und Kultur. Bei der Einführung einer Sprache für die Welt, einer Welt der Sprachen, einer Weltsprache setzt sich Ngugi wa Thiong’o für die in Ostafrika weitverbreitete Sprache Kiswahili ein: „Aber wenn Kiswahili oder eine andere afrikanische Sprache zur Weltsprache werden würde, dann wäre dies ein Symbol für den Beginn einer neuen Ära in Bezug auf die menschlichen Beziehungen zwischen den Nationen und Menschen Afrikas und denen der anderen Kontinente. Aus diesem Grund schlage ich Kiswahili als Sprache für die Welt vor“ (Ngugi wa Thiong’o, 1993, 40).

Kritik an den Ansichten Ngugi wa Thiong’os

Die Ansichten Ngugi wa Thiong’os erscheinen, gerade in Bezug auf seine Sprach- und Kulturtheorie, größtenteils logisch und nachvollziehbar. In einigen Punkten jedoch fehlt der Bezug zur Realität und Umsetzbarkeit.

Der Autor fordert in *Moving the Centre* die Einführung einer „Sprache für die Welt“, für welche sich am besten die ostafrikanische Sprache Kiswahili eignen würde. In dieser Forderung befindet sich ein großer Widerspruch; Ngugi wa Thiong’o würde mit der tatsächlichen Umsetzung, ebenso wie die ehemaligen Kolonialmächte in Afrika, anderen Kulturen eine fremde

Sprache und damit, nach eigener Theoriedarlegung, fremde traditionelle und kulturelle Werte aufzwingen. Da sich die englische Sprache in der heutigen Zeit bereits als eine Art Weltsprache durchsetzen konnte (aus welchen Gründen mag hier unberücksichtigt bleiben), werden die Menschen vermutlich wenig Bereitschaft zeigen, eine weitere, der eigenen Kultur weit entfernte Sprache zu erlernen. Hinzu kommt, dass seine hauptsächliche Zielgruppe, die Bauern- und Arbeiterklasse, auch zu Kolonialzeiten nicht in das Erlernen der Kolonialsprachen miteinbezogen waren (teilweise aufgrund mangelndem Schulbesuch); wie soll also gerade diese Klasse von dem Erlernen der neuen Weltsprache profitieren können bzw. in den Prozess mit einbezogen werden?

In *Decolonising the Mind* spricht der Autor vom antiimperialistischen Kampf der Bauern- und Arbeiterklasse, der Errichtung eines Systems von Demokratie und Sozialismus in aller Welt und der dafür wichtigen Rückbesinnung auf die eigene Sprache und Kultur. Er erwähnt in diesem Werk, welches vor dem Buch *Moving the Centre* erschien, in keiner Weise eine gemeinsame Weltsprache. Es stellt sich die Frage, in welcher gemeinsamen Sprache die Kommunikation unter den „Revolutionären“ geführt werden soll, da die ehemaligen Kolonialsprachen außer Frage stehen und die Menschen in Südamerika und Afrika keine gemeinsame Muttersprache haben. Die Überlegungen Ngugi wa Thiong’os erscheinen in der Theorie als erstrebenswert; die reale Umsetzbarkeit lässt jedoch sehr zu wünschen übrig.

Literatur

Ashcroft, Bill, Gareth Griffiths & Helen Tiffin: *The Empire Writes Back. Theory and Practice in Post-Colonial Literatures*, London & New York, 1989.

Bishop, Rand: *African Literature, African Critics: The Forming of Critical Standarts 1947-1966*, Westport, 1988.

Cantalupo, Charles (Hg.): *Ngugi wa Thiong’o: Texts and Contexts*, Trenton, 1995.

Chinweizu, Onwuchekwa Jemie & Ihechukwu Madubuike: „Towards the Decolonization of African Literature“, *Transition* 48, 1975, 29-57.

Goke-Pariola, Abiodun: *The Role of Language in the Struggle for Power and Legitimacy in Africa*, Lewiston & Queenston & Lampeter, 1993.

Gugelberger, Georg M. (Hg.): *Marxism and African Literature*, London, 1985.

Killam, G. D. (Hg.): *Critical Perspectives on Ngugi wa Thiong’o*, Washington, 1984.

Ki-Zerbo, Joseph: *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*, Frankfurt/M., 1993 (1978).

Thiong’o, Ngugi wa: *Homecoming. Essays on African and Caribbean Literature, Culture and Politics*. Nairobi, 1978 (1972).

Thiong’o, Ngugi wa: *Decolonising the Mind. The Politics of Language in African Literature*, London & Nairobi, 1986 (1981)

Thiong’o, Ngugi wa: *Moving the Centre. The Struggle for Cultural Freedoms*, London & Nairobi, 1993.

Lill-Ann Körber

AK Krimi

Vom Motto der Ferienakademie „Tat-Ort – Tat-Sache“ inspiriert, taten sich im Vorfeld einige Literaturwissenschaftlerinnen unter den StipendiatInnen zusammen, um einen Krimi-Workshop zu organisieren. Am Ende blieben von den Literaturwissenschaftlerinnen nur noch wenige übrig und der Workshop setzte sich sehr interdisziplinär zusammen, was den interessanten Diskussionen keinen Abbruch tat, sondern sie im Gegenteil sehr befruchtete. Viele passionierte KrimileserInnen konnte man schon in den ersten Tagen der Ferienakademie im Sonnenschein in den Pausen Krimis lesend auf der Wiese liegen sehen. Im Folgenden möchte ich einige Diskussionspunkte bzw. „Ergebnisse“ des Workshops darstellen, die vielleicht als Ansatzpunkte für eine Fortführung oder Durchführung ähnlicher Workshops dienen können, ohne aber Anspruch auf eine vollständige Wiedergabe des Diskussionsverlaufs zu erheben. Ergänzt wird dieser Beitrag durch eine Kurzfassung des Vortrags von Juliane Dylus, die mit Aspekten und Ergebnissen ihrer Magisterarbeit über deutsche Krimis von Frauen den ersten und umfangreichsten Input für den Workshop lieferte.

Einer der Ansatzpunkte für einen Workshop zum Thema Krimi bestand im Wunsch, die Grenzen zwischen „harter“ Politik und kritischer Wissenschaft sowie (Populär-) Kultur/Unterhaltung anzugreifen, die teilweise immer noch zementiert werden, wodurch eine Beschäftigung mit „weichen“ gesellschaftlichen Phänomenen wie Literatur oder Kunst oder gar Populärkultur schnell unter den Verdacht gerät, unkritisch oder unpolitisch zu sein. Im Workshop wurde mit Erfolg versucht, Perspektiven für die Analyse von Krimis zu entwickeln, die ihr kritisches Potenzial sichtbar oder aber Rückschlüsse auf gesellschaftliche und politische Prozesse möglich machen können. Ein schönes Moment des Workshops bestand – aus positiven Rückmeldungen zu schließen – bereits darin, dass TeilnehmerInnen aus anderen Disziplinen, die Literatur und vor allen Dingen Krimis „nur“ in der Freizeit konsumieren und genießen, ihre Leseindrücke mit LiteraturwissenschaftlerInnen teilen konnten und man gemeinsam Analysemodelle und Zu- und Ausgänge entwickeln konnte.

Als einen möglichen Ansatzpunkt für eine Befragung von Kriminalliteratur fokussierte der Workshop die Problematik der Geschlechterverhältnisse, die

auf verschiedenen Ebenen verortet werden kann. Beispielsweise erschien uns ein Essentialismus in den Texten und in der Rezeption problematisch, der Protagonistinnen sowie Autorinnen eine „weibliche Intuition“ zuspricht. Auffallend oft sind bei weiblichen Figuren die Tat, der Umgang mit der Tat oder die Verhinderung einer Tat mit ihrer Intuition bzw. dem Versagen ihrer Intuition verbunden, während bei männlichen Krimihelden eher ihr Rationalismus fokussiert wird oder der Verlust an Rationalität beklagt wird. Auch in der Rezeption werden bei Krimiautorinnen auffallend oft persönliche (oft familiäre) Gründe für das Schreiben oder den Beginn des Schreibens untersucht und angegeben. Das Kunst-Schaffen scheint bei Frauen viel eher durch Ereignisse in der Biografie begründet werden zu müssen als bei Männern. Umso wichtiger ist bei der Analyse von Literatur von Frauen die Trennung von Text und Autorin.

Aus Beobachtungen solcher Art ergeben sich aber auch interessante Fragestellungen im Bezug auf die Texte selbst und die Thematisierung von Schreiben und Sprache. Die Problematik der Protagonistinnen in den besprochenen Krimis stellt sich oft gerade in ihrer Sprachlosigkeit dar. Die Passivität der Protagonistin Sigrid in Petra Hammesfahrts *Der stille Herr Genardy*, die für die LeserInnen kaum erträglich ist, korrespondiert mit ihrer Sprachlosigkeit. Diese stellt sich allerdings als Resultat von Machtverhältnissen heraus, die jeweils anderen die Entscheidungsmacht über ihr Leben zusprechen und Sigrids Entwicklung einer eigenen Sprache unterdrücken (beispielsweise verbindet ihre Umwelt ein Erzählen ihrer Träume mit realen Ereignissen bis hin zu Todesfällen, so dass ihr das Erzählen verboten wird). In Doris Gerckes *Weinschröter, du musst hängen*, dem ersten Bella Block-Roman, ist die Tat ebenfalls direkt mit Sprachlosigkeit verbunden. Die vergewaltigte spätere Täterin wird aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen. Dabei wird im Text mehrfach betont, dass dieser Ausschluss über einen Ausschluss aus der Kommunikation funktioniert: Jahrelang spricht niemand mit ihr. Die verbale Kommunikation im Dorf ist patriarchalisch und sexistisch organisiert und schließt in der Folge alle Frauen aus. Für die Täterin bleibt nur Gewalt als Kommunikationsmittel, als einzige Sprache, in der sie sich ausdrücken kann.

Insgesamt lässt sich für die untersuchten Kriminalromane, die alle (mehr oder minder geglückt) psychologisch argumentierende Krimis von Frauen sind, feststellen, dass Szenen, in denen scheinbar nichts passiert, genauso große Bedeutung haben können wie die Tat selbst. Das (oft erzwungene) Schweigen erscheint genauso wichtig wie das Sprechen.

Sprache und Sprechen erscheinen als Ergebnis komplexer Machtverhältnisse. Als Folge kann auf die „Wahrheit“ oder „Lösung“ nicht mehr über die Ebene von Aussagen und Taten zugegriffen werden, bzw. werden „Wahrheit“ und

„Lösung“ als Konzepte selbst in Frage gestellt. Analog ist das „Böse“ in neuer Kriminalliteratur nicht mehr einfach zu verorten und ein linearer Verlauf der Geschichte und einfache kausale Strukturen sind aufgebrochen. Als Beispiel hierfür mag eine Szene am Ende von *Die fünfte Frau* von Henning Mankell dienen. Kommissar Wallander verhört zum wiederholten Mal die Mörderin, die als Rache für den gewaltsamen Tod ihrer Mutter einige Männer getötet hat, die alle Gewalt gegen Frauen ausgeübt haben. Wallander kann die Grausamkeit und Rachsucht der Mörderin nicht nachvollziehen und wird zusehends ungeduldig. Die Mörderin provoziert ihn mit ihrer Frage danach, ob er noch nie eine Frau geschlagen habe, so lange, bis Wallander zugibt, einmal seine Frau geschlagen zu haben. Die Genugtuung seines Gegenübers über dieses Bekenntnis reizt ihn schließlich so sehr, dass er auch sie schlägt und an diesem „Wiederholungszwang“ fast verzweifelt. Am Ende ist zwar die Mörderin gefasst, allerdings bleibt die übergreifende zyklische Struktur der Gewalt gegen Frauen zurück. In dieser Struktur nimmt der Kommissar, eigentlich die aufklärende Instanz, die gleiche Position ein wie die Mörder der Mutter sowie die Opfer der Mörderin. In dieser Spirale der Gewalt sind Täter-, Opfer- und Aufklärerrolle nicht auf unterschiedliche, klar zu identifizierende Figuren verteilt, sondern alle Beteiligten vereinigen alle Rollen in sich. Das Begehren nach eindeutiger Erklärung und Auflösung wird ad absurdum geführt. Gewalt lässt sich weder psychologisch erklären, einem abstrakten „Bösen“ zuordnen, noch beseitigen.

Bereits aus diesen wenigen Beispielen lässt sich entnehmen, dass die Beschäftigung mit Literatur und sogar „Trivilliteratur“ weit über ein Verharren im Text und im Kunstgenuss hinausweisen kann. Mit Geschlechterpolitik und der Frage danach, wer die Macht über Schreiben und Sprechen besitzt, mit der Problematisierung vom Umgang der Gesellschaft mit Gewalt und Bestrafung, sind sozial und politisch äußerst virulente Thematiken angesprochen. Der Weg zu solchen Fragestellungen über die Verständigung über literarische Texte oder andere kulturelle Produkte ist nicht nur lohnenswert, sondern macht auch besonders viel Spaß, und ich hoffe, es wird auf den nächsten Ferienakademien weitere solcher „anderer“ Arbeitskreise geben.

Frauenkriminalliteratur der Gegenwart. Ein Überblick

Von Frauen geschriebene Kriminalliteratur ist kein Phänomen der vergangenen zehn Jahre, denn seit mehr als hundert Jahren schreiben Frauen Kriminalgeschichten, sei es in der Form von Detektivgeschichten, Spionageromanen, psychologischen Kriminalromanen, *hard-boileds*⁸⁵ oder Thrillern. Frauen haben diese Gattung zu jeder Zeit in all ihren Variationen aktiv mitgestaltet. Aber obwohl Autorinnen die Traditionen des Kriminalromans ebenso prägten wie Männer, erfuhren sie lange Zeit in der literaturwissenschaftlichen Betrachtung weit weniger Beachtung als ihre männlichen Kollegen. Erst seit Mitte der 80er Jahre rückte die von Frauen geschriebene Kriminalliteratur in einen öffentlichen und literaturwissenschaftlichen Fokus. Dies wurde durch unterschiedliche Faktoren bedingt: wachsende LeserInnenzahlen, die zunehmende mediale Verarbeitung von Krimistoffen und - nicht zu unterschätzen - auch der Einfluss der Frauenbewegung und die damit verbundenen Veränderungen in der Gesellschaft und in der Literatur. Dabei ist allgemein zu beobachten, dass die gesamte Kriminalliteratur und insbesondere die von Frauen geschriebene Kriminalliteratur seit den 80er Jahren Teil eines faszinierenden Prozesses ist, der die Grenze zwischen hoher und trivialer Literatur in Westeuropa immer durchlässiger werden lässt.⁸⁶ Das ist sicherlich auch damit zu begründen, dass die von Frauen geschriebenen Kriminalromane gesellschaftliche Veränderungen und Werte-

⁸⁵ Hard-boiled heißt im übertragenen Sinne ›hartgesotten‹. Der Begriff stand ursprünglich für die Kriminalliteratur, die in den 40er Jahren in Amerika entstand und ausschließlich von Männern verfasst wurde. Diese Untergattung bestimmt aber noch heute das Bild des typischen Privatdetektivs, der im Parka, rauchend und trinkend Kriminalfälle löst und mit sich und der Welt hadert. Die Handlungen dieser Romane spielen meist in Großstädten mit einem äußerst düsteren Setting. Den *hard-boiled*-Romanen ist es aber zu verdanken, dass sich die Kriminalliteratur in weitere Untergattungen aufsplittete und weiterentwickelte, wie zum Beispiel in den Thriller.

⁸⁶ Vogel, Marianne: Ein Unbehagen an der Kultur. Zur Kriminalliteratur deutschsprachiger Schriftstellerinnen in den 90er Jahren. In: Zwischen Trivialität und Postmoderne. Literatur von Frauen in den 90er Jahren. Hg. v. Ilse Nagelschmidt, Alexandra Hanke, Melanie Schröter. Frankfurt, 2002, S. 52.

konflikte zum Ausdruck bringen, die Rückschlüsse auf die jeweilige Gesellschaft zulassen.⁸⁷

Dabei lassen sich in der neuen von Frauen geschriebenen Kriminalliteratur eklatante Unterschiede zur klassischen männlichen Kriminalliteratur feststellen. Besonders deutlich zeigen sich diese zum Beispiel in der Entwicklung neuer Erzählstrukturen, der Erweiterung des klassischen Krimiplots um andere Plots sowie in neuen Motiven und Themen in den Frauenkrimis. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass es – trotz der unterschiedlichsten Intentionen der Frauenkrimis und ihrer Autorinnen – Frauenfiguren, Themen und Motive gibt, die immer wieder aufgenommen werden, und damit eine übergreifende und allgemeingültige Bedeutung erhalten. Diese Feststellung möchte ich an zwei ausgewählten Beispielen verdeutlichen: Zum einen an der Veränderung der handelnden Frauenfiguren im Frauenkrimis, zum anderen an der Veränderung der Bedeutung bestimmter Motive und Themen.

Von der traditionellen zur neuen Frauenfigur

Weiblichen Figuren war in der männlich dominierten Kriminalliteratur häufig nur ein sehr begrenztes Rollenangebot zugeschrieben, welches sich, bis auf wenige Ausnahmen, zwischen dem "passiven, naiven Dummchen" und der Männer mordenden *femme fatale* bewegte. Dieses lange vorherrschende eindimensionale Bild von Frauenfiguren hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Wobei in dieser Veränderung eine besondere Herausforderung lag, da neue Rollen für weibliche Figuren nur dann verwirklicht werden konnten, wenn sich die Autorinnen von den Geschlechtern zugeordneten Eigenschaften im Krimi freimachten. Das hieß, dass die Frauenfiguren zum einen von einem passiven Status in einen aktiven Status überführt werden mussten und zum anderen, dass dieser aktive Status dann auch positiv besetzt war. Die meisten neuen Frauenfiguren, die zwischen dem Ende der 60er bis in die 80er Jahre hinein entstanden, waren gerade aus diesem Grund in erster Linie an die hard-boiled Tradition der Kriminalliteratur angeschlossen, die ja eine positiv besetzte Heldenfigur in den Mittelpunkt der Handlung rückt.

Frauenfiguren sind im Verlauf der Entwicklungen wesentlich vielfältiger und individueller in ihrer Darstellung und in ihrem Selbstverständnis geworden, und bei weitem nicht mehr nur der hard-boiled Tradition verpflichtet, sondern in allen Genrespielarten⁸⁸ der Kriminalliteratur zu finden.

⁸⁷ Birkle, Carmen: Unter der Lupe. Neue Entwicklungen in der Krimilandschaft. In: Frauen auf der Spur. Kriminalautorinnen aus Deutschland, Großbritannien und den USA Hg. v. Carmen Birkle, Sabina Matter-Seibel, Patricia Plummer. Tübingen, 2002, S. 3.

⁸⁸ Beispielsweise im Amateurdetektiv- oder Spionageroman, im Thriller, im psychologischen Kriminalroman.

In den wenigsten Fällen werden die vorher von Männern besetzten Rollen von den Frauen unverändert übernommen. Auch wenn beispielsweise eine Frau als Detektivfigur an den hard-boiled Typus angelehnt ist, so bringt sie doch immer Eigenschaften mit, die dem vorherrschenden Weiblichkeitsbild zugeordnet werden, wie Emotionalität und Intuition. Diese Eigenschaften spiegeln sich auch in den entsprechenden Lebensumständen und in den politischen und moralischen Einstellungen der Protagonistinnen wider. Außerdem identifizieren sich die handelnden Frauenfiguren mit dem, was sie tun – sei es mit ihrem Beruf oder auch mit der Rolle als Mutter oder Hausfrau. Frauen agieren dabei allerdings nicht nur in positiv besetzten Rollen. Sie werden auch mit negativen und problematischen Seiten dargestellt, was ein Beweis dafür ist, dass die Frauen eben nicht mehr nur einseitig, sondern in ihrer Gesamtheit und individuellen Unterschiedlichkeit präsentiert werden. Das Persönlichkeitsprofil der handelnden Frauen unterliegt derzeit der stärksten Veränderung. Da die Gattung Kriminalliteratur besonders aus der Variation ihre Dynamik bezieht, heißt das, dass immer vielfältigere Versionen von Frauen entworfen werden.⁸⁹ Die neuen Frauenfiguren brauchen zum Beispiel in der Regel keinen allwissenden Erzähler mehr, wie einen Dr. Watson, der die genialen Fähigkeiten seines Chefs Sherlock Holmes immer wieder bewundernd in den Mittelpunkt der Erzählung rückt. Viele Protagonistinnen erzählen ihre Geschichten selbst in der Ich-Erzählperspektive. Oder aber die Geschichte wird in einer Mischung aus personaler und auktorialer Erzählweise dargestellt, in der das erlebende und das erzählende Ich zusammenschmelzen, was auf der einen Seite einen intensiven Blick in die Gedankenwelt der Protagonistin ermöglicht, auf der anderen Seite eine intensive Illusion von Wirklichkeit zulässt. Es steht so nicht mehr ausschließlich die Verortung einer Geschichte im Vordergrund, sondern die Eigenart der weiblichen Erzählstimme wird hervorgehoben. Damit wird die bisherige erzählerische Autorität unterwandert und umgewandelt. Hinzu kommt, dass die Erzählstimme häufig geprägt ist von einem hintergründigen Humor, der bisweilen auch in Selbstironie umschlagen kann. Wie Thea Dorns Protagonistin Kyra aus der *Hirnkönigin*, die im Stillen die eindeutigen Avancen ihres Chefs kommentiert.

Ein verzweifelter Lachanfall trieb ihr den Champagner in die falsche Kehle. Sie legte einen Keuchhusten hin, der die Traviata neidisch gemacht hätte. Die alte Möwe lachte herzlich mit. Und schlug ihr – ganz väterlicher Freund – auf den Rücken. Sie beglückwünschte sich im Nachhinein, dass sie in ihrem Kleiderschrank kein rückenfreies Kleid gefunden hatte.

⁸⁹ Vgl. Keitel, Evelyne: Kriminalliteratur von Frauen für Frauen. Unterhaltungsliteratur aus Amerika, Darmstadt, 1998, S. 51.

„Wissen sie, dass Sie viel zu schön für ihren Beruf sind?“

Wusste sie.

„Mein Gott, warum sind Sie so schön?“

Wusste sie nicht.⁹⁰

Das hat zur Folge, dass besonders viele dieser Figuren eine Coolness ausstrahlen und dass sie auch in brenzligen Situationen das letzte Wort – den so genannten *Wise Crack* – behalten und zumindest den Anschein vermitteln, in jeglicher Situation die Oberhand zu behalten: eine Fähigkeit, die eine nahe Verwandtschaft zu den *hard-boiled* Detektiven zeigt.

Mit wenigen Ausnahmen besetzen Autorinnen die Hauptrollen ihrer Krimis mit Frauen – Frauen in der Ermittlerrolle, Frauen in der Opferrolle, und zunehmend findet man auch Frauen in der Täterrolle.

Veränderung von Motiven und Themen

Man sieht bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung der neuen Frauenkriminalliteratur, dass den früheren Hauptthemen wie Recht, Ordnung, Gewalt, sowie Sex und Einsamkeit in den *hard-boiled*-Varianten, andere Themen hinzugefügt wurden: Familie, das Verhältnis von Eltern zu Kindern, Kindererziehung, Sexismus, Identitätssuche, Lebensgestaltung, Mann-Frau-Beziehungen, gesellschaftliche Probleme, usw.⁹¹

Diese Themenerweiterung soll nun an dem Motivbeispiel „Familie“ verdeutlicht werden:

Im Gegensatz zu den feministischen Intentionen und der Frauenkriminalliteratur der 70er und 80er Jahre spielt die Familie in den neuen Frauenkrimis zunehmend eine wichtige Rolle – aber bei weitem nicht in einem idealisierten Zusammenhang. Vielmehr spielen die Autorinnen in den Krimis neue Familienkonstellationen durch, die weit vom klassischen Familienbild entfernt sind. So agieren viele der Protagonistinnen beispielsweise als allein erziehende Mütter, die mit den alltäglichen Problemen – von Geldmangel bis Einsamkeit und schlechtem Gewissen ihren Kindern gegenüber – zu kämpfen haben. Erstaunlicherweise wird der Vater in der Rolle des Allein-erziehenden hingegen kaum oder gar nicht thematisiert. Nicht einmal sein Nicht-Vorhandensein in der Familie wird in den meisten Fällen näher beleuchtet. Wo die Väter eigentlich abgeblieben sind, scheint von keinem größeren Interesse für die Handlung zu sein. Eine kritische Frage an dieser Stelle kann dementsprechend lauten, inwieweit die Autorinnen damit

⁹⁰ Dorn, Thea: *Die Hirnkönigin*, Hamburg, 2001, S. 6.

⁹¹ Vgl. Vogel, Marianne: Ein Unbehagen an der Kultur. Zur Kriminalliteratur deutschsprachiger Schriftstellerinnen in den 90er Jahren. In: *Zwischen Trivialität und Postmoderne. Literatur von Frauen in den 90er Jahren*. Hg. v. Ilse Nagelschmidt, Alexandra Hanke, Lea Müller-Dannhausen, Melanie Schröter. Frankfurt, 2002, S. 58.

lediglich Beobachtetes aus dem gesellschaftlichen Erfahrungsalltag widerspiegeln und inwieweit damit doch wieder alte Rollenzuweisungen thematisiert und auch bestätigt werden. Aber meiner Ansicht nach geht es nicht um das Bestätigen traditioneller Rollenzuweisungen, sondern die Frauen werden als Frau und als Mutter gerade aus einem traditionellen Bild – der eben angesprochenen Einheit zwischen Vater, Mutter, Kind – gehoben. Der Blick der Autorinnen ist in erster Linie auf die Frau und Mutter und ihre eigene Entwicklung gerichtet, und in dieser Entwicklung spielt der Mann beziehungsweise der Vater nur bedingt eine Rolle. Diese Fokussierung auf die Frau und Mutter ist also eine weitere Form, einen Statuswechsel zu vollziehen.

Darüber hinaus spielen auch die traditionellen Motive der Kriminalliteratur in den Frauenkrimis eine wichtige Rolle wie zum Beispiel das Verhältnis zu Gesetz und Moral oder die Einstellung zu Gewalt. Auch hier zeigt sich in den Frauenkrimis eine veränderte Wahrnehmung dieser Komplexe. In erster Linie wird durch eine Zunahme an weiblichen Täterfiguren und eine häufige scheinbare Abwesenheit von übergeordneten Werten gezeigt, dass Justiz und Gesetz bei weitem nicht mehr ausreichen, um einen wirklichen Gerechtigkeitsausgleich herzustellen. Das Recht ist nicht mehr deckungsgleich mit Gerechtigkeit. Darin liegt die vornehmliche Rechtfertigung der Selbstjustiz vieler Täterinnen begründet, denn diese scheint die einzige Möglichkeit für die Frau zu sein, ihrem Bedürfnis nach Gerechtigkeitsausgleich genüge zu tun.

Moral und Gerechtigkeit sind also nicht verschwunden, aber die Wahrnehmung und vor allem die Interpretation dieser Werte haben sich deutlich verschoben. Die Frauen – Täterinnen oder Ermittlerinnen – fühlen sich nicht mehr ausschließlich den übergeordneten gesellschaftlichen Richtlinien und Gesetzen verpflichtet, sondern vor allem ihrem eigenen Gewissen. Besonders für Frauenfiguren wie Bella Block, die im Staatsdienst arbeitet, heißt das, dass bewusst Befugnisse und damit auch die rechtlichen Grundlinien immer wieder übertreten werden, indem beispielsweise eine Täterin laufen gelassen wird, wenn das für moralisch notwendig gehalten wird.⁹² Aber nicht nur die Täterin, die sich gegen männliche Gewalt wehrt, bleibt in den Frauenkrimis oft ungestraft. Gerade auch beim Thema Kindesmissbrauch wird eine Lynchjustiz geradezu gerechtfertigt.⁹³

Lässt sich nun aus diesem individuellen Gerechtigkeitsempfinden der Frauen heraus ein übergreifendes Gerechtigkeitsbild konzipieren? Gerechtigkeit als

⁹² Gercke, Doris: Weinschröter, du musst hängen, 1988.

⁹³ Hammesfahr, Petra: Der stille Herr Genardy, 1993.

einen Zustand einer gesellschaftlichen Ordnung scheint es deshalb nicht mehr zu geben, weil die Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, darauf Einfluss zu nehmen. Der Gerechtigkeitskodex liegt nur noch in den Figuren selbst begründet, und eine explizite Bestrafung vor allem von Täterinnen durch den Staat oder ähnliche Institutionen scheint nicht im Interesse der Autorinnen zu liegen. Wenn doch eine Bestrafung der Täterinnen erfolgt, dann dadurch, dass sie mit ihrem Gewissen in Konflikt geraten. Diese gemilderte Bestrafung lässt sich als fiktionale Kompensation realer Benachteiligung interpretieren. Damit wird auch eine Verschiebung innerhalb des Krimiplots deutlich, denn der Fokus wird auf die Geschichten der Frauen oder Täterinnen und die Gründe für die Straftat gelegt und nicht mehr auf die Entdeckung und auf das ›Der-gerechten-Strafe-Zuführen‹. Durch diese neue Wahrnehmung von Gewalt, ihrer Auswirkungen und deren Umgang damit wird deutlich, dass Frauenkrimis der vergangenen Jahre wesentlich mehr leisten, als nur das Einfügen eines Frauenalltags in eine Krimihandlung.

Darüber hinaus fungiert diese Literatur – in enger Anlehnung an die neue Frauenunterhaltungsliteratur – als ein Verhandlungsort von Emanzipationsfragen und neuer Geschlechtermodelle. Eingangs habe ich erwähnt, dass die neue von Frauenkriminalliteratur Teil eines Prozesses ist, in dem sich die Grenzen zwischen der „hohen“ und „trivialen“ Literatur verwischen. In meinen Augen geschieht diese Grenzverwischung neben einer stilistischen und strukturellen Weiterentwicklung vor allem durch das Aufbrechen des Genres dadurch, dass über den Krimiplot hinaus – also die Erzählung eines Verbrechens – von den Autorinnen Themen und Aspekte aufgegriffen werden, die Einblicke in gesellschaftliche Strukturen und Perspektiven geben. Diese Anreicherung des Krimiplots mit neuen Themen und Aspekten und somit eine höhere Komplexität der Texte ist dabei nicht ausschließlich den Frauenkrimis vorbehalten, sondern auch in der von männlichen Autoren verfassten Kriminalliteratur gibt es entscheidende Veränderungen in diese Richtung. Nichts desto trotz scheinen einige Themengebiete, wie die Gewalt von Männern gegen Frauen und Kinder oder Selbstjustiz von Frauen, immer noch fast ausschließlich von Autorinnen aufgenommen zu werden. Dass gerade diese Aspekte in den Frauenkrimis eine entscheidende Rolle spielen, kann als konkreter Einfluss der Zweiten Frauenbewegung gesehen werden. Viele Frauenkrimis dienen als Verhandlungsort von Weiblichkeitsbildern und von Weiblichkeitsmythen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang der Grenzverlauf zwischen ironischer, überpointierter Sichtweise und dem Ausspielen alter Klischees nicht immer leicht zu erkennen. Aber ob durch einen spielerisch-ironischen oder einen realitätsnahen Umgang mit anderen Rollenmodellen, in jedem Fall wird von den Autorinnen eine Vielzahl von

Lebensentwürfen entwickelt, die im Kern fast immer den Ausdruck eines gesteigerten weiblichen Selbstwertgefühls in sich tragen.

Literatur

Birkle, Carmen: Unter der Lupe. Neue Entwicklungen in der Krimilandschaft. In: Frauen auf der Spur. Kriminalautorinnen aus Deutschland, Großbritannien und den USA Hg. v. Carmen Birkle, Sabina Matter-Seibel, Patricia Plummer. Tübingen, 2002.

Dorn, Thea: Die Hirnkönigin, Hamburg, 2001.

Gercke, Doris: Weinschröter, du musst hängen, Hamburg, 1988.

Hammesfahr, Petra: Der stille Herr Genardy, Hamburg, 1993.

Keitel, Evelyne: Kriminalliteratur von Frauen für Frauen. Unterhaltungsliteratur aus Amerika, Darmstadt, 1998.

Mankell, Henning: Die fünfte Frau, München, 1997.

Vogel, Marianne: Ein Unbehagen an der Kultur. Zur Kriminalliteratur deutschsprachiger Schriftstellerinnen in den 90er Jahren. In: Zwischen Trivialität und Postmoderne. Literatur von Frauen in den 90er Jahren. Hg. v. Ilse Nagelschmidt, Alexandra Hanke, Melanie Schröter. Frankfurt a. M., 2002.

AK Mathematik

In diesem Arbeitskreis ging es mir darum in einem Vortrag einen kurzen Einblick in das Gebiet der Fraktale zu geben.

Fraktale entstehen durch dynamische Prozesse und weisen die Eigenschaft der Selbstähnlichkeit auf. Ein Objekt heißt selbstähnlich, wenn ein Teil des Objekts zum Ganzen ähnlich ist. Ein Beispiel, das jeder kennt, ist ein Blumenkohl. Ein Kopf besteht aus kleinen Röschen, die einem Kopf sehr ähnlich sind. Die Röschen wiederum lassen sich in noch kleinere Röschen zerlegen. Diese Eigenschaft kann man bis zu drei oder vier Stufen verfolgen. In der mathematischen Idealisierung kann sich die Eigenschaft der Selbstähnlichkeit durch unendlich viele Stufen hindurch fortsetzen. Der Blumenkohl ist also mathematisch gesehen kein Fraktal.

Fraktale sind wie schon erwähnt Ergebnisse dynamischer Prozesse. Im folgendem werde ich einen möglichen dynamischen Prozess erläutern. Dazu benutze ich das Modell einer speziellen Kopiermaschine, einer Mehrfach-Verkleinerungs-Kopier-Maschine (MVKM). Diese besteht aus mehreren Linsen, welche das Bild verkleinern und die verkleinerten Kopien auf einer bestimmten Stelle des Kopierpapiers platzieren. Abbildung 1 zeigt eine MVKM, die drei Verkleinerungslinsen enthält, von denen jede auf 50%, d.h. mit einem Faktor von $\frac{1}{2}$, verkleinert. Die Verkleinerungen werden dann in Form eines Dreiecks auf dem Papier angeordnet.

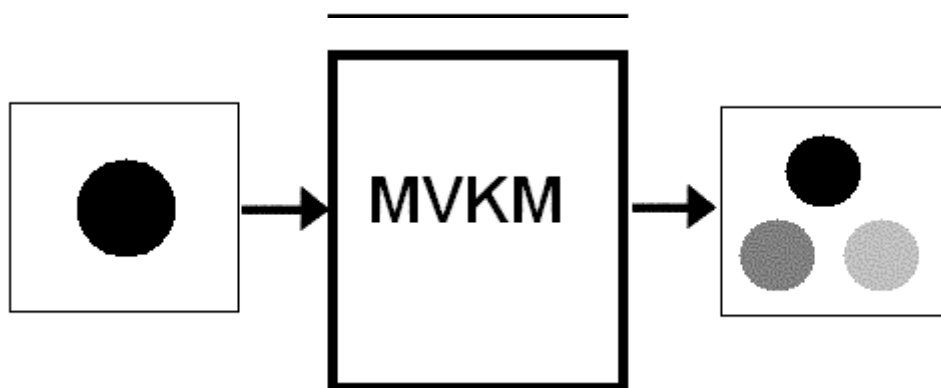


Abbildung 1

Man kann nun ein beliebiges Ausgangsbild mit dieser Kopiermaschine kopieren. Das so erhaltene Bild lässt man wiederum von der MVKM kopieren und diese Kopie kopiert man abermals. Was für ein Bild werden wir erhalten, wenn wir diesen Vorgang sehr oft oder sogar unendlich oft durchführen? Abbildung 2 gibt die überraschende Antwort. Bei unendlicher Hintereinanderausführung der Kopiermaschine auf ein Bild werden wir ein Sierpinski-Dreieck erhalten. Dieses Ergebnis ist außerdem unabhängig von unserem Ausgangsbild, welches ich damit beliebig wählen kann ohne das entstehende Fraktal zu verändern.

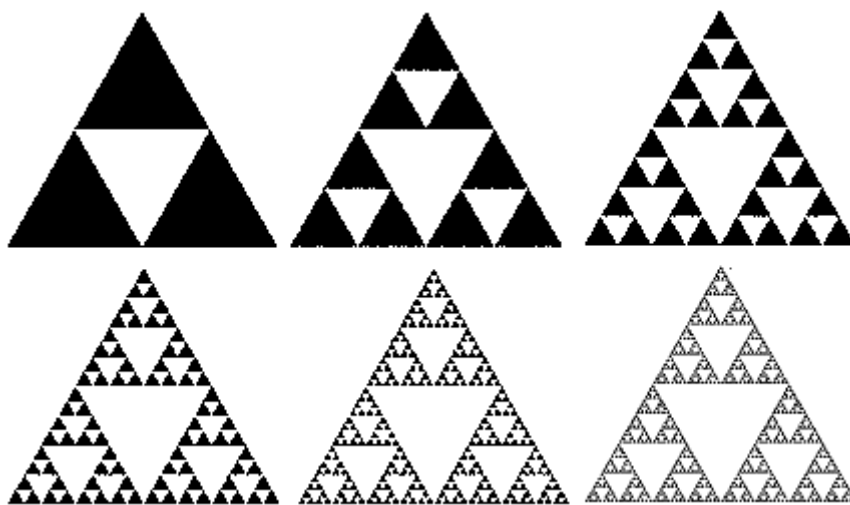


Abbildung 2

Es wurden in dem Vortrag noch andere Fraktale und eine andere Möglichkeit dieselben zu bilden vorgestellt. Diese Möglichkeit werde ich hier nur kurz beschreiben. Interessierte können sie in dem Buch „Bausteine des Chaos. Fraktale“ von H. Peitgen, H. Jürgens und D. Saupe oder in anderen Büchern über Fraktale nachlesen. Es sei eine Funktion, die von den komplexen Zahlen in die komplexen Zahlen abbildet gegeben. Nun kann ich auf jeden Punkt der komplexen Zahlenebene diese Funktion unendlich oft anwenden. Falls die so entstehende Zahlenfolge sich durch einen Kreis mit festem Radius „einsperren“ lässt, so ist der Anfangspunkt ein „Gefangener“. Im anderen Fall ist er ein Fluchtpunkt. Die Menge der „Gefangenen“ ist ein Fraktal.

Weitere klassische Fraktale, die in dem Vortrag mehr oder weniger ausführlich vorgestellt wurden, sind die Cantor-Menge, der Sierpinski-Teppich, die Peano-Kurve und die Koch-Kurve. Sehr schöne Fraktale sind außerdem die

Mandelbrot-Menge, auch bekannt als Apfelmännchen, und die Julia-Mengen.

Ein weiteres Problem, das in dem Vortrag aber nur angeschnitten wurde, ist das der Dimension. Das Sierpinski-Dreieck zum Beispiel hat keinen Flächeninhalt. Seine Dimension ist also in gewissem Sinne kleiner als zwei. In der ersten Dimension liegt es aber offensichtlich auch nicht, da es keine Kurve ist. Hat es möglicherweise eine Dimension, welche zwischen der ersten und der zweiten liegt? Diese Frage führt zu dem Begriff der fraktalen Dimension, die nun nicht mehr ganzzahlig ist. Die fraktale Dimension des Sierpinski-Dreiecks zum Beispiel ist \log_3/\log_2 also ungefähr 1,585. Auch hier sei dem Interessierten zur ausführlichen Erläuterung das oben genannte Buch empfohlen.

Ich hoffe, dass dieser Arbeitskreis bei einigen Teilnehmern, das Interesse an Fraktalen im Speziellen und Mathematik im Allgemeinen geweckt hat.

Literatur

Peitgen, H.; Jürgens, H.; Saupe, D.: Bausteine des Chaos. Fraktale, Hamburg, 1998.

AK Ländlicher Raum

1,855 Kinder - Demographie zwischen Quantenmechanik und Relativitätstheorie?

Zur Bestandserhaltung sind 2,18 Kinder pro Frau nötig; bei 1,855 wird die einfache Reproduktion so stark unterschritten, dass die Folgegeneration 15 % kleiner ist. Auf 100 Geburten entfallen 51,8 Jungen. Die Lebenserwartung beträgt 78,9 Jahre. – Unabhängig davon, ob, wann, wo und für wen diese Aussagen stimmen, sie sind für die Demographen unstrittig. Sie sind Kernsätze ihres Vokabulars, Ausdruck ihres Denkens und nicht zuletzt auch Resultat einer über 200-jährigen Entwicklung der Demographie als einer Wissenschaft, die sich selbstverständlich auch ein eigenes Begriffssystem geschaffen hat.

Nun schickt sich unsere Gesellschaft gerade an, einige ausgewählte Erkenntnisse der Demographie in ihr kollektives Bewusstsein aufzunehmen. Plötzlich sind Begriffe wie „Überalterung“ und „Schrumpfung“ sogar im Munde politischer Eintagsfliegen zu finden, für die – wie Khalatbari, Nestor der ostdeutschen Demographie, etwas verbittert feststellt – Demographie kürzlich noch etwas pornographisches hatte, weil sie das Fach auf „Statistik des Kinderkriegens“ reduzierten, und genau das mit ihrer öffentlichen Vorstellung von Sex gleich setzten.

Und es ist geradezu paradox: Im Prozess der „Vergesellschaftung demographischen Wissens“ nimmt der Abstand zwischen der Wissenschaft und dem Allgemeinwissen über demographische Sachverhalte noch eher zu. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass bei der Vorstellung einer Bevölkerungsprognose einer Abwanderungsregion der zuständige Landrat dem Autoren öffentlich mit der Bemerkung den Mund verbot: „Das will ich nicht hören! Machen Sie mir eine Prognose, wo hier Industrie her kommt, dann haben wir auch wieder Zuzug ...!“ – Pasewalk, 1994.

Und wie anders ist es zu erklären, dass genau in dem Moment, wo der Traum vieler Generationen in Erfüllung geht, die Menschen mit dieser neuen Lebensqualität nicht umgehen können: lange zu leben, und das auch noch in relativem Wohlstand? Selbst die positive Interpretation fällt durch: „Wenn wir schon genau wissen, dass wir in relativ kurzer Zeit zum Altersheim der Nation werden – machen wir doch eine Tugend 'draus, und gestalten aktiv

das Seniorenparadies Deutschlands!“ - Fehlanzeige, der Demograph wird kurzerhand zum Pessimisten abgestempelt und ausgepiffen. Wenn das nicht reicht, wird der Verkünder der Nachricht als Verursacher ihres Inhalts verschrien.

Und wie anders ist es zu erklären, dass die etablierte Politik bei demographischer Schrumpfung den gleichen Neo-Malthusianismus aus der Tasche holt, der sonst immer nur für Situationen mit scheinbar ungebremstem Bevölkerungswachstum herhalten musste? Dabei passiert bei uns doch genau das, was seit rund 200 Jahren zur Sicherung allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstandes immer wieder propagiert und von den Massen gefordert wurde – und von den meisten Ländern des „Südens“ gefordert wird: Die freiwillige Beschränkung der Anzahl eigener Kinder.

Der scheinbare Widerspruch zwischen Wissenschaft und öffentlicher bzw. politischer Reaktion nimmt insbesondere im Osten Deutschlands z. T. recht groteske Züge an, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Natürlich werden dort allgemeine Veränderungen in der Gesellschaft und eben auch in der Bevölkerungsentwicklung besonders deutlich. Einige demographische Sachverhalte werden sogar zur Alltagserfahrung, zu selbst erlebten historischen Erkenntnissen, wenn sich die Anzahl der Geburten im Verhältnis zu vor 1990 von einem Jahr zum anderen etwa halbiert und sich seitdem kaum wieder erholt hat, und wenn sich dieser Prozess mit einer höchst selektiven Abwanderung so überlagert, dass die Erosion am Fuße des „Lebensbaums“ ihn zu fällen droht, und dass von einer springflutartigen Zunahme der Folgeprobleme zu sprechen ist.

Damit unterscheidet sich die Situation deutlich von anderen Etappen der Entwicklung, in denen – von Kriegen und anderen Gewalten abgesehen – Veränderungen eher über lange Zeiträume statt fanden. Es kann zwar elementarster Ausdruck einer bestimmten Phase der „Demographischen Transition“⁹⁴ sein, wenn ein Einzelkind in einer Familie aufwächst, in welcher die Großeltern noch alle sieben und die Eltern noch etwa drei Geschwister hatten. Aber die Dynamik dieser Veränderung wird nicht erfasst. In solche Veränderungen wachsen wir hinein, nehmen sie als gegeben hin und empfinden sie – falls überhaupt bedacht – als normal.

Anders in einer Umbruchphase, wo fast jeder noch deutliche Erinnerungen an die Umstände zuvor hat. Jetzt aber beobachtet man z.B. die Halbierung der Anzahl der Schulstandorte in Folge der halbierten Anzahl der Schulkinder – und gerade im ländlichen Raum sind Schulstandorte besonders wichtig,

⁹⁴ Modell zur Erklärung der Zunahme der Bevölkerung beim Übergang zur Industriegesellschaft; im Kern: zeitversetzter Übergang von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten bei gleichzeitig stürmischer Zunahme der Einwohnerzahl; dient heute auch zur Erklärung der globalen Bevölkerungsexplosion.

denn über ihre Einzugsbereiche formieren Jugendlichen ihre „*mental maps*“⁹⁵, die oft ein Leben lang Grundlage räumlicher Identität sind. Jetzt beobachtet man die Ausdünnung jener Infrastruktur, die auf eine minimale Anzahl von Kunden mit einer ebenso minimalen Kaufkraft angewiesen ist – und gerade im ländlichen Raum sind die kleinen Einkaufsläden nicht nur zur Versorgung da, sondern oft auch Kommunikationszentrale. Und jetzt beobachtet man z. B. auch Veränderungen im Verhalten der Kinder etwas aufmerksamer, denn noch niemals zuvor hatten sie mit der heute für viele gültigen Selbstverständlichkeit ihr eigenes Zimmer usw.

Diese einfachen Dinge des täglichen Lebens stehen nicht im Mittelpunkt der Wissenschaft. Ihre Aufgabe sind Analyse und Erklärung der Realität auf einem abstrakteren Niveau, ist systematische Erkenntnisarbeit, die bei der Verallgemeinerung zwangsläufig vom Einzelnen und erst recht vom Besonderen abhebt, um es dann wieder mühselig einzufangen und im System unterzubringen. Und wenn man nicht gerade mit einem Mathematiker spricht, kann schließlich jeder Vertreter jedes Faches für sich sehr wohl bestätigen, dass das Ganze zumeist sehr viel mehr ist, als die bloße arithmetische Summe seiner Elemente – selbst ohne den Qualitätsbegriff der Dialektik!

Schon vor 20 Jahren, als in der DDR die „Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeit“⁹⁶ von 1982 ein seitdem vorläufiges Maximum erreichte, das sich als „Summe $f(x) = 1855$ “ in das Gedächtnis festgebissen hat, war die Schizophrenie in der Darstellung demographischer Sachverhalte nicht mehr zu kaschieren. Die „Theoretiker“ auf „hohem Niveau der Verallgemeinerung“ versuchten das mit „durchschnittlich 1,855 Kinder je Frau“ plausibel zu machen. Dagegen hatten die Praktiker alle Mühe, in dieser Zahl z. B. auch jene rund 7,5 % Frauen wieder zu finden, die allein aus medizinischer Indikation keine Kinder bekommen konnten. Dagegen standen solche Familien, die mit sehr vielen Kindern den Durchschnitt hoch hielten, was letztlich aber lediglich sehr viele Einzelkinder aufwog. Dagegen waren normierte Wohnungen des Typs WBS 70 im Angebot, die weder ein „richtiges“ noch zwei kleinere Kinderzimmer hatten, sondern oft nur Notlösungen.

In der Realität gibt es eben „nur“ ganze (!) Kinder: eins, zwei, drei, mehr als drei – oder gar keins. Es ist fast wie in der Quantenmechanik, jener nicht-relativistischen Theorie der Bewegung und Wechselwirkung mikrophysikalischer Systeme, in der die elementaren Teilchen immer ganzzahlig

⁹⁵ Gedankliche Abbilder der Umwelt, mit deren Hilfe wir uns geographisch orientieren.

⁹⁶ Anzahl der Lebendgeburten von 1000 Frauen im Laufe ihres Lebens, gemessen an der jeweils aktuellen Anzahl der Geburten aller Altersgruppen je 1000 Frauen.

vorkommen. Auch die Prozesse und Zustände in diesem System, Impulse und Energien, sind auf feste Größen normiert. Wehe dem, der solch ein Teilchen unkontrolliert zu teilen sucht...!

In jener Realität, in der Bevölkerungszahlen vorkommen, ist das ähnlich: Erst der 33. Schüler teilt die Klasse, wenn die minimale Klassenfrequenz mit 16 festgelegt ist, unabhängig vom z. T. sehr differenzierten Anspruch des einzelnen Schülers auf pädagogische Zuwendung, so dass die Förderung besonderer Begabungen und die Beachtung von Leistungsschwächen auf der Strecke bleiben. Auf Einwohnerzahlen beruft sich die Kassenärztliche Vereinigung bei der Zulassung der Ärzte, unabhängig vom konkreten Bedarf, der durch Abweichungen in der Bevölkerungsstruktur mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Z. B. hat die Hansestadt Rostock im demographisch aktiven Alter über 15 % Männerüberschuss...! Es sind Einwohnerzahlen, nach denen in der Regel Städte als Zentraler Ort ausgewiesen sind, oft unabhängig von der Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben für ihr Umland. Dagegen nehmen sie in jedem Falle die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich entgegen, wenn diese an das Attribut „Zentraler Ort“ gebunden sind.

In der Realität der Familien ist das ähnlich. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob es um „vollständige“ oder „unvollständige“ Familien geht⁹⁷. Nach der Ganzzahligkeit der Kinder sind die Familien in fast allen Eigenschaften zu unterscheiden. Qualifikationen, Karrieren im Beruf, Migrationen und andere biographische Abschnitte variieren zumeist deutlich nach der Anzahl der Kinder, für die sich die Betreffenden entscheiden. Häufig – vielleicht sogar zu häufig? – ist es genau umgekehrt: Die Entscheidung für ein Kind, vielleicht sogar für mehrere, diktiert die Biographie, das Wohnumfeld, oft sogar den Freundeskreis. Die Anzahl der Kinder bestimmt das jeweilige Quantum elterlicher Leistungen, das für andere Lebensbereiche nicht mehr aufgebracht werden kann.

Bei gesellschaftlichen Leistungen für Kinder ist es allerdings anders: Da hier nicht das einzelne Kind zur Debatte steht, sondern irgend eine anonyme Größe von Kapital im Staatshaushalt, gibt es sehr wohl die Möglichkeit, die Leistungen so zu relativieren, dass eben z. B. nur „0,3 Kinder“ gefördert werden. Darum muss noch einmal über die „historischen Erfahrungen“ gesprochen werden, vor allem über die der Leistungsträger im Osten Deutschlands, denn im Durchschnitt hatten die Frauen in der DDR ein halbes Kind mehr als die Frauen in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland. – Ein halbes Kind?

⁹⁷ So unterscheidet die offizielle Statistik eine Familie im Ehestand mit Vater und Mutter von nichtehelichen Eltern-Kind-Gruppen; die Kinder letzterer Verhältnisse werden übrigens zumeist noch immer als „illegitim“ bezeichnet – Vorstufe zu „illegal“?

Gerade die Intellektuellen im Osten haben mit der staatlichen Fusion Deutschlands die vielleicht stärkste Veränderung in ihrem demographischen Verhalten erfahren. Mitte der 1980er Jahre hatte fast die Hälfte aller Absolventinnen von Hoch- und Fachschulen in der DDR bereits mindestens ein Kind oder waren schwanger (Starke 1989). Und damals war das Studium in der Regel bereits nach dem 22. bzw. 23. Lebensjahr beendet! Unter den akademisch gebildeten Frauen aus der DDR (Altersgruppe 30 bis 39 Jahre; Stand 1994) blieben nur etwa 5,0 % (Fachschule) bzw. 7,9 % (Hochschule) kinderlos. Die Vergleichswerte für die ehemalige Bundesrepublik Deutschland liegen bei 31,0 % bzw. 37,2 % (Dorbritz und Schwarz 1996, S. 244). Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil zeitlebens kinderloser Akademikerinnen in Deutschland insgesamt schon auf etwa die Hälfte gestiegen ist bzw. in Kürze auf zwei Drittel steigen wird. – Die ostdeutschen Frauen dieser Qualifikation hatten mindestens eins, durchschnittlich sogar zwei Kinder mehr!

Dagegen erfuhr die Bevölkerungsentwicklung sozialer Gruppen mit geringster Qualifikation in der gleichen Zeit eher einen Impuls in die entgegen gesetzte Richtung: Im Unterschied zur ehemaligen Bundesrepublik Deutschland, wo der Anteil der Kinderlosen unter den „un- und angelernten“ Frauen am geringsten war, war es in der DDR genau umgekehrt. Dagegen haben wir heute im Osten Deutschlands nicht nur ähnliche Strukturen wie im Westen, sondern völlig neue „Rekorde“: Um 2000 setzte sich insbesondere der ostelbische Raum (Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) vor Schweden an die Spitze der Rangliste mit unehelichen Geburten; mit England ringt die Region um die Führung bei Teeny-Schwangerschaften. Diese Werte korrelieren zwar nicht in jedem Fall mit der Qualifikation, der Erwerbsbiographie bzw. der Arbeitslosigkeit oder dem Umfang der sozialen Bedürftigkeit, zeigen aber mit aller Deutlichkeit, wie wenig hilfreich z. B. die Aussage „1,4 Kinder pro Frau“ für die gesellschaftliche Praxis ist, insbesondere bei der politischen Ausgestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, wenn diese zudem auch noch demographisch nachhaltig, also auch auf diesem Gebiet langfristig-tragfähig sein soll.

Die Fertilität einer Gesellschaft ist also die summarische Überlagerung der Fertilität ihrer sozialen Gruppen, die sich zunehmend über die Anzahl ihrer Kinder konstituieren. Also ist die Frage nach der Veränderung der Fertilität auf die Veränderung der (Lebens-) Verhältnisse, Chancen und Perspektiven dieser sozialen Gruppen zu richten. Die umfassende Bewertung der Fertilität einer Gesellschaft setzt somit die differenzierte Erfassung und Bewertung der demographischen Verhältnisse sozialer Gruppen voraus.

Davon ist die Demographie in Deutschland allerdings weit entfernt. Einerseits gibt die offizielle Statistik kaum Zahlen her, um diesem Anspruch

zu genügen. Selbst hinsichtlich der exakten Erfassung demographischer Daten in einer Volkszählung ist Deutschland das Entwicklungsland Nummer eins auf Erden, denn nirgendwo anders liegt die letzte verfügbare Volkszählung so weit zurück (DDR 1981; BRD 1987).

Andererseits ist die Demographie in Deutschland bislang kaum daran interessiert, eine stärkere Differenzierung der Bevölkerung als nach Alter, Geschlecht und Familienstand vorzunehmen. Da gibt es sicher gut begründete Hemmungen, wenn man an den Missbrauch solcher Informationen insbesondere in der Zeit des Faschismus denkt. Es ist richtig, dass auch bevölkerungspolitische Maßnahmen gerade in Deutschland bislang zumeist immer einen zynischen Zug und Beigeschmack von Menschenverachtung hatten, wenn unter Bevölkerungspolitik jede Form von politischem Einfluss darauf verstanden werden soll, wer oder wie viele wann und wo zu leben hat bzw. haben. So definiert ist der Bogen von den Rassen-gesetzen über § 218 bis zur Mauer zu spannen! Dennoch setzt auch eine gezielte Sozialpolitik demographische, soziologische und kleinräumig differenzierte Informationen über die Menschen voraus. Nur so können die existentiellen Bedingungen einzelner sozialer Gruppen so bestimmt werden, dass sich – wenn gewünscht – soziale Leistungen auch demographisch positiv umsetzen.

Schließlich geht es insgesamt um einen höheren Stellenwert, den Kinder in der Hierarchie der Lebenswerte einnehmen sollten. Es geht also nicht um die Steigerung der mittleren Kinderzahl von 1,3 auf z.B. wieder nahezu 1,855 oder gar 2,18 pro Frau – was schon allein angesichts der globalen Entwicklung zumindest unnötig sein dürfte. Es geht vielmehr darum, kinderlose Paare oder Singles für das erste Kind zu begeistern – und sie genau dafür sozial besser zu stellen. Und es sollten Eltern von Einzelkindern den Wert von Geschwistern nicht nur erkennen, sondern diese Erkenntnis auch ohne Not umsetzen können – und genau dafür sollten sie ebenfalls sozial besser gestellt werden. Und letztlich bedürfen Eltern mit mehr als zwei Kindern einen besonderen Schutz der Gesellschaft – und die dafür nötige soziale Besserstellung. Feste Quanten – dazwischen gibt es absolut nichts, keine Quantile, keine lineare Steigerung und keine relative Anzahl von Kindern!

Eigentlich ist das den Demographen wohl bewusst. Nur der Verfasser hat seinen Zweifel: Er hat mit seiner Frau zwei Kinder, relativ wenig zur „Bestandserhaltung“, relativ viel im Vergleich zum Durchschnitt. Umgesetzter Familienplan. Genau richtig für das von beiden erhoffte doppelt-individuelle Glück. Geradezu unverschämt, da der Nachwuchs zudem noch gut gelungen ist. Absolut? Relativ? Oder relativ absolut... ?

Literatur

Starke, Kurt und Autorenkollektiv: Leistungsentwicklung im Studium. Bedingungen und Faktoren hoher Studienleistungen, Leipzig, 1989.

Dorbritz, Jürgen; Schwarz, Karl, Kinderlosigkeit in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1996.

AK Europäische Union

Der stipendiatische Arbeitskreis „EU“ hat auf der Ferienakademie 2003 auf der Augustusburg zwei Workshops durchgeführt. Der Erste sollte ein Diskussionsforum zum Thema „Militärische Frage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) initiieren. Klaus Lederer, Mitglied des AK EU, hatte im Vorfeld Kurzthesen für den AK EU als Denkanstoß und Arbeitsgrundlage erarbeitet:

„Seit 1993 wird auf Basis des gemeinsamen Nenners an der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gearbeitet. Dieser Prozess hat mit der Vorlage des Europäischen Verfassungsentwurfes einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Zu den Zielen der GASP gehört u.a. die Aufstellung flexibel einsatzfähiger europäischer Streitkräfte mit 60.000 Soldaten, die als „Einsatzkräfte“ rund um Europa aktiv werden können. In diesem Rahmen sind deutsche Militärs führend an der Herstellung der strategischen Grundlagen europäischer Militärpolitik beteiligt.

(1) Die außen- und sicherheitspolitische Weltlage ist im zunehmenden Maß durch Zurückdrängung konventioneller Kriegsführung (wie Staaten gegen Staaten auf Basis ihrer militärischen Infrastruktur) bei gleichzeitiger Ausweitung asymmetrischer militärischer Konflikte (überlegene Allianz oder Militärmacht auf der einen Seite, auf der anderen Seite paramilitärische und parastaatliche Gruppierungen oder unterlegenes staatliches militärisches Potential) gekennzeichnet. Die militärischen Akteure des Nordens richten ihre Militärpolitik immer weniger auf internationale Übereinkunft oder gemeinsames Handeln in Militärbündnissen aus, stattdessen werden Allianzen für Militäroperationen und Kriegseinsätze in bilateralen Verhandlungen geschmiedet.

(2) Militärische Auseinandersetzungen werden auf der Grundlage internationaler Interessenübereinstimmungen geführt. Die Vereinigten Staaten beanspruchen für sich mit überlegenem militärischen Potenzial und weitgehender Akzeptanz bei ihren Partnern die Führungsrolle in der ersten Welt. Ein militärisch vereinigt Europa mit einem hohen militärischen Kraftpotential bildet dazu keine Alternative und ist kein Ausgangspunkt für eine

Politik der „Zähmung“ der USA. Eine deutliche Tendenz steht für Interessenzuspitzungen zwischen Norden und Süden, bei gleichzeitiger hoher Interessenkongruenz zwischen Vereinigten Staaten und Europa. Deshalb gibt es zu quantitativen und qualitativen Abrüstungsbemühungen sowie einer Politik der Konfliktvermeidung keinen Ausweg.

(3) Innen- und Außenpolitik hängen zusammen. Ein militärisch vereinigt Europa zur Durchsetzung der „europäischen Interessen“ wird mit einer kohärenten Innenpolitik durchgesetzt und abgesichert werden müssen, die ebenfalls entsprechend rigide ist (Informationen, Grundrechtsschutz, innere Aufrüstung). Auch Auswirkungen auf Sozial-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Außenhandelpolitik etc. werden gravierend sein. Die Ausprägung einer eigenständigen europäischen Interventionsmacht erlaubt im Übrigen das Agieren an der NATO vorbei, wenn eine einstimmige Einigung in deren Gremien nicht zustande kommt. Auch stellt sich die Frage, wie viel Rücksicht eine europäische Militärmacht noch auf zivile internationale Organisationen und deren Agieren nehmen müsste und würde.

(4) Diese Dimensionen europäischer Einigung stehen nicht in der öffentlichen Debatte. Sie sind auch nicht im Kontext der Konventsdiskussionen geführt worden. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Thema hinter verschlossenen Türen mit dem Bemühen, in kleinen Schritten auf bi- oder multilateraler europäischer Ebene erste Fakten zu schaffen. Dabei werden die einzelnen Schritte zunehmend den militärischen Strukturen überlassen; in der Öffentlichkeit wird Nebel erzeugt. Durch die Gewöhnung an einen für europäische Verhältnisse „ruhigen“ dauerhaften Kriegszustand sinkt tendenziell die öffentliche Sensibilität für Interventionskriege und Kampfeinsätze.

Es ist erforderlich, Strategien zur Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung aus linker Perspektive zu entwerfen. Die vorstehenden Thesen sind ein Angebot zur Kurzeinschätzung des Status quo, keine Diskussionsbeschränkung. Offen ist zum Beispiel die Rolle der ost- und südeuropäischen Beitrittskandidaten und diejenige Russlands im Konzert der Militärmächte. Die Diskussion zu vielen themenbezogenen Fragen ist erwünscht. Auch freuen wir uns über alle spontanen Beiträge mit aufklärerischem Gehalt, die uns dem Thema näher bringen.“

Vor allem galt es auf der Ferienakademie, die Frage nach der EU-Verfassung vor dem Hintergrund der darin festgeschriebenen militärpolitischen Entwicklung zu beleuchten. Dazu informierte uns Claudia Haydt, ebenfalls

Stipendiatin der RLS und aktiv in der IMI (Informationsstelle Militarisierung Tübingen).

Darüber hinaus sollte die Nachbereitung der im Sommer 2003 durchgeführten Exkursion nach Prag und Bratislava, an deren Vorbereitung der AK EU maßgeblich beteiligt war, weitergeführt werden. Dieses Thema wurde in den AK zurückverwiesen und wird nun gemeinsam mit dem stipendiatischen AK „GATS und ländlicher Raum“ aufgearbeitet. Das gemeinsame Engagement der beiden AKs soll in eine weitere Osteuropa-Reise münden, die im Sommer 2004 in Polen stattfinden soll.

Der zweite Workshop des AK EU auf der Ferienakademie hatte zum Ziel, mit unseren Gästen Tom Strohschneider (ND) und Martin Hantke (Mitarbeiter von Sylvia-Yvonne Kaufmann) ein Positionspapier zur Strategie der PDS im Europawahlkampf 2004 zu diskutieren. Die Grundlage dieser Diskussion ist im Anhang zu diesem Artikel zu finden.

Soziale Sicherheit für Europa!

Memorandum zur Strategie der PDS für die Wahlen zum Europäischen Parlament, April 2004.

Der AK EU der StipendiatInnenschaft der RLS ist eine Arbeitsgemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Forum für die Diskussion linker Europapolitik zu sein, und insbesondere die Europapolitik der PDS kritisch und solidarisch zu begleiten.

1. Das strategische Umfeld der EP-Wahlen 2004

Das hervor stehendste makropolitische Merkmal der derzeitigen Entwicklung in Europa ist eine durchgreifende Kommerzialisierung/Neoliberalisierung der Gesellschaften in allen EU-Ländern (in unterschiedlicher Intensität), die, auch auf der Ebene der EU, von konkreten Akteuren der Politik und Wirtschaft vorangetrieben wird und sich in europaweit forciertem Sozialabbau niederschlägt. So wird auch die EU selbst weiter umgestaltet: An die Stelle der staatlichen Regulierungsmechanismen (besonders Tarife und Gewinnsteuern), die der nunmehr offene europäische Kapital- und Arbeitskräftemarkt aushebelt, werden bewusst keine europäischen Pendant gesetzt. Von der ursprünglich vorgesehenen Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion wird nicht mehr geredet. Diese Entwicklungen werden noch übertroffen durch eine schleichende Militarisierung der außenpolitischen Rolle der EU, die die Konzeption des „soft power Europe“ zunehmend verdrängt.

Nicht allein durch ihre Stellung in der deutschen Parteientektonik kommt der PDS die Aufgabe zu, den Wählern eine *neue Perspektive* anzubieten, die sich

neoliberalen Lösungsansätzen klar erkennbar entgegenstellt. Nur durch den Wahlerfolg eines solchen strikt verfolgten *eigenständigen Konzepts*, das heißt, von einer Position der Stärke aus, kann die europäische Linke ernsthaft kalkulieren, die Sozialdemokratie wieder zu einer sozialstaatlichen und redistributiven Strategie zu zwingen, und erst eine solche würde ein solides Fundament abgeben für eine neuartige rot-rote Zusammenarbeit, die durch die neue Qualität der europäischen Integration dann auch übernationale Synergieeffekte erzeugen kann.

2. Die PDS im strategischen Umfeld der Wahlen 2004

Nach ihrer Niederlage im September 2002 steht die PDS bei den Europawahlen 2004 vor einer schwierigen, und in vielerlei Hinsicht vorentscheidenden, Herausforderung. Es muss gelingen, genügend Wählern wieder das Gefühl zu geben, dass die Wahl der PDS eine klare Zwecksetzung erfüllt, was im Moment bei zu wenigen potentiellen Wählern der Fall ist. Nur so kann die Partei entweder die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, oder zumindest einen sichtbaren Wählerrückgewinn erreichen, der die Partei auf deutlich über 4 Prozent der deutschen Wählerstimmen bringen kann. Dafür bestehen nicht die schlechtesten Voraussetzungen: Die PDS kann versuchen, das seit 2002 in der Bevölkerung gärende Krisenbewusstsein, welches bisher ausschließlich von der rechts-liberalen Seite ausgenutzt wird, von *links zu besetzen*. Dieses Krisenbewusstsein speist sich einerseits aus der tiefen Verunsicherung über die persönliche soziale Zukunft vor dem Hintergrund der (europaweit) kollabierenden Staatsfinanzen, zum anderen aus der Zuspitzung der internationalen Lage durch den praktizierten Interventionismus der USA. Aus unserer Sicht muss die PDS zwei Aufgaben meistern: die Kritik an der neoliberalen Strategie *klar* machen und auf die europäische Ebene heben,

ihre *prinzipielle* Opposition zur Militarisierung der EU deutlich machen.

Da die PDS heute im Medienalltag mehr und mehr marginalisiert wird, muss sich der Wahlkampf unserer Meinung nach auf diese beiden Schwerpunkte konzentrieren. Das erfordert auch das „In-Kauf-Nehmen“ von Verkürzungen (nicht Verallgemeinerungen!) und das „Sich-nicht-Scheuen“ vor Polemisierung. Der Mangel an persönlichem, werbewirksamen Charisma, an dem die PDS-Spitze zur Zeit leidet, muss im Wahlkampf durch die Prägnanz und die Griffigkeit der transportierten Botschaften, aber auch mit treffenden Argumentationen, die überzeugen können, ausgeglichen werden. Die PDS hat innerhalb des politischen Geschehens im Machtzentrum EU einen Randplatz inne. Aufgrund der strategischen Schwäche der Linken kann sie auch in den nächsten 5 Jahren nicht erwarten (und dementsprechend nicht versprechen!), reale Veränderungen *im und durch den politischen Prozess in*

den Institutionen selbst zu erreichen. Vielmehr sollte diese Wahl mutig dazu genutzt werden, den Wählern grundsätzliche Alternativen der europäischen Entwicklung anzubieten. Das heißt auch, dass man sich nicht thematisch, und erst recht nicht vom sprachlichen Gestus her, auf die Ebene des 'EU-Kauderwelsch' oder ‚Brusselese‘ begeben sollte: Die Plakate und die Sprache der PDS müssen die Menschen am Berliner Ostkreuz und in Hamburg-Altona genau so erreichen, wie die Einwohner Nordvorpommerns und der Oberpfalz, nicht die Parlamentskollegen in Straßburg.

3. Schwerpunkt I: Europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die PDS muss im Wahlkampf unverwechselbar und eindeutig zeigen: „Ums Soziale geht's“. Die EU-Thematik eignet sich dafür insofern gut, als auf dieser Ebene der explizit politische Hintergrund legislativer Rahmenseetzungen, und so auch deren konkrete Veränderbarkeit, klar gemacht werden kann:

„*SOZIALE Sicherheit für Europa*“: Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU müssen mit der gebotenen Klarheit kritisiert werden: insbesondere die monetaristischen Bestimmungen des Stabilitätspaktes sollten mit der Krisensituation in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden. Die Festschreibung der Freiheit des Kapitaltransfers im Vertragswerk des Binnenmarktes muss deutlich kritisiert werden: Eine Kapitalexpportsteuer muss gefordert werden, die nur bei Direktinvestitionen in EU-Sozialdurchschnittsstandards erfüllende Zielländer ausgesetzt wird, um Kapitalflucht in Billiglohnländer zu verhindern. Eine Vermögensabgabe bzw. Profitsteuer muss gefordert werden, um die Arbeitgeber daran zu hindern, sich über den Umweg der 'Senkung der Lohnnebenkosten' aus den paritätischen Sozial- und Rentensystemen herauszuwinden.⁹⁸

Garantiertes Recht auf lebenslanges Lernen!: die Welthandelsorganisation und die Europäische Kommission sind sich über den Warencharakter von Bildungs- und Kulturgütern weitgehend einig. Der jetzige Verfassungsentwurf sieht den weiteren Abbau von Handelsbarrieren in diesen Bereichen vor. Damit wird nicht nur ein weiteres Stück staatlicher Souveränität in Frage gestellt und dem Wettbewerb unterworfen, sondern auch in Kauf genommen, dass der Zugang zu (Aus-)Bildung nur noch für Besserver-

⁹⁸ In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die im EU-Verfassungsentwurf des Konvents vorgesehenen Regelungen sehr zweischneidig sind: Die „Koordination“ von Wirtschafts- und Sozialpolitik (Artikel 1–14) wird sich unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in den europäischen Gesellschaften als ein Mittel der Angleichung der Lebensstandards *nach unten* erweisen, darüber brauchen wir uns nichts vorzumachen. In keiner Zeile wird explizit auf eine *Verbesserung* der sozialen Lebensbedingungen rekurriert. Auch die Freiheit des Kapitalverkehrs wird aus dem EU-Vertrag übernommen, ein Gebot zur Sozialpflicht des Kapitals (wie im Grundgesetz) fehlt völlig. Dies also als einen „politischen Paradigmenwechsel“ zu feiern, wie S. Y. Kaufmann das tut, halten wir für unangemessen.

dienende gewährleistet ist und sich die Kluft zwischen „information rich“ und „information poor“ weiter vergrößert.

„*Keine amerikanischen Verhältnisse in Europa*“: Das „Wirken“ von Mario Monti als Wettbewerbskommissar der Kommission kann – vielleicht anhand der faktischen Aushebelung der Arbeitszeitdirektive oder anhand der Unterstützung bei der Schaffung von 630-Mark-Job-Ökonomieregionen - als symptomatisch für die gezielte und von der Europäischen Kommission forcierte Durchsetzung einer Politik der sozialen Kälte dargestellt werden, die doch immer als das blinde und beinahe naturgesetzmäßige „Wirken der Marktkräfte“ verklärt wird, für die niemand verantwortlich sei.

„*Dem Osten in Brüssel eine Stimme*“: Die PDS sollte fordern, dass Ostdeutschland, angesichts des wieder klareren Zurückbleibens gegenüber anderen deutschen Regionen, wieder als distinkte Region im Sinne einer Mitgliedschaft im „Komitee der Regionen“ anerkannt wird und einen zentralen Förderungs-Stellenwert erhält.

„*Ein Europa der Menschen*“: Ein Europa „von unten“ sollte als ein positives Gegengewicht zum undurchdringbaren Institutionengewirr einerseits, wie zum Europa des umfassend liberalisierten Marktes andererseits dargestellt werden. Das Europäische Sozialforum in Florenz kann als hoffnungsvolles, positives Zeichen für den Erfolg der Organisation von Eigeninteressen und zivilem Widerstand vermittelt werden, das ein kulturelles und solidarisches Miteinander schafft, ein Lebensgefühl, das vor allem für jüngere Linkswähler attraktiv erscheint. Ebenso kann ein „Europa der Regionen“ nur erfolgreich sein, wenn eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Kräfte ohne Vorurteile und Verteilungskämpfe initiiert wird, die von der PDS mit unterstützt wird. In diesem Sinne stellt vor allem die Solidarität und die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern eine herausragende Chance dar und sollte als solche vermittelt werden.

4. Schwerpunkt II: Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das Profil der PDS als prinzipielle Friedenspartei sollte im Wahlkampf voll zur Geltung gebracht werden. Durch das Ausscheren Großbritanniens und Spaniens in der Irakfrage hat sich zum wiederholten Male gezeigt, dass das Szenario, alle europäischen Staaten zu einer „Friedenslinie“ verpflichten zu können, illusorisch ist, selbst wenn die Mehrheit aller EU-Regierungen tatsächlich einmal zu einer solchen Position gelangt (bzw. gebracht wird). Die unzweifelhaft Hoffnung machende Friedensdynamik, die sich in der Ablehnung der Irakintervention durch viele europäische Regierungen zeigt,

kann nur durch einen verstärkten Druck in Richtung der „soft-power-Konzeption“ der EU unterstützt werden.⁹⁹

„*Bleib bloß friedlich, Europa!*“: Die derzeitige außenpolitische Situation sollte die PDS nutzen, um klar zu machen, dass die Friedenslinie im Irakkonflikt die richtige „europäische“ Position ist, die zukünftig auch gegen die Eigeninteressen der deutschen und französischen Außenpolitik verteidigt werden muss. Hier muss insbesondere das Brüsseltreffen mit seinem Vorschlag einer deutsch-französisch-belgischen luftgestützten Eingreiftruppe scharf kritisiert werden.

„*Gerhard und Jaques: Kofi statt George!*“: Die PDS sollte fordern, dass auch die EU in ihrer außenpolitischen Grundausrichtung die UNO-Charta zu achten hat. Die Petersberg-Aufgaben, die „friedensschaffende“ Kampfeinsätze ausdrücklich einschließen, und die jetzt in die zu verabschiedende Verfassung eingearbeitet werden sollen, müssen nachdrücklich abgelehnt werden.

Wir glauben, dass man dem Wähler ein entschiedenes „Ja, aber...“ zu Europa begreiflich machen kann und sollte.

Wir halten eine „Zustimmung unter Bauchschmerzen“ zum Entwurf der europäischen Verfassung für gefährlicher, als eine offensive Begründung der Ablehnung und der Bedingungen, unter denen eine sich als links bezeichnende Partei diesem Entwurf zustimmen könnte.

Es geht nicht nur um den Entwurf einer Verfassung als juristischen Vertrag, es geht um das dahinter stehende Konzept einer europäischen Ordnung. Das ist die Dimension, die bei den Europawahlen zur Debatte steht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

⁹⁹ Hier unterstützen wir nachdrücklich die in den GASP-Thesen von Sylvia-Yvonne Kaufmann und Karin Schüttpelz gemachten Vorschläge für eine PDS-Position, insbesondere auch die Feststellung, dass das Szenario des Aufbaus einer europäischen *militärischen* Konkurrenz zu den USA einen Irrweg darstellt. Auch hier können wir jedoch nicht nachvollziehen, warum Sylvia-Yvonne Kaufmann dann der PDS die Zustimmung zu einem Verfassungsentwurf empfiehlt, der genau diese Militarisierung der GASP explizit festschreibt.

Oliver J. Haas

AK Iran

Alternativen im politischen Leben des Iran

Eine andere Welt ist möglich;
[nur wie und wo?]

Von einer „konservativen Revolution“ schrieb die Frankfurter Rundschau am 24.02.04 unter Bezugnahme auf die für den Iran so charakteristischen Wahlen 2004. Der mehrheitliche Boykott durch die Stadtbevölkerung konnte dabei nicht verhindern, dass sich die autoritären Elemente gegen die demokratischen Reformer durchsetzten. Was ist schon eine Wahl, die sich zwischen konservativen und orthodoxen Kräften entscheidet und bei der nicht das zur Wahl steht, was eine Mehrheit wählen würde? Das Resultat ist unabhängig von der Stimmauszählung: Unzufriedenheit, Ohnmacht, und Wut.

Wenn sich die Politikverdrossenheit so rational erklären lässt, dann liegt einiges im Argen; Zustände die durch die Menschen nicht mehr akzeptiert werden können und so ist der Iran heute: „ein Pulverfass“. Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte zeigt warum: drei Golfkriege, die abgesehen von der ausbleibenden „Kriegsdividende“ nichts einbrachten, außer die Präsenz der dominanten US-Amerikanischen Weltpolizei, die zu einer gewaltigen und gewalttätigen Verstimmung der gesamten Region geführt hat. Bereits vor langer Zeit öffnete sich die Büchse der Pandora und der Iran wurde von Saddam Hussein im Dienste des Westens von einem gewaltigen Gaskrieg überzogen (Peter Scholl-Latour). Dieses, kulturell wie ökonomisch eigentlich reiche Land, das Schauplatz von Unruhen, Revolution und Reaktion war, leidet unter der augenblicklichen Erstarrung sämtlicher vitaler demokratischer Elemente, die sich in einem konservativ, autoritären islamischen Korsett befinden.

Unser Thema ist umfassend, zu weit gegriffen, als dass wir hier mehr als einen kurzes schattenhaftes Bild transportieren können, das wir auf Augustusburg erreichen konnten. Vielen Dank an alle Mitwirkende, beson-

ders an Rouzbeh Taheri, dem deutsch-iranischen PDS-Politiker, der uns über die politische Geschichte des Irans informierte und uns dabei einen lebendigen Einblick in die Historie gab, wie es kein Buch vermitteln könnte. Sein aktuelles Statement zu unserem Thema soll hier nicht fehlen:

„Die islamische Republik Iran wird immer wieder als das Schlüsselland im Mittleren Osten bezeichnet. Hier haben viele Entwicklungen, die die gesamte Region geprägt haben, ihren Anfang genommen. So ist nach der Machtübernahme der Islamisten in Folge der Revolution von 1979 der politische Islamismus weltweit zu einem Begriff geworden.

Die Entwicklungen der neueren Zeit scheinen diese These zu bestätigen. Nach einer ‚Tauwetterperiode‘ seit dem Ende der 90er Jahre, ist mit der Parlamentswahl vom Februar 2004 eine nochmalige Wendung in der Balance der Kräfte eingetreten. Der ‚gemäßigte‘ Präsident Chatami steht ohne parlamentarische Mehrheit da. Die konservativen Kräfte haben durch den mächtigen ‚Wächterrat‘ eine ‚Bereinigung‘ der Kandidatenlisten von fast allen Reformern erreicht.

Der Traum von einer unblutigen Transformation des islamischen Systems scheint zu Ende zu sein. Aber so voreilig die Jubelschreie bei der Wahl Chatamis gewesen sind, so voreilig ist jetzt der Abgesang auf alle Reformer. Gescheitert ist der viel zu mutlose, viel zu sehr am Erhalt des Systems interessierte Teil des Reformlagers.

Die Masse der Bevölkerung, besonders in den Großstädten, hat mit dem Wahlboykott ihre Unzufriedenheit abermals bewiesen. Sie sind von den führenden Kräften der Reformer enttäuscht, werden sich aber nicht langfristig mit dem politischen System arrangieren. Die Geschichte Irans zeigt auch, dass das Aufbegehren meistens dann kommt, wenn alles schon verloren scheint.“ (R. Taheri)

Der Druck durch geopolitische Interessen und politische Kämpfe im Inneren manifestieren sich in einem Zustand den man als Belagerungszustand von Innen und von Außen bezeichnen kann und veränderte das Gesicht der Staatlichkeit zu einem autoritären Machtgebilde. Ist eine friedliche Revolution unter dieser Prämisse möglich? Wenn ja, welche Überlegungen kann die „Linke Theorie“ dazu beitragen oder sind wir aufgrund kultureller Differenzen und unausgeglichener Konzepte dazu nicht in der Lage?

Konkurrierende Elemente im Inneren

Das politische System des Irans spaltet sich in sich und ist nach außen doch Eines. Was auf den ersten Blick paradox klingt, ist Realität. Eine Mischung aus einer säkularen und einer religiösen Staatsdoktrin bilden die, vom Ursprung her konkurrierenden, jedoch im Iran vereinten, Grundpfeiler der Staatsräson. Die Macht determiniert im religiösen Apparat, der alle relevanten politischen und kulturellen Bewegungen des demokratischen Systems verhindern kann und somit de facto die wichtigste Autorität im Iran darstellt. Das Regime der Islamischen Republik Iran weist dabei eine hohe Stabilität durch ausgeprägte Machtdiversifikation auf. Es steht politisch auf zwei Säulen (dem Islam und einer teilweise autonomen Demokratie); darüber hinaus ist kulturell eine deutliche, spürbare Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu erwähnen. Ferner bietet der Iran vielen Minderheiten eine Heimat und so erweist sich dieser, von seinen Bewohnern „überlebte“ Staat, als überaus resistent gegenüber revolutionären Einflüssen aus den In- und Ausland. Es ist eben keine totalitäre Herrschaft, sondern ein abgestuftes Herrschaftsprinzip, das viel konservierende Kräfte mobilisiert. Das so genannte „Gefangenen Dilemma“ spielt dabei eine große Rolle, denn obwohl viele Menschen hoffen, das Regime würde verschwinden, haben sie nicht den Mut, offen politisch zu agieren, weil damit die Gefahr einhergeht, Rechte und Privilegien zu verspielen. Darüber hinaus kann ein gescheitertes Aufbegehren andere übervorteilen und der ungeliebte Einfluss ausländischer Interessen könnte sich verstärken. Ferner ist eine offene Opposition immer von Repression bedroht und die Autorität des Staatsapparates tut ihr übriges, in einer Zeit, in der politische Alternativen außer Sichtweite geraten sind. Aber die jüngere Geschichte des Iran ist eine Geschichte von Revolution und Reaktion. Der enorme historische und kulturelle Hintergrund könnte dabei eine Quelle der Identitätsbildung sein, welche hilft Mut gegen Unterdrückung zu finden.

Neben der Trennung von zivilgesellschaftlichen und religiösen Elementen finden wir in der dritten Säule der Machtausübung, der Ökonomie, einen Rentierstaat der Ölindustrie vor. Für diese Region kann aber noch, im Vergleich zu Nachbarstaaten, eine gewisse Diversifikation der Wirtschaft erwähnt werden, sowie eine starke Trennung zwischen industriellen und traditionellen Sphären der Produktion. Die relative Abhängigkeit vom Ölexport ist die Schwachstelle des Systems. Wie Balsam auf die Wunden der Kriegsgeschichte der letzten 20 Jahre fließen die exorbitanten Gewinne der Ölindustrie in verschiedene, teilweise undurchschaubare Empfängerkreise, häufig in religiöse Stiftungen und befrieden die soziale Schieflage etwas. Die heikle Situation durch Besatzung des Irak und Afghanistans und eine hohe

Arbeitslosigkeit, deren inoffizielle Schätzung von ca. 40 % ausgeht, sind damit verbunden.

Aufstand der Massen

1976/ 77 war eine heftige Rezession und damit ein Bruch des Rentenflusses, Auslöser der Krise des Shah-Regimes. Die USA übten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und deren eigenen außenpolitischen Interessen immer stärkeren Druck auf den Iran aus, dem das verkrustete Regime nicht standhalten konnte. Um der Lage Herr zu werden, wurde eine staatlich gesteuerte Liberalisierung eingeleitet, die wiederum zu ausgeprägten Protesten der Bevölkerung führte. Eine besondere Rolle muss dabei dem Stadt-Land-Konflikt zugeschrieben werden. In der Folgezeit übernahm die Ulama, die islamisch religiöse Geistlichkeit „eine strategisch, organisatorisch und ideologisch führende Rolle“. Als Todesstoß für das Regime ist der Generalstreik der Erdölarbeiter zu sehen. Der Shah ging ins Exil, Khomeini kam aus dem Exil zurück. Die „Islamische Republik Iran“ wurde am 01.04.79 ausgerufen. (S. Noor)

Nach der Revolution von 1979 kam es in Folge des ersten Golfkrieges zu einer Verhärtung des Regimes, deren konservative Umkehr in die Unterdrückung der iranischen Nation mündete und deren despotische Folgen tiefe Narben in der politisierten Mehrheit der Iraner hinterließ. Frauen erfuhren intensive Repression, soweit sie nicht völlig konform mit der Auslegung des Korans durch die iranischen Geistlichen waren. Geheimdienste bespitzelten Familien und Menschen verschwanden spurlos. Der Strom der Flüchtlinge war lang und die iranischen Gemeinden in Deutschland wuchsen, auch einer alten Freundschaft wegen, rasch an. Westeuropa profitierte dabei von einer Großzahl von Akademikern und politisch gebildeten Flüchtlingen. Der neue Typ des Exilanten, wie E. Said es nennt. Die Tragik dieses Exilanten liegt in der eigentlich hoffnungsvollen Entwicklung des Irans in den 70er Jahren und der modernen Möglichkeit, physisch binnen Stunden in die Heimat zurückzukehren, aber diese Möglichkeit durch Vertreibung verloren zu haben. Durch die große Zahl an akademisch gebildeten und politisierten Bürgern der iranischen Großstädte, die gezwungen waren ihr Land zu verlassen oder es aus Protest verließen, entstand eine relevante Opposition im Ausland. International organisierte Gruppen, die jedoch keineswegs als politisch homogen angesehen werden können, formierten sich. Die entscheidende Trennung vollzieht sich dabei zwischen progressiven und stärker traditionell orientierten, monarchietreuen Bewegungen.

Politisches System nach der Revolution

Die Machtstruktur der Islamischen Republik Iran ist die Hauptursache für die Regimestabilität. Sie stellt keineswegs einen monolithischen Block dar, sie ist vielmehr eine sehr komplexe Struktur, mit zahlreichen Machtzentren, welche zumeist nur lose miteinander verbunden sind. In entscheidenden Fragen erfahren sie alle ihre letztliche Entsprechung durch die religiösen Oberhäupter. Der duale Charakter des politischen Systems, das Nebeneinander von demokratischen und autoritären Elementen stellt in dieser Konstellation ein Novum dar. Bei der skizzenhaften Beschreibung des politischen Systems, möchte ich mit dem zweitwichtigsten Mann der Republik beginnen: dem Präsidenten. Seit 1997 ist Präsident Chatami im Amt. Er gilt/galt als Reformler, nicht als Revolutionär. Sein Einfluss beschränkt sich auf die Sozial-, Kultur- und Wirtschaftspolitik, er darf nicht außenpolitisch agieren und hat keinen direkten Zugriff auf die Streitkräfte.

Die Außenvertretung steht dem „*Obersten Revolutionsführer*“ zu, der auf Lebenszeit vom Expertenrat gewählt wird und der ebenso „*Oberste Rechtsgelehrter*“ ist. Der jetzige Oberste Revolutionsführer heißt: Khamene'i. In seinem Amt hat er Zugriff auf die Streitkräfte und kann den Kriegs- oder Friedenszustand ausrufen. Er ernennt folgende Ämter: Sechs der zwölf Juristen des Wächterrats, den Leiter des Justizwesens, den Vorsitzenden des staatlichen Radio- und Fernsehwesens, den Oberkommandeur der regulären Armee und der zweifelhaften Sicherheitsdienste sowie unzählige kleinere Posten in vielen Ministerien und den Freitagsprediger. Darüber hinaus nimmt auch er an der Sozial- und Wirtschaftspolitik in einem nicht unerheblichen Maß teil, da er Einfluss auf eine Vielzahl von Stiftungen hat, denen als Arbeitgeber eine große Bedeutung zukommt. Das Parlament wird seit 1980 alle vier Jahre gewählt und ist unauflösbar. Die Arbeit des Parlamentes wird aber nur in einem gewissen politischen Spektrum geduldet und wiederum vom konservativen Wächterrat kontrolliert. Dieser prüft die Vereinbarkeit der Gesetze mit der Scharia, dem islamischen Gerichtsstand. Der Wächterrat selbst besteht aus 12 Mitgliedern, die teilweise vom Parlament und teilweise vom Obersten Revolutionsführer bestimmt werden. Der Staat ist eine konfuse Mixtur aus zivilgesellschaftlichen und religiösen Elementen. Den Iranerinnen und Iranern selbst, die meisten sind durchaus stark politisiert, kann aber der Mut zum Aufstand zugetraut werden, was in der Vergangenheit des öfteren unter Beweis gestellt wurde. Allerdings ist keineswegs, wie oben bereits erwähnt (Gefangenen Dilemma etc.), davon auszugehen, dass ein Aufbegehren für mehr Demokratie und unveräußerliche Rechte nicht auch auf Gegenwehr stoßen würde. Es gibt zahlreiche Nutznießer des Regimes und der religiöse Fundamentalismus ist ein

besonders gut organisierter und gewaltbereiter Akteur hierbei, der viel zu verlieren hat. Ferner findet der traditionell ländlich angelegte Konservatismus seine Entsprechung im religiösen Diktat Teherans. Schließlich sind auch nicht alle Männer bereit, ihre Privilegien zu Gunsten der Würde und Freiheit der Frauen abzulegen. Weiteres Kopfzerbrechen bereitet den aufständischen Intellektuellen der Einfluss des Auslandes, speziell der USA. Viele dulden lieber die Unterdrückung durch den Islam als durch den Dollar und sehen die Souveränität nach Außen vor der Souveränität nach Innen.

Die Opposition

„Buchta unterteilt die Führungselite (OjH: der Opposition) zunächst grob in einen ‚rechten‘ und einen ‚linken‘ Flügel. Diese Einteilung bezieht sich vor allem auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen. Er unterteilt diese beiden Flügel weiter in einen ‚traditionellen Rechten‘, einen ‚modernen Rechten‘, einer ‚islamischen Linken‘ und einer ‚neuen Linken‘, wobei er letzteren selbst in Anführungszeichen setzt.“ (S.Noor)

Was ist eine islamische Linke? Ist das nicht ein Widerspruch in sich? Emanzipatorische Politik, die nach Souveränität der Menschen trachtet, ist säkular geprägt und gegen die Politisierung von Religion. Islamische Politik ist dagegen de facto in den Ländern um den Iran herum und in ihm selbst eine Hülle für Repression, besonders gegen Frauen und ein Mittel zur Konsolidierung einer Ordnung aus alten Zeiten. Mit islamischer Politik wurde bereits seit langer Zeit genau das realisiert, was die Linke zu nivellieren sucht: Ungleichheit auf ökonomischer und sozialer Ebene, besonders im Geschlechterregime. Es gibt keine Entfaltung einer freien Presse und Wissenschaft und die Freiheit der Meinung und die Unversehrtheit des Körpers sind kaum geschützt. Dass der Islam solche Zustände nicht verlangt, steht für mich außer Frage, aber die Art und Weise wie in seinem Schein gerichtet und gehandelt wird, ist ebenso eindeutig. Ich attestiere dem Islam wirklich keine besonders aggressive Rolle unter den monotheistischen Religionen, denn auch beispielsweise das Christentum brilliert hier mit einer langen und grausamen Geschichte von Gewalt und Despotie. Meine Vermutung, warum der Islam so intensiv politisiert wurde, ist, dass er stärker als die Staatlichkeit oder Parteien vom Zugriff von außen geschützt war (gerade in Zeiten des Kolonialismus und der Golfkriege) und sich deshalb in ihm eine eigenwillige Mischung aus Tradition, Politik und Gesellschaftsordnung, gepaart mit Ansätzen einer industriellen Gesellschaft, verwirklicht hat. Eine revolutionäre Rolle des Islam in dieser Region streite ich vehement ab,

obgleich es sicherlich gemäßigte Reformer unter den islamisch geprägten Politikern gibt.

Vielleicht ist es in den industrialisierten Ländern und auf der Ebene der Globalisierung anders, wo der Islam ebenso als Hülle benutzt wird, nur unter anderem Vorzeichen, nämlich als Schild (bzw. als Schwert) gegen den Kapitalismus. Dabei kann an solche Bewegungen wie die der „Neo Umma“ oder den Kampf von Malcolm Little, alias Malcom X erinnert werden. Das heutige Ausmaß des Terrors mit seiner Angstkommunikation des islamischen Fundamentalismus macht eine objektive Bewertung allerdings schwer, nahezu unmöglich. Worauf wollen die radikalen islamischen Terroristen hinaus? (Eine Frage der im medialen Diskurs noch keinerlei Bedeutung zu gekommen ist) Ein bloßes Zerbomben von urbanen Metropolen (z.B. New York und Madrid) macht dabei deutlich, dass es vor allem um einen ungerechtfertigten und lediglich auf Gewalt basierenden Machtanspruch geht, dessen Weg durch die Kommunikation von Angst und Schrecken geebnet werden soll.

Die Revolution von 1979 spaltete und schwächte die Opposition im Iran nachhaltig, weil damals viele linke Organisationen die Revolution unterstützen und sich dann, angesichts der Hinrichtung von Homosexuellen und der Wiedereinführung der Verschleierungspflicht der Frauen durch den *Tschador*, jener Vermummung, die sich doch erheblich von den modischen Relikten des Islam (den Kopftüchern bei uns) unterscheidet, weil die Frauen nicht einen Strahl Sonnenschein auf der Haut verspüren. Dass die Unterdrückung der Frau konstitutiv für die islamische Republik war, hatten viele linke Organisationen nicht erkannt und waren mit den Muhllas Hand in Hand für die Revolution marschiert, sind ihnen „in die Moschee gefolgt“. Als im Jahr 1979 Demonstrationen von Frauen der Universität Teheran mit Kugeln zerschlagen wurden und sich die neue Ordnung mit einer blutigen Eindeutigkeit zur weiblichen Emanzipation äußerte, war es bereits zu spät. Die juristisch fundierte Unterdrückung der Frau und die sozial prekäre Lage von emanzipierten Frauen stellen die aktuellen Konsequenzen dar.

Zugegeben, eine Einschätzung des Irans war und ist schwer, denn oft fehlt das tiefer gehende Verständnis der Region, mit allen kulturellen, religiösen und politischen Traditionen und Tendenzen. Die besonderen Schwierigkeiten, die unser politisches Verständnis erschweren, sind im nationalstaatlichen Denken und in unserer Vorstellung von scheinbar säkularen Staaten Europas verwurzelt; eine zu tiefst eurozentristische Sicht, wobei angemerkt werden muss, dass der Iran eine lange Tradition der Nationalstaatlichkeit hat, entgegen vieler Nachbarländer.

Der Islam ist dabei ein Element der Sozialmentalität, in dem sich viele politische Forderungen artikulieren und soziale Kämpfe ausmachen. Das betrifft besonders den Palästinakonflikt sowie das Agieren ausländischer Armeen im Persischen Golf. Wir sollten, weil einerseits eine islamische Politik nicht die notwendigen emanzipatorischen Eckpfeiler einer gerechten Gesellschaft (Würde der Menschen und Gleichheit der Geschlechter, soziale Teilhabe und Möglichkeiten und rechtsstaatliche Verfahren) erfüllt und andererseits die westliche Staatsdoktrin mit ihrer Hegemonie des letzten Jahrhunderts dem Iran ebenso nur Krieg einbrachte, offen sein für neue Formen des politischen Selbstverständnisses (auch weil wir noch keine gerechte Gesellschaft verwirklicht haben). Ich plädiere deshalb dafür, nicht die Augen zu schließen, sondern die Emanzipation der Frau als signifikanten Prüfstein positiver Entwicklung anzusehen. Auch Europa hat eine religiöse Geschichte und ebenso auch religiösen Fundamentalismus (sowie Modernen). Sicher haben Aufklärung und Emanzipation dieses Erbe intensiv geschliffen, aber es gibt keinen Grund belehrend zu referieren. Da eine friedliche Revolution niemals gegen den Willen der Bevölkerung möglich ist und der Islam den Menschen nicht genommen werden soll, muss sich damit arrangiert werden. Allerdings warne ich davor, der Religiosität das Tribut der Staatlichkeit anzuerkennen. *Religion* (oder Konfession bzw. Weltanschauung), *Ökonomie* und *Staat* bedingen sich seit je her, ihr Ergebnis ist die *Öffentlichkeit* und die *Kultur*. Ihre Trennung aber, wenigstens formal, ist eine Bedingung emanzipatorischer Entwicklung, die verteidigt werden muss. Deshalb sollte sich die Linke nicht *im* Islam arrangieren, sondern diesen akzeptieren.

Unser Anliegen im Arbeitskreis war es den Blick auf einen politischen Brennpunkt dieser Erde zu schärfen und das Verständnis lokal und global zu verbessern. Dass wir uns damit überfordert haben, ist selbstverständlich, aber notwendig. Zumindest unsere Prognosen für die kürzere Zukunft trafen die Entwicklung, wie sich in den Wahlen im Iran 2004 bestätigte. Mit einem Appell für eine verstärkte Kommunikation über die Schranken der kulturellen Kurzsichtigkeit hinweg, möchte ich schließen:

Die Vernunft zirkuliert über unseren Köpfen und wenn wir wollen, auch darin. Wenn wir es schaffen über die Grenzen der kulturellen Verschiedenheit unsere Vorstellung von einer gerechteren und schöneren Welt zu vermitteln, werden religiöse Aspekte in den Hintergrund treten. Sollten wir an den Hürden der Religionen ins Stolpern geraten, öffnen wir den fanatischen Kräften den Weg, uns und andere durch Angst und Krieg zu manipulieren.

Literatur

Kommunistische Korrespondenz vom 1. Mai 1979 – Extrablatt: „Arbeiterrevolution gegen die islamische Reaktion“.

Noor, Serwat: Die Islamische Republik Iran - Fünf vor Zwölf? (Arbeit einer Stipendiatin - unveröffentlicht).

Said, Edward W.: Götter die keine sind, Der Ort des Intellektuellen, Berlin, 1997.

Scholl-Latour, Peter: Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?, München, 2002.

TAZ von 12.02.2004: „Ein Philosoph der gut lächeln kann“, S. 9.

Frankfurter Rundschau vom 24.02.2004: „Konservativ“.

Frankfurter Rundschau vom 20.02.2004. „Die starken Frauen im Iran“.

diverse Internetquellen

Anmerkungen zu Heideggers „politischer“ Philosophie. Die Rektoratsrede

Am 27. Mai 1933 hielt Martin Heidegger, der damals national wie international wohl bekannteste zeitgenössische philosophische Denker Deutschlands, anlässlich der Übernahme des Rektorats der Universität Freiburg i. Br. eine Rede, die in mehrfacher Hinsicht verblüffte. Die Rede stellte ein Glaubensbekenntnis zu Gunsten der heilspolitischen, nationalsozialistischen Bewegung dar, das mit der abwägenden, kritischen, auf das Ganze eines Phänomens orientierten, Arbeit eines Philosophen nicht in Einklang zu stehen schien. Philosophischer Anspruch schien Zeitgeist und politischem Aktivismus gewichen.

Zwar beendete Heidegger nach weniger als einem Jahr seine Zusammenarbeit an dieser exponierten Stelle mit den neuen Machthabern - er trat Anfang 1934 enttäuscht von dem Rektorat zurück. Politisch ist er danach nicht mehr in Erscheinung getreten und erfuhr auch Behinderungen in seiner Arbeit. Nach 1945 entzündete sich aber eine anhaltende Diskussion um sein Engagement und insbesondere auch um dessen erstes Zeugnis, seine Rektoratsrede mit dem Titel: „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität“. Das geistige Umfeld und der theoretische Vorlauf dieser Rede sollen im Folgenden besprochen werden. Auf Wertungen und Interpretation von Heideggers Engagement wird dabei nicht Verzicht geleistet.

Zur Situation der Philosophie in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts war die Philosophie als ein systematisches Wissen, als das Ganze umgreifende Metaphysik, in der die letzten Fragen behandelt und gegebenenfalls auch beantwortet werden, in einer unübersehbaren Weise an ein Ende gelangt.

In den 20er und Anfang der 30er Jahre gab es in dieser Hinsicht eine besondere Konstellation der Philosophie in Deutschland.

Die schadhaften Stellen an ihrem so erhabenen Elfenbeinturm waren nicht mehr zu übersehen. Aus den Rissen des als fest gegründet geglaubten Fundaments sprossen immer mehr bis dato unbekannte Gewächse und schickten sich an, als von der Philosophie unabhängige Geisteswissenschaft

fortzuexistieren. In dem Maße, in dem die institutionelle Philosophie einem fortgesetzten Erosionsprozess unterworfen war, wurde die Existenzform der Philosophie und das sie auszeichnende Besondere selbst fragwürdig.

Zu beobachten war einer Art Vergesellschaftung der Philosophie in Gestalt ihrer Vergesellschaftswissenschaftlichung. Methodisch stärker von den jungen Geistes- und Sozialwissenschaften beeinflusst, inhaltlich vom Entdecken der Gesellschaft als Thema bestimmt, bildete sich schließlich auch eine eigenständige Soziologie in bürgerlicher und marxistischer Gestalt heraus. Die Thematisierung der (politischen) Gesellschaft führte wiederum zu einer Politisierung der sie entdeckenden Wissenschaften. Das Entscheidende war allerdings nicht die methodische und institutionelle Eigenständigkeit der Soziologie in Deutschland, sondern dass diese gleichzeitig das Erbe der Philosophie und vormals der Theologie als geisteswissenschaftlicher Leitwissenschaft anzutreten in der Lage schien. Die Einsicht in historische, soziale, politische usw. Prädispositionen allen Denkens relativierte auch den Wahrheitsanspruch der Philosophie und ließ sie als Ideologie erscheinen. Das philosophische Wissen hatte sein Versprechen nicht gehalten, letztes Wissen von den ersten Dingen zu ermöglichen, Gott gewissermaßen in die Werkstatt zu schauen. Die Soziologie war es, die zusammen mit der Psychologie nun ihrerseits der Philosophie auf die Hände und den Philosophen in den Rücken zu schauen sich anschickte und die Bedingung der Möglichkeit von Denken nicht mehr im Denken selbst, sondern vielmehr im Persönlichen, Sozialen und Kulturellen aufzufinden hoffte. Ein zeitloses Wissen von ewigen Dingen erschien demnach nicht mehr möglich. Der Anspruch, auf das letzte Wort, jemanden durchschaut zu haben und in einer verbindlichen Weise Bescheid zu wissen, wurde aber nicht ohne weiteres aufgegeben.

Das vormals der Philosophie vorbehaltene Attribut einer „Königin der Wissenschaft“ schien keiner Einzelwissenschaft mehr zukommen zu können, wenngleich von verschiedener Seite Ansprüche darauf erhoben wurden.

Als ein Beispiel für die hier nur angedeutete Entwicklung möchte ich kurz auf das Verhältnis von Max Scheler, Helmuth Plessner, Karl Mannheim, und Martin Heidegger zueinander, als potentielle Erben der Philosophie nach ihrem Sturz, anführen.

Alle vier Denker verspüren die Notwendigkeit, das philosophische Denken, dessen Niveau in Deutschland nicht mehr auf dem einstigem Stand zu sein schien, auf eine tragfähigere Grundlage zu stellen, die einstigen Themen methodisch neu zu denken, überhaupt andere Fragen als die zentralen anzusehen oder sich auf einen verlorenen Ursprung zu besinnen.

Karl Mannheim vertritt einen ontologischen Pluralismus zur Wahrung der denkerischen und politischen Freiheit, mit dem Ziel, individuelle Existenz-

möglichkeiten in der modernen Gesellschaft überhaupt zu sichern. Sein theoretisches Programm ist das einer *Wissenssoziologie*,¹⁰⁰ welche alle geistigen Gebilde auf ihre soziale Herkunft und gesellschaftliche Funktion hin überprüft und somit philosophische, religiöse und politische Setzungen, Absolutismen und Vorurteile relativiert. Nach Mannheim ist es zwar die Aufgabe der Wissenssoziologie, jegliches Denken auf seine Prädispositionen hin zu bedenken, allerdings lehnt er es ab, in einem weltanschaulichen Streit, für sie die Rolle einer Schiedsrichterin zu reklamieren, in dem wiederum nur ein Sieger zu bestimmen ist. Vielmehr geht er davon aus, dass immer unaufheb- bare Differenzen zwischen konkurrierenden Weltanschauungen oder Denk- systemen bestehen bleiben, da diese an ihre jeweiligen Träger gebunden bleiben und somit existentieller Art sind. Mannheim redet damit einem welt- anschaulichen Pluralismus das Wort, der es aufgegeben hat, im Dickicht der Letztbegründungen umherzuirren.

Martin Heidegger reagierte auf solche Bemühungen, das ausschließliche Denken durch Relativierung auszugleichen, nur mit Spott. Er sprach von der „sogenannte[n] ‚Soziologie des Wissens‘“¹⁰¹, als selber vorurteilsbeladen und warf ihr vor, sich in einem Selbstwiderspruch zu befinden, den es erst einmal zu lösen gelte. Wenn sie sich selbst zum Gegenstand ihrer Reflexion erhebe, dann würde sie - so kann man Heidegger weiterdenken - das Unmögliche des eigenen Vorhabens begreifen und vielleicht auf schmalen Pfad wirklicher (philosophischer) Selbstreflexion zurückfinden. Was Heidegger ablehnte, war eine vermeintlich marxistische Zuspitzung der Wissenssoziologie, der eine bestimmte politische Grundentscheidung vorhergehe. Das innovative Potential der wissenssoziologischen Methode, die ja von seinem philosophischen Weggefährten Max Scheler mitbegründet wurde, gerade für die philosophische Selbstreflexion, nahm Heidegger dabei nicht zur Kenntnis.

¹⁰⁰ vgl. Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, 7. Aufl., Frankfurt am Main, 1985., ders.: *Das Problem einer Soziologie des Wissens*; In: *Ideologienlehre und Wissenssoziologie - die Diskussion um das Ideologieproblem in den zwanziger Jahren*, hrsg. von Hans-Joachim Lieber, Darmstadt 1974.

¹⁰¹ Martin Heidegger: *GA*, Bd. 34, S. 86.

Max Scheler entwarf zwar Grundzüge einer „Wissenssoziologie“¹⁰², allerdings erlangt diese bei ihm, trotz methodischer Nähe zur soziologisch-empirischen Wissenschaft, keine Eigenständigkeit. Scheler konstatierte zwar eine je kulturkreisliche Bindung aller geistigen Erscheinungen. Die Gemeinsamkeiten im jeweiligen geistigen Ausdruck deuteten ihm aber auf ein objektiv Gültiges hin, das in allen Traditionen nur verschieden ausgesprochen, realisiert und symbolisiert wird und zukünftig in einer transkulturellen, solidarischen Kooperation individueller Kultursubjekte zu einer adäquateren Darstellung kommt. Die systematische Wissensanalyse fungiert in Schelers Denken also eher als ein Versuch, das philosophisch-metaphysische Denken gegenüber anderen Wissensformen seiner unaufhebbaren Eigenart nach zu bestimmen. Somit erscheint Schelers Wissenssoziologie eher als Wissens- und Kulturphilosophie und verbleibt auf der Ebene philosophischer Selbstbestimmung.

Helmut Plessner forderte, wie Mannheim und Scheler in je eigener Weise, endlich mit der philosophischen Vornehmheit zu brechen, die philosophische Reflexion auf die Niederungen der konkreten Existenz auszuweiten und sich von nationalistischen Vorurteilen und kultureller Überheblichkeit zu verabschieden. Hierzu sei es freilich notwendig, die als vielgestaltig anerkannte Wirklichkeit nicht an abstrakten Begriffen messen zu wollen, die etwas zeitlos Gültiges - nun aber in allen Kulturen - zu identifizieren trachten.

Plessner schreibt in deutlicher Absetzung von Schelers Flucht nach vorn, in dessen Versuch in der kulturellen Vielfalt das Einigende und Eine zu finden: „Wie dürfen wir hier, wo alles im Fluss ist, auf irgendeine bleibende Synthese hoffen, die nicht schon nach wenigen Jahren überholt ist? Von Überwölbungen ist nichts zu erwarten, außer, dass sie zusammenstürzen“.¹⁰³

Plessner reklamiert für die Bearbeitung philosophische Fragen eine theoretische Absicherung unter Zuhilfenahme auch empirischen Materials, wobei sich eine bislang nicht gesehene geschichtliche Unbestimmtheit offenbare, vor deren Horizont sich der Mensch als eine dauerhaft offene Frage zeige. Das den Menschen als philosophische Wesensfrage Auszeichnende ist seine Unbestimmtheit und Offenheit, einschließlich der Möglichkeit sich selbst zu bestimmen, ja sich bestimmend zu sich selbst verhalten zu müssen. Plessner: „In dieser Relation der Unbestimmtheit zu sich fasst sich der Mensch als Macht und entdeckt sich für sein Leben, theoretisch und praktisch, als offene Frage“¹⁰⁴.

¹⁰² vgl. Max Scheler: Die Wissensformen und die Gesellschaft. GW., Bd. 8.

¹⁰³ Helmut Plessner: Macht und menschliche Natur. In: Zwischen Philosophie und Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1979, S. 284.

¹⁰⁴ ebd. S. 244.

Die Änderung der Blickrichtung von letzten Wahrheiten auf die Welt wie sie uns erscheint und angeht, verändert nicht zuletzt die philosophische Methodik und das Selbstverständnis von Philosophie überhaupt.¹⁰⁵

Da die Welt dem nach Wahrheit Fragenden, in den 20er Jahren, vor allem als eine politische gegenübertritt, ist nach Plessner mit besonderem Nachdruck nach dem Wesen des Politischen, und nach der Struktur der Gesellschaft zu fragen. Philosophie gewinnt bei Plessner eine doppelte Zuspitzung auf philosophische Anthropologie, was eine Theorie des Menschen als gesellschaftliches Wesen mit einschließt und in praktischer Konsequenz eine Theorie der Gesellschaft und des Politischen nach sich zieht.

2. Zum theoretischen Vorlauf der Rektoratsrede

Plessner wirft Heidegger in seiner Kritik von 1931 vor, dass er das menschliche Wesen nicht als ein Unbestimmtes gelten lasse und sich in neue Absolutismen flüchte. Geschichtlichkeit werde selbst nicht geschichtlich verstanden und der Mensch wird nicht als ein geschichtliches Wesen bedacht, sondern zu der metaphysischen Kategorie des Daseins eingedampft. Dies führe bei Heidegger dazu, dass der Gesellschaftscharakter des menschlichen Wesens nicht eigens bedacht wird, statt dessen immer nur der Mensch an sich zur Sprache kommen soll und die diesen Ontologismus relativierende Gesellschaftlichkeit sowie nationale und kulturelle Bindung - Plessner spricht in diesem Zusammenhang auch von „Volkstum“¹⁰⁶ - nicht zum tragen kommt. Heideggers Denken erscheint in dieser Kritik, seinem Selbstverständnis nach als ein unpolitisches, da die Sphäre des politischen als eine dem Menschen gemäße Existenzform ausgeblendet wird. Nach Plessner geht durch Heideggers Denken ein „Riss zwischen einer privaten Sphäre des Heils der Seele und einer öffentlichen Sphäre der Gewalt“.¹⁰⁷ In Heideggers Philosophie, genauer in der darin zur Schau gestellten Uninteressiertheit an der öffentlichen Seite des Lebens, sah Plessner auch und vor allem eine Gefahr für die Weimarer Verfassung und die erprobte Demokratie in Deutschland.

Heidegger spricht in „Sein und Zeit“ zwar von dem „Geschehen der Gemeinschaft des Volkes“¹⁰⁸, lässt sich auf das konkret Gemeinschaftliche des Menschen aber nicht weiter ein.

¹⁰⁵ Ein Umstand, der im Übrigen noch anhält und angesichts der Weiterexistenz und des Wachstums des Faches merkwürdig erscheint. Philosophie scheint sich wie der Mensch durch Offenheit und strukturelle Unbestimmtheit auszuzeichnen, fraglich ist nur, ob das von ihren institutionellen Vertretern ebenso gesehen werden kann und welche Konsequenzen sie daraus zu ziehen bereit sind.

¹⁰⁶ a.a.o., S. 361.

¹⁰⁷ ebd.

¹⁰⁸ Martin Heidegger: Sein und Zeit. Tübingen 1978, S. 284.

Die Unterscheidung von eigentlicher und uneigentlicher Existenz wird allgemein auf die Sphäre des Gesellschaftlichen angewandt, wobei Politik und Öffentlichkeit dem „Man“, dem „Geschwätz“ und uneigentlichen „Meinen“ zugesprochen wird. Ein eigentliches Gesellschaftsideal ist nicht positiv besetzt. Alles, was der jungen Demokratie zugehörig ist, erscheint somit als etwas Abzulehnendes, als Verfallsform einer dekadenten Existenzweise.

Aus dem in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht Vorhandenen ist also nichts Wesentliches für das eigentliche Sein abzuleiten, weshalb es auch nicht als lohnenswert gilt, sich als Philosoph mit dieser Wirklichkeit zu beschäftigen.

Was nach Heidegger hingegen ins Auge gefasst werden soll, ist die Geschichte, denn „im *echten* Rückgang in die Geschichte nehmen wir *den* Abstand von der Gegenwart, der uns erst den Zwischenraum schafft für den *Anlauf*, der notwendig ist, um über unsere eigene Gegenwart *hinaus-zuspringen*, d. h. sie als das zu nehmen, als was genommen zu werden jede Gegenwart einzig verdient: daß sie *überwunden* werden soll. [...] Am Ende bringt uns der Rückgang in die Geschichte [...] wobei es sich nur um die Geschichte der Philosophie handeln kann [...] erst in das, was heute eigentlich geschieht“.¹⁰⁹

Hier klingt wiederum eine Verteidigung von *echter* Philosophie als ein Denken an, dass sich in den Dienst des ursprünglichen (griechischen) Denkens, genauer in den Dienst des darin zur Sprache gekommenen Ursprunges selbst stellt (und gestellt weiß!). Bei solch selbstlosem Ansinnen ist freilich kein Platz für anderweitige, gar persönliche, Beweggründe, auf die eine als zudringlich und vorlaut empfundene Ideologiekritik Zugriff beanspruchen könnte. Die von Heidegger für dessen nationalsozialistisches Engagement nach 1945 vor gebrachte Erklärung ist in diesem Zitat bereits vorgeprägt. Wenn jede Zeit auf ihre Überwindung hindrängt, dann bleibt natürlich zu fragen, worauf hinausdrängend der 1933 ja noch junge Nationalsozialismus von Heidegger interpretiert wurde, was er in ihm verlarvt sah und durch dessen Überwindung hervorzubringen zu helfen hoffte.

In einem Brief an Karl Jaspers vom 20.12.1931¹¹⁰ spricht Heidegger nunmehr positiv besetzt von Öffentlichkeit, allerdings von der „*echte[n]* Öffentlichkeit“, die durch die wissende Führerschaft der Philosophie erst hergestellt werden soll und wozu es eigentlich auch nur weniger Professuren in Deutschland bedarf - Heidegger sprach von vielleicht zwei oder drei. Die Philosophie in Heideggers Verständnis soll die Menschen als je Einzelne und

¹⁰⁹ Martin Heidegger: GA, Bd. 34, S. 9f.

¹¹⁰ Martin Heidegger / Karl Jaspers: Briefwechsel, Hrsg. W. Biemel und Hans Sauer, München u.a. 1990, S. 144.

nach 1933 auch gemeinschaftlich als Volk aus der Höhle des Unwissens und bloßen Meinens herausführen helfen. Philosophie wird dabei vorgestellt als von ihrem Ursprung her selbst geführte. In der politischen Situation, nach der Machtergreifung 1933, hieße das für Heidegger, dass die nationalsozialistische Bewegung in einem über sie hinausweisenden seins-geschichtlichen Auftrag handelt, der ihr von der Philosophie allerdings noch vor das geistige Auge gestellt werden muss.

Deutlich werden hier Heideggers Anleihen bei Platon. Die Vorstellung von der Polis als einem idealen Gebilde menschlichen Zusammenlebens korrespondiert bei Platon mit einer bestimmten, die Wahrheit von Ideen denkenden Philosophie, deren Vertreter ja nicht ohne Grund an der Spitze des Staates stehen sollten.

Heideggers Hoffnung war es, dass mit den Nationalsozialisten zwischen der Polis als eigentlicher Volksgemeinschaft und der Philosophie als der Wahres denkenden, eigentlichen Existenzform, ein Wahrheitsgeschehen in Gang gebracht wird. Weder die Volksgemeinschaft, noch die Philosophie, waren 1933 als ideal anzusehen, ganz davon abgesehen, dass sich Heideggers Überlegungen hier nicht mit denen der nationalsozialistischen Führer deckten. Volksgemeinschaft und Philosophie werden von Heidegger aufeinander hingeeordnet verstanden, sie korrespondieren demnach wechselseitig als der jeweilige Ermöglichungsgrund. Hier wird Heideggers Denken ausdrücklich völkisch und der Tendenz nach nationalistisch. Das Denken findet seine Wahrheit nicht mehr nur im Rückgang auf seinen Ursprung. Das Ursprüngliche selbst scheint an einer aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung, als konkreter Möglichkeit eigentlichen Existierens im Aufscheinen.

Davon, dass Heidegger eine politische Philosophie ausgearbeitet oder auch nur intendiert hat, kann keine Rede sein. Gleichwohl gewann sein philosophisches Denken auf diesem Wege zur Herstellung seiner idealen Seinsform eine direkte politische Relevanz. Eigentliches Denken gelingt nur aus eigentlicher Existenz heraus. Diese Existenzform galt allerdings nicht mehr als die des je Einzelnen, sondern als die eines Volkes, das nach seiner historischen Bestimmung fragt. Dieses Volk war für Heidegger 1933 das deutsche Volk und nur dieses. Es hatte eine Entscheidung zu treffen und diese Entscheidung konnte in der konkreten Situation der sozialen Krise und politischen Radikalisierung keine sein, die aus der Ruhe philosophischer Reflexion erwächst. Für Heidegger war es die Zeit der Tat, der Verwirklichung eines noch im Verborgenen liegenden Ideals. Es galt nicht zu lange zu überlegen oder sich mit Einzelheiten aufzuhalten, wie etwa die Wissenssoziologie, es galt sich einzuschalten, den Tiger zu Reiten, bevor es zu spät war.

Abgesehen von Heideggers späteren Rechtfertigungs- und Rationalisierungsversuchen seines tätigen Glaubens an eine nationalsozialistische Revolution, wonach der Situation in Deutschland (Wirtschaftskrise, Massenverelendung, Reparationen, nationale Demütigung, drohender kommunistischer Umsturz) nur mit radikalen Mitteln beizukommen war, und er, Heidegger, getragen von der Überzeugung, „dass der Nationalsozialismus alle aufbauenden und produktiven Kräfte anerkennen und in sich aufnehmen werde“¹¹¹, vor allem Auswüchse abzumildern und Energien in gesunde Bahnen zu lenken versuchte, finden sich keine Versuche, sich dem eigenen Handeln kritisch zu nähern. Zu der sich aufdrängenden Frage nach dem Zusammenhang des politischen Engagements Heideggers mit den Grundthesen seiner Philosophie kam es nicht. Den Umstand, sich engagiert zu haben, als die “Bewegung“ noch formbar schien, legte Heidegger als besonnenes und alternativloses Handeln aus. Aus einer Verteidigungssituation heraus fragt er relativierend: „Was wäre geschehen und was wäre verhütet worden, wenn um 1933 alle möglichen Kräfte sich auf gemacht hätten, um langsam in geheimem Zusammenhalt die an die Macht gekommene “Bewegung“ zu läutern und zu mäßigen?“¹¹² Und an die 1933 bei Seite Getretenen gewandt, fragt er: „Gibt es nicht auch eine Schuld der wesentlichen Versäumnis?“ [26]. Die bei Seite gezwungenen und jene, die sich bewusst gegen die “Bewegung“ stellten, kommen in dieser Sicht der Dinge freilich nicht vor.

Überhaupt kann weder von einer realistischen Möglichkeit zu „langsame[r] Einflussnahme“ [26] gesprochen werden, noch davon, dass Heidegger mit besonderer Behutsamkeit dabei vorgegangen ist. Heidegger selbst war radikal und umstürzlerisch gestimmt. Die passenden Worte waren statt “Einflussnahme“, und “Bewahrung“ eher “Ermächtigung“ und “Überwindung“.

1933 fühlte sich Heidegger nicht allein in seiner weltanschaulichen Gestimmtheit, in der sich alles das dahin Widersprüchliche zu einer großen Einheit zusammenzufügen schien. Bei Heidegger war von Staat und Volk die Rede, ohne dass es ihm gelang, diesen beiden abstrakten Größen eine konkrete Gestalt zu geben. Der Garant für die Größe und Erhabenheit des revolutionären Geschehens, in dem sich die historische Bedeutung des Ganzen fühlbar zeige, war ihm dasjenige, was ihm einen unmittelbaren Eindruck von dem Geschehen zu vermitteln schien - die Person Adolf Hitlers.

¹¹¹ Unveröffentl. Brief an Hans-Peter Hempel. Zit. in: Rüdiger Safranski: Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit. München und Wien 1995, S. 269.

¹¹² Martin Heidegger: Die Selbstbehauptung der deutschen Universität. Das Rektorat. Fr. a. M. 2. Aufl. 1990, S. 25.

Die Seitenzahlen aller weiteren Zitate aus dieser Rede werden diesen in [] angefügt.

Das Sein schien in eigentlicher Existenz in der Wirklichkeit angekommen zu sein. Die politische Sphäre war nicht mehr bemitleidenswerter Annex des Uneigentlichen, der Meinung und des Geredes. Im politischen Geschehen vollzog sich nach Heidegger das eigentliche Geschehen, was nichts anderes bedeutet, als dass der politische Streit in ein monologisches Wahrheitsgeschehen aufgehoben gedacht war. Politik existierte in diesem Konzept nicht mehr, das Politische wurde enteignet und verstaatlicht. Ihre Monologisierung und Totalisierung ging einher mit ihrer Abschaffung und damit mit negativer Vergesellschaftung.

Heidegger war wie viele Deutsche erleichtert über das Ende der als stagnativ erlebten Weimarer Republik. Der Glaube an charismatische Führerschaft ersetzte das Vertrauen in demokratische Strukturen. Als akzeptabel erschien dabei der Verzicht auf intellektuellen Disput und ein unkritisches Vertrauen in das Irrationale. Wenn vor dem Auftreten des Nationalsozialismus die Politik kein Ort für Denker war und in deren Denken das Politische nicht eigens bedacht werden sollte, wie konnte Heidegger - wider seiner eigenen Auffassung - sein politisches Engagement philosophisch begründen?

Heidegger umging dieses Dilemma, indem er die Wirklichkeit selbst als ein unmittelbares philosophisches Geschehen (als Verwirklichungsgeschehen der Wahrheit) ansah, in dem sich das, was wahr ist, von selbst versteht. Der erklärte Feind des Selbstverständlichen entledigte sich - von wem eigentlich dazu getrieben? - der Notwendigkeit des Denkens und ergab sich einem bewussten Strom des Zeitgeschehens. Es scheint zwar, als suchte er im Wirklichen die Erfüllung seines Denkens, mehr noch ging es ihm wohl dabei um die Erlösung von der Bürde seiner eigenen Gedanken. So sehr unnachgiebig und unversöhnlich sich Heidegger gegenüber den Niederungen der Normalmenschensexistenz zeigte, so sehr gelang es ihm die Schönheitsfehler des NS als reparabel und nicht den Kern betreffend anzusehen. Entspringen kann eine solche Haltung aber erst nachdem die Philosophie als diskursive Selbstverständigung - und sei es in der Form eines Selbstgesprächs - dem Glauben geopfert wurde.

Anknüpfend an Karl Jaspers Frage, wie sich Heideggers Nationalsozialismus zu seiner Philosophie verhält, ob dieser aus ihr gar mit gewisser Notwendigkeit hervorgehe oder eher seinem Charakter begründet sei, soll hier weiter gefragt werden.¹¹³ Der ehemalige Messdiener und gläubige Katholik Heidegger hatte Gottes Tod auch als Philosoph nicht wirklich verwinden können. Seine Glaubenssehnsucht, vor der Nietzsche jede Philosophie warnte und dessen Antwort darauf er zu einer Charakterfrage erklärte, blieb

¹¹³ Jaspers fragte 1949: "Ist es [das Bekenntnis zum N.S., d. A.] bloßer Irrtum, eine Schwäche, ein Verführtsein durch Macht- und Wirkungschancen? Oder liegt hier ein tiefzeitiges Symptom, eine sachliche Gehörigkeit für diese Philosophie?" in: Karl Jaspers. Notizen zu Martin Heidegger, München 1978, S. 49.

ihm als Sehnsucht nach dem Wahren, dem Einen und Unzweideutigen, das keine Fragen offen lässt, erhalten.

Im November 1933 ließ Heidegger denn auch den Studenten gegenüber verlautbaren: „Nicht Lehrsätze und „Ideen“ seien die Regeln Eures Seins. Der Führer selbst und allein *ist* die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und ihr Gesetz“¹¹⁴. In einer späteren Erklärung zu diesem Satz¹¹⁵ verweist Heidegger darauf, dass er sich hier etwas anderes gedacht habe, das sich beim nur flüchtigen Lesen nicht erschließe, was sich daran zeige, dass das Wort „ist“ gesperrt gedruckt ist und nicht „der Führer“, was heißen soll, das der Führer selbst von der Bestimmung des Seins geführt sei. Schwerlich war zu erwarten, dass dieser Inhalt auch herauszuhören war, zumal es sich um einen allgemeinen Aufruf an die deutsche Studentenschaft handelte und nicht um ein Papier für einen esoterischen Kreis von verständigen Jüngern.¹¹⁶

Ist es nicht vielmehr so, dass er eine Antwort auf die ihn seit Längerem drängende Frage gefunden zu haben glaubte? Die Frage lautet, in einem Brief vom 8. 12. 1932, an Jaspers gestellt: „Ob es gelingt, für die kommenden Jahrzehnte der Philosophie einen Raum zu schaffen, ob Menschen kommen, die in sich eine ferne Verfügung tragen?“¹¹⁷

Das Sein ist also das geschichtlich Wirkende und sei es durch dessen Abwesenheit. 1933 sei es aber in einer Weise hervorgetreten, wie es sich bislang nur einmal - im so genannten „ersten Anfang“¹¹⁸ in der griechischen Philosophie offenbarte. In Deutschland zeige es sich nunmehr in der Form eines „zweiten“ Anfang, diesmal als etwas in der Wirklichkeit zu sich selbst Gekommenes, ganz und gar nicht philosophisches im griechischen Sinne. Konsequenterweise lautete dann auch Heideggers Schlussfolgerung, dass es zur Durchführung und Sicherung des wiederholten Anfangs eines „großen zweiten Waffengang[s]“¹¹⁹ zur Erneuerung der Kultur und zur Befreiung der Menschen hin zu ihrer wahren Bestimmung bedürfe. Da Heidegger zu diesem Zeitpunkt der Waffen des Denkens nicht vollends mächtig schien, klingt in diesen Worten eine teuflisch wahre Prophetie.

Sicher dachte Heidegger hier nicht an reales Blutvergießen oder wollte sich zum Wortführer von Eroberungs- und Revanchegelüsten machen. De facto tat er es dennoch. Sein Ziel war die metaphysische Deutung der „Bewegung“ als ein seinsgeschichtliches Ereignis. Der Grat des Versagens ist hierbei

¹¹⁴ Martin Heidegger: GA, Bd. 16, S. 184.

¹¹⁵ Zit. Nach Safranski, S. 274; Brief an H.-P. Hempel.

¹¹⁶ Ich beziehe mich in diesem Text vorrangig auf Texte Heideggers mit explizit philosophischem Anspruch. Unzweideutig nationalsozialistische Prosa von Heideggers Hand, ohne kursiv gedruckte Zweideutigkeiten, aber auch ohne einen philosophischen Anspruch finden sich u.a. im Bd. 16 der Gesamtausgabe S. 181 ff.

¹¹⁷ Martin Heidegger / Karl Jaspers: Briefwechsel, S. 149.

¹¹⁸ a.a.o.: Heidegger, S. 184.

¹¹⁹ ebd.

nicht allein an den Taten Heideggers abzulesen, die im Vergleich zur Mehrheit der Deutschen weder besonders verwerflich erscheinen noch gänzlich einer philosophischen Originalität entbehren. Heideggers Versagen ist ob des Herausragenden seiner Stellung ein moralisches, das umso schwerer wiegt, da er im Nachhinein die Motivation seines Handelns zwar als Irrtum bezeichnet (was an sich schon eine unzulässige Untertreibung ist), sich mit diesem Irrtum aber relativierend in eine Tradition *anderer* Großer Denker und ihrer Irrtümer stellt.¹²⁰ Heideggers Fehlen sollte als ein Notwendiges, der Zeit Geschuldetes und somit vom Sein selbst Herrührendes erscheinen. Er vermochte es letztendlich nicht, sich reflektierend davon zu lösen, und musste es nach seiner Selbstinterpretation auch nicht. Das groteske Ausmaß an politischer Uninformiertheit kommt gleich gar nicht zur Sprache. In gewisser Weise hat er sich nicht im Sein versehen, sondern das Sein hat ihn getäuscht.

Zu Jaspers Frage kann festgestellt werden: Heidegger beharrte nicht einfach auf als falsch anzusehende philosophische Annahmen. Er interpretierte diese jedoch in politischer Hinsicht einseitig und übertrug philosophisch-ontologische Kategorien gewaltsam in die konkrete Sphäre gesellschaftlichen Handelns. So fasste Heidegger die Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft zunächst mit den Begriffen Dasein, Volk, Kultur sowie Öffentlichkeit, Mann, und Zivilisation.

Das Begriffspaar Volk und Staat verwischte spätestens seit seiner Rektoratsrede die Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft, genauer hebt diese in neuer Gemeinschaftlichkeit auf.

Die zunächst auf den Einzelnen angewandte existentialontologische Kategorie der Eigentlichkeit wird durch ihre Anwendung auf die Volksgemeinschaft kollektivistisch und existentiell aufgeladen und zu einer weiten Projektionsfläche aller möglichen Sehnsüchte aufgeblasen. Die Idee der Volksgemeinschaft, verstanden „als ein geistiges Volk“ [15], rückt dabei an die offen gebliebene Stelle, die der Verlust metaphysischer Glaubensgewissheiten hinterlassen hatte.

Heideggers radikal-konservative philosophische Konzeption ist nicht direkt für sein konkretes politisches Handeln verantwortlich zu machen. Die völkische Wendung, das Misstrauen gegenüber Öffentlichkeit, Zivilisation und diskursiven Denken, die Militarisierung der Sprache und die eigentümliche heilsgeschichtliche Interpretation des Nationalsozialismus haben zwar direkte Anknüpfungspunkte in Heideggers Werk, aus dem Werk, wie es

¹²⁰ „Solche Irrtümer sind schon Größeren geschehen: Hegel hat in Napoleon den Weltgeist gesehen und Hölderlin [sah ihn, d. A.] als den Fürsten des Festes, zu dem die Götter und Christus geladen seien“ zit. Nach Safranski, S. 270; Brief an H.-P. Hempel.

bis 1933 vorlag, ist jedoch keine dieser „geistigen“ Entwicklungen Heideggers widerspruchsfrei herzuleiten.

Heidegger war von seinem Habitus her ein ängstlich-umstürzlerischer Revolutionär, dessen Weltangst sich in der Pose des geistigen Kämpfers für die Wiederbelebung etwas Vergangenen auslebte. Ohnmachtserfahrung und Übermachtungsgewissheiten bilden in ihrem Wechselspiel den psychologischen Subtext des politischen Heideggers.

Dessen dilettantisches und oft kopflos wirkendes Engagement war nur unter Ausblendung der Teile seines bis dahin gültig scheinenden geistigen Bezugssystems möglich, mit Hilfe derer er sein ‚Versehen‘ schon frühzeitig hätte erkennen können. Die ihn von nun an leitenden und von ihm aus seinem philosophischen Begriffschema wie heraus gebrochen wirkenden Begriffe waren trotz volksemanzipatorischer Rhetorik eher „Fügung“ und „Gefolgschaft“.

Tatsächlich empfand sich Heidegger als Akteur in einer militanten, wenn von ihm auch mit geistigen Mitteln geführten, Auseinandersetzung welt-politischen Ausmaßes. Deutschland sah er eingekeilt zwischen den sich wiederum ausschließenden Weltanschauungen des Kommunismus und Liberalismus, die dem deutschen Wesen widersprächen und, falls sie in Deutschland zu einer hegemonialen Mächtigkeit gelangten, die Eigenart (das Eigentliche) des Deutschseins vernichten würden. Dieser Gefahr galt es geharnischt zu begegnen und da sich Heidegger - wie gezeigt - der Waffen der Vernunft entledigt hatte, ist es nur folgerichtig, dass sich seine Sprache weiter militarisierte.

3. Zur Rektoratsrede

Was Heidegger unter „der Befehlskraft einer neuen Wirklichkeit“¹²¹ verstand, machte er erstmals in dieser Rede deutlich. Er fabulierte neben „Kampfgemeinschaft“ [18], „Gefolgschaft“ [9] „Marsch“ [14] und „Dienst“ [15] auch von einer neuen „Bindung der Studentenschaft“ an die neue Einheit von „Arbeitsdienst“, „Wehrdienst“ und „Wissensdienst“ und das in klarer Abgrenzung von der „aus der deutschen Universität verstoßenen [...] „akademischen Freiheit“ [15].

Gerade hier zeigt sich beispielhaft die Verschiebung in Heideggers Denken, das zwar nach wie vor von tiefem Ressentiment gegenüber dem sich kritisch, liberal, objektiv und anti-dogmatisch gebenden akademischen Geist geprägt war. Nur sollte sich vor 1933 die philosophisch-akademische Haltung nicht in der neu hinzugetretenen Idee vom alles vereinigenden Volksganzen gleichsam aufgelöst werden. Denn darum handelte es sich, um die national-

¹²¹ Bernd. Martin (Hrsg.): Martin Heidegger und das „Dritte Reich“, S. 181.

sozialistische Überbietung der alten Ständeideologie im deutschen Reich. Der Hinweis auf Nährstand, Wehrstand und Wissensstand stellt in der für Heidegger 1933 charakteristischen Mischung aus romantischem Eifer, bewusster politischer Ignoranz und philosophischer Ursprungsveressenheit den Bezug zu seinem idealisierten Griechenlandbild da. Sollte 1933 noch im griechischen Seins-Denken Vorbildhaftes zur Erneuerung von Philosophie und Wissenschaft zu finden sein, so setzte der politische Heidegger wiederum bei den Griechen an und empfahl der Universität das Platonische Ständesystem, insbesondere die gemeinschaftsfixierte Hoplitenethik.

Was Heidegger vor seiner Rektoratsrede zur Wissenschaft zu sagen hatte, klang zusammengefasst so: „Unser Dasein - in der Gemeinschaft von Forschern, Lehrern und Studierenden - ist durch die Wissenschaft bestimmt. Was geschieht Wesentliches mit uns im Grunde des Daseins, sofern die Wissenschaft unsere Leidenschaft geworden ist?

Die Gebiete der Wissenschaften liegen weit auseinander. Die Behandlungsart ihrer Gegenstände ist grundverschieden. Diese zerfallene Vielfältigkeit von Disziplinen wird heute nur noch durch die technische Organisation von Universitäten und Fakultäten zusammen- und durch die praktische Zwecksetzung der Fächer in einer Bedeutung gehalten. Dagegen ist die Verwurzelung der Wissenschaften in ihrem Wesensgrund abgestorben“.¹²²

Diese Wissenschaft muss ihre leidenschaftlichen Verehrer beständig leiden lassen und das um so mehr sie sich ausdifferenziert und wächst. Die Gemeinschaft derer, die sich ihr verschrieben haben, muss demnach empfindlich gestört sein, denn was ist noch gemein? Es fehlt an einem alle Differenzen überbrückenden Gemeinschaftsethos. Am meisten schmerzt den Philosophen aber, dass die Wissenschaft unphilosophisch, d. h. ursprungsvergessen und ziellos geworden ist. Nun kann aber auch nicht einfach von der vorhandenen Philosophie erwartet werden, dass sie das Gemeinsame stiften oder erinnern könne. Denn die akademische, sich wissenschaftlich verstehende Philosophie ist nicht vom Diktum der Abspaltung vom Ursprung ausgenommen. Was Not tut, sei ein Denken, das die Wissenschaften in einem besonderen Akt des Transzendierens auf ihren Ursprung hin versammelt und auf diese Weise zu einem Ausgleich von Wissenschaft und Philosophie führt. Heidegger sprach hier abwechselnd von Philosophie und Metaphysik ohne sich über Andeutungen hinaus inhaltlich festlegen zu wollen. Heidegger dazu in „Was ist Metaphysik“: „Die Metaphysik gehört zur „Natur des Menschen“. Sie ist weder ein Fach der Schulphilosophie noch ein Feld willkürlicher Einfälle. Die Metaphysik ist das Grundgeschehen im Dasein. Sie ist das Dasein selbst. Weil die Wahrheit der Metaphysik in diesem abgründigen Grunde wohnt, hat sie die ständig lauernde Möglichkeit

¹²² Martin Heidegger: Was ist Metaphysik, 14. Aufl. Frankfurt a. M. 1992, S. 25.

des tiefen Irrtums zur nächsten Nachbarschaft. Daher erreicht keine Strenge einer Wissenschaft den Ernst der Metaphysik. Die Philosophie kann nie am Maßstab der Idee der Wissenschaft gemessen werden“.¹²³

1933 setzt Heidegger genau an dieser Stelle der Wissenschaftskritik - welche ironischer Weise bereits den Vorblick auf den späteren Irrtum beinhaltet - wieder an.

Zuerst wird mit der Erklärung: „Die Übernahme des Rektorats ist die Verpflichtung zur *geistigen* Führung dieser hohen Schule“ [9], das Führerprinzip auf die Universität übertragen. Allerdings mit der Besonderheit, dass die „Führer selbst Geführte“ sein sollten. Die Führung obliegt dabei nicht dem „Führer“, sondern der „Unerbittlichkeit jenes geistigen Auftrags, der das Schicksal des deutschen Volkes in das Gepräge seiner Geschichte zwingt“ [10]. Hieran anschließend stellte Heidegger die verfängliche Frage: „Wissen wir um diesen geistigen Auftrag?“ [10], um sie dann negativ zu beantworten. Verfänglich ist diese Frage in zweifacher Hinsicht, intendiert sie doch ein regelrechtes Umkrempeln der ehrwürdigen Institution - worauf die Professorenschaft nicht begeistert reagierte - und spricht Heidegger doch von einem Auftrag, der erst noch zu vergegenwärtigen sei - was den nationalsozialistischen Parteigängern intellektuell zu überspannt erscheinen musste.

Was Heidegger von der Universität in der Situation ihrer Selbstgefährdung mit Nachdruck verlangte, war eine „Selbstbesinnung“ auf ihren „Anfang“, der wie bereits gezeigt im „Aufbruch der griechischen Philosophie“ gegründet ist. Folgerichtig heißt es dann auch weiter „Alle Wissenschaft ist Philosophie, mag sie es wissen und wollen - oder nicht“ [10].

In der Verteidigung der Philosophie gegenüber der wissenschaftlichen Methodik und Zudringlichkeiten der historisierenden Geisteswissenschaften verfällt Heidegger auf die Idee, das Ganze umzudrehen und die Wissenschaften selbst an sein Ideal philosophischer Existenz zu binden. Das ist freilich ein in dieser Radikalität noch nicht geäußelter Gedanke. Die dazu neigenden Hörer mögen hier Gleichschaltung gehört haben und Heidegger kann dieser Anklang nicht verborgen geblieben sein - ausdrücklich gesagt hat er es in dieser Rede jedoch nicht.

Auf noch ein weiteres von Heidegger billigend in Kauf genommenes Missverständnis will ich eingehen. In der Rede spricht Heidegger vom „geistigen Auftrag des deutschen Volkes als eines in seinem Staat sich selbst wissenden Volkes“ [10]; daraus kann aber nicht direkt gefolgert werden, daß dieser Auftrag schon von dem nationalsozialistischen Regime und Staat formuliert worden ist oder diese als dazu autorisiert vorgestellt sind. Es gelte vielmehr, bereit zu sein für den „Wille[n] zur Wissenschaft als Wille *zum*

¹²³ ebd. S. 41.

[Herv. d. A.] geschichtlichen geistigen Auftrag des deutschen Volkes [...]“ [10]. Ähnlich verhält es sich mit der bereits oben zitierten Stelle: „die Führer [...] sind [...] selbst Geführte [...] - geführt von der Unerbittlichkeit jenes geistigen Auftrags, der das Schicksal des deutschen Volkes in das Gepräge seiner Geschichte zwingt“. Ist es mangelnde Aufmerksamkeit oder will Heidegger hier auf seine besondere Führungsrolle hinweisen? Streng genommen soll sich weder dem Führer, noch dem Auftrag des Volkes oder des Staates gefügt werden. Im ersten Zitat geht es um den *Willen* zum Auftrag und im zweiten um die *Unerbittlichkeit* des Auftrages. Der Auftrag selbst bleibt zunächst unklar. Erst später zeigt sich, dass es wie vor 1933 darum geht, sich in die griechische Philosophie zu verfügen und sich ihrem Anfang zu fügen. Der „Auftrag des Volkes“ kann demnach auch kein Auftrag durch das Volk sein, zu dessen Sachwaltern sich die Nationalsozialisten machten. Es handelt sich eher um einen „Auftrag *für* das Volk“. Der Interpret dessen, was darunter zu verstehen ist, kann nun aber niemand anderes als Martin Heidegger selbst sein, und man gewinnt den Eindruck, dass er sich, bei aller „echten“ Ergriffenheit von der Bewegung, selbst zum ersten Philosophen im Staat ermächtigt und bestimmt ansah, vielleicht auch zum Ersten unter Gleichen in einer künftigen Platonischen Philosophenrepublik.

4. Zusammenfassung und Schluss

Da die Sphäre des Öffentlichen und der streitenden Meinungen für Heidegger nicht existierte, und er eine unmittelbare Einsicht durch „Klarheit des deutend-wirkenden Wortes und Werkes“ [15] charismatischer Führerpersönlichkeiten propagierte, konnte Heideggers auch nicht in Betracht gezogen haben, dass seine Ideen Ausgangspunkt einer Diskussion oder auch nur eines Gesprächs sein konnten. Er bewegte sich bereits auf der Ebene von Verlautbarungen und sah sich als Wortführer der „Macht der tiefsten erd- und bluthaften Kräfte als Macht der innersten Erregung und weitesten Erschütterung seines Daseins“ [14]. Unter dieser Macht verstand er zugleich die „*geistige Welt* eines Volkes“ [14], d. h. seinem Verständnis nach die Wissenschaft und schließlich die Philosophie.

Heideggers Anspruch, „die Theorie selbst als die höchste Verwirklichung echter Praxis zu verstehen“ [12] und die damit verbundene philosophische Wertung und Aufwertung des Nationalsozialismus zu leisten, konnte von ihm nicht eingelöst werden. Das, was er unter Theorie verstand, nämlich „die Wissenschaft [als] die innerst bestimmende Mitte des ganzen volklich-staatlichen Daseins“ [12], ähnelte dabei sehr einer Mischung von Kloster und Kasernenhof. Es schien fast, dass Heidegger der SA und der SS eine dritte

Gliederung zum Schutze der Bewegung ins Leben rufen wollte - eine Kameradschaft von Wahrheitshütern. Was ihm vorschwebte, war eine „Kampf-gemeinschaft der Lehrer und Schüler [mit dem Ziel] die deutsche Universität zur Stätte der geistigen Gesetzgebung umschaffen und in ihr die Mitte der straffsten Sammlung zum höchsten Dienst am Volke und seinem Staat [zu] erwirken“. Als Beispiel für die Verwirklichung der anzustrebenden Praxis in der Theorie gibt Heidegger an, dass die „Lehrerschaft und Schülerschaft einfacher, härter und bedürfnisloser als alle Volksgenossen ihr Dasein ein[zu]richten“ [18] habe.

In seinem Brief vom 3. April 1933 an Karl Jaspers schrieb Heidegger zu seinem Vorhaben: „Alles hängt daran, ob wir der Philosophie die rechte Einsatzstelle vorbereiten und ihr zum Wort verhelfen“¹²⁴. Die Philosophie sollte gegen die „christlich-theologische Weltdeutung [und das] mathematisch-technische Denken“ [12] wieder gewonnen werden. „Alles“ deutet darauf hin, dass Heidegger das Schicksal des deutschen Volkes mit dem Schicksal einer bestimmten Art von Philosophie als ontologischer Gnosis verband. Jaspers bei diesem vagen und abenteuerlichen Vorhaben als einen Gleichgesinnten anzusprechen und das nach der Machtergreifung, konnte wohl nur einem Missverständnis, mangelnder Menschenkenntnis oder der Unfähigkeit zuzuhören, geschuldet sein.

Dabei die Universität und nur diese, als die „rechte Einsatzstelle“ in Betracht zu ziehen, erscheint zwar folgerichtig, wird sie doch weithin als geistige Institution akzeptiert. Doch was hätte diese Universität mit der einstigen Forschungs-, Bildungs- und Ausbildungsstätte von einst gemein, wenn sich ihre Glieder einer sich staatlicher Gewalt im Rücken wissender Ideologie unterworfen sähen. Die von Heidegger angedeutete Gleichrangigkeit von Volk, Staat und Wissenschaft (Philosophie) bei wechselseitiger Führung wäre zu einem anderen Zeitpunkt sicher eine interessante Idee gewesen, im Mai 1933 davon zu reden, war verantwortungslos.

Gerade das vorgeblich ‚philosophische‘ Vorzeichen von Heideggers Umsturz der Werte muss als eine Täuschung entlarvt werden, wobei es nur von sekundärem Interesse ist, ob diese bewusst vorgenommen wurde oder nicht. In der konkreten Situation, von erzwungenem Schweigen und überlauter Krakeelerei, muss es als eine unwürdige Geringschätzung des Menschen und der Kultur selbst erscheinen, wenn sich Heidegger gerade im Namen der philosophischen Tradition gegen das Denken glaubt auszusprechen zu müssen.

Heideggers spezielles Verharren auf dem Standpunkt einer provinziellen männerbündischen und wandervogelhaften Gemeinschaftshuberei, seine

¹²⁴ Martin Heidegger / Karl Jaspers: Briefwechsel, Hrsg. W. Biemel und Hans Sauer, München u.a. 1990, S. 152.

Verachtung von Modernität im Ganzen, die Kommunikationslosigkeit und Sehnsucht nach einem Absoluten sowie sein verklemmter Revolutionismus und Machtwille ließen ihn anfällig sein für die diesbezüglichen leeren Versprechungen des Faschismus. All das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in Heideggers Entwicklung etwas zutiefst Menschliches zeigt und man sich letztlich nie vor der Anfälligkeit gegenüber Allmachtsphantasien und Welterlösungskonzepten gefeit wissen kann. Eine Beschäftigung mit Heidegger kann es sich gerade auch aus diesem Grunde nicht zu leicht mit der Kritik an dessen politischen Engagement machen. Darin liegt ebenso wenig ein zureichender Grund, Heideggers Denken im Ganzen abzulehnen, wie es auch immer von ärgerlich-peinlichem Beigeschmack war, seine Rolle im Nationalsozialismus zu ignorieren oder gemessen am Gesamtwerk klein reden zu wollen.

Literatur

Heidegger, Martin: GA, Bd. 16. und Bd. 34, Frankfurt a. M.

Ders.: Sein und Zeit. Tübingen, 1978.

Ders.: Was ist Metaphysik, 14. Aufl. Frankfurt a. M., 1992.

Ders.: Die Selbstbehauptung der deutschen Universität. Das Rektorat. Frankfurt a. M., 2. Aufl. 1990.

Heidegger, Martin/ Jaspers, Karl: Briefwechsel, Hrsg. W. Biemel und Hans Sauer, München u.a., 1990.

Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, 7. Aufl., Frankfurt am Main, 1985.

Ders.: Das Problem einer Soziologie des Wissens; In: Ideologienlehre und Wissenssoziologie - die Diskussion um das Ideologieproblem in den zwanziger Jahren, hrsg. von Hans-Joachim Lieber, Darmstadt, 1974.

Martin, Bernd (Hrsg.): Martin Heidegger und das "Dritte Reich", Darmstadt, 1989.

Safranski, Rüdiger: Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit. München und Wien 1995.

Plessner, Helmuth: Macht und menschliche Natur. In: Zwischen Philosophie und Gesellschaft. Frankfurt a. M., 1979.

Scheler, Max: Die Wissensformen und die Gesellschaft. GW., Bd. 8, Bonn, 1980.

Adorno und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik¹²⁵

1. Demokratie ohne Demokraten?

Die politische Kultur der westdeutschen Nachkriegsdemokratie - ein Zustand von fundamentaler Zweideutigkeit! Diese Diagnose ist in gewissem Sinn genau so alt wie die Bundesrepublik selber, weil dem Mythos von der „Stunde Null“ bereits bei ihrer Gründung der Verdacht der „Restauration“ entgegengehalten wurde. Sie wurde durch subtilere Deutungen und spätere Forschungen nicht etwa relativiert, sondern nur noch verschärft und scheint durch skandalöse Enthüllungen, wie die „Enttarnung“ des ehemaligen Aachener Universitätsrektors Schwerte als der SS-Kulturoffizier Schneider, immer neu bestätigt zu werden.¹²⁶ Blickt man aus der Distanz von zwei Generationen auf den Übergang zwischen Nationalsozialismus und westdeutscher Demokratie und hält sich dabei an die gut belegte Annahme, dass Mentalitäten sich auch in der Politik nur langsam verändern, dann kann es gar nicht anders gewesen sein: Weder war die Identifikation mit dem Hitler-Regime, mit der Unkultur von Antisemitismus und „Herrenrasse“ über Nacht verschwunden, noch stellte sich eine tragfähige Wertschätzung der Demokratie in kurzer Zeit ein. Die Demokratiekultur der frühen Bundesrepublik musste ein fassadenhaftes und zweideutiges, in jedem Fall ein widersprüchliches Gebilde sein.

Dabei steht das Jahr 1945 zunächst für einen Schock, wie er eindeutiger nicht sein konnte: Die herrschenden Eliten des Hitler-Regimes hatten nicht nur eine totalitäre Kultur erfolgreich propagiert, sondern sie hatten den Mord an den Juden und die Pläne zur „Germanisierung“ Europas in die Tat umgesetzt. Der Widerstand dagegen war schwach geblieben, auch wenn Teile der Bevölkerung unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Niederlage innerlich auf Distanz gegangen sein mögen. Der Krieg endete mit der totalen Niederlage des deutschen Reiches, das Land wurde in Besatzungszonen aufgeteilt und unter strenge militärische Kuratel gestellt. Auch wenn das Zusammenwirken der vier Besatzungsmächte sich konfliktreich gestaltete

¹²⁵ Zuerst erschienen in: Mittelweg 36, Heft 2: April/Mai 2002, S. 37-52.

¹²⁶ Vgl. dazu Helmut König (Hg.) Der Fall Schwerte im Kontext, Opladen, 1998.

und bald unter den weltpolitischen Imperativ der Ost-West-Spaltung geriet - sicher ist, dass die archaische Drohung von der „unconditional surrender“ sich nicht nur militärisch und politisch, sondern auch moralisch und kulturell erfüllt hatte: Die Rückkehr zu einer „Normallage“ nationaler Identität war so sehr vereitelt, dass auch nach 50 Jahren nicht imaginierbar ist, was man im Nachkriegsdeutschland darunter hätte verstehen können - die staatliche Zementierung der deutschen Teilung war in dieser Hinsicht nur die politische Schlussfolgerung aus einem totalen moralischen Bankrott.

Dieses düstere Bild hellt sich nur scheinbar auf, wenn man die vielfältigen Pläne und Initiativen in Rechnung stellt, die von den Besatzungsmächten, allen voran von den Amerikanern entwickelt wurden, um dem Chaos zu wehren und den besiegten Deutschen eine Zukunftsperspektive zu geben. Sie werden, was die kulturelle und mentale Dimension der deutschen Nachkriegsgeschichte betrifft, in der Regel unter den Stichwörtern „Entnazifizierung“ und „Re-education“ zusammengefasst. Was an Straf- und Sühne-maßnahmen, als „punitive Politik“ in die Wege geleitet wurde und einen ersten Höhepunkt in den Nürnberger Prozessen erreicht hatte, wurde später bekanntlich schrittweise in deutsche Hände übertragen - mit der Folge, dass von den Beschuldigten nicht mehr nur eine Vielzahl von Ausflüchten und Relativierungen erfolgreich ins Feld geführt wurde, sondern dass mit den Spruchkammern sogar so etwas wie eine „Mitläuferfabrik“ installiert wurde, die der massenhaften Entlastung ehemaliger Nationalsozialisten diente.¹²⁷

Auch die strafrechtliche Verfolgung der so genannten Kriegsverbrecher im engeren Sinn verlief sich gegen Ende des Jahrzehnts in einigen weniger spektakulären Nachfolgeprozessen gegen NS-Funktionseliten wie Ärzte und Unternehmer.

Gleichwohl gibt es zum Ende der Besatzungsherrschaft ein bemerkenswert produktives Moratorium, was die kulturelle Selbstreflexion der westdeutschen Gesellschaft im Wechselbad zwischen dem Opportunismus des Überlebens, öffentlicher Schulddebatte und der verzweifelten Sehnsucht nach moralischer wie materieller Rehabilitierung betrifft. Diesen Eindruck jedenfalls erhält man, wenn man aus der Periode des Parlamentarischen Rates oder von den Debatten in Zeitschriften wie „Der Ruf“ oder „Die „Wandlung““ hinüberblickt in die 50er Jahre. Mit dem Amtsbeginn einer frei gewählten Regierung setzt in der Bundesrepublik nämlich sofort ein, was Norbert Frei mit dem Begriff der „Vergangenheitspolitik“ analysiert hat.¹²⁸ Es handelte sich um ebenso gezielte wie hartnäckig verfolgte Strategien, das meiste vom dem rückgängig zu machen, was die Siegermächte während der

¹²⁷ Die beste Darstellung ist immer noch: Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin 1982.

¹²⁸ Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2.Aufl., München 1997.

Besatzungszeit an Abwehr- oder auch Vorbeugemaßnahmen gegenüber der NS-Vergangenheit durchgesetzt hatten. Mit dem Amtsantritt der Ersten Regierung Adenauer kam es schon 1949/50 zu einer groß angelegten Kampagne zur Beendigung der Kriegsverbrecherverfolgung. Sie endete, trotz scharfer Differenzen mit dem amerikanischen Hochkommissar, in einem Strafbefreiungsgesetz, dem 1954 ein zweites folgte, das sowohl viele bereits verurteilte Kriegsverbrecher wieder auf freien Fuß setzte als auch die weitere Ahndung von NS-Verbrechen einschlafen ließ.

Diese Entwicklung wird ihrerseits nur verständlich vor dem weiteren Hintergrund, wie das heikelste aller innenpolitischen Probleme durch die neue Demokratie gelöst wurde, nämlich die Übernahme der Staatsbeamten und Richter. Als 1951 die umstrittenen Ausführungsbestimmungen zum Paragraphen 131 des Grundgesetzes in Kraft gesetzt waren, die die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamenschaft garantierten, konnte nicht nur das Gros der Ministerialbeamten wiedereingestellt werden, die während der NS-Diktatur mehr oder weniger reibungslos funktioniert hatten; beinahe noch folgenreicher war, dass dieselbe Regelung auch weite Teile der Justiz rehabilitierte, die verständlicherweise keinerlei Interesse daran hatte, die juristische Durchleuchtung der Vergangenheit zu intensivieren. Man muss diese und andere innenpolitische Anstrengungen der Adenauer-Regierung so trocken und bürokratisch auflisten, um zu verstehen, mit welchem Personal das Institutionengefüge der jungen Demokratie ausgestattet wurde. Nimmt man die Tatsache hinzu, dass auch in den Schulen und Universitäten eine hohe personelle wie strukturelle Kontinuität durchgesetzt war, kann man die mentalen Hypothesen ermessen, die in der ersten Aufbauphase übernommen wurden.

Umgekehrt gibt es keinen Zweifel daran, dass die grundsätzliche Linie, der Adenauer und die von ihm geführten Regierungen folgten, aus einer strikten Abwendung sowohl von den NS-Ideologien im engeren Sinn als auch der älteren Tradition des preußisch-deutschen Nationalismus hervorging. Er steuerte von Anfang an - nicht ohne heftige Anfeindungen von der SPD-Opposition wie von neutralistischen oder revanchistischen Splittergruppen - einen klaren Kurs der politischen und militärischen Westintegration, der auf eine kompromisslose Abgrenzung gegenüber dem kommunistischen Ostblock und damit auf die Inkaufnahme der deutschen Teilung hinauslief.¹²⁹

Um den Zeitgeist der Adenauer-Ära in der Hochphase des Kalten Krieges zu charakterisieren, muss man mindestens drei Elemente ins Auge fassen und nach ihrem dynamischen Zusammenspiel suchen: den semi-autoritären Regierungsstil der so genannten „Kanzlerdemokratie“: die rasche

¹²⁹ Umfassend dazu Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Band 1: Der Aufstieg, 1876-1952, München 1994, bes. S. 617ff.

Orientierung auf militärische und wirtschaftliche Westintegration, die gleichbedeutend mit scharfer antikommunistischer Polemik war; und die ideologische Überwölbung des immer beschworenen politischen Realismus durch ein christlich-abendländisches Weltbild, dessen Vagheit den großen Vorteil ebenso parater Anpassungsfähigkeit hatte. Nimmt man die „Vergangenheitspolitik“ als Beispiel, so gehörten zur Integration der alten Eliten eben auch die zügig umgesetzten Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel, deren rein pekuniärer Charakter selbstverständlich humanitär begründet wurde, ebenso wie die wohlfeile Erinnerungsrhetorik bei diplomatischen Anlässen und offiziellen Gedenkfeiern Teil einer symbolischen Politik war, die der Bundesrepublik die bitter nötige internationale Anerkennung verschaffen sollte.¹³⁰

Was aber bedeutete diese Konstellation für den Zustand der politischen Kultur im engeren Sinn? Wie war die innere Einstellung von Politikern, Beamten und Bürgern gegenüber der neuen Demokratie? Wie weit war die moralische und kulturelle Fundierung der demokratischen Institutionen in einer Zeit gediehen, die außenpolitisch als die heiße Phase des „Kalten Krieges“ und innenpolitisch als die „Ära Adenauer“ bezeichnet wird? Es besteht wenig Zweifel, dass es hier, auf dem genuinen Feld der politischen Mentalitäten, Kontinuitäten gegenüber der NS-Zeit gab: Nicht nur ist ein hohes Maß an autoritären, antidemokratischen und, wie mit Bestimmtheit hinzuzufügen ist, an antisemitischen Einstellungen anzunehmen, vielmehr dürfte in den „neuen“ Integrationsideologien des Antikommunismus und des christlichen Konservatismus ein gerüttelt Maß an Werthaltungen transportiert worden sein, die der Demokratie gegenüber gleichgültig und fremd, wenn nicht reserviert bis ablehnend gegenüberstanden. War für die Ausgangslage der Bundesrepublik eine Art von Generalvorbehalt charakteristisch, weil die neue Demokratie nicht von den Deutschen selbst, sondern als „Implantat“ zumal der amerikanischen Besatzungspolitik eingeführt worden war, so blieb die Haltung gegenüber dem demokratischen System bis tief in die 60er Jahre hinein durch eine innere Ambivalenz geprägt, die kaum weniger tief gewesen sein dürfte als der Bruch im kollektiven Bewusstsein nach 1945 insgesamt.

Einen schlagenden Beweis dafür erbrachten zu Anfang der 60er Jahre die Studien, mit denen die Amerikaner Almond und Verba bekanntlich die moderne politische Kulturforschung begründet haben. Obschon ihre Untersuchung nur vom einem moderaten Verständnis der liberalen Demokratie ausging, zeigte die Bundesrepublik einen hohen Anteil an vor- und antidemokratischen Werthaltungen und damit ein schwerwiegendes Defizit an

¹³⁰ Vgl. dazu jetzt Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.

„civic culture“, zumal wenn man den Vergleich mit anderen westlichen Demokratien anstellte.¹³¹ Auf einen ähnlichen Befund stützten sich zehn Jahre später bekanntlich Alexander und Margarete Mitscherlich, als sie den politischen Immobilismus der Adenauer-Ära in Zusammenhang brachten mit der Weigerung der etablierten Führungseliten der Bundesrepublik, sich mit der NS-Vergangenheit auseinander zu setzen.¹³²

An den Gegenargumenten, die diese und ähnliche Diagnosen ausgelöst haben, ist interessant, dass sie mehr die Begründung der ungesicherten Demokratiekultur und weniger den Tatbestand selber in Zweifel gezogen haben. Wenn Hermann Lübke 1983 in einer bekannt gewordenen Rede argumentierte, „dass die gewisse öffentliche Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheit, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik auszeichnet, eine Funktion der Bemühung war, zwar nicht diese Vergangenheit, aber doch ihre Subjekte in den neuen Staat zu integrieren“¹³³, so bestätigte er damit, wenngleich widerstrebend, wie zwiespältig die kollektive Haltung gegenüber der Demokratie gewesen sein muss. Sicherlich ist die „institutionalistische“ Frage berechtigt, ob die Bundesrepublik nicht gerade in ihrer frühen Phase primär durch den Vorlauf der Institutionen geprägt wurde¹³⁴, doch ist damit die Grundprämisse der politischen Kulturforschung nicht erschüttert, dass die Ausbildung einer demokratischen Kultur sowohl einer gewissen Eigenlogik unterliegt als auch eine lange Reifezeit braucht.

In genau diesem Sinne haben die Studien von Martin und Sylvia Greiffenhagen am Ende der 70er Jahre, jetzt eher aus partizipationstheoretischer Perspektive und auf einer denkbar breiten Materialbasis, den von Almond und Verba konstatierten Rückstand noch einmal bestätigt. Sie stellten die Entwicklung des „schwierigen Vaterlandes“ gleichsam im Längsschnitt dar: als einen widersprüchlichen und langsamen Prozess, in dem autoritäre und antidemokratische Traditionen nur ganz allmählich durch eine demokratische Kultur abgelöst wurden.¹³⁵

¹³¹ Gabriel A. Almond, Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1965.

¹³² Alexander und Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern* (zuerst 1967), München 1977

¹³³ Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart*, in: Martin Broszat (Hg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme*, Berlin 1983, S.329ff.

¹³⁴ So M. Rainer Lepsius, *Die Prägung der politischen Kultur der Bundesrepublik durch institutionelle Ordnungen*, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S.63ff.

¹³⁵ Martin und Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*, Frankfurt/M 1981.

2. Ein neuer Gründungsmythos der Bundesrepublik?

Auf welche Weise gehört die sog. Frankfurter Schule in dieses zeitgeschichtliche Szenario? Welche Rolle spielte besonders Adorno, als ihr am meisten präsenster Vertreter, in der Frühgeschichte der Bundesrepublik? Waren seine und Max Horkheimers Aktivitäten auf dem langen und langwierigen Weg, der bis zur Konsolidierung der demokratischen Kultur zurückzulegen war, eher fördernde oder eher hemmende Faktoren? Die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen war lange Zeit nur im Sinne parteilicher Spekulationen möglich, deren pro und contra direkt mit der politischen Bewertung der Studentenbewegung verkoppelt war. Und die seit den 70er Jahren reichlich fließende Sekundärliteratur zur Frankfurter Schule konnte in diesen Streit kaum schlichtend eingreifen, solange sie fast ausschließlich ideengeschichtlich, meist sogar ideenpolitisch engagiert und an der Kanonisierung des Schulzusammenhangs interessiert war. Unbemerkt musste auf diese Weise auch bleiben, dass die von Horkheimer lange verzögerte Neuauflage des am meisten kanonisierungsverdächtigen Textes, der „Dialektik der Aufklärung“, mit einer zeitgeschichtlichen Relativierung eingeleitet wurde. „Nicht an allem“, heißt es hier in der Einleitung vom April 1969, also wenige Monate vor Adornos Tod, „halten wir unverändert fest. Das wäre unvereinbar mit einer Theorie, die der Wahrheit einen Zeitkern zuspricht, anstatt sie als Unveränderliches der geschichtlichen Bewegung entgegensetzen.“¹³⁶.

So offensichtlich die Frankfurter Schule in der Nachkriegszeit einem rapiden Wandlungsprozess unterworfen war, so lange hat die Einsicht auf sich warten lassen, wie wörtlich man diese späte und minimalistische Selbstdefinition zu nehmen hat. Erst die neuere Forschung, die explizit zeitgeschichtlich orientiert und aus Archivstudien heraus gearbeitet ist, die ihre ideengeschichtlichen Aussagen an politischen und sozialen Kontextanalysen überprüft, hat die gesamte Topographie energisch umzuschichten begonnen, in die die Frankfurter Schule gehört. Demnach ist der Schwerpunkt der Wirkungsgeschichte von Horkheimer und Adorno nicht mehr primär in den dramatischen Endjahren der glücklosen Weimarer Republik zu suchen, auch nicht in den Gebirgen der intellektuellen Emigration, die der Deutungsphantasie so reichlichen Stoff anbieten. Als ergiebiger erweisen sich die Ebenen der westdeutschen Gesellschaft, also eine Landschaft, die bislang nur als die banale Vorgeschichte der Gegenwart erschien. Offenbar steht nun auch die am längsten resistente Theoriebastion der Nachkriegszeit an jener Klippe, die die Gegenwart von der Vergangen-

¹³⁶ Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M 1969, Zur Neuausgabe, S. IX.

heit trennt. Die Frankfurter Schule ist in den Strudel der „Historisierung“ geraten, und das bedeutet, dass nicht nur die Karten neu gemischt werden, sondern dass ein ganz neues Spiel beginnt.

Ein erster und voluminöser Vorstoß in diese Richtung ist die „Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule“ von Albrecht, Behrmann und anderen, die unter dem präntiösen Titel „Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik“ erschienen ist.¹³⁷ Dieses Buch ist auch deswegen hervorzuheben, weil es die Historisierung nicht nur zum Programm erhebt, sondern auch extrem auslegt, d.h. seine Grundthesen mit objektivierenden, mit soziologischen und teilweise quantitativen Methoden zu belegen versucht. Aber wird dadurch, was im sog. Historikerstreit skandalisiert worden ist, seine unbefangene Bedeutung zurückerhalten, nämlich das Verständnis von Historisierung als historischer Kritik?

Diese Neuvermessung der Frankfurter Schule orientiert sich deutlich an einer Gesamttendenz, die grob in drei Thesen zusammenfasst werden kann und von denen jede für sich eine liebgewordene Konvention umstößt: Einmal wird behauptet, dass die sog. Frankfurter Schule zwar in den 30er Jahren entstanden, aber erst in den 50er und 60er Jahren richtig zur Wirkung gekommen sei; zweitens sei diese zweite Phase geprägt gewesen durch die absichtsvolle Verleugnung der ursprünglich marxistischen Grundlage, die strategisch der reibungslosen Integration in der westdeutschen Gesellschaft diene; und dies wiederum habe drittens dazu geführt, dass Horkheimer und Adorno in der frühen Bundesrepublik nicht nur prominent, sondern geradezu zu intellektuellen Gründerfiguren geworden seien, ja noch mehr: Was Adenauer für die Bundesrepublik außen- und innenpolitisch war, das wurden die Frankfurter in intellektueller Hinsicht: *das* Fundament der westdeutschen Demokratie.

Das ist sicherlich als Provokation für die verbliebenen „Anhänger“ der Frankfurter Schule gemeint, geht aber weit darüber hinaus. Und weil die Autoren in den mittlerweile zugänglichen Archiven gründlich recherchiert haben und ihre Behauptungen zielsicher im kulturellen Dschungel der frühen Bundesrepublik zu platzieren verstehen, wird man sich mit ihnen ernsthaft auseinandersetzen müssen. In der Tat: Endlich beginnt man einige der Merkwürdigkeiten genauer zu verstehen, die das Verhalten Horkheimers und Adornos nach ihrer Remigration aufweist und die Entwicklung des Instituts für Sozialforschung geprägt haben, nachdem es 1951 feierlich wiedereröffnet worden war. Um nur die auffälligsten zu

¹³⁷ Clemens Albrecht, Günther C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann, Friedrich H. Tenbruck, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M., New York 1999.

nennen: Weshalb Horkheimer als jüdischer Remigrant so sehr darauf geachtet hat, dass die evident marxistischen Grundlagen der interdisziplinären Institutsarbeit aus den 30er Jahren, konkret die „Zeitschrift für Sozialforschung“ im „Giftschrank“ verschlossen blieben - natürlich um dem immer noch virulenten antisemitischen Stigma vorzubauen und dem Institut im antikommunistischen Adenauer-Staat eine unbehelligte Wirkungssphäre zu sichern! Weshalb die Nostalgiker der bürgerlichen Philosophie und der „großen“ Kunst, als die sich Horkheimer und Adorno im sinnhungrigen Nachkriegsdeutschland entpuppten, gleichzeitig als Anwälte der empirischen Sozialforschung und ihrer amerikanischen Methoden auftraten - natürlich um der Kontinuität der „deutschen Ideologie“ an den Universitäten zu wehren, die sich in neuhumanistischer Verkleidung beinahe unbeschadet über die Klippen der Entnazifizierung hinweggerettet hatte.

Ganz besonders muss in diesem Zusammenhang die Pointe interessieren, die an Adorno widerspruchs-, aber auch folgenreicher greifbar wird als an Horkheimer, der dem Jüngeren die Institutsgeschäfte 1959 übergeben hatte und seitdem nur noch sporadisch öffentlich auftrat. Während der Ältere einem lange verborgenen Hang zu einer melancholischen Theologie nachgab, trat Adorno immer energischer ins Rampenlicht. Zurecht stellen die Autoren daher die Frage ins Zentrum: Wie war es im Verlauf der kurzen 50er Jahre möglich, dass aus einem esoterisch-philosophischen Musikschriftsteller, der Adorno von Konstitution und Erziehung her war, nicht nur ein führender Soziologe der Bundesrepublik wurde, sondern ein einflussreicher Stichwortgeber der Kulturentwicklung und schließlich - gegen Ende der 60er Jahre - sogar der Promotor von so widersprüchlichen politischen Erscheinungen wie der außerparlamentarischen Opposition auf der einen und einer betulichen und gleichzeitig abstrakten Demokratiepädagogik auf der andern Seite? Und weiter: Wie konnte dieser denkbar scharfe Kritiker der „Kulturindustrie“, dem das Amerikaerlebnis tief in den Knochen saß und der sich in der „Dialektik der Aufklärung“ auf einen abgründigen Geschichtspessimismus festgelegt hatte, zu einer so hohen Präsenz in den bundesrepublikanischen Feuilletons, in den 60er Jahren geradezu zum Philosophie-„Star“ in Rundfunk und Fernsehen werden?

Um diese Fragen zu beantworten, wird reichlich Belegmaterial aufgeboten – und die Frankfurter Archive erweisen sich in dieser Hinsicht wahrhaft als Fundgruben der westdeutschen Zeitgeschichte: es reicht vom hintergründigen Zitat besonders aus dem Briefwechsel zwischen Horkheimer und Adorno, der in den 60er Jahren mit unverminderter Intimität fortgeführt wurde, über die Dokumente der Wissenschafts- und Forschungsarbeit am Institut bis zur Rekonstruktion der formellen und informellen Netzwerke,

die eine dichte Einbettung des Instituts in die kulturelle Landschaft der Bundesrepublik belegen. Und schließlich werden sogar die Radio- und Fernsehauftritte der Frankfurter Schulhäupter ausgezählt und mit der Medienpräsenz vergleichbarer Großintellektueller verglichen. Wie es bei einem so disparaten Material nicht anders sein kann, bietet sich auf den ersten Blick kein einfaches und übersichtliches Bild für Adornos öffentliche Wirksamkeit. Manchmal sprechen die Fakten für sich, manchmal wird auf die vage Annahme vom „Eigengewicht“, dann wieder vom „gemeinsamen Takt“ der subjektiven und objektiven „Lagen und Entwicklungstendenzen“ gebaut (529), um seinen intellektuellen Einfluss zu messen. Weil man aber die groben Klötze bevorzugt, treten bald zweifelhafte Erklärungsmuster dezisionistischer Art und geistespolitische Kurzschlüsse in den Vordergrund, etwa so: „Die Kritische Theorie hat es zuvor überhaupt nicht gegeben. Sie ist 1968 erfunden worden“. (386) - als nämlich der Giftschrank im Keller geöffnet wurde und der marxistische Geist aus der Flasche strömte!

Einen methodischen Ausrutscher wie diesen könnte man als Aperçu für die sagenhaften Schlussturbulenzen der 60er Jahre stehen lassen, würden im weiteren Verlauf die Facetten der Frankfurter Schule nicht immer mehr auf ein einziges Erklärungsmodell festgenagelt werden. Diese Wirkungsgeschichte gerät auf eine zeitgeschichtlich schiefe Band, gerade weil sie angestrengt „realistisch“ sein will. Als historische Pädagogen wollen die Autoren im Übergang zu den 70er Jahren besonders die Bildungskonzeption der Kritischen Theorie herausarbeiten. Doch die muss eine ausgesprochen affirmative Wendung zur demokratischen „Staatspädagogik“ nehmen, weil man sich kaum die Mühe macht, die an Emanzipations- und Kritikvorstellungen orientierten Bildungsziele genauer anzusehen. Nicht zufällig wird diesem Strang der Frankfurter Erfolgsgeschichte – in gerade hämischer Weise - eine Art politischer Agententheorie unterlegt. Für das Hinüberwirken von Adornos „Erziehung zur Mündigkeit“ in die Praxis, also z.B. ihren Einfluss auf die Hessischen Rahmenrichtlinien liest sich das dann so: „Als die Kritische Theorie in der Pädagogik zur Herrschaft gelangt war, wurden die Lehrer also zu ihren Agenten“ (405).

Doch damit nicht genug, die Spirale der Agententheorie muss noch ein Stück weitergedreht werden, damit die Frankfurter Schule wirklich fugendicht in die affirmative Gründungsgeschichte der Bundesrepublik eingepasst werden kann. Möglich wird dies durch eine Hypothese, die in dem Buch von Anfang an präsent, aber auch versteckt ist: in den Überlegungen zur Vergangenheitsbewältigung, die Friedrich H. Tenbruck, der spiritus rector des als Forschungsprojekt begonnenen Buches, im vierten Kapitel formuliert – hier wird im kruden Stil einer ziemlich abstrakten Hypothese

der frühe Ausgangspunkt des gesamten Unternehmens greifbar. Danach waren die vielfältigen Initiativen und Ideen Horkheimers und Adornos, die ansonsten Detail versessen rekonstruiert werden, bereits in den 40er Jahren fix und fertig, nämlich funktional auf das *eine* „Zukunftsprojekt“ der Vergangenheitsbewältigung hin ausgelegt. Und konsequenterweise liegt hier dann auch die politisch-strategische Schiene, auf der die Frankfurter Schule in den großen Erfolg rollte und dabei die Gesellschaft der Bundesrepublik zu ihrem Objekt machte. Durch die „Internalisierung“ der NS-Vergangenheit (statt seiner „Externalisierung“ wie in Österreich oder der „Universalisierung“ wie in der DDR), behauptet Tenbruck, war die Vergangenheitsbewältigung integraler Bestandteil der bundesrepublikanischen Identitätsbildung geworden. Erst durch die Frankfurter Schule aber entfaltete sie eine solche Dynamik, dass eine neue Qualität erreicht wurde: „Man muß deshalb die Geschichte der Vergangenheitsbewältigung auch als Geschichte der Renationalisierung der Bundesrepublik lesen“, resümieren die Tenbruck-Schüler und fügen hinzu: „Deutsch zu sein aber bedeutet, sich mit der Vergangenheit auseinander zusetzen.“(570)

Mit dieser Schlussfolgerung wird endgültig offenbar, wie überspannt der Erklärungsbogen dieser Neudeutung der Frankfurter Schule auf der ganzen Linie ist. War die Wirkung der Frankfurter Schule tatsächlich eine so kolossale Erfolgsgeschichte? Kann man wirklich behaupten, dass ausgerechnet die Schule, die den Begriff der Kritik im Titel führte, *das* intellektuelle Fundament bereitstellte, auf dem der westdeutsche Staat aufgebaut wurde? Nichts ist bekanntlich erfolgreicher als der Erfolg, aber derartige Tautologien erklären eben auch nichts! Auch wenn konzediert wird, dass zu keiner Zeit die Wiederkehr des alten, des völkischen Nationalismus, sondern eine „verwestlichte Nation nach dem Muster Frankreichs und der USA“ (571) gemeint war, bleibt doch die wahrhaft absurde Behauptung stehen, dass ausgerechnet die Kritische Theorie zum Agenten einer Renationalisierung der Bundesrepublik geworden sein soll:

„In diesem Prozess der Renationalisierung durch Vergangenheitsbewältigung spielt die Frankfurter Schule nicht allein durch die universalisierbaren sozialpsychologischen Theorien eine Rolle, sondern auch durch die Tatsache, dass Horkheimer und mehr noch Adorno zu den dezidierten Verteidigern des humanistischen Erbes der deutschen idealistischen Philosophie zählen. Als Juden, Remigranten, Sozialwissenschaftler und Linksinтеллекuelle gab es neben ihnen kaum andere Intellektuelle, die glaubwürdiger in der Rehabilitierung deutscher geistiger Traditionen waren. Eben weil der Faschismus für Horkheimer und Adorno kein spezifisch deutsches Phänomen war, war...die Kritische Theorie die einzige Position,

durch die ein radikaler Bruch mit dem Faschismus ohne Bruch mit der eigenen kulturellen Identität möglich war“ (571)

Offenbar kann dieses Resümee so nicht stehen bleiben. Selbst wenn manche Beobachtung richtig und manche Bewertung originell ist - die Details der Analyse stimmen nicht zusammen, weil die Gesamtperspektive nicht richtig ist. Und dies wiederum hängt mit den strategischen und agententheoretischen Prämissen zusammen, durch die die Wirkung der Frankfurter Schule perspektivisch vergrößert und objektivistisch verzerrt erscheinen muss. Re-education, Soziologisierung, Pädagogisierung, Renationalisierung - dieses Tremolo von Begriffen etabliert die Projektionsfläche einer kulturellen Hegemonie, von der ich weder erkennen kann, dass sie von der Frankfurter Schule in den 50er Jahren angestrebt wurde, noch dass sie in den 60er und 70er Jahren irgendeine Durchsetzungschance hatte. Solange die starken und vielfältigen Gegentendenzen in dieser Epoche nicht hinreichend überprüft sind und auch in keiner Weise geklärt ist, inwiefern die Vergangenheitsbewältigung zum Projektil des kulturellen Hegemoniestrebens überhaupt taugte, muss vor allem die These von der „Renationalisierung“ der Bundesrepublik als maßlos übertrieben zurückgewiesen werden - oder besser als interessierte Rückprojektion aus einer Gegenwart, die die papierernen Fronten des Historikerstreits aus den 80er Jahren als reale Aufmarschreihen eines politischen Kulturkampfes missversteht.

3. Das Erfolgsgeheimnis des „nonkonformistischen Intellektuellen“

Die Vorstellung einer nachholenden intellektuellen Gründung ist für die frühe Bundesrepublik ebenso unrealistisch wie es der Mythos von der „Stunde Null“ für die 40er Jahre war. Theoriegebeugte jüdische Remigranten in der Triumpfpose politischer Sieger? – dieses Bild ist obszön und entstammt der Mottenkiste des Antisemitismus! Und dennoch steckt in der Provokation ein bedenkenswerter Rest, wenn man nämlich die wirkungsgeschichtliche Frage ernst nimmt und also nicht mehr daran vorbeikommt, dass die Frankfurter Schule in der politisch-intellektuellen Geschichte der Bundesrepublik tatsächlich immer sichtbarer hervortritt. Eine Theorie der kulturellen Hegemoniebildung in der abgemilderten Form einer spezialisierten Intellektuellengeschichte?

Anlass für eine solche Frage gibt die Studie über die „Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule“, die Alex Demirović unter dem Titel „Der nonkonformistische Intellektuelle“ vorgelegt hat.¹³⁸ Auf der einen Seite möchte man dieses nicht weniger voluminöse Buch als eine Art

¹³⁸ Alex Demirović, Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt/M 1999.

offiziöser Gegendarstellung zu Albrecht, Behrmann u.a. lesen, weil sein Verfasser nicht nur langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung ist, sondern sein Buch aus einem hauseigenen Habilitationsprojekt hervorging und noch dazu im Suhrkamp Verlag gedruckt wurde. Auf der andern Seite verbietet sich die voreilige Konfrontation: Demirović hat ebenso gründlich in den Archiven des Instituts für Sozialforschung recherchiert und er teilt die Intention, die ideengeschichtliche an der wirkungsgeschichtlichen Perspektive zu brechen und d.h. soziologisch zu argumentieren. Ob er dadurch der nahe liegenden apologetischen Versuchung entgeht, wird zu fragen sein.

Offen gelegt werden zunächst die theoretischen Prämissen dieser Darstellung der Frankfurter Schule: Demirović entwickelt als seine Grundlage eine Soziologie des Intellektuellen, die zwar in enger Tuchfühlung mit den grundlegenden Texten der Nachkriegsperiode, allen voran mit dem Kulturindustriekapitel der „Dialektik der Aufklärung“, bleibt, doch bemüht er für seine verstärkte Aufmerksamkeit auf die dazugehörige „intellektuelle Praxis“ vor allem Gramsci und Foucault: Von Gramsci entlehnt er das Konzept der „kulturellen Hegemonie“ und des dazugehörigen „organischen Intellektuellen“, und die Foucault-Rezeption dient ihm dazu, die Beziehung von „Wahrheit“ auf „Macht“ zu erläutern und im Begriff der „Wahrheitspolitik“ die politische Funktion des Intellektuellen festzuschreiben. (vgl. bes. S. 16ff.). Schon in der theoretischen Grundlegung ergibt sich also eine gewisse Paradoxie: Während der Witz dieser Definition des Intellektuellen darin liegt, dass eine positive Beziehung auf Politik und Machtstreben zumindest impliziert ist, muss die Anwendung dieses Konzepts auf die Frankfurter Schule gerade diesen Zusammenhang wieder relativieren: Demirović stellt den Begriff des „nonkonformistischen Intellektuellen“ ins Zentrum und legt damit die Praxis der Frankfurter Schule auf die negative Tätigkeit der Kritik fest.

Nur, was heißt in diesem Zusammenhang „Nonkonformismus“? Und inwiefern lässt sich sagen, dass ausgerechnet die negative Tätigkeit der Kritik mehr ist als Theorie, also den Namen der politischen Praxis tatsächlich verdient? Es ist ziemlich klar, dass an dieser Frage die Plausibilität des gesamten Unternehmens hängt und Demirović schlägt bei ihrer Beantwortung ziemlich genau den entgegen gesetzten Weg ein als das Autorenkollektiv Albrecht und Co. Er begründet den kritisch-nonkonformistischen Intellektuellen zunächst immanent aus der „Dialektik der Aufklärung“, also dem philosophischen Gemeinschaftswerk der Exilphase, um dann aber darauf zu achten, wie sich diese hochabstrakten Überlegungen in dem Maße

zu wandeln beginnen, wie die Remigrationspläne in den Vordergrund treten und schließlich Gestalt annehmen. (bes. S. 75ff.) Die Rückkehr nach Deutschland war nach dieser Darstellung verbunden mit einer erstaunlich konkreten und positiven Wendung bei Horkheimer und Adorno, so dass sich in den frühen 50er Jahren die brisante Konstellation ergab, dass die keineswegs dementierten pessimistischen Geschichtsspekulationen der letzten Exilphase gleichsam koexistierten mit sich konkretisierenden, aber auch rasch vervielfältigenden Tätigkeiten. Horkheimer in einem späten Rückblick: „Und so war unser Grundsatz, theoretischer Pessimist zu sein und praktischer Optimist“ (S.740).

Es war also eine durchaus widersprüchliche Haltung, hervorgehend aus einem durchaus widersprüchlichen Verständnis von Theorie und Praxis, die das Verhalten Horkheimers und Adornos in der frühen Bundesrepublik prägte. Und Demirović verfährt insoweit konsequent, aber auch immanent, als er eine Einheit zwischen Haltung und Verhalten annimmt und sich also auf den Denkstil der Frankfurter konzentriert, der zwar in hohem Maße theoretisch konditioniert war, aber eben auch praktisch wirken konnte, weil er einen prägnanten intellektuellen Habitus verkörperte und diesen in der Öffentlichkeit auch zu behaupten verstand. Die Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, so seine These, ist identisch mit der wirkungsvollen Präsentation des kritisch-dialektischen Denkstils, was allerdings seine öffentliche Darstellung, seine vielschichtige Anwendung auf wechselnde Situationen, seine argumentative Verteidigung im Konfliktfalle, aber auch seine institutionelle Verkörperung und seine Verankerung im gesellschaftlichen und politischen Gesamtgefüge mit einschließt. Es sind diese „diskursiven Praktiken“, die vom Privatbrief über den Projektantrag bis zum Essay und zum theoretischen Buchtext reichen, also kleine und große „Texte“ in ihrer Vielfalt und Einheit, die es zu analysieren gilt, um zu verstehen, was die Frankfurter Schule historisch war.

Demirović tut gut daran, diese methodischen Überlegungen gleich durch Kontextstudien zu flankieren. Und weil der Entschluss zur Remigration von Horkheimer an die Wiedererrichtung des Instituts für Sozialforschung geknüpft war, dem er eine Heimstätte in der wiedererstandenen Universitätslandschaft sichern wollte, bietet sich eine Analyse der offizieller Rektorsreden an, wie sie an den westdeutschen Universitäten in guter alter Tradition fortgesetzt wurden. Und tatsächlich ergibt der Vergleich mit Horkheimers Reden, der bekanntlich im Wintersemester 1951/2 zum Rektor der Universität Frankfurt gewählt wurde, ein interessantes, aber auch ambivalentes Bild: Während die meisten Universitätsreden – bis hin zu den frühen und bekannten von Karl Jaspers – sich darin erschöpfen, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Katastrophe an die angeblich unbe-

schädigte Substanz der deutschen Universität anzuknüpfen, stimmt zwar auch Horkheimer in den verbreiteten neuhumanistischen Tenor ein, doch scheinen seine Appelle an die Vernunft und seine Aufforderung an die Studierenden, Zivilcourage zu zeigen, stärker durch die Reflexion auf gesellschaftliche Topoi charakterisiert. Bedient Horkheimer hier eher den „nonkonformistischen Intellektuellen“ oder verbleibt er im „Diskursfeld“ der „deutschen Mandarine“ (Fritz Ringer)? Es ist interessant, dass sich Demirović schwer tut, diese Alternative klar zu entscheiden, während immerhin offensichtlich wird, dass neben den diplomatischen Ergebenheitsgesten des Rektors Horkheimer gegenüber dem zum akademischen Festakt geladenen Bundeskanzler auch demokratietheoretische Assoziationen Platz finden, wie sie sich z.B. wenig später in der Untersuchung über das politische Bewusstsein der Studenten niederschlagen. Freilich mussten noch viele politische Skrupel des ängstlichen Institutsdirektors überwunden werden, bis sie dann 1962 unter dem Titel „Student und Politik“ veröffentlicht wurden. (S.194ff.).

Einer ähnlichen Doppelstrategie – immanente Rekonstruktion plus Kontextanalyse - folgt Demirović, wenn er die Wiederbegründung des Instituts für Sozialforschung darstellt und dabei die disziplinäre Etablierung der Soziologie als Hintergrund nimmt. Sicherlich kann man die Umständlichkeit beklagen, mit der hier das Zwerggetrippel aus den Archivkellern auf einen Siebenmeilenschritt der Soziologiegeschichte projiziert wird, doch werden auf diese Weise einige interessante Details beleuchtet: z.B. dass es zwischen Horkheimer und anderen wissenschaftlichen Gründerfiguren wie Rene König (Köln) oder Arnold Bergstraesser (Freiburg) einen erstaunlich hohen Anfangskonsens gab, der Zerfall in verfeindete „Lager“ also offenbar erst das Produkt späterer Entwicklungen war; oder dass die mehr von Adorno als von Horkheimer betriebene Dominanz des philosophischen-hermeneutischen Elements in den Sozialwissenschaften weder die alte Idee der interdisziplinären Forschung über Bord gehen ließ noch auf eine generelle Geringschätzung der empirischen Methoden hinauslief. Im Gegenteil: die wichtigsten Projekte des Instituts für Sozialforschung waren sowohl interdisziplinär wie empirisch orientiert, standen allerdings gleichzeitig und explizit unter dem Primat der philosophischen Reflexion – die Formierung des „nonkonformistischen Intellektuellen“ hatte eben doch mit der Wiederkehr des Philosophenkönigtums zu tun!

Dazu zählte sowohl die bereits genannte Befragung über das politische Bewusstsein der Studenten, die übrigens die pessimistischen Annahmen über die Kontinuität des autoritären Potentials bestätigte, als auch die schon Anfang der 50er Jahre begonnene Untersuchung über die Repräsentanz des Nationalsozialismus im gegenwärtigen Bewusstsein der Bundesbürger, die

1955 unter dem Titel „Gruppenexperiment“ publiziert wurde. Wurden dort staatstheoretische und ideologiekritische Fragestellungen methodisch verknüpft, so wurden hier psychoanalytische Annahmen zu Schuld und Verdrängung in Beziehung zu demokratischen und zivilgesellschaftlichen Wertvorstellungen gesetzt – mit einem ähnlich ernüchternden Befund. Die detaillierte Darstellung dieser Zusammenhänge ist instruktiv, weil es den spezifischen, d.h. auch begrenzten Beitrag genau zu bestimmen erlaubt, den die Frankfurter Schule für die Ausbildung und Festigung einer demokratischen Kultur in Westdeutschland tatsächlich geleistet hat. Er war, wie es scheint, primär methodischer Art und bestand am ehesten in der Aufklärung der komplexen Einbettung bewusster und unbewusster Elemente in die kulturelle Reproduktion, die gegenüber der Demokratie entweder fördernde oder hemmende Wirkungen entfalten konnten, während konkretere Initiativen politikberatender Art, die aus den sporadischen Kontakten des Instituts zu Militärs oder zum Verfassungsschutz erwartbar sein könnten (bes. S.367ff.), eher kurios, aber auch bedeutungslos waren.

So geschickt Horkheimer in den 50er Jahren als „großer Kommunikator“ auch agieren mochte und so überraschend sich manche seiner späteren Bekenntnisse zur „Führungsmacht USA“ und zur „Wertegemeinschaft des Westens“ auch anhören – die Frankfurter intendierten oder betreiben zu keiner Zeit eine „Schule für Demokratieerziehung“, sondern reihten sich allenfalls in die in soziologischen Fachkreisen konsentierten Bestrebungen ein, die deutsche Bildungstradition mit ihrer typisch philosophischen und geistesgeschichtlichen Ausrichtung als eine Art „Container“ zu benutzen, in dem empirische Methoden, eingepackt in die moderaten Formen qualitativer Analysen, zur Aufklärung der Hindernisse für eine demokratische Kultur beitragen konnten. Verglichen mit dem durchaus beredten Material, das solche Differenzierungen anzubringen erlaubt, sind die überlangen Ausführungen zur akademischen Schulbildung im engeren Sinn, also zur Prüfungs-, Rekrutierungs- und Lehrpraxis der Frankfurter Meister, konkret z.B. die Seminarprotokolle der großen und kleinen Frankfurter Meisterschüler oder die vergeblichen Versuche, die Zeitschrift für Sozialforschung wieder aufleben zu lassen, wieder von sekundärem Interesse.(Vgl. 382-507) Bleibt das Rätsel Adorno. Dass es dieses Rätsel gibt, wenn es um die Nachkriegsgeschichte der Frankfurter Schule geht – dies verdeutlicht das nicht enden wollende Exerzitium, in das Demirović sich verstrickt, wenn er die zweite Hälfte seines 1000-seitigen Buches auf die Analyse der „theoretischen Praxis“ der Frankfurter Schule verwendet. Offenbar ist Adorno nicht nur der Realtypus des idealtypisch entwickelten „nonkonformistischen Intellektuellen“, sondern auch sein Archetypus, der in der Geschichte der Bundesrepublik majestätisch und einzigartig dasteht. Angesichts dieser

Lage gerät der Rezensent in eine bedrängte Situation, weil der Stil der Darstellung in die kanonische Immanenz abzugleiten droht, und er ist versucht, sich durch eine einfache Unterscheidung zu retten: Instruktiv ist und bleibt Demirović überall dort, wo tatsächlich Wirkungsanalyse betrieben und d.h. die vielfältige und verblüffende Rezeptionsbreite aufgeblättert und vergleichend rekonstruiert wird, die jede der größeren Publikationen Adornos gefunden hat. Problematisch aber wird es dann, wenn diese Wirkung nicht mehr nur als Resultat einer literarischen Praxis verstanden wird, die bestimmten rekonstruierbaren Regeln folgte, sondern wenn Regeln und Wirkung miteinander zu verschmelzen beginnen („theoretische Praxis“!), weil beide als Emanation einer sich selbst begründenden „Wahrheitspolitik“ erscheinen.

Zum Glück kennt der Verfasser die Suggestion, die von einem „Meisterdenker“ wie Adorno ausgehen kann, auch hat er an seiner Hand die Ehrfurcht gebietende Galerie der metaphysischen Sinnsucher hinter sich gelassen. So kann er sich damit begnügen, das mächtige Thema von „Theorie und Praxis“ mit kleinem Werkzeug anzupacken und die große Wirkung, die Adorno in der Nachkriegszeit ohne Zweifel hatte, vor allem an seiner Sprech- und Schreibweise festzumachen. Zwar ist er nicht so konsequent, Adornos Texte wirklich als Sprach- und Textwissenschaftler zu zergliedern, doch interessiert er sich hauptsächlich für die literarische Haltung, die den philosophischen wie den soziologischen Arbeiten Adornos ihr unverkennbares Gepräge gegeben haben. So analysiert er die „Minima Moralia“, die sein erster Erfolgstitel wurden, einleuchtend unter dem Stichwort der „paradoxen Redesituation“, weil diese philosophischen Reflexionen von der Variation des Gestus leben, die tradierten humanistischen Normen an der Erfahrung des „beschädigten Lebens“ scheitern zu lassen. (S. 525ff.) Und überraschend und überaus instruktiv für die intellektuelle Ausgangslage der Bundesrepublik macht sich dann die daneben gestellte Rezeptionsanalyse, die eine breite, sensible und überwiegend positive Resonanz fast aller intellektuellen Lager zeigt. (S. 537ff.). Die überragende Dominanz des Kulturellen, und zwar im Stoff wie im Stil seiner Behandlung, setzt sich fort in den 1955 publizierten „Prismen“. Jetzt ist Adorno in seinem eigentlichen Element angekommen, in dem der „Kulturkritik“, und dementsprechend lebhaft, aber auch kontrovers stellt sich das „Netz der Resonanzen“ dar (S. 585ff.): Adorno beginnt zu einer öffentlichen Figur zu werden, zu einer Autorität in Sachen Kultur - nicht nur angesichts der Breite seiner publizistischen Präsenz, die von der Musik über die Literatur bis zur Philosophie und Soziologie reicht, sondern mehr noch wegen seiner Schreibweise, die essayistisch, aber eben in diesem Genre als sprachprägend und stilbildend anerkannt wird. Das letztere ist

prägnant daran ablesbar, dass diese stilbildende Wirkung gerade auch von denen hervorgehoben wird, die seine Arbeiten kritisieren. Es ist schade, dass Demirović an dieser Stelle die von ihm aufgeworfene Frage nicht wirklich zu Ende verfolgt, wie man das Verhältnis Adornos zur Tradition der deutschen Kulturkritik bestimmen soll, ob man dabei seinem Selbstverständnis als „kritischem Kulturkritiker“ wirklich trauen darf – oder ob die Übereinstimmungen mit dem tief sitzenden politischen Konservatismus dieser Zunft nicht vielleicht doch sehr viel höher ansetzen muss als es ihm selbst bewusst war. Wichtig ist festzuhalten, dass die Präsenz Adornos in allen bildungsbürgerlichen Medien schon Ende der 50er Jahre überragend war, so sehr, dass es tatsächlich schwer fällt, einen ihm ebenbürtigen kulturkonservativen Gegner auszumachen.

Adorno als Ikone des Bildungsbürgertums – und gleichzeitig die Inkarnation des „Linksintellektuellen“ in der Bundesrepublik? In der Tat, wie es 1960 ein Gratulant zu seinem 60. Geburtstag ausdrückt: „Man kann Adorno nicht ignorieren. Er hat Schule gemacht. Seine Schüler und Adepten machen Kulturpolitik als Theaterkritiker, Musiktheoretiker, als Lektoren und (Kultur-)Manager. Die musikalisch-literarische Avantgarde beruft sich auf ihn, hört auf ihn, lässt sich willfährig von ihm interpretieren. Außer Philosophie liest er Soziologie und Ästhetik, vor allem Musikästhetik. Er ist Direktor des Instituts für Sozialforschung, das eine einzigartige Stellung auf dem Gebiet der Soziologie in Deutschland einnimmt.“ (S.604/5) Die hegemoniale Stellung Adornos im Spannungsfeld zwischen Feuilleton, Buchmarkt und Universität hat sich bis zu seinem Tod nicht mehr verändert, sie bekam allenfalls noch weitere Stützpfeiler hinzu: durch seine philosophischen Publikationen zu Hegel und Heidegger bis hin zur „Negativen Dialektik“ (S. 603ff.), durch seine Protagonistenrolle im sog. Positivismusstreit in der deutschen Soziologie (S. 741ff.), und natürlich durch die Austragung der für ihn höchst schmerzlichen Konflikte mit den revoltierenden Studenten, die nicht zuletzt deswegen eskalierten, weil sie an das Trauma der Vernichtungsdrohung aus den 30er Jahren rührten (S. 856ff.).

Demirović stellt all dies in größter Ausführlichkeit dar und muss doch am Ende darauf verzichten, das Kapitel aufzuschlagen, in dem sich das Erfolgsgeheimnis Adornos am ehesten entziffern lässt: seine „Ästhetische Theorie“, seine Essays zur Literatur und vor allem seine Bücher zur Musik, die bekanntlich einen nicht geringen Teil der Gesammelten Schriften ausmachen. Hier, zumal in den Büchern zu Gustav Mahler und zur neuen Wiener Schule, finden sich nicht nur die Leitmotive seines gesamten Schaffens früh angelegt, greifbar wird auch die traumhafte Sicherheit, mit der Adorno die lebensphilosophisch imprägnierten „geistigen Erfahrungen“

seiner musikalischen Jugend – über alle Turbulenzen des englischen und des amerikanischen Exils hinweg - in sämtlichen „Erscheinungsformen des objektiven Geistes“ wieder erkannte. Vielleicht rührte die schier grenzenlose Produktivität als Schriftsteller, auf der Adornos Wirkung in der Bundesrepublik vor allem beruhte, daher, dass er diese Motive in einer unendlichen Klangreihe zwischen Leben und Denken nur immer neu variiert hat. Und vielleicht erklärt sich eben daraus auch die erstaunliche Konsonanz des remigrierten Linksintellektuellen mit seinem kulturbeflissenen Publikum: er spielte virtuos die geistigen Instrumente weiter, von denen viele in der Epoche des Nationalsozialismus verstimmt worden waren, vor allem aber verstand er neu zu stimmen, was des deutschen Bildungsbürgertums liebstes Instrument immer gewesen und auch nach Hitler geblieben war: die deutscheste aller Künste, die Musik.

4. Adorno in der kulturellen Topographie der Bundesrepublik – fünf Thesen

Die Erforschung der Frühgeschichte der Bundesrepublik ist erst nach der Wende von 1989 richtig in Fahrt gekommen. Nach wie vor steht man vor einem „weiten Feld“, das topographisch noch nicht hinreichend erfasst ist. Wer sich auf Adornos Nachkriegsschaffen einlässt, gerät rasch in das analoge Dilemma: Er steht in einem Gelände, das einem wild wuchernden Geistesgarten gleicht und sich auch durch die probate Einteilung in akademische Disziplinen - etwa Philosophie und Soziologie auf der einen, Kultur- und Kunsttheorie auf der andern Seite - kaum übersichtlicher gestaltet. In dieser Situation kann man den hier diskutierten Wirkungsgeschichten nur dankbar sein, dass sie nach dem Ariadnefaden suchen, der aus dem Labyrinth herausführen könnte. Dass sie dabei auf das Gebiet der politischen Kultur geraten, das einen zusätzlichen Hang zum Amorphen hat, wird man ihnen nicht vorwerfen können.

Tatsächlich war die Vergangenbewältigung oder, wie Adorno es vorsichtiger genannt hat, die „Aufarbeitung der Vergangenheit“ nicht nur ein existentielles Motiv seines eigenen Sinnens und Trachtens, sondern ein objektives Problem der bundesrepublikanischen Gesellschaft, das gelöst werden musste. Und ebenso offensichtlich ist, dass die politische Demokratie durch die Interventionen eines professionellen „Nonkonformisten“ wie Adorno an Substanz gewonnen hat. Welche Rolle hat er also für die Entwicklung der demokratischen Kultur in der frühen Bundesrepublik gespielt? Und wie passt umgekehrt sein vieldeutiges intellektuelles

Schaffen in die politisch-kulturelle Topographie, an deren Formierung er maßgeblich mitgewirkt hat? Dazu eine Perspektive in fünf knappen Thesen:

1. Statt Vermutungen zur politisch-strategischen Eignung der Frankfurter Schule anzustellen, für welche Ziele auch immer, sollte man die Wirkungsgeschichte eines Mannes wie Adorno eher mit seiner intellektuellen Physiognomie beginnen. Sein „Erfolg“ war vor allem und vor jeder Spezialisierung auf bestimmte Genres und Disziplinen in der persönlichen Ausstrahlungskraft eines akademischen Lehrers begründet, der im vollen Sinne der Wortes ein Intellektueller war, ein Mann des Wortes im Hörsaal wie in der Öffentlichkeit und ein *homme des lettres*, der keinen Unterschied zwischen Feuilleton, Wissenschaft und Politik kannte. Das genaue Gegenteil eines „strategischen“ Denkers, passte seine übersprudelnde Produktivität in keines der üblichen Schubfächer. Vielleicht war er der vorläufig letzte Universalgelehrte an einer deutschen Universität, und vielleicht lag das Geheimnis seiner stupenden Kreativität darin, dass er der unmittelbaren Erfahrung ihr Recht beließ und sich gegen jede Departmentalisierung des Geistes verwahrte. Eine ungehemmte Improvisationsgabe hielt sich die Waage mit einem ebenso hemmungslosen Mut zur theoretischen Abstraktion. Er war ein Meister der „kleinen Form“, die sich zur großen Wirkung auftürmte. Dies alles macht viele seiner Sätze so unwiderstehlich, aber oft auch schwer überprüfbar.

2. Adornos erstes und letztes Wort galt der Kunst und ihrer philosophischen Reflexion - seine Publikationen in der Bundesrepublik beginnen mit der „Philosophie der neuen Musik“ und enden mit der posthumen „Ästhetischen Theorie“. So groß sein Interesse für die Politik und so sehr es politisch begründet war - es blieb doch immer eingepackt in die dominanten kultur- und kunsttheoretischen Interessen. Seine Äußerungen zu Politik und Gesellschaft halten sich, genauso wie seine soziologischen oder philosophischen Schriften, an eine assoziative Methode, die der Kulturkritik näher steht als der systematischen Abhandlung oder der empirischen Analyse. Es ist keineswegs völlig abwegig, Adorno vom intellektuellen Habitus her in die lange Tradition des deutschen Kulturkonservatismus einzureihen, sofern man die folgenden Differenzierungen hinzufügt: Adorno stand entschieden gegen den restaurativen Neuhumanismus, er versuchte wettzumachen, was der Nationalsozialismus ruiniert hatte, in dem er dem klassischen Bildungskanon die musikalische und literarische Moderne gleichberechtigt hinzufügte. Hier zeigte Adorno größte Parteilichkeit: er war tatsächlich „Kulturkritiker von links“! Dass ihm dabei rüde Vereinseitigungen unterliefen, wie etwa die Kanonisierung der Schönberg-Schule oder die Abwertung der

engagierten gegenüber der esoterischen Literatur, steht auf einem andern Blatt.

3. Was Adornos Verhältnis zur politischen Kultur im engeren Sinne betrifft, so stellte er für die Bundesrepublik bereits früh die entscheidenden Fragen. Methodisch grundlegend dafür waren die Annahmen der an Freud geschulten analytischen Sozialpsychologie. Wenn die Focussierung der Forschungsstrategie von den objektiven zu den subjektiven Faktoren, von der Politikökonomie des Nationalsozialismus zu seiner Sozialpsychologie bereits Anliegen der frühesten Programmschriften Horkheimers gewesen war, so stellte die Wende zur Re-education, die dann Anfang der 40er Jahre erfolgte, weit mehr als nur eine Anpassungskurve im Überlebenskampf der Emigration dar: sie war eine hochsensible Einschätzung der kommenden Entwicklung in Deutschland und Europa und dementsprechend die prognostisch „richtige“ Weichenstellung. Adornos Auswertung des empirischen Gruppenexperiments von 1951 ist ein Schlüsseltext für das Verständnis der frühen Bundesrepublik, weil er das erste Mal die psychologische und kollektive Tiefendimension dieser seltsamen Zwitterkultur aus „Schuld und Abwehr“ freilegte. Vor allem stellte er den Zusammenhang mit der Demokratie her: Adorno fragte nach der Art und Weise, wie die Deutschen mit ihrer Verantwortung für die NS-Verbrechen umgingen, und kam zu dem Ergebnis, dass die projektive Abwehr der Schuldgefühle zu gespaltenen Persönlichkeitsstrukturen führte, deren Engagement für die Demokratie zweideutig und fassadenhaft bleiben musste.¹³⁹ Wenn es später eine politische Pädagogik bei Adorno gab, dann bestand sie vor allem in Gelegenheitsarbeiten und setzte wieder auf eher konventionelle Erziehungsziele wie „Aufklärung“, „Mündigkeit“, „Bildung“.

4. Welch außerordentliches zeitdiagnostisches Potential in der Kombination von kultureller Sensibilität und analytischer Sozialpsychologie steckte, lässt sich nirgends besser studieren als an Adornos Vortrag: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ von 1959.¹⁴⁰ Diese rhetorische Miniatur, wie man es nennen könnte, war eine Gelegenheitsarbeit und wurde doch ein „echter Adorno“ mit allem, was dazugehört: da ist die freie und improvisierte Rede, da ist das Ausgehen von der subjektiven Erfahrung und ihre politische Dramatisierung, da werden subtile methodologische und sozialwissenschaftliche Probleme popularisiert. Dem thematischen Aufriss scheint eine dramatische oder musikalische Form unterlegt, etwa so: 1. wird das „kalte Vergessen“ der Opfer beklagt und als eine Form des Nachlebens des NS beschrieben; 2. wird ein Zusammenhang mit dem Mangel an demokratischer Kultur hergestellt, 3. wird die Pathologie des Vergessens sozial-

¹³⁹ Friedrich Pollock (Hg.) Gruppenexperiment, Frankfurt am Main 1955.

¹⁴⁰ in: Gesammelte Schriften, Band 10.2, Frankfurt/M 1977, S.555ff.

psychologisch analysiert, 4. steigert sich die Rede zum bedrohlichen Bild des totalen Verblendungszusammenhangs, und 5. verebbt die Erregung in die Aufgabe der „demokratischen Pädagogik“. Bedenkt man den Ort dieses Vortrags (Adorno sprach vor dem Koordinierungsrat für Jüdisch-christliche Zusammenarbeit), bedenkt man vor allem den Zeitpunkt (wenige Wochen vor den berüchtigten und folgenreichen Hakenkreuzschmierereien Weihnachten 1959, die bekanntlich in Köln begannen, aber eine ganze Serie nach sich zogen), so möchte man Adorno fast eine prophetische Begabung zusprechen - hätte er nicht selber zeitlebens davor gewarnt, den Geniebegriff zu hypostasieren und das Aufklärungspotential der Sozialwissenschaften zumal gegenüber der Politik zu überschätzen. 6. Adorno hat das Kunststück fertig gebracht, zur Demokratisierung der Bundesrepublik mittels eines intellektuellen Habitus beizutragen, der einerseits erstaunlich stark der Tradition der deutschen Kulturkritik verhaftet blieb und andererseits maßgeblich dazu beigetragen hat, dass sowohl die ästhetische wie die sozialwissenschaftliche Moderne nach Deutschland zurückkehrte. In dieser Doppelstrategie, die einer nachholenden Übersetzungsarbeit gleichkam, erneuerte er den Gestus der Aufklärung und richtete ihn zugleich auf die Bedürfnisse der kulturellen Grundlegung der Demokratie. Bezeichnet man dies, wie die neuere Forschung es nahe legt, als „Verwestlichung“ der Bundesrepublik, so fällt bei Adorno auf, dass er ohne den „Mythos Amerika“ auskam. Hier wäre es interessant, den Vergleich mit anderen prominenten Remigranten anzustellen, also etwa mit Ernst Fraenkel in Berlin oder mit Arnold Bergstraesser in Freiburg.¹⁴¹ Wenn diese beiden Portalfiguren der frühen Bundesrepublik die Fundierung der Demokratie durch die Verwissenschaftlichung der Politik zu befördern versuchten und dabei zu wichtigsten Schulgründern der Politikwissenschaft wurden, so operierte Adorno gleichsam vom andern Ende her und dennoch mit demselben Ziel: er betrieb die Befestigung der Demokratie durch die Kritik der Kultur. Das Geheimnis seines Erfolgs lag im indirekten und dennoch äußerst effektiven Verweben von Kultur und Politik.

¹⁴¹ Vgl. meine Aufsätze Ernst Fraenkel und die Verwestlichung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Leviathan Jg. 30, 2002, S.1ff.; und Normative Verwestlichung. Der Einfluss der Remigranten auf die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, in: (Hg.) Heinz Bude, Bernd Greiner, Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik, Hamburg 1999, S.72ff.

Literatur

Adorno, Theodor: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit? in: Gesammelte Schriften, Band 10.2, Frankfurt/M., 1977.

Albrecht, Clemens; Behrmann, Günther, C.; Bock, Michael; Homann, Harald; Tenbruck, Friedrich, H.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M, New York, 1999.

Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, 1965.

Demirović, Alex: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt/M., 1999.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2.Aufl., München, 1997.

Greiffenhagen, Martin und Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, Frankfurt/M., 1981.

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin, 1998.

Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M., 1969.

König, Helmut (Hg.): Der Fall Schwerte im Kontext, Opladen, 1998.

Lübbe, Herrmann: Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart, in: Martin Broszat (Hg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme, Berlin 1983.

Lepsius, Rainer: Die Prägung der politischen Kultur der Bundesrepublik durch institutionelle Ordnungen, in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen, 1990.

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern (zuerst 1967), München, 1977.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin, 1982.

Pollock, Friedrich (Hg.): Gruppenexperiment, Frankfurt am Main, 1955.

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Band 1: Der Aufstieg, 1876-1952, München, 1994.

Söller, Alfons: Normative Verwestlichung. Der Einfluss der Remigranten auf die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, in: (Hg.) Heinz Bude; Bernd Greiner: Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik, Hamburg, 1999.

Söller, Alfons: Ernst Fraenkel und die Verwestlichung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Leviathan Jg. 30, 2002.

Der Vermittlungszusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft innerhalb G.W.F. Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821) und Helmuth Plessners *Grenzen der Gemeinschaft* (1924)

1. Einleitung

Moderne Gesellschaften existieren in der sie konstituierenden und zugleich komplementärbedürftigen Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft. Dass dieser Ausweis nicht selbstverständlich ist, zeigen die Radikalismen eines entweder-oder, die in dualistischer Exclusion entweder die *Gemeinschaft*, als einer Sphäre wertnaher Bindung, wie sie uns zum Beispiel in Freundschaften, in der Familie, der Religion oder Wissenschaft begegnet, oder umgekehrt die *Gesellschaft*, als Sphäre wertferner Interaktionen, oft aber missverständlicher Weise einseitig auf kapitalistische Marktgesellschaft reduziert, ideologisierend, jene im nationalistischen Faschismus oder internationalistischen Bolschewismus, diese im reinen Wirtschafts- und Rechtsliberalismus, als jeweils alleinige Weisen zwischenmenschlichen Zusammenlebens hypostasierten und somit gegeneinander ausspielten, bis hin zu den bekannten Katastrophen der europäischen Bürgerkriege.

Gegenüber diesen dualistischen Radikalismen elaborierten sowohl G. W. F. Hegel (1770-1831) in seiner reifen Rechtsphilosophie, den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821), als auch Helmuth Plessner (1892-1985) in den *Grenzen der Gemeinschaft* (1924) Konzeptionen einer *Komplementarität von Gemeinschaft und Gesellschaft*.¹⁴² Während bei Hegel dieser komplementäre Zusammenhang als eine ganz bestimmte Weise des *positiven Absoluten* in *struktureller Hinsicht subjektivitätsontologisch* fundiert ist, gründet er sich bei

¹⁴² Ich knüpfe hiermit an den Gedanken der *Komplementarität* von Hans-Peter Krüger in Bezug auf den sozialphilosophischen Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft an und versuche ihn im Ansatz beim reifen G. W. F. Hegel und bei Helmuth Plessner zu rekonstruieren. vgl. Hans-Peter Krüger: *Nachwort*, in: John Dewey: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 197, vgl. zu dieser Art der Verschränkung von Gemeinschaft und Gesellschaft darüber hinaus: Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, S. 234ff.

Plessner *individualanthropologisch* im *individuum ineffabile*, in der Unergründlichkeit des Wesens unseres Menschseins.¹⁴³ Stellt bei Hegel das systematische Zentrum seiner Philosophie ein *Monismus der Idee* respektive ein *subjektivitätsontologischer Monismus* dar,¹⁴⁴ so bildet bei Plessner die *individualanthropologische Körper-Leib-Differenz* den systematischen Dreh- und Angelpunkt seiner Philosophie.¹⁴⁵

Vor dem Hintergrund dieser systematischen Ausweise soll im Folgenden zunächst der Begründungszusammenhang dieser beiden Philosophien jeweils im Ansatz rekonstruiert werden, um von dort aus die Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft sowie die Theoreme ihrer Vermittelbarkeit darzustellen. Am Beginn dieser Darstellung steht somit hierbei (2.) im Ansatz die Rekonstruktion der entscheidenden systematischen Voraussetzungen der Hegelschen Philosophie, die sich in programmatischer, methodischer und innersystemischer Hinsicht unterscheiden lassen. Hieran schließt sich eine Einordnung sowohl der Gemeinschafts- und Gesellschaftsformen als auch der sie betreffende Vermittlungszusammenhang innerhalb der *Philosophie des Rechts* von 1821 an. Anschließend wird (3.) der individualanthropologische Fundierungszusammenhang Helmuth Plessners von der Körper-Leib Differenz her skizziert, um von dort aus sowohl die Gemeinschafts- und Gesellschafts-sphären als auch deren komplementärbedürftiges Inklusionsverhältnis darstellen zu können. Abschließend (4.) werden diese beiden Konzeptionen gegenübergestellt und in systematischer Hinsicht in einigen Punkten miteinander verglichen.

2. Der Inklusionszusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft innerhalb der *Philosophie des Rechts* Hegels von 1821

Will man nun zunächst zum Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft innerhalb der reifen *Rechtsphilosophie*, den *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821), einen systematischen Zugang gewinnen, dann muss man, zumindest im Ansatz, die entscheidenden systematischen Voraussetzungen der Hegelschen Philosophie rekonstruieren. Diese Voraussetzungen lassen sich in (a) programmatischer, (b) methodischer und (c) innersystemischer Hinsicht unterscheiden. In programmatischer Hinsicht

¹⁴³ vgl. zur Bestimmung unseres Menschseins als *individuum ineffabile*: Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, S. 59 und zur Unergründlichkeit: Helmuth Plessner: *Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht*, S. 186.

¹⁴⁴ vgl. zur Charakterisierung der Hegelschen Philosophie als *Monismus der Idee* oder als *subjektivitätsontologischer Monismus*, an die ich hier und im folgenden anschließe: Rolf-Peter Horstmann: *Wahrheit aus dem Begriff. Eine Einführung in Hegel*, S. 12, 75-81.

¹⁴⁵ vgl. Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, insbes. S. 35-40.

(a), also in Bezug auf dasjenige, was Hegel philosophisch überhaupt als Programm einzulösen beabsichtigt, stellt seine Philosophie im Kern einen *Monismus der Idee* bzw. einen *subjektivitätsontologischen Monismus* dar, wonach es im ontologischen Sinne nur einen Gegenstand in Wahrheit geben kann. Dieser eine Gegenstand ist die *Idee* oder die *übergreifende Subjektivität*.¹⁴⁶ Diese bestimmt sich als eine "Einheit des Begriffs und der Realität", die verschiedene inkompatible begriffliche Bestimmungen, nämlich in begriffslogischer Hinsicht von Allgemeinheit, Besonderheit und Einzelheit, umfasst und somit organismusartig verstanden werden muss.¹⁴⁷ Um nun dieses programmatische Vorhaben, also den subjektivitätsontologischen Monismus, realisieren zu können, bedarf Hegel (b) eines bestimmten Verfahrens, das er mit der Bezeichnung *Methode* bedachte.¹⁴⁸ Stellt die *Dialektik* hierbei das Prinzip dieser Realisierungs- und Selbsterkenntnisbewegung dar, so ist das *Spekulative* der realisierte Begriff selbst, also dasjenige, was die Idee ausmacht, weshalb man dieses Verfahren insgesamt am ehesten vielleicht als *spekulativ-dialektische Methode* bezeichnen könnte.¹⁴⁹ Sie umfasst die Bestimmungen von *Anfang*, *Fortgang* und *Ende*, die untereinander im Verhältnis der *Aufhebung* stehen. Aufhebung bedeutet nun hier, dass der Begriff innerhalb seiner eigenen Realisierungsbewegung einerseits seine eigene Totalität negiert, sich damit in seine eigene Endlichkeit herabsetzt, andererseits in ein ontologisch höheres Prinzip gehoben wird und zum dritten sein Eigenrecht behält. Die Idee bzw. übergreifende Subjektivität realisiert sich schließlich (c) in innersystemischer Hinsicht innerhalb eines bestimmten realphilosophischen Systems, der Natur und des Geistes.¹⁵⁰

Bezieht man nun die Rechtsphilosophie Hegels von 1821 auf den systematischen Gesamtzusammenhang seiner Philosophie, dann hat sie in programmatischer Hinsicht die *Idee des Rechts* zu ihrem alleinigen Gegenstand. Diese verwirklicht sich nach einem Verfahren der ontologischen Realisation und epistemologischen Selbsterkenntnis, der spekulativ-dialektischen Methode und ordnet sich in innersystemischer Hinsicht in die

¹⁴⁶ G.W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik, Teil II: Die subjektive Logik*, S. 462-469. vgl. auch: G. W. F. Hegel: *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). 1. Teil: Die Wissenschaft der Logik*, §§ 213-215.

¹⁴⁷ G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik, Teil II: Die subjektive Logik*, S. 465. Rolf-Peter Horstmann: *Wahrheit aus dem Begriff. Eine Einführung in Hegel*, S. 60ff. und Rolf-Peter Horstmann: *Ontologie und Relationen. Hegel, Bradley, Russell und die Kontroverse über interne und externe Beziehungen*. S. 102.

¹⁴⁸ vgl. zur Methode: G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik, Teil II: Die subjektive Logik*, S. 550-572.

¹⁴⁹ vgl. zur Dialektik: G. W. F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 31 Anmerkung und zum Spekulativen: G. W. F. Hegel: *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). 1. Teil: Die Wissenschaft der Logik*, §§ 79-82.

¹⁵⁰ G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik, Teil II: Die subjektive Logik*, S. 549.

Sphäre des objektiven Geistes ein.¹⁵¹ Der komplementäre Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft eröffnet sich nun innerhalb des Prozesses der Realisation und Selbsterkenntnis der Idee der Sittlichkeit, die eine Weise der Idee des Rechts darstellt. Dieser Vermittlungsprozess ist am *Anfang* die *Familie*, im *Fortgang* die *bürgerliche Gesellschaft* und am *Ende* der *Staat*.¹⁵² Die Familie stellt eine Weise der *Gemeinschaft* dar, die sich durch den identitären Zusammenhang von Einzelheit und Allgemeinheit unter dem Primat der Einheit auszeichnet. Das gemeinschaftliche Band bildet die Liebe, in Form der sittlichen Liebe, der Familienmitglieder untereinander.¹⁵³ Der Begriff der Familie verwirklicht sich ausgehend vom Anfang, der Ehe, über den Fortgang, dem Vermögen, am Ende in den Kindern.¹⁵⁴ Aufgrund der dialektischen Defizienz dieser Sphäre, die Kinder werden zu selbständigen Personen und treten aus der Familie heraus, entwickelt sich der Begriff der Sittlichkeit zur bürgerlichen Gesellschaft.¹⁵⁵ Die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert sich nun durch das Prinzip der Einheit von Einzelheit und Allgemeinheit unter dem Primat der *Differenz*.¹⁵⁶ Sie zeichnet sich durch zwei Prinzipien aus, einerseits dem Prinzip der innerindividuellen Zweckhaftigkeit der konkreten Person und andererseits der interindividuellen Zweckhaftigkeit der Personen untereinander.¹⁵⁷ Dieses Primat der Differenz bedeutet hier, dass die Individuen innerhalb dieser Sphäre im Verhältnis der Nicht-Identität einerseits zu den sittlichen Institutionen und andererseits untereinander zu sich selbst stehen. Der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft realisiert sich ausgehend vom Anfang, dem *System der Bedürfnisse*, das sich in den *substantiellen* Stand, die Landwirtschaft, in den *formellen* Stand, Handwerk, Industrie und Handel, sowie in den *allgemeinen* Stand, z. B. das Gerichtswesen und die Polizei, gliedert, über den Fortgang, die *Rechtspflege*, zum Ende, in der *Polizei* und der *Korporation*.¹⁵⁸ Da auch die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft in sich selbst dialektisch defizient ist, die *Polizei* bezieht sich zwar auf den sittlichen Gesamtzusammenhang, aber in äußerlicher Weise, die *Korporation* hat die Vereinigung zwar schon innerlich vollzogen, bleibt aber begrenzt auf sich selbst, entwickelt sich der Begriff der Sittlichkeit zu seiner Wirklichkeit, zum Staat.¹⁵⁹ Der Staat stellt nun wiederum eine

¹⁵¹ vgl. zur systematischen Einordnung der reifen Rechtsphilosophie in *programmatischer* Hinsicht § 1 und 1 Anmerkung, in *methodischer* Hinsicht: § 31 und 31 Anmerkung sowie in *inersystemischer* Hinsicht § 2 der *Grundlinien der Philosophie des Rechts*.

¹⁵² G. W. F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 157.

¹⁵³ ebenda, § 158.

¹⁵⁴ ebenda, § 160.

¹⁵⁵ ebenda, § 181.

¹⁵⁶ ebenda, § 181.

¹⁵⁷ ebenda, § 182.

¹⁵⁸ ebenda, § 188.

¹⁵⁹ ebenda, § 256.

Gemeinschaft dar, die sich durch die Einheit von Einzelheit und Allgemeinheit unter dem Primat der Einheit auszeichnet, wobei der Patriotismus das gemeinschaftliche Band der Staatsbürger (citoyen) darstellt, womit diejenigen Bürger gemeint sind, die ein allgemeines Leben führen.¹⁶⁰ Die Idee des inneren Staatsrechts, als der Sphäre der Organisation des staatlich-gemeinschaftlichen Lebens, realisiert sich ausgehend vom Anfang, der *inneren Verfassung für sich*, über den Fortgang, der *öffentlichen Meinung*, zum Ende, der *Souveränität gegen außen*.¹⁶¹ Wenn also nun der *subjektivitätsontologische Monismus* das strukturontologische Fundierungsprinzip des Verhältnisses von Gemeinschaft und Gesellschaft darstellt und wenn der Staat, als der realisierte Begriff der Sittlichkeit, eine Gemeinschaft ist, in dem die Familie und die bürgerliche Gesellschaft aufgehoben sind, in der oben beschriebenen dreifachen Bedeutung, dann könnte man Hegels *reife Theorie der Sittlichkeit* vielleicht im Kern als einen *subjektivitätsontologisch fundierten komplementären Kommunitarismus* bezeichnen.

Im Ergebnis dieses Prozesses kann also erst einmal festgehalten werden, dass moderne sittliche Gemeinwesen einer strukturellen Komplementarität von Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungssphären bedürfen, wenn sie den Anspruch auf Vernünftigkeit, in dem von Hegel verstandenen Sinne, erheben wollen und d. h. sich nach der Struktur der Idee gliedern. Gemeinschaft und Gesellschaft stellen als familiäre Gemeinschaft, bürgerliche Gesellschaft und staatliche Gemeinschaft bestimmte Momente der Idee der Sittlichkeit dar, die selbst wiederum eine bestimmte Weise der Idee des Rechts ist. Dieses komplementäre Verhältnis eröffnet eine Hierarchie, in der die staatliche Gemeinschaft im ontologischen Sinne einen Vorrang vor der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft hat. Die Abschaffung dieses komplementären Zusammenhanges von Gemeinschaft und Gesellschaft, sei es zugunsten der einen wie der anderen Seite, wäre, so würde Hegel wahrscheinlich sagen, die menschliche Hybris gegen den Ausdruck der ewigen Vernunft.

3. Die individualanthropologische Fundierung des komplementären Zusammenhanges von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Helmuth Plessner

War also beim reifen Hegel, dem Hegel der *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, der komplementäre Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft eine ganz bestimmte Betrachtungsweise des

¹⁶⁰ ebenda, § 257, 258 und 258 Anmerkung. vgl. zur Charakterisierung des Staates als Gemeinschaft: Charles Taylor: *Hegel*, S. 574 ff. und Herbert Marcuse: *Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie*, S. 197.

¹⁶¹ ebenda, § 271.

subjektivitätsontologischen Monismus, in der Weise der Idee der Sittlichkeit, so gewinnt nun Helmuth Plessner von der *individualanthropologischen Körper-Leib Differenz* des *individuum ineffabile* einen systematischen Zugang zum Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft.¹⁶² Die Spezifik unseres Menschseins besteht darin, dass wir Menschen, im Unterschied zu anderen Formen des Lebendigen, in der *Differenz von Leibsein und Körperhaben* stehen und diesen Verschränkungszusammenhang lebensgeschichtlich bewältigen müssen, somit diese Differenz weder in die eine noch in die andere Richtung, da wir geschichtliche Wesen sind und uns immer zu dem machen müssen, was wir sind, auflösen können. Während der Körper als *Leib* eine unmittelbare Zuständlichkeit darstellt, der uns entweder in selbstverständlicher Weise, willkürlich oder unwillkürlich gegeben ist, wie wir sie an uns insbesondere in der unwillkürlichen Weise erleben, etwa beim Muskelkater, einem Hochgefühl oder einer Depression, so nehmen wir als *Körper*, der in seiner Gegenständlichkeit vergleichbar mit anderen Körpern durch Medien wahrnehmbar und Mittel zu handhaben ist, ein vermitteltes bzw. instrumentelles Verhältnis zu uns selbst ein, denken wir hier vielleicht an Selbstbeobachtung oder Überlegung.¹⁶³

Von dieser individualanthropologischen Grundlegung leiten sich nun die Sphären des Sozialen, in der Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft, ab, wobei Plessner hier formal an die von Ferdinand Tönnies getroffene Unterscheidung anknüpft.¹⁶⁴ Plessner versteht den Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft aus dem systematischen Zusammenhang seiner Philosophie heraus als *individualanthropologische Ausdrucksweisen der Körper-Leib Differenz*. Entspricht in systematischer Hinsicht die Gemeinschaft eher dem anthropologischen Spektrum entweder des Leibes oder des Körpers, so korreliert die Gesellschaft der anthropologischen Doppelaspektivität in der Ambivalenz der Differenz von Körper und Leib. "Nun läuft dieser Raum (der Gesellschaft, der Verfasser) nicht sozusagen außen um die Sphäre der Gemeinschaft herum, sondern durch sie hindurch ... In uns selbst liegen neben den gemeinschaftsverlangenden und gemeinschaftsstützenden die gesellschaftsverlangenden, distanzierenden Mächte des Leibes nicht weniger wie der Seele, in jeder Sozialbeziehung wartet die eine, wenn die andere gilt, auf ihre Erweckung."¹⁶⁵ Gemeinschaft und Gesellschaft lassen sich somit als *Interaktionsformen* fassen, die sich dadurch unterscheiden, dass die

¹⁶² vgl. zur Bestimmung unseres Menschseins als *individuum ineffabile*: Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, S. 59 und Helmuth Plessner: *Die Frage nach der Conditio humana*, S. 201.

¹⁶³ Hans-Peter Krüger: *Das Spiel zwischen Leibsein und Körperhaben. Helmuth Plessners Philosophische Anthropologie*, in: DZPhil, Berlin 48 (2000) 2, insbes. S. 291-297.

¹⁶⁴ Ferdinand Tönnies: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie* (1887).

vgl. hierzu auch: Helmuth Plessner: *Nachwort zu Ferdinand Tönnies*, in: KZfSS 7 (1955), S. 341-347.

¹⁶⁵ Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, S. 115.

Interagierenden eine unterschiedliche Beurteilung ihrer Werte hinsichtlich der von ihnen ausgeführten Interaktionen vornehmen. Während eine Gemeinschaft immer dann gegeben ist, wenn die Interagierenden in der Beurteilung ihrer Interaktionen sich durch Wertnähe auszeichnen, also durch *wertnahe* Interaktionsformen verbunden sind, charakterisiert sich eine Gesellschaft durch Wertferne, d. h. eher durch *wertferne* bzw. *wertäquivalente* Interaktionsformen.¹⁶⁶ Plessner unterscheidet mit der Gemeinschaft des Blutes, die sich am Modell der familiären Liebe ausrichtet und auf Affektwerten beruht, und der Gemeinschaft der Sache, die sich auf Sachwerten gründet und an Sachlösungen ausgerichtet ist, zwei Formen der Vergemeinschaftung, wobei erstere dem anthropologischen Spektrum des Leibseins und letztere dem Spektrum des Körperhabens entspricht.¹⁶⁷ Werden die Individuen innerhalb einer Gemeinschaft somit anthropologisch jeweils in vereinseitigender Weise, also entweder auf ihr Leibsein oder auf ihr Körperhaben, festgelegt, so eröffnet sich die Gesellschaft aufgrund der anthropologischen Doppelaspektivität in ihrer Ambivalenz von Leibsein und Körperhaben.

Gegenüber der Gemeinschaft, die sich auf wertnahen Interaktionsformen gründet, zeichnet sich nun die Gesellschaft bzw. Öffentlichkeit, die Plessner synonym versteht, durch wertferne bzw. wertäquivalente Interaktionsformen aus. Sie charakterisiert sich durch vier Verhaltenskategorien: Zeremoniell und Prestige sowie Takt und Diplomatie, die sich in dieser jeweiligen Komplementarität hier eröffnen. Während das *Zeremoniell* die notwendige Distanz zwischen den Interagierenden im Gesellschaftlichen durch unpersönliche, formalisierte feste Verhaltensregeln schafft, die sich aber aufgrund ihrer eigenen Formalität im historischen Prozess modifizieren müssen, eröffnet das *Prestige* in seiner Dynamik die notwendige Möglichkeit für jeden Einzelnen sein eigenes Gesicht immer wieder neu zu erobern und damit über den Umgang mit anderen zu sich selbst zu finden.¹⁶⁸ Mit Takt und Diplomatie eröffnen sich nun zwei Formen der Interaktion, die sich durch ihren Situationscharakter auszeichnen, und d. h. an eine individuell einzigartige, unvertretbare Lage gebunden sind.¹⁶⁹ Stellt *Diplomatie* hierbei diejenige Interaktionsform dar, die das Spiel von Drohung und Einschüchterung, List und Überredung, Handeln und Verhandeln, die Methoden der Machtvergrößerung, -verteidigung und -rechtfertigung, bedeutet, wobei sie in höherer und niederer Form auftreten kann, so ist demgegenüber der *Takt* das "Vermögen der Wahrnehmung unwägbarer

¹⁶⁶ ebenda, S. 80.

¹⁶⁷ Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, S. 202.

¹⁶⁸ vgl. zu Zeremoniell und Prestige insbesondere: Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, S. 79-94.

¹⁶⁹ vgl. zu Takt und Diplomatie insbesondere: ebenda, S. 95-112.

Verschiedenheiten, die Fähigkeit, jene unübersetzbare Sprache der Erscheinungen zu begreifen, welche die Situationen, die Personen ohne Worte in ihrer Konstellation, in ihrem Benehmen, ihrer Physiognomie nach unergründlichen Symbolen des Lebens reden. Er ist mithin die Bereitschaft, auf die feinsten Vibrationen der Umwelt anzusprechen, die willige Geöffnetheit, andere zu sehen und sich selber dabei aus dem Blickfeld auszuschalten, andere nach ihrem Maßstab und nicht dem eigenen zu messen, der ewig wache Respekt vor der anderen Seele und damit die erste und letzte Tugend des menschlichen Herzens."¹⁷⁰

Diese vier Verhaltensweisen, Zeremoniell und Prestige sowie Takt und Diplomatie, charakterisieren die gesellschaftliche Öffentlichkeit, die uns nun in vierfacher Weise, als Alltäglichkeit, als Zivilisation, als funktional ausdifferenzierte Verkehrssphären und als Staat, entgegentritt.¹⁷¹ Sie eröffnet sich zunächst als *Alltäglichkeit* der Gesellschaft, die sich zwischen den Polen der Gemeinschaft des Blutes und der Sache spannt. Sie ist der "Inbegriff *lauter einzelner Fälle*" im Sinne der Einheit des Verkehrs unbestimmt vieler einander unbekannter und durch Mangel an Gelegenheit, Zeit und gegenseitigem Interesse höchstens zur Bekanntschaft gelangender Menschen.¹⁷² Diese Betrachtungsweise der Öffentlichkeit ist aber noch nicht politisch oder ökonomisch fassbar, sozusagen unbestimmt. Darüber hinaus versteht Plessner Gesellschaft als *Zivilisation*, die aufgrund des menschlichen Spieltriebes, wenn sie nicht schon vorhanden wäre, erfunden werden müsste und auch erfunden werden würde. Da der menschliche Körperleib nicht nur auf Zwecktätigkeiten verwiesen ist, die aus der Notdurft seiner Organisation kommen, sondern sein Triebleben weit über die Zweckgebundenheit hinausschießt, eröffnet sich ihm eine Überfülle nicht ausgenutzter Kraft, die nach Tätigkeit verlangt und die sich vornehmlich im Spiel entlädt.¹⁷³ Durch diese anthropologische Freisetzung entsteht ein Spielpotential, wodurch Formen des spielerischen Ausgleichs der, charakteristisch für gesellschaftliche Öffentlichkeit, ausgleichsbedürftigen Gegensätze von "Situation und Norm" sowie von "Privatperson und Amtsperson" möglich werden. Dieser Ausgleich wird zwischen Funktionsträgern der Geschäftswelt und der Politik durch Diplomatie, zwischen natürlichen Personen durch Takt möglich, wobei letzterer eine Geselligkeit eröffnet, die Plessner eine "Kultur der Verhaltenheit" nennt.¹⁷⁴

¹⁷⁰ ebenda, S. 107.

¹⁷¹ Ich knüpfe im folgendem an die von Hans-Peter Krüger vorgenommene differenzierte Darstellung der verschiedenen Betrachtungsweisen gesellschaftlicher Öffentlichkeit an. vgl. Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, S. 207 ff.

¹⁷² Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*, S. 80.

¹⁷³ ebenda, S. 93.

¹⁷⁴ ebenda, S. 106.

Aufgrund dieses freigesetzten Spielpotentials können sich nun neue Interaktionsformen herauskristallisieren. Die produktiven Eliten aus bestimmten Kulturen strukturieren die Öffentlichkeit zu je eigenartigen Verkehrssphären nach Maßgabe bestimmter Wertklassen. Die Gesellschaft besondert sich somit zu *funktionalen Verkehrssphären*, im Sinne des Rechts, der Wirtschaft, der Sitte und Erziehung, des Staates, der Erziehung und des Verkehrs im engeren Sinne.¹⁷⁵ "Werden also die von Person zu Person unverbundenen Menschen auf diese Weise wieder unter eine gemeinsame Wert- und Sachbindung gebracht, so kann doch daraus keine echte Vergemeinschaftung mehr kommen. Denn es handelt sich hier nicht wie in der Sachgemeinschaft der Kultur um gegenseitige Durchdringung mit Hilfe der Werte, um ihre Erkenntnis, ihre Verinnerlichung, sondern um die Ordnung des Verkehrs auf Grund der Werte, die jedoch dafür nicht mehr in den Gesichtskreis des einzelnen zu treten brauchen."¹⁷⁶

Dem *Staat* kommt nun die entscheidende Aufgabe zu, diese funktional ausdifferenzierten Verkehrssphären, die ihrerseits nun wiederum die Alltäglichkeit strukturieren, *juridisch* zu institutionalisieren und somit auszubalancieren. Er bildet die vierte Betrachtungsweise der Öffentlichkeit und stellt ein öffentliches Verfahren der geschichtlich offenen Ausbalancierung der Sphären von Gemeinschaft und Gesellschaft im Medium des Rechts dar. Der Staat hat die Funktion "die gesellschaftliche Lebensordnung mit der gemeinschaftlichen ohne Einbuße an einer von beiden in dauernder Form zu verknüpfen. Der Staat ist ein Verfahren und keine Substanz, ein offenes System von Vorkehrungen, die Forderungen der Öffentlichkeit aus ihrer Unabsehbarkeit und Unbestimmtheit herauszuheben und dem Gemeinschaftsverlangen jedes Menschen, seinem Naturrecht auf Wärme und Vertrauen anzugleichen und die Gefahr beständiger Reibungen und Beeinträchtigungen der beiden Sphären zu bannen."¹⁷⁷ Er "ist systematisierte Öffentlichkeit im Dienste der Gemeinschaft, Inbegriff von Sicherungsmaßnahmen der Gemeinschaft im Dienste der Öffentlichkeit."¹⁷⁸ Das Recht stellt hierbei die Methode der Ausbalancierung zwischen den von der menschlichen Natur gleichmäßig getragenen Forderungen nach Rückhaltlosigkeit und Verslossenheit dar. Da jede Sphäre ihre spezifischen Entscheidungsinstanzen hat, die Gemeinschaft sich nach Einsicht und Liebe, die Gesellschaft nach spielgerechtem Kampf und Takt regelt, kann es zwischen diesen beiden Sphären keine Brücke mehr geben, können sie nicht wieder

¹⁷⁵ ebenda, S. 95.

¹⁷⁶ ebenda, S. 95.

¹⁷⁷ ebenda, S. 115.

¹⁷⁸ ebenda, S. 115.

einer dritten übergeordneten Gesetzmäßigkeit gehorchen.¹⁷⁹ Aus diesem Grunde muss der Mensch, was nicht selbst geht, auf künstliche Weise regeln, er muss Normen geben, wo keine sind, freilich unter ständiger Leitung durch die Stimmen, die ihm aus beiden Sphären zugetragen werden, durch das Gewissen, das innere Schätzungsvermögen, die Hingabe und durch den faktischen Stand des Kräftespiels der Interessen. Das Recht liegt somit auf der imaginären Schnittgeraden von Gemeinschaftskreis und Gesellschaftskreis als die ewig in Wandlung begriffene Einheit von Gesetzgebung und Rechtsprechung.¹⁸⁰ Für die Setzung von Recht als Medium des Ausgleichs von Gemeinschaft und Gesellschaft bedarf es der Politik, die eine Kunst darstellt, aus Gelegenheiten Ereignisse zu machen und d. h. in den Grenzen des Möglichen einen Sinn hervorzubringen.¹⁸¹ Das Politische eröffnet sich also nun vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Ausbalancierung moderner Gesellschaften in einem geschichtlich offenen Durchlauf der erstens zu entbindenden Urteilskraft, der zweitens vorzunehmenden Ausbalancierung in einem Verfahren des gesellschaftlichen Widerstreits verschiedener Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsformen und schließlich drittens durch die Institutionalisierung von Recht.¹⁸² Da dieses gesellschaftliche Verfahren die geschichtlich offene Ausbalancierung der anthropologischen Ausdruckweisen der Körper-Leib Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft darstellt, könnte man Plessners Politikphilosophie im Kern als einen *individualanthropologisch fundierten kommunitär-komplementären Liberalismus* bezeichnen.¹⁸³ Vielleicht mag unser Herz und unser Verstand an der Utopie der Eingespieltheit, also an die Auflösung der Gesellschaft in Gemeinschaft und umgekehrt, festhalten, unsere anthropologisch aufgegebenen Körper-Leib Differenz belehrt uns aber eines besseren.

¹⁷⁹ ebenda, S. 116.

¹⁸⁰ ebenda, S. 116.

¹⁸¹ ebenda, S. 125/126.

¹⁸² Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, S. 213.

¹⁸³ Ich knüpfe mit der Charakterisierung der Plessnerschen Politikphilosophie an die treffendste Charakterisierung als komplementärer Liberalismus von Hans-Peter Krüger an. Hans-Peter Krüger: *Zwischen Lachen und Weinen, Bd. I: Das Spektrum menschlicher Phänomene*, S. 212.

4. Zusammenfassung

Nimmt man nun noch einmal zusammenfassend auf das Verhältnis von Gemeinschaft und Gesellschaft innerhalb G. W. F. Hegels reifer Rechtsphilosophie, den *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, und Helmuth Plessners *Grenzen der Gemeinschaft* Bezug, dann zeigt sich als Gemeinsamkeit, dass beide eine Konzeption der *Komplementarität* in bezug auf diesen Zusammenhang elaborierten, die dieses Verhältnis somit nicht in einer dualistischen Exclusion auflösen. Eröffnet sich der systematische Zusammenhang von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Hegel aus seiner Konzeption eines *subjektivitätsontologischen Monismus*, so bei Plessner aus der *individualanthropologischen Körper-Leib Differenz*. Sind bei Hegel Gemeinschaft und Gesellschaft bestimmte *Betrachtungsweisen des positiven Absoluten*, eben seines subjektivitätsontologischen Monismus, Momente der sittlichen Idee, so bei Plessner *Ausdrucksweisen der individualanthropologischen Körper-Leib Differenz*. Entspricht bei Hegel der begriffslogischen Bestimmtheit der Einzelheit die familiäre Gemeinschaft, der Besonderheit die bürgerliche Gesellschaft und der Allgemeinheit die staatliche Gemeinschaft, so korreliert bei Plessner die Gemeinschaft des Blutes dem anthropologischen Spektrum des Leibseins, die Gemeinschaft der Sache dem des Körperhabens und die Gesellschaft der Doppelaspektivität von Leibsein und Körperhaben. Eröffnet sich das komplementäre Verhältnis bei Hegel in einer Hierarchie von der familiären Gemeinschaft, über die bürgerliche Gesellschaft hin zur staatlichen Gemeinschaft, wobei diese Sphären im Verhältnis der vertikalen Inklusion, d. h. der methodischen *Aufhebung*, zueinander stehen, so sind Gemeinschaft und Gesellschaft bei Plessner gleichberechtigte Weisen des Sozialen. Stellt bei Hegel der *Staat* eine Gemeinschaft dar, die sich durch das affirmative Verhältnis von Einzelheit und Allgemeinheit, den Individuen und den sittlichen Institutionen, auszeichnet, wo die Individuen als *citoyen* ein allgemeines Leben führen, so ist der Staat bei Plessner ein öffentlich-rechtstaatliches Verfahren der geschichtlich offenen Ausbalancierung der Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft. Charakterisiert sich das Politische bei Hegel als das staatlich-gemeinschaftliche Leben, so entzündet es sich bei Plessner gerade an der Differenz der Interessensphären von Gemeinschaft und Gesellschaft und stellt eine Kunst dar, aus Gelegenheiten Ereignisse werden zu lassen. Könnte man Hegels politische Theorie im Kern als einen *subjektivitätsontologisch fundierten komplementären Kommunitarismus* bezeichnen, so Plessners Politikphilosophie als einen *individualanthropologisch fundierten kommunitär-komplementären Liberalismus*. Beide Philosophen plädieren, sei es im Namen der ewigen Vernunft, sei es in Respektierung der Körper-Leib Differenz, somit

für einen komplementären Zusammenhang der Inklusion von Gemeinschaft und Gesellschaft und eben nicht für die dualistische Auflösung dieses Verhältnisses.

Literatur

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Oder Naturrecht und Staatsrecht im Grundrisse, 6. Auflage Frankfurt a. M., 2000.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Wissenschaft der Logik, Bd. 2: Die subjektive Logik, 2.-5. Auflage, Frankfurt a. M., 1999.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830), 3. Teil: Die Philosophie des Geistes, 4. Auflage, Frankfurt a. M., 1999.

Horstmann, Rolf-Peter: Wahrheit aus dem Begriff. Eine Einführung in Hegel, Frankfurt a. M., 1990.

Horstmann, Rolf-Peter: Ontologie und Relationen. Hegel, Bradley, Russell und die Kontroverse über interne und externe Beziehungen, Königstein, 1984.

Krüger, Hans-Peter: Zwischen Lachen und Weinen, Bd. 1: Das Spektrum menschlicher Phänomene, Berlin, 1999.

Krüger, Hans-Peter: Zwischen Lachen und Weinen, Bd. II: Der dritte Weg Philosophischer Anthropologie und die Geschlechterfrage, Berlin, 2001.

Krüger, Hans-Peter: Das Spiel zwischen Leibsein und Körperhaben. Helmuth Plessners Philosophische Anthropologie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 48 (2000) 2, S. 289-317.

Krüger, Hans-Peter: Nachwort, in: John Dewey: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Bodenheim, 1996.

Marcuse, Herbert: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, 8. Auflage, Frankfurt a. M., 1990.

Plessner, Helmuth: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, in: GS V, Frankfurt a. M., 1981.

Plessner, Helmuth: Macht und menschliche Natur. Ein Versuch zur Anthropologie der geschichtlichen Weltansicht, in: GS V, Frankfurt a. M., 1981.

Plessner, Helmuth: Die Frage nach der *Conditio humana*, in: GS VIII, Frankfurt a. M., 1983.

Plessner, Helmuth: Der Aussagewert einer Philosophischen Anthropologie, in: GS VIII, Frankfurt a. M., 1983.

Plessner, Helmuth: Nachwort zu Ferdinand Tönnies, in: Rene König (Hrsg.): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 7 (1955), S. 341-347.

Taylor, Charles: Hegel, 4. Auflage, Frankfurt a. M., 1998.

Walter Janka und Wolfgang Harich - Zwei Intellektuelle und die Macht in der Frühphase der DDR

1. Einleitung

Ende 1956 begann die SED-Führung das „Tauwetter“¹⁸⁴, jene Phase der zaghaften Liberalisierung und ideologischen Neuorientierung, die nach Stalins Tod 1953 einsetzte und durch den XX. Parteitag der KPdSU 1956 erheblich an Schwung gewann, in der DDR abzuwürgen. Unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen und insbesondere in Ungarn in jenem Jahr leitete Parteichef Walter Ulbricht die Abrechnung mit den reformorientierten Teilen der Intelligenz, die er revisionistischer Anschauungen bezichtigte, ein.

Als Exempel für deren angeblich revisionistische, parteischädigende und staatsgefährdende Aktivitäten diente ihm dabei insbesondere die Gruppe um Wolfgang Harich, ehemaliger Dozent für Philosophiegeschichte an der Berliner Humboldt-Universität und zum damaligen Zeitpunkt Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ und stellvertretender Cheflektor des Aufbau-Verlages.

Jener wurde am 29. November 1956 unter dem Vorwurf, eine staats- und parteifeindliche Gruppierung gebildet zu haben, verhaftet.¹⁸⁵ Die Hauptgründe dafür lagen in einem von ihm verfassten sozialistischem Reformprogramm, der "Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus", und seiner im Zusammenhang damit stehenden Kontaktaufnahme mit dem Ostbüro der SPD in Westberlin.

Am gleichen Tag wie Harich wurden auch Manfred Hertwig, Redaktionssekretär der von Harich geleiteten Zeitschrift, und der Politökonom Bernhard Steinberger, der an der Ausarbeitung des wirtschaftlichen Teils der Plattform beteiligt war, festgenommen.¹⁸⁶

¹⁸⁴ Diese Bezeichnung ging auf den gleichnamigen Titel einer erstmals 1954 veröffentlichten Erzählung des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg (1891 -1967) zurück, der darin ein illusionsloses Bild der Intelligenz in der UdSSR am Ende der Stalin-Ära malte. -vgl. Kersten : 1957, S. 25- 28.

¹⁸⁵ vgl. Harich: 1993, S. 82.

¹⁸⁶ vgl. ebd., Prokop: 1997, S. 101 u. Jahn : 2003, S. 746.

Eine Woche später, am 6. Dezember, erfolgte die Inhaftierung Walter Jankas, des Leiters des Aufbau-Verlages.¹⁸⁷

Komplettiert wurde die Arretierung der „Gruppe Harich/ Janka“ schließlich im März 1957 als im Zuge des ersten Strafverfahrens gegen Harich, Steinberger und Hertwig die beiden Redakteure der vom Kulturbund herausgegebenen Zeitschrift „Sonntag“, Heinz Zöger und Gustav Just, sowie der Rundfunkjournalist Richard Wolf aus dem Zeugenstand heraus festgenommen wurden.¹⁸⁸

Das Verfahren gegen den „zweiten Kopf“ der Gruppierung, Janka, sowie Zöger, Just und Wolf fand im Juli 1957 statt.

In beiden Prozessen wurden gegen die Angeklagten hohe Haftstrafen verhängt¹⁸⁹, für die der Artikel 6 der DDR-Verfassung von 1949¹⁹⁰ die Grundlage bildete. Diese Strafverfahren bedeuteten für die beiden Hauptakteure Janka und Harich darüber hinaus das Ende ihrer früheren Freundschaft und deren Umschlagen in eine offene langwierige Feindseligkeit, die von gegenseitigen Bespitzelungsvorwürfen getragen wurde.

Neben dieser schwerwiegenden persönlichen Bedeutung stellten diese Gerichtsverfahren auch für die gesamte DDR-Intelligenz einen tiefen Einschnitt dar, bildeten sie doch den Auftakt zu einer ganzen Reihe weiterer Pressionen, die Werner Mittenzwei als „...umfassende...Musterung und Ausmusterung der Intelligenz, insbesondere der sozialistischen, ...“¹⁹¹ bezeichnete.

Zu deren prominentesten Opfern gehörten weiterhin Ernst Bloch, Erich Loest und Gerhard Zwerenz.¹⁹²

In der Folge sollen Jankas und Harichs Herkunft, ihr Werdegang und die Herausbildung ihres Standpunktes zur DDR und zum Stalinismus näher betrachtet werden. Dabei soll letzteres den Anhaltspunkt für die Verdeutlichung des Umgangs der DDR-Führung mit kritischen Intellektuellen in den 1950er Jahren als auch des Agierens von Wissenschaftlern, Kunst- und Kulturschaffenden, die zwar das Projekt des Sozialismus entschieden befürworteten, aber dessen stalinsche Ausprägung mit gleicher Vehemenz ablehnten, bilden.

¹⁸⁷ vgl. Rohrwasser: 1990, S. 121.

¹⁸⁸ vgl. Prokop: 1997, S. 117f.

¹⁸⁹ Zu den Strafmaßen vgl. Der Prozeß (o.A.): 1990, S. 126.

¹⁹⁰ Dieser beinhaltet das Verbot sogenannter „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“, ein Straftatbestand, der zur Einschränkung freier Meinungsäußerung allerdings wenig konkret und damit juristisch dehnbar erscheint. -vgl. Der Prozeß (o.A.): 1990, S. 163.

¹⁹¹ zit. n. Mittenzwei: 2002, S. 152.

¹⁹² vgl. ebd. S. 155-163.

2. Herkunft und Lebenslauf beider Akteure bis 1951

2.1 Walter Janka

Walter Janka, der Ältere von beiden, wurde 1914 in Chemnitz geboren. Über seine Herkunft schrieb Ludwig Renn 1955 an seinen Freund und Verleger Janka: „Du stammst aus einer wirklich proletarischen und dabei klassenbewußten und politisierten Familie.“¹⁹³

Jankas Vater war von Beruf Werkzeugschlosser und gehörte seit Anfang der 1920er Jahre der KPD an. Sein ältester Bruder saß ab 1932 für die KPD im Reichstag und wurde im April 1933 von der SS ermordet.¹⁹⁴ Walter selbst absolvierte von 1928 bis 1932 eine Berufsausbildung zum Schriftsetzer und engagierte sich gleichzeitig bei der Kommunistischen Jugend.¹⁹⁵ 1933 wurde er der politische Leiter dieser Jugendorganisation der KPD in der Region Chemnitz/Erzgebirge. Nach der Machtübernahme der Nazis ging er in den Untergrund, wurde jedoch im Juni 1933 verhaftet. Es folgte seine Verurteilung durch das Sondergericht Sachsen zu anderthalb Jahren Zuchthaus, die er in Bautzen absaß, und anschließender „Sicherheitsverwahrung“.¹⁹⁶ Nach Verbüßung seiner Haftstrafe wurde Janka folglich in das Konzentrationslager Sachsenburg, nordöstlich von Chemnitz, gebracht.

Im Sommer 1935 erreichte seine Mutter seine Ausweisung in die CSR. Nach seinem Eintreffen in Prag nahm Janka Kontakt zur dortigen KPD-Exilleitung auf, doch schon bald kam es zu einer zunehmenden Entfremdung von den in der tschechoslowakischen Hauptstadt exilierten Genossen. Hauptgrund dafür war die bei diesen Emigranten weit verbreitete Idealisierung der Sowjetunion und die damit verbundene kritiklose Verehrung Stalins, die Janka abstieß, obschon er einräumte, damals wenig von bestimmten Vorgängen in der UdSSR wie Säuberungen und Schauprozessen gewußt zu haben.¹⁹⁷ Ihren Ausdruck fand diese Distanzierung schließlich in Jankas Beitritt zum Jugendverband der KPTsch und darin, dass dieser ihn 1936 anstelle der KPD als Interbrigadist nach Spanien schickte.¹⁹⁸ Nach seiner Ankunft dort nahm Janka zunächst als Soldat im Thälmann-, später in einem spanischen Bataillon am Bürgerkrieg teil. Dabei stieg er schließlich bis zum Dienstrang eines Majors der republikanischen spanischen Armee auf.¹⁹⁹ Anfang 1939 überschritt er kurz vor Kriegsende mit seiner Einheit die Grenze nach Frankreich, wo er über zwei Jahre in verschiedenen Internierungslagern ver-

¹⁹³ zit. n. Rohrwasser: 1990, S. 117.

¹⁹⁴ vgl. Janka : 1991, S. 28f

¹⁹⁵ vgl. ebd., S. 20- 26.

¹⁹⁶ vgl. ebd., S. 41- 54.

¹⁹⁷ vgl. Marschall: 1994, S. 15 u. 18f.

¹⁹⁸ vgl. ebd., S. 15, Fußnote 5.

¹⁹⁹ Zu seinen Erlebnissen im Spanischen Bürgerkrieg vgl. Janka : 1991, S. 85- 172.

brachte.²⁰⁰ Der nach der französischen Niederlage 1940 drohenden Auslieferung durch die Behörden des unter Führung Marschall Pétains stehenden Rumpfstaates Etat français an Deutschland entging Walter Janka gemeinsam mit einigen anderen Internierten, darunter das Politbüromitglied der KPD Paul Merker, im August 1941 durch Flucht aus dem Lager Les Milles nach Marseille.²⁰¹ Dort erhielt er wie eine Reihe weiterer Emigranten, insbesondere durch das Zusammenwirken des deutschen Kommunisten Willi Kreikemeyer, des örtlichen Vertreters der nordamerikanischen christlichen Hilfsorganisation Unitarian Service Committee (USC), Noel Field und des mexikanischen Konsuls in der Stadt, Gilberto Bosques, schließlich das rettende Visum für Mexiko.²⁰² Die folgende Flucht aus Europa ging über Oran in Algerien nach Casablanca, von wo aus die Gruppe um Janka per Schiff nach Veracruz an der mexikanischen Golfküste übersetzte.²⁰³ Im Dezember 1941 traf sie, zu der unter anderem auch Alexander Abusch, Steffi Spira und Leo Zuckermann gehörten, in Mexiko-Stadt ein.²⁰⁴ Im dortigen Exil, das verglichen mit dem in anderen Ländern große Freiheiten und Unterstützung von offizieller Seite genoß²⁰⁵, war Walter Janka Anfang 1942 an der Gründung der Bewegung Freies Deutschland (BFD), einer Organisation von Anti-Nazi-Emigranten, die neben anderen Aktivitäten eine eigene Zeitschrift in deutscher und spanischer Sprache herausgab, beteiligt²⁰⁶ und übernahm im Mai 1942 die Leitung des Exilverlages El Libro Libre (ELL)²⁰⁷. Bis zu dessen Auflösung 1946 erschienen dort sechsundzwanzig Titel, darunter namhafte Veröffentlichungen deutscher Emigranten wie Anna Seghers' "Das siebte Kreuz", Heinrich Manns "Lidice" und Theodor Pliviers "Stalingrad".²⁰⁸ 1947 kehrte Janka über die UdSSR nach Deutschland zurück.²⁰⁹ Zunächst übernahm er, gemäß Absprache, für ein Jahr die Stelle als persönlicher Mitarbeiter von SED-Politbüromitglied Paul Merker²¹⁰, danach wirkte er bis 1950 als Generaldirektor der Filmgesellschaft DEFA.

²⁰⁰ vgl. ebd., S. 175- 183.

²⁰¹ vgl. ebd., S. 183.

²⁰² vgl. Kießling : 1998, S. 75.

²⁰³ Zur Flucht aus Frankreich und zur Überfahrt nach Mexiko im Einzelnen vgl. Janka: 1991, S. 185f u. Kießling: 1980, S. 222ff.

²⁰⁴ vgl. Kießling : 1980, S. 223.

²⁰⁵ vgl. Marschall: 1994, S. 19f.

²⁰⁶ vgl. Janka: 1991, S. 189.

²⁰⁷ vgl. ebd., S. 192. Allerdings beschränkte sich diese Tätigkeit Jankas v.a. auf organisatorische u. Verwaltungsaufgaben. Über Fragen des Verlagsprogramms entschied der Verlagsausschuss, dem neben Janka Anna Seghers, Ludwig Renn, Egon Erwin Kisch, Leo Katz, Paul Meyer u. André Simone angehörten. -Vgl. Marschall: 1994, S. 23 u. 25.

²⁰⁸ Die vollständige Liste aller bei ELL veröffentlichter Bücher findet sich bei Kießling: 1980, S. 399ff.

²⁰⁹ vgl. Janka: 1991, S. 202- 7.

²¹⁰ vgl. ebd., S. 209.

Am 1. Februar 1951 wurde er als Stellvertreter von Aufbau-Verlagsleiter Erich Wendt eingestellt.²¹¹ Damit begann seine mehr als fünfjährige Tätigkeit im bald bedeutendsten belletristischen Verlagshaus der DDR.

2.2 Wolfgang Harich

Wolfgang Harich erblickte 1923 in Königsberg das Licht der Welt. Im Gegensatz zu Walter Janka entstammte er einem bürgerlich-intellektuellen Milieu. Sein Vater Walter Harich war ein erfolgreicher Schriftsteller und Literaturhistoriker.²¹² Aufgewachsen ist Harich in Wuthenow bei Neuruppin und in Berlin, wohin seine Mutter mit ihm und seiner Schwester nach dem frühen Tod des Vaters 1932 schließlich zog. So besuchte Wolfgang zunächst in Neuruppin Volksschule und Gymnasium und setzte nach dem Umzug 1940 seine schulische Ausbildung in Berlin fort. Ein nicht unwesentlicher Grund für diesen Wohnort- und den damit verbundenen Schulwechsel waren jedoch die zunehmenden Probleme, die Harich aufgrund seiner politischen, von seiner humanistisch-pazifistischen Erziehung geprägten Anschauungen nach Hitlers Machtübernahme an den von ihm besuchten Bildungseinrichtungen hatte.²¹³ Doch auch in Berlin, auf dem Wilmsdorfer Gymnasium, endeten diese Schwierigkeiten nicht, so daß ihn seine Mutter schließlich auf eine Privatschule schickte. Hier führte seine kritische Auseinandersetzung mit der Sichtweise der Nazis auf die deutsche Literatur in seinem Abituraufsatz zu Kleists „Herrmannsschlacht“ 1942 zum Schulverweis und zur Verweigerung der Zulassung zum Abitur.²¹⁴ Bereits davor besuchte Harich nebenher als Gasthörer an der Berliner Universität Vorlesungen bei Nicolai Hartmann²¹⁵ und Eduard Spranger am Lehrstuhl für Philosophie.²¹⁶

Einige Monate nach seinem Schulverweis erhielt Harich seine Einberufung zur Wehrmacht. 1943 desertierte er das erste Mal, wurde jedoch wenig später gefasst. Zu seinem Glück verurteilte ihn der Militär Richter nur wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe zu Arrest. Als Deserteur hätte ihm die Todesstrafe gedroht.

Nach Verbüßung seiner Haftstrafe wurde er zeitweilig zur „Frontbewährung“ an die Ostfront geschickt. 1944 gelang ihm erneut die Desertion. Diesmal ging Harich in den Untergrund, er schloss sich der in Berlin tätigen Widerstandsgruppe „Onkel Emil“, die sich später in „ERNST“ umbenannte,

²¹¹ vgl. Janka : 1991, S. 221.

²¹² vgl. Prokop : 1997, S. 9.

²¹³ vgl. ebd., S. 13f.

²¹⁴ vgl. ebd., S. 14f.

²¹⁵ Nicolai Hartmann (1882- 1950), stand ursprünglich dem Neukantianismus nahe, entwickelte später eine objektiv-idealistische "Neue Ontologie", hatte starken Einfluss auf Wolfgang Harich.
vgl. Jung: 1999, S. 182 - 85.

²¹⁶ vgl. Prokop : 1997, a.a.O.

an²¹⁷. Dass ihr auch die Tochter des thailändischen Gesandten in Deutschland, mit der Harich bald eine Beziehung hatte, angehörte, eröffnete ihm die Möglichkeit für längere Zeit im Schutz der Botschaft dieses südostasiatischen Landes unterzukommen und von dort aus die Aktivitäten der von ihm innerhalb von „ERNST“ geleiteten Untergruppe zu koordinieren. Genau dort machte ihn Wolfgang Leonhard nach der Befreiung, im Mai 1945 im Auftrag der „Gruppe Ulbricht“ ausfindig.²¹⁸ Ab 1945 war Harich unter anderem als persönlicher Referent des Präsidenten der Kammer der Kunstschaffenden, Paul Wegener²¹⁹, und bis 1948 als Theater- und Literaturkritiker mehrerer Zeitungen tätig.²²⁰ Anfang 1946 trat er der KPD bei, kurz vor ihrer Vereinigung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit der SPD im April jenes Jahres.²²¹ Nachdem er im selben Jahr an der späteren Humboldt-Universität ein Studium der Literaturwissenschaft und Philosophie aufgenommen hatte, erwarb Harich 1947 in einer Sonderprüfung nachträglich die Hochschulreife.²²² Bereits ein Jahr später, noch während seines Studiums, trat Harich nach Absolvierung eines entsprechenden Lehrgangs eine Stelle als Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität an.²²³ 1951 promovierte er zu Johann Gottfried Herder und übernahm eine Dozentur für Philosophiegeschichte an derselben Hochschule. Weiterhin beteiligte er sich im Folgejahr an der Gründung der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, deren Chefredakteur er kurz darauf wurde, und übernahm erste Lektoratsarbeiten für den Aufbau-Verlag, wo er rasch zum Stellvertreter des Cheflektors Max Schroeder aufrückte.²²⁴

3. Die politische Situation Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage in den osteuropäischen sogenannten Volksdemokratien von einer Zunahme der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der kommunistischen Parteien gekennzeichnet. Dabei ging es darum, ob die betreffenden Staaten einen eigenen sozialistischen Weg beschreiten oder sich vorbehaltlos dem sowjetisch-stalinistischen Modell unterordnen sollten. Die beiden dementsprechenden Gruppen werden in der Literatur als „National-“, oder „Heimatkommunisten“, wobei es sich überwiegend um Genossen handelte, die während des Krieges im Lande geblieben und im Untergrund gekämpft

²¹⁷ vgl. ebd., S.16f.

²¹⁸ vgl. ebd., S. 19 u. Leonhard: 2001, S. 434ff.

²¹⁹ vgl. Prokop : 1997, S. 33- 36.

²²⁰ vgl. ebd., S. 39- 48.

²²¹ vgl. Prokop : 1996, S. 15.

²²² vgl. Prokop : 1997, S. 308.

²²³ vgl. ebd., S. 59f.

²²⁴ vgl. ebd., S. 62.

hatten, und als „Moskowiter“, also jene, die in der UdSSR im Exil waren, bezeichnet.²²⁵

Zum Katalysator dieses Machtkampfes wurde insbesondere der Bruch des jugoslawischen Staats- und Parteichefs Josip Broz Tito mit Stalin 1948. In der Folgezeit gingen die „Moskowiter“ mit Unterstützung aus der Sowjetunion in die Offensive. Es begann eine von Moskau dirigierte Welle von Schauprozessen, die ihren Ausgang in Bulgarien und Ungarn nahm.²²⁶

Insbesondere das ungarische Verfahren gegen Lázsló Rajk, der nach 1945 zunächst Innen- und später Außenminister des Landes war, und einer Reihe von Mitangeklagten, bei denen es sich überwiegend um bis dahin einflußreiche Westremigranten handelte, war beispielgebend.

Dies galt sowohl für die Vorgehensweise der Staats- und Justizorgane, was die Konstruktion irriger Beschuldigungen und die Erpressung von Geständnissen anbelangte, als auch die angeblichen Verbrechen der Angeklagten selbst. So tauchte neben dem Vorwurf der Tito-Anhängerschaft hier erstmals auch der der Spionage für westliche Geheimdienste auf.²²⁷ Eine wichtige Figur dafür, die als vermeintliche Kontaktperson fungierte, war der erwähnte US-Bürger Noel Field, der kurz vor dem Rajk-Prozeß in Prag verhaftet und nach Budapest verschleppt worden war, wo er in Isolationshaft genommen wurde.²²⁸ Einen weiteren Höhepunkt erreichten die stalinistischen Schauprozesse schließlich 1952 in der CSR mit dem Verfahren gegen den früheren Generalsekretär der KPTsch Rudolf Slansky und einer ganzen Reihe weiterer, überwiegend jüdischstämmiger Funktionäre. Hierbei traten zu den Anschuldigungen, Titoisten und Fieldisten zu sein als neue Anklagepunkte zionistische Einstellungen und Spionage für Israel.²²⁹ Daß mit diesem Prozeß die Wahrscheinlichkeit ähnlicher Vorgänge in der DDR rapide zunahm, zeigte nicht nur die Verurteilung des Mexiko-Emigranten und früheren Gefährten Jankas André Simone, sondern auch die im Rahmen des Verfahrens erhobenen schweren Vorwürfe gegen Jankas Freund Paul Merker²³⁰, der bereits 1950 wegen seiner Kontakte zu Noel Field aus der SED ausgeschlossen worden war.²³¹ In der DDR dominierten, unterstützt von

²²⁵ Bezogen auf Polen findet sich eine entsprechende Einteilung der Parteifunktionäre u.a. in Bingen: 1998, S. 36, für Ungarn bei Hoensch: 1991, S. 93f.

²²⁶ Tatsächlich fand der erste politische Schauprozess in den „Volksdemokratien“ 1949 in Albanien statt. Dieser nahm jedoch eine Sonderrolle ein, für die die Gründe darin lagen, dass er im Gegensatz zu den folgenden ohne Moskauer „Regieanweisungen“ stattfand, da es sich eigentlich um einen Machtkampf zwischen den beiden wichtigsten Personen der albanischen Führung, Staats- u. Parteichef Enver Hoxha u. Innenminister Koci Xoxe, handelte, bei dem letzterer als „Titoist“ zum Tode verurteilt wurde. -Vgl. Hodos: 2001, S. 27- 40.

²²⁷ vgl. ebd., S. 78 -154.

²²⁸ vgl. ebd., S. 67- 77 u. Kießling : 1994, S. 150f

²²⁹ vgl. Hodos: 2001, S. 165- 96.

²³⁰ vgl. ebd., S. 263

²³¹ vgl. ebd., S. 241 u. Kießling : 1994, S. 9.

der sowjetischen Besatzungsmacht, ebenfalls Moskau-Remigranten, deren Kern die 1945 von den Sowjets nach Berlin gebrachte Gruppe um Walter Ulbricht bildete. Dieser hatte seit 1950 das Amt des SED-Generalsekretärs inne.²³²

Mit den Beschuldigungen gegen Merker, zionistischer Agent zu sein, bot sich nun den "Moskauern" um Ulbricht die Gelegenheit gegen ihn und einige weitere Funktionäre, deren Treue zur stramm stalinistischen Linie der Partei in Zweifel stand, gleichfalls einen Schauprozess vorzubereiten. Dieser wurde jedoch durch Stalins Tod Anfang 1953 verhindert.²³³ Gut drei Monate später folgten die Ereignisse des 17. Juni, die die DDR schwer erschütterten und die Staats- und Parteiführung zu dem liberaleren "Neuen Kurs" zwangen, dem jedoch keine lange Lebensdauer²³⁴ beschieden war. Das Vertrauen in die Politik der SED war mit diesem Tag, an dem sie sich nur dank sowjetischer Militärhilfe behaupten konnte, trotzdem nachhaltig beschädigt, sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angehörigen der Intelligenz.²³⁵

4. Der Aufbau-Verlag in den 1950er Jahren

Anfang 1952 übernahm Walter Janka in der Nachfolge Erich Wendts die Leitung des Verlages.²³⁶ Über die Atmosphäre, die dort auch in den nächsten Jahren, trotz der von Kaltem Krieg und zunehmender Stalinisierung gekennzeichneten politischen Verhältnisse in der DDR herrschte, schreibt Werner Mittenzwei: „Der Aufbau-Verlag Berlin, die erste Adresse für die Emigranten nach 1945, blieb auch in den fünfziger Jahren ein geistiges Zentrum. Das Haus, dem kaum ein bedeutender Schriftsteller der Gegenwart einen Besuch abzustatten versäumte, zog vor allem junge Leute an, selbst wenn sie keine Chance sahen, dort ihre Manuskripte unterzubringen. Hier trafen sie auf Schriftsteller mit anderen Erfahrungen und Einsichten. Wenn sie selber nicht mit den renommierten Autoren ins Gespräch kamen, sorgten sie dafür, daß deren Ansichten und Meinungen zum Gegenstand des Gesprächs wurden. Die Vielfalt der Gesichtspunkte, die das geistige Berlin in den ersten Nachkriegsjahren bestimmte, die aber erstarb, als der Kalte Krieg einsetzte, hatte

²³² vgl. Frank: 2003, S. 225 -28.

²³³ Paul Merker wurde schließlich 1955 in einem Geheimverfahren wegen „zionistisch-trotzkistischer Tätigkeit“ zu acht Jahren Gefängnis verurteilt und nach zehn Monaten „begnadigt“. -vgl. Hodos: 2001, S. 269.

²³⁴ Bereits Anfang 1954 wurden die politischen Zügel wieder angezogen, wie die erneut zunehmend konfrontative Haltung gegenüber den Kirchen oder auch die letztliche, wenn auch geheime Durchführung des Verfahrens gegen Merker zeigt. -vgl. Frank: 2003, S. 260.

²³⁵ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 116.

²³⁶ vgl. Janka: 1991, S. 226.

sich hier erhalten. Dennoch ließen in diesem Haus nur wenige einen Zweifel daran aufkommen, welcher Seite sie sich verpflichtet fühlten.“²³⁷

Zum Erhalt dieses verlagsinternen Klimas trugen verschiedene Maßnahmen Jankas bei, wie die Einrichtung eines Klub- und Diskussionsraums für Mitarbeiter und Autoren. Darüber hinaus führte er eine für damalige Verhältnisse einzigartige innerbetriebliche Sozialpolitik ein.²³⁸ All dies trug sicher nicht nur zu einem hohen Ansehen Jankas bei der Aufbau-Belegschaft, sondern auch zu deren wachsender Identifikation mit dem Verlag bei. Zum Verlagsprogramm unter Janka ist zu sagen, dass er zwar den bisherigen Schwerpunkt Exilliteratur beibehielt²³⁹, aber weitergehend versuchte, den Aufbau-Verlag im Allgemeinen für Weltliteratur zu öffnen. Bezüglich zeitgenössischer Autoren kamen ihm dabei seine regen Kontakte aus der Emigration zugute, unter anderem zu den Brüdern Heinrich und Thomas Mann.²⁴⁰ Doch trotzdem ergab sich für die Veröffentlichung dieser wie einer ganzen Reihe weiterer Autoren, für die Verlage in der BRD die Lizenzen für den deutschen Sprachraum besaßen, zahlreiche Schwierigkeiten²⁴¹. Einzig mit dem Rowohlt-Verlag und dessen Inhaber Ernst Rowohlt gab es eine enge und gut florierende Kooperation.²⁴² Neben der Entdeckung des isländischen Schriftstellers Halldór Laxness für den deutschsprachigen Buchmarkt gehörte die Befürwortung Rowohlts für die Umsetzung eines der ehrgeizigsten Projekte Walter Jankas zu den wichtigsten Früchten dieser Zusammenarbeit. Dabei handelte es sich um das schließlich von Walter Ulbricht zum Scheitern gebrachte Vorhaben, in Hamburg eine Filiale des Aufbau-Verlages mit dem Ziel zu eröffnen, westdeutschen Lesern DDR-Autoren zugänglich zu machen und gleichzeitig politisch linksgerichteten Schriftstellern aus der BRD Möglichkeiten für Veröffentlichungen zu bieten.²⁴³ Neben Verlagsleiter Janka sollte bald auch Wolfgang Harich einen prägenden Einfluß auf das Profil des Aufbau-Verlages haben. Dieser gab bald nach Beginn der Lektoratstätigkeit seine Universitätslaufbahn auf, um sich vollständig der Verlagsarbeit zu widmen. Die letzten Bindungen mit der Humboldt-Universität, die er selbst als „Zuchtstätte“ bezeichnete²⁴⁴, brach er schließlich 1954 ab.²⁴⁵ Doch bereits zwei Jahre davor hatte es eine schwere

²³⁷ zit. n. Mittenzwei: 2002, S. 127.

²³⁸ vgl. Janka: 1991, S. 224f. u. Marschall: 1994, S. 75f.

²³⁹ Literatur, die entweder während der Naziherrschaft verboten war oder im antifaschistischen Exil entstand, deutschen Lesern bekannt zu machen, stellte im Grunde das Hauptanliegen bei der Verlagsgründung im August 1945 dar. -vgl. Mittenzwei: 2002, S. 38 -41.

²⁴⁰ Insbesondere zu seinem Kontakt mit Thomas Mann vgl. Marschall: 1994, S. 107, 113f. u. 117- 23.

²⁴¹ Konkret zu diesen Problemen im deutsch-deutschen Literaturgeschäft vgl. ebd., S. 112- 17.

²⁴² vgl. ebd., S. 107f.

²⁴³ vgl. ebd., S. 109- 12.

²⁴⁴ vgl. Harich: 1993, S. 15.

²⁴⁵ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 127.

Trübung von Harichs Verhältnis zu seiner Alma mater gegeben. Anlass dafür war ein heftiger Streit zwischen ihm und Kollegen um die Rolle Hegels in der Philosophiegeschichte. Dabei trat er energisch dem von Stalin verordneten Paradigma entgegen, Hegels Werk in seiner Gesamtheit sei die Antwort der aristokratischen Reaktion auf die französische Revolution gewesen.²⁴⁶ Bei seiner Arbeit im Aufbau-Verlag stand neben seinem Eintreten für eine stärkere Berücksichtigung der Werke der deutschen Klassik²⁴⁷ vor allem die Betreuung der Herausgabe der Schriften des ungarischen Philosophen und Literaturwissenschaftlers Georg Lukács, mit dem Harich in engem intellektuellen Austausch stand²⁴⁸, im Mittelpunkt. Der 1885 in Budapest geborene Lukács war in den 1950er Jahren der wahrscheinlich bedeutendste marxistische Denker, dessen Wirkungsmächtigkeit Werner Mittenzwei folgendermaßen beschreibt: "Was der offizielle Marxismus nicht erreichte, nämlich Nachdenklichkeit auch bei Menschen mit anderer weltanschaulicher Sicht auszulösen, daß bewirkten seine Schriften. Keine Universitätsmeinung besaß damals einen solchen Einfluß."²⁴⁹ Lukács' philosophische Anfänge waren in erster Linie von den zu Beginn des 20. Jhds. bedeutsamen geistigen Strömungen des Neukantianismus, der Lebensphilosophie und des hegelianischen Historismus geprägt, doch schon frühzeitig beschäftigte er sich auch mit Marx.²⁵⁰ Den Ausschlag für seine endgültige Hinwendung zum Marxismus gab schließlich die ungarische Revolution von 1918/19.²⁵¹ 1923 veröffentlichte er sein erstes bedeutendes marxistisches Werk „Geschichte und Klassenbewusstsein“. Darin definierte Lukács Klassenbewusstsein als „... bewußt gewordener Sinn der geschichtlichen Lage der Klasse“²⁵², was die Voraussetzung für die Befreiung des Proletariats durch Abschaffung der Klassengesellschaft darstellt. Seine revolutionäre Partei bildet in diesem Rahmen das „... Gewissen der gesellschaftlichen Sendung des Proletariats“²⁵³ und ist zugleich Produkt und Produzent der revolutionären Massenbewegungen. Mit dieser nicht unumstrittenen These nimmt Lukács eine Mittlerstellung ein zwischen Rosa Luxemburg, die die Spontaneität der Massenbewegung als Triebkraft der Revolution betonte, und Wladimir Iljitsch Lenin, der die führende Rolle der Partei hervorhob.

²⁴⁶ Zu Einzelheiten der Hegel-Debatte, in der Harichs Argumentation sich auch auf Georg Lukács' Schrift „Der junge Hegel. Über die Beziehungen von Ökonomie und Dialektik“ stützte vgl. Prokop: 1997, S.

65ff; Feist : 1996, S. 53- 60 u. Warnke : 2000, S. 523- 32.

²⁴⁷ vgl. Mittenzwei: 1999, S. 223- 28.

²⁴⁸ Dies veranlasste den damals in Leipzig wirkenden Philosophen Ernst Bloch (1885 -1977) zu dem Bonmot: „Ulbricht wird aus Moskau ferngelenkt, Harich aus Budapest.“ -zit. n. Prokop : 1997, S. 69.

²⁴⁹ zit. n. Mittenzwei: 2000, S. 127.

²⁵⁰ vgl. Caysa/Tietz: 1997, S. 5.

²⁵¹ vgl. ebd., S. 62- 72.

²⁵² zit. n. Kühnl: 1999, S. 293.

²⁵³ zit. ebd.

Lukács' wohl wichtigste Arbeit, die in den 1950er Jahren veröffentlicht wurde²⁵⁴, war „Die Zerstörung der Vernunft“. Darin legte er seine Ansicht dar, dass die Verdrängung des Humanismus und insbesondere des Vernunftbegriffs der Aufklärung durch irrationalistische philosophische Strömungen vor dem Hintergrund wachsender Klassengegensätze und imperialistischer Interessen in Deutschland bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts den Nährboden für das spätere Aufkommen des Nationalsozialismus bereitete. Damit ließe sich folglich eine direkte Linie von Schopenhauer und Nietzsche zu Schmitt, Heidegger, Spengler und Rosenberg ziehen.²⁵⁵ Dass Lukács daneben auch in den 1950er Jahren Thesen aufstellte, die für die Führungen der sozialistischen Staaten keineswegs immer unproblematisch waren, zeigte sein 1956 an Harich gesandtes Manuskript „Die Gegenwartsbedeutung des kritischen Realismus“, worin er dessen Notwendigkeit auch im Sozialismus betonte und sich damit von dem bis dahin auch von ihm selbst favorisierten sozialistischen Realismus distanzierte. In die Politik übertragen vertrat er hiermit die Ansicht, dass in einer Phase revolutionärer Demokratie zunächst die bürgerlichen Freiheiten vollendet werden sollten, die dann wiederum Förderer des Fortschritts zum Sozialismus würden. Faktisch bedeutete dies die Ablehnung Lukács' gegenüber der übereilten Einführung des Sozialismus in den mitteleuropäischen Staaten und der bloßen Überstülperung des sowjetischen Modells in diesen Ländern.²⁵⁶ Diese schriftlichen Äußerungen des großen marxistischen Denkers entwickelten im Hinblick auf die Ereignisse des Jahres 1956, als sie zu Papier gebracht wurden²⁵⁷, eine große Brisanz, genauso wie für Harich und Janka ihr Verhältnis zu Lukács selbst, insbesondere vor dem Hintergrund des Aufstandes in Ungarn und der Haltung, die der Philosoph dazu einnahm.

5. Die Ereignisse des Jahres 1956 - XX. Parteitag, Polen und Ungarn

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 markierte eine tiefe Zäsur sowohl in ihrer als auch in der Geschichte der anderen kommunistischen Parteien. Nikita Chruschtschow, seit 1953 erster Sekretär des Zentralkomitees und zu diesem Zeitpunkt unangefochtener Sieger des auf Stalins

²⁵⁴ Erschienen 1954 in Budapest und beim Aufbau-Verlag unter Wolfgang Harichs Ägide. -Anm. d. Autors.

²⁵⁵ vgl. Lukács: 1988.

²⁵⁶ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 131.

²⁵⁷ Allerdings handelte es sich dabei um einen Rückgriff auf die 1928 von ihm veröffentlichten Blum-Thesen, in denen er die Notwendigkeit einer revolutionär-demokratischen Übergangsperiode auf dem Weg zum Sozialismus bereits formuliert hatte. -vgl. Kühnl: 1999, S. 294.

Tod folgenden innerparteilichen Machtkampfes²⁵⁸ rechnete dabei insbesondere in der so genannten Geheimrede²⁵⁹, die er am 25. Februar vor den Delegierten der KPdSU hielt, mit den Fehlern und Verbrechen Stalins ab.²⁶⁰ Neben der Tatsache, dass damit innerhalb der Sowjetunion der Weg für eine Liberalisierung bereitet wurde, erfolgte auch in der sowjetischen Außenpolitik mit dem Parteitag eine Neuorientierung. So wurden das Konzept der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Staaten und die Zubilligung eines eigenständigen Weges aller Völker zum Sozialismus²⁶¹ zu ihren neuen wichtigen Eckpfeilern. In den sozialistischen Staaten hatte der Parteitag weit reichende, in ihrer Intensität jedoch ganz unterschiedliche Folgen.²⁶² Den stärksten Ausschlag verursachte er in Polen und Ungarn. Im ersten der beiden Länder kam es vor allem nach dem Tod von Parteichef Bierut im März 1956 zur Erosion der Macht der stalinistischen Kräfte. Dieser Prozess war begleitet vom „Erwachen“ der kritischen Intelligenz, aber auch vom wachsenden Unmut der Arbeiter, der im Aufstand von Poznan im Juni jenes Jahres seinen Höhepunkt erlebte. Am Ende setzte sich der 1948 als Generalsekretär der polnischen KP abgesetzte und geächtete „Heimatkommunist“ Wladyslaw Gomulka nur wenige Monate nach seiner Rehabilitierung als neuer Parteichef durch.²⁶³ Während in Polen, abgesehen von den Auseinandersetzungen in Poznan, diese Veränderungen ohne Blutvergießen abliefen, erlebte Ungarn zu Jahresende im Zuge des Machtkampfes zwischen Stalinisten und Reformern eine Erhebung mit hunderten von Todesopfern. Angefangen hatte es auch hier mit einer versuchten Zurückdrängung des Einflusses der stalinistischen Kräfte um Parteichef Mátyás Rákosi. Doch diese waren nicht bereit, einfach den Reformern um Imre Nagy Platz zu machen. Eine wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielten Intellektuelle, die sich schon 1955 im Petöfi-Kreis²⁶⁴, einem kritischen Diskussionsforum unter maßgeblicher Beteiligung Georg Lukács', zusammenschlossen hatten. Lukács selbst übernahm, nachdem im Oktober 1956

²⁵⁸ Seine Rivalen waren Lawrenti Berija, Geheimdienstchef u. Innenminister d. UdSSR u. Georgi Malenkow, Vorsitzender d. Ministerrates d. UdSSR. Berija, einst rechte Hand Stalins, wurde Ende 1953 nach Enthebung von seinen Ämtern zum Tode verurteilt u. hingerichtet. Malenkow war ab 1955 nur noch Minister für Energiewirtschaft u. wurde 1957 aus der Parteiführung ausgeschlossen. -Vgl. Knoll/Kölm: 1999.

²⁵⁹ Die offizielle Überschrift dieser in der UdSSR erstmalig 1989 in „Iswestija ZK KPSS“ veröffentlichten Rede lautete „Über den Personenkult und seine Folgen“. -Anm. d. Autors.

²⁶⁰ vgl. Medwedew et al.: 1977, S. 487- 537.

²⁶¹ Dieser neue Kurs trug nicht nur zu den folgenden Ereignissen in Ungarn u. Polen bei, sondern war auch wesentlich für die Herausbildung d. Eurokommunismus. -vgl. Marek : 1977, S. 177- 93.

²⁶² Zu den Vorgängen nach dem XX. Parteitag in den einzelnen sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas u. der UdSSR vgl. Kersten: 1957.

²⁶³ Zu den Ereignissen in Polen 1956 vgl. Gibney: 1959 u. Crusius/Wilke: 1977, S. 82 -164.

²⁶⁴ Benannt nach dem Dichter der ungarischen Revolution von 1848 Sándor Petöfi (1823 -49). -Anm. d. Autors.

studentischer Protest in den offenen Aufstand gemündet war, in der daraufhin eingesetzten Reformregierung Imre Nagy das Amt des Kulturministers. In der Folgezeit griffen sowjetische Truppen zweimal in Ungarn ein, zuerst auf Seiten Nagys, dann zu seinem Sturz. Zu letzterem kam es in Folge der Entscheidung des ungarischen Ministerpräsidenten, den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Vertrag zu erklären. Während der opferreichen Niederschlagung des Aufstandes wurde mit sowjetischer Rücken- deckung eine neue Regierung unter Leitung János Kádárs gebildet, die in der Folgezeit die blutige Abrechnung mit den Teilnehmern des Aufstandes führte. So wurden Nagy und seine engsten Mitarbeiter 1958 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das einzige Regierungsmitglied, das von der Repression verschont wurde, war Georg Lukács.²⁶⁵ Für die anderen sozialistischen Staaten, so auch die DDR, wurde Ungarn 1956 zum Fanal der Konterrevolution und bot Anlass zum Zurückschrauben von Liberalisierungstendenzen und zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber vermeintlichen „Feinden des Sozialismus“.

6. Das Jahr 1956 in der DDR

6.1 Zunehmende Kritik von Seiten der Intelligenz

Auch in der DDR war in Folge des XX. Parteitags der KPdSU eine einsetzende Gärung unter Angehörigen der Intelligenz zu verzeichnen. Diese reichte weit bis in die SED hinein, wobei der Unmut sich in starkem Maße gegen Walter Ulbricht selbst richtete, der als vormals überzeugter Stalinist nun massiv an Glaubwürdigkeit verlor. Ähnlich wie in Ungarn mit dem Petöfi-Kreis entstanden in der DDR im Verlauf des Jahres intellektuelle Diskussionsforen, die zu Orten des Gesprächs über mehr politische und künstlerische Freiheiten wurden. Als bekanntestes ist in diesem Rahmen der Donnerstagskreis, der im Herbst 1956 wöchentlich im Berliner Club der Kulturschaffenden zusammenkam, zu nennen.²⁶⁶ Zu einer ganzen Reihe namhafter DDR-Kulturschaffender, die an den Veranstaltungen dieses Forums teilnahmen, gehörte zeitweilig auch Wolfgang Harich, der zumindest zweimal bei Treffen anwesend war.²⁶⁷ Doch gab es auch in der DDR nicht nur solche Formen der Kritik. Sehr viel offensiver artikuliert sie sich zeitgleich im Oktober und November 1956 durch studentische Demonstrationen, die von Harichs früherer Lehrstätte ausgingen. Angesichts der Umstände des Ausbruchs des ungarischen Aufstandes kurz zuvor sicher

²⁶⁵ Zu den Ereignissen in Ungarn 1956 vgl. Litvan/Bak: 1994, s. 50 -163; Crusius /Wilke: 1977, S. 82- 164 u. Hoensch: 1991, S. 129- 35.

²⁶⁶ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 138 u. Schiller: 2000.

²⁶⁷ vgl. Schiller: 2000, S. 22.

aufgeschreckt waren die Behörden bemüht, diese Proteste schnellstmöglich zu beenden, was offenbar auch gelang.²⁶⁸

6.2 Was geschah 1956 im Aufbau-Verlag?

Auch am Aufbau-Verlag, der sein offenes diskussionsfreudiges Klima durch Walter Jankas Wirken bewahren konnte, gingen die kritischen Auseinandersetzungen des Jahres 1956 keinesfalls spurlos vorüber. Dabei spielte neben den ab Sommer zunehmenden Debatten über Reformen in der DDR aus Anlaß von Partei- oder Gewerkschaftsversammlungen die beim Verlag herausgegebene Wochenzeitung des Kulturbundes „Sonntag“ eine wichtige Rolle. Ihre Redakteure Heinz Zöger und Gustav Just machten sie zu einem wichtigen Artikulationsorgan der kritischen DDR-Intelligenz.²⁶⁹ Zu einer Zuspitzung der Stimmung im Verlag kam es Ende Oktober/Anfang November unter dem Eindruck der Vorgänge in Ungarn. Autoren und Mitarbeiter forderten Janka auf, eine Versammlung einzuberufen. Die entsprechende Diskussion drehte sich um Inhalte der Auseinandersetzungen nach dem XX. KPdSU-Parteitag, das Verhältnis der SED zu den gesellschaftlichen Schichten der DDR und deren politischer Standort. Beschlossen wurde von den Beteiligten, die Aussprache mit führenden Mitgliedern der Staats- und Parteiführung zu suchen. Die erste Einladung dazu ging an Kulturminister Johannes R. Becher. Diese Debatte, die Becher nachher selbst als nützlich lobte²⁷⁰, hatte wie die vorangegangenen nach Jankas Zeugnis folgende Ausrichtung: „Auf viele Fragen mussten Antworten gefunden werden. Und selbstverständlich wurden Vorschläge in die Diskussion eingebracht, die nicht mit den Erklärungen der Parteiführung übereinstimmten. Nachbetereien gab es anderen Orts genug. Nur keinen Meinungsstreit! Aber der war bitter nötig. Und genau das war unser Anliegen. Dabei gelang es durchaus, die Diskussionen, an denen zahlreiche Parteilose beteiligt waren, in eine Richtung zu lenken, die wir für richtig hielten. Unsere Sache war, darüber gab es keinen Zweifel, die sozialistische Umgestaltung in der DDR.“²⁷¹ Doch was zum damaligen Zeitpunkt für besondere Beunruhigung unter den daran beteiligten Intellektuellen sorgte, war das Schicksal Georg Lukács'. Nahrung erhielt diese Sorge vor allem dadurch, dass am selben Tag als Becher im Aufbau-Verlag weilte, sowjetische Truppen in Budapest einrückten. Schließlich wurde unter dem Eindruck der dramatischen Entwicklungen in Ungarn beschlossen, den Philosophen durch Janka in die

²⁶⁸ Über das genaue Ausmaß dieser Proteste und tatsächlich erfolgtes Eingreifen von Sicherheitskräften finden sich in der Literatur nur dürftige Angaben. -vgl. u.a. Hoffmann: 2003, S. 69.

²⁶⁹ vgl. Prokop: 1997, S.91.

²⁷⁰ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 145 u. Behrens: 2003, S. 290f.

²⁷¹ zit. n. Janka : 1991, S. 254.

DDR zu holen.²⁷² Gemäß Walter Janka ging die Initiative zu diesem nicht unkomplizierten Vorhaben von Anna Seghers aus, und Johannes R. Becher sagte später seine Unterstützung dafür zu.²⁷³ Werner Mittenzwei hingegen vermutet, daß Becher die Idee hatte, seinen Freund und Amtskollegen aus der umkämpften ungarischen Hauptstadt nach Berlin zu bringen und Janka dafür konkrete Anweisungen und Unterstützung gab.²⁷⁴ Doch am Tag der geplanten Aktion rief Becher Janka an und teilte ihm mit, dass das Vorhaben unterbleiben müsse, da Ulbricht die Reise untersagt habe.²⁷⁵ Janka glaubte nun, daß damit diese Angelegenheit für ihn erledigt sei. Doch dem war nicht so. Sie spielte sowohl für seine Festnahme als auch im Prozess gegen ihn eine entscheidende Rolle.²⁷⁶ Unterdessen fand am 21. November 1956 auf Jankas Einladung hin ein Treffen in dessen Wohnung in Kleinmachnow statt, an dem Wolfgang Harich, Gustav Just, Heinz Zöger und Paul Merker teilnahmen. Ziel dieser Zusammenkunft war es in einer Art „roten 20. Juli“²⁷⁷ die Entmachtung Walter Ulbrichts herbeizuführen. Als Nachfolger präsentierte Janka den Anwesenden Paul Merker, der nach seinen Worten die Rolle eines "deutschen Gomulka" übernehmen sollte.²⁷⁸ Am folgenden Tag traf sich Harich mit Manfred Hertwig und Bernhard Steinberger. Dabei wurde die politische und wirtschaftliche Situation der DDR erörtert und Harichs Reformideen²⁷⁹ diskutiert. Am 25. November stieß als Letzter Richard Wolf zu der Gruppe, der die Erarbeitung eines Minimal-²⁸⁰ und eines Maximalprogramms²⁸¹ vorschlug. Unterdessen hatte Harich bereits vom 22. bis zum 25. November seine Plattform²⁸² erstellt. Am 26. reiste er nach Hamburg, wo er unter anderem mit dem Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein in Kontakt trat. Am 29.11 kehrte er in die DDR zurück, wo er noch am gleichen Tag von der Staatssicherheit verhaftet wurde.²⁸³

²⁷² vgl. Mittenzwei: 2002, a.a.O.

²⁷³ vgl. Janka: 1991, S. 264- 69.

²⁷⁴ vgl. Mittenzwei: 2002, a.a.O.

²⁷⁵ Alexander Behrens spekuliert in seiner kürzlich erschienenen Becher-Biographie über die Beweggründe, die den Minister veranlasst haben könnten, Ulbricht überhaupt von dem Vorhaben in Kenntnis zu setzen und ihn um Erlaubnis dafür zu bitten. -vgl. Behrens: 2003, S. 294.

²⁷⁶ vgl. Janka: 1991, S. 269f.

²⁷⁷ Wie Heinz Zöger auf der Hinfahrt zu Harich und Just bemerkte. -vgl. Der Prozeß (o.A.): 1990, S. 132f.

²⁷⁸ vgl. Harich: 1993, S. 61.

²⁷⁹ Bereits im Oktober 1956 hatte Harich ein Memorandum unter dem Titel „Studien zur weltgeschichtlichen Situation“ erarbeitet, das Grundvorstellungen zur anti-stalinistischen Reform d. DDR enthielt und das er dem sowjetischen Botschafter Georgi Puschkin zukommen ließ. -vgl. Prokop: 1997, S. 83- 91.

²⁸⁰ Dieses sollte von Steinberger erarbeitet werden und vermutlich überwiegend ökonomisch ausgerichtet sein. -vgl. ebd., S. 99.

²⁸¹ Durch Wolfgang Harich. -vgl. ebd.

²⁸² Erläuterung s.u.

²⁸³ vgl. Harich: 1993, S. 77- 83.

6.3 Die „Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“

Zu den von den MfS-Mitarbeitern bei der im Zusammenhang mit Harichs Festnahme durchgeführten Hausdurchsuchung beschlagnahmten Dokumenten gehörte auch die „Plattform“. Dieses Papier verschwand nach Einsichtnahme Ulbrichts im Parteiarchiv der SED und wurde dort erst 1990 wieder gefunden.²⁸⁴ Veröffentlicht wurde es erstmals 1993 in Harichs Buch „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“.²⁸⁵ Inhaltlich ist die Plattform in drei Schwerpunktbereiche gegliedert. Der erste, überschrieben mit „Die Partei“, beschäftigt sich mit der Fragestellung einer Erneuerung und Entstalinisierung der SED. Zwar war Harich der Meinung, dass das Prinzip des demokratischen Zentralismus beibehalten werden müsse, aber es sollte durch die Wiederherstellung der Leninschen Normen der Parteiarbeit²⁸⁶ sichergestellt werden, dass die zentral gefassten Beschlüsse demokratisch zustande kommen. In ein neues Parteistatut sollten Bestimmungen, die die innerparteiliche Demokratie festigen, aufgenommen werden, wobei sich an den Parteistatuten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD, dem des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) und den diesbezüglichen Beschlüssen des XX. Parteitags der KPdSU, des VIII. Parteitags der KP Chinas (KPCh) und des VIII. Plenums der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu orientieren sei. Weiterhin betrachtete es Harich, um ähnliche Vorgänge in Zukunft zu verhindern, als unbedingt notwendig, frühere Fälle der Verletzung der innerparteilichen Demokratie zu untersuchen und zu diskutieren. Desweiteren forderte er die Wahl der verantwortlichen Mitarbeiter des Parteiapparates durch die ihrerseits gewählten Parteiorgane, den Ausschluss und gegebenenfalls die Bestrafung von für stalinistische Verbrechen verantwortliche Partei- und Staatsfunktionäre und im Gegenzug die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus. In diesem Zusammenhang sprach sich Harich für eine Neubewertung der Vorgänge vom 17. Juni 1953 aus, was auch die damaligen Reformvorschläge Rudolf Herrnstads²⁸⁷ und Wilhelm Zaisers²⁸⁸ beinhaltete. Um eine weitere Entfremdung des Parteiapparates von der Bevölkerung zu verhindern, erachtete er es als unbedingt notwendig, jegliche Privilegien der Funktionäre abzuschaffen. Statt dem sollte ihr Handeln nach

²⁸⁴ vgl. Prokop: 1997, S. 100.

²⁸⁵ vgl. Harich: 1993, S. 111 -60. Der Autor stützt sich bei der folgenden Kurzanalyse auf diese Quelle, die nicht noch einmal gesondert ausgewiesen wird.

²⁸⁶ vgl. u.a. Lenin: 1988. Laut Harich sollte diese Rückbesinnung durch Überprüfung d. Parteistatuts, in dem Stalin mit den marxistischen Klassikern Marx, Engels u. Lenin gleichgesetzt wurde, erfolgen.

²⁸⁷ Rudolf Herrnstadt (1903- 66) war bis 1953 als Nachfolger Lex Endes Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“. Zu seiner Reformplattform vgl. Podewin: 1995, S. 262.

²⁸⁸ Wilhelm Zaissner (1893 -1958) war von 1950 bis 1953 Minister für Staatssicherheit d. DDR. Die angebliche innerparteiliche feindliche Gruppe, die dieser mit Herrnstadt bildete war nach Podewin eine Erfindung Ulbrichts. -vgl. Podewin: 1995, S. 269- 76.

dem Prinzip „Jedem nach seinen Leistungen“ gewürdigt und die Genossen zur Bescheidenheit erzogen werden. Ebenfalls der Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die SED sollte die Verpflichtung der Partei zu uneingeschränkter Offenheit und Ehrlichkeit in allen innen- und außenpolitischen Fragen dienen. Zwar bekannte sich Harich zur führenden Rolle der Partei, aber dafür müsse die Überzeugung der Menschen die Grundlage bilden. Staatsorgane und Massenorganisationen dürften nicht länger De-facto-Anhängsel der SED sein, führte er weiter aus. Darunter fielen freilich auch die Gewerkschaften. In diesem Rahmen verlangte Harich die Wahl von Arbeiterräten in den Betrieben, die mit beträchtlichen Befugnissen ausgestattet werden, was stark an das jugoslawische Modell der „Arbeiterselbstverwaltung“ erinnert. Zu den weltanschaulichen Grundlagen der SED betonte er die entscheidende Bedeutung des Marxismus-Leninismus. Dazu sollte jedoch die wissenschaftliche Arbeit Vorrang vor Propaganda und Agitation haben. In diesem Zusammenhang sprach Harich sich auch deutlich dagegen aus, Menschen den Marxismus-Leninismus aufzuzwingen. Vielmehr müsse in diesem Feld anstelle von Zwang Überzeugungsarbeit geleistet werden. Bezüglich der Beziehungen der SED zu anderen Parteien sah die Plattform eine Aufgabe ihrer einseitigen Bindung an die KPdSU vor. Stattdessen sollten auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Solidarität insbesondere zu den kommunistischen Parteien intensivere Kontakte aufgebaut werden, die die Überwindung des Stalinismus am energischsten vorantreiben. Als Beispiele nannte Harich den BdKJ, die KP Chinas, die PVAP, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), die KP Italiens (KPI) und die KP der USA. Weiterhin sollte die Bevormundung der KPD in der BRD durch die SED eingestellt und auch dieses Verhältnis auf der Basis der Gleichheit beider Parteien entwickelt werden. Einen besonderen Schwerpunkt legte Harich auf die Beziehungen der SED zur SPD²⁸⁹. Dazu müsse seiner Meinung nach die SED ihre Entstalinisierung konsequent vorantreiben, was auch Selbstkritik an der Taktik der KPD vor 1933 einschließt, die die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Nationalsozialisten verhinderte und somit Hitlers Machtantritt begünstigte²⁹⁰. Darüber hinaus solle die SED die Möglichkeit eines friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus in der BRD auf der Grundlage des bundesdeutschen Grundgesetzes anerkennen. Schließlich müssten auch die

²⁸⁹ In diesem Zusammenhang erscheint wichtig anzumerken, dass die SPD das Godesberger Programm, in dem oftmals der endgültige Bruch der (west)deutschen Sozialdemokratie mit dem Marxismus gesehen wird, erst 1959 annahm. -Anm. d. Autors.

²⁹⁰ Offensichtlich zielte Harich hier auf die Diffamierung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und „Hauptgegner“ ab. -Anm. d. Autors.

Umstände der Vereinigung von KPD und SPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone durch die SED Neubewertet werden.²⁹¹

Am Ende des Prozesses der Annäherung zwischen SED und SPD sollte die Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Abschließend zu diesem Abschnitt der Plattform zeigte Harich vier Etappen zum Erreichen dieses Ziels²⁹² auf. Zunächst sollte ein Führungswechsel in der SED erfolgen, und danach die die DDR betreffenden Maßnahmen bezüglich Entstalinisierung und Demokratisierung umgesetzt werden. Als zweiter Schritt müsse eine Aktionseinheit zwischen SPD, SED und KPD hergestellt werden. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung²⁹³ sollte in der Folge den Austritt der BRD aus der NATO verkünden, auf den die DDR ihrerseits mit dem Verlassen des Warschauer Vertrages antwortet. Daran schließt sich die gemeinsame Erarbeitung eines Programms der Arbeiterparteien zur deutschen Wiedervereinigung und die Vorbereitung eines entsprechenden Plebiszits in beiden Teilen Deutschlands an. Grundlage für die letzte Etappe, die Wiedervereinigung, sollten freie gesamt-deutsche Wahlen sein, auf die die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung folgt. Der zweite große Komplex der Plattform hatte die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die sozialistische Demokratisierung in der DDR unter der Überschrift „Programm des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ zum Inhalt. Als ersten Punkt dazu sprach Harich sich für eine Veränderung der Verwaltungsstruktur der DDR aus. Damit meinte er die Wiederherstellung der 1952 aufgelösten Länder, eine Verlagerung von Kompetenzen von der staatlichen Ebene auf untere Körperschaften und die Stärkung der gewählten Volksvertretungen. Die Volkskammer sollte in diesem Zusammenhang nicht mehr nur Zustimmungsorgan zu Beschlüssen der Regierung sein, sondern diese kontrollieren und deren Anordnungen gegebenenfalls aufheben können. Zu den Wahlen für die Volksvertretungen der DDR schrieb Harich, dass diese zwar nach wie vor auf der Grundlage von Einheitslisten erfolgen, aber durch die Aufstellung einer größeren Zahl von Kandidaten als Abgeordnetenplätzen und die Garantie einer wirklich geheimen Stimmabgabe demokratischen Charakter erhalten sollen. Zur wirtschaftlichen Neuorientierung forderte er die Auflösung der Zentralen Plankommission. An ihrer Stelle sollte ein neu geschaffenes Wirtschaftsministerium nur noch eine Rahmenplanung auf

²⁹¹ Harich schreibt dazu: „Die Verschmelzung der KPD und SPD [...] war 1946 ein gewaltiger Fortschritt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Fortschritt ist aber nicht mit durchweg demokratischen Methoden erzielt worden, und das hat die Idee der Einheit der Arbeiterbewegung diskreditiert.“ -zit. n. Harich: 1993, S. 133.

²⁹² Was auch unter Einschluss der KPD in der BRD erfolgen sollte. -Anm. d. Autors.

²⁹³ Harich erwartete nach Veröffentlichung seiner Plattform einen Regierungswechsel in der BRD von CDU/CSU Adenauers zur SPD. -Anm. d. Autors.

wissenschaftlicher Grundlage vorgeben, die den Betrieben jedoch weitgehende Eigenständigkeit einräumt. Als Arbeitsanreiz stellte Harich sich eine Gewinnbeteiligung der Beschäftigten vor. Die Gewerkschaften würden nach seinem Konzept wieder zur echten Interessenvertretung der Werktätigen, was auch die Gewährung des Streikrechtes bis hin zur Möglichkeit des politischen Generalstreiks einschließt. Im Bereich der Landwirtschaft sah er die Auflösung unrentabler Genossenschaften (LPG) und Staatsgüter, eine Förderung bäuerlicher Familienbetriebe und eine Kollektivierung auf freiwilliger Basis vor. Desweiteren forderte Harich in gewissem Rahmen die Schaffung einer gemischten Wirtschaft, was die Förderung und Zulassung klein- und mittelständischer Privatunternehmen bedeutete. Auch entsprechende Unternehmungen aus der BRD sollten Lizenzen für eine Tätigkeit in der DDR erhalten. Für diese Einlassung, wenn auch eng begrenzt und unter Erhalt des absoluten Vorrangs des volkseigenen Sektors, auf die privatkapitalistische Wirtschaftsweise stand seiner Meinung nach die Erhöhung des Lebensstandards in der DDR im Mittelpunkt.²⁹⁴ Im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit der DDR sah er die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und dessen Ersatz durch politische Abteilungen der Volkspolizei, die strenger parlamentarischer Kontrolle unterstehen sollte, vor.²⁹⁵ Bezüglich der Kulturpolitik verlangte Harich die Schaffung eines neuen Kulturministeriums, das die Arbeit mehrerer bislang für Kultur und Bildung zuständiger Ministerien und staatlicher Stellen²⁹⁶ bündelt. Weiterhin sprach er sich unter anderem für die Befreiung von Kunst, Forschung und Lehre von staatlicher Beeinflussung und die Abschaffung der Zensur aus. Allerdings sollten die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen „...fest in der Hand der fortschrittlichen Kräfte...“²⁹⁷ verbleiben. Abschließend zu diesem Komplex führte Harich noch einmal wichtige Maßnahmen zur unmittelbaren Anhebung des Lebensniveaus in der DDR auf.²⁹⁸ Ziel dessen sollte es nicht zuletzt sein, dem sozialistischen Modell bezogen auf den anstehenden deutschen Wiedervereinigungsprozeß ein hohes Maß an Attraktivität zu verleihen, um somit dessen fortschrittliche Ausrichtung sicherzustellen. Als dritten Schwerpunkt fügte Harich der Plattform eine Auflistung von sechs Sofortmaßnahmen an. Zuerst sollte das ZK der SED das Erneuerungsprogramm beschließen, darauf folgend ein neues Politbüro wählen und danach eine Resolution zur

²⁹⁴ Weitere Punkte d. v. Harich geforderten "neuen Mittelstandspolitik" in d. DDR vgl. Harich: 1993, S. 146ff.

²⁹⁵ vgl. dazu u. zu weiteren Vorschlägen zur Reform d. DDR-Justizapparates ebd., S. 148ff.

²⁹⁶ Dabei handelte es sich um das Ministerium f. Kultur, das Ministerium f. Volksbildung, das Staatssekretariat f. Hochschulwesen u. das Amt f. Literatur- u. Verlagswesen. -vgl. ebd., S. 150.

²⁹⁷ zit. ebd., S. 151.

²⁹⁸ Im Einzelnen vgl. ebd., S. 153f.

Darlegung der aktuellen Situation im Land verabschieden. Anschließend würde eine Delegation der neuen Staats- und Parteiführung der DDR zur Abstimmung des neuen Kurses in die UdSSR reisen und eine Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen der DDR zu den anderen sozialistischen Staaten in die Wege leiten²⁹⁹. Beschlossen wurde dieser Maßnahmenkatalog vor der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien, womit freilich die Aussöhnung mit dem dereinst verfemten „Titoismus“ verbunden gewesen wäre. Zur Einschätzung der Plattform ist zu sagen, dass sie, obwohl in dieser Form nur ein Entwurf, der vor allem durch den Beitrag Bernhard Steinbergers im ökonomischen Teil noch vervollkommenet werden sollte, bereits ausgesprochen detailliert und ausgefeilt ist. Ihr Kernanliegen war zunächst die Befreiung des Marxismus in der DDR vom Stalinismus und Dogmatismus und damit verbunden die Ablösung Walter Ulbrichts und anderer stalinistischer Kräfte in der DDR-Staats- und Parteiführung. Während Harich viele Probleme bezüglich politischer Freiheiten und die Notwendigkeit einer Erhöhung des Lebensstandards in der DDR, der ja zweifellos mit dem im anderen deutschen Teilstaat in Konkurrenz stand, durchaus realistisch bewertete, existierten in seinem Programm auch eine ganze Reihe von Fehleinschätzungen. Hier sind insbesondere seine Vorstellungen zur deutschen Wiedervereinigung zu nennen. So mag seine Bewertung der Möglichkeit der Bildung einer Aktionseinheit der SED mit der SPD aus heutiger Sicht ziemlich naiv erscheinen. Allerdings ist zu bedenken, dass der von Harich als Vorbedingung formulierte Reformprozess in der SED und der DDR in der SPD sicherlich Reaktionen ausgelöst hätte. Doch selbst im Falle des Gelingens dieses Verbundes der beiden³⁰⁰ Arbeiterparteien ist es sehr fraglich, ob die Mehrheit der bundesdeutschen Wähler angesichts der vom Kalten Krieg geprägten Stimmungslage damals links gewählt hätte. Offenbar hoffte Harich darauf, dass sie im Falle der Wahl zwischen einem sozialistisch orientierten Modell der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und der die Teilung zementierenden Westintegration Adenauers sich für ersteres entscheiden würden. Hochspekulativ ist wohl auch Harichs Ansicht, dass es nach einem solchen Wahlsieg möglich wäre, das wirtschaftliche System der BRD ohne große Gegenwehr in Richtung Sozialismus zu verändern. Außerdem lässt sein Konzept völlig außer Acht, wie die Alliierten Ende der 1950er Jahre auf Pläne zur Vereinigung beider deutscher Staaten und auf deren Austritt aus dem jeweiligen militärischen Block reagiert hätten.³⁰¹ Zur Einschätzung der

²⁹⁹ Dabei ging es Harich offenbar insbesondere um eine größere Gleichberechtigung der DDR in den Handelsbeziehungen mit der UdSSR, die bis dahin überwiegend den Interessen Moskaus entsprachen. -Anm. d. Autors.

³⁰⁰ Bzw. drei mit der KPD. -Anm. d. Autors.

³⁰¹ Bedeutsam ist jedoch zu betonen, dass die Wiedervereinigung (freilich unter sozialistischen

Situation im Inneren der DDR ist zu sagen, dass Harich das Protestpotenzial scheinbar überschätzte, wie die realen Ereignisse im Land 1956 ganz deutlich zeigten. Neben gewissen politischen Liberalisierungen³⁰² trugen zur politischen Enthaltbarkeit der Arbeiter wahrscheinlich auch die traumatischen Bilder aus Ungarn bei. Somit war es für die Führung recht einfach, Harich und andere kritische Intellektuelle zu isolieren und ihnen den Prozess zu machen. Für Harich selbst sollte sich dabei als besonders fatal erweisen, dass er neben dem erwähnten Kontakt zu Augstein auch mit dem Ostbüro der SPD in Westberlin, nach Ansicht der DDR-Führung eine Zentrale der Agenten- und "Wühltätigkeit" gegen ihr Land, Verbindung aufgenommen hatte. Damit bot sich Ulbricht einmal mehr die Gelegenheit, Harich und seine Mitstreiter als Staatsfeinde hinzustellen. Im Zusammenhang mit der geplanten Ablösung Ulbrichts tut sich außerdem die Frage auf, inwieweit die UdSSR bereit gewesen wäre, dies hinzunehmen. Sicher spricht einiges für Hans Mayers Einschätzung³⁰³, dass dies vor dem Ungarn-Aufstand möglich gewesen wäre, danach jedoch sehr unwahrscheinlich³⁰⁴.

7. Schlussbetrachtung

Wie bereits eingangs erwähnt stellten die Verfahren gegen Harich, Janka und ihre Mitbeschuldigten nur den Anfang einer Kampagne gegen reformorientierte sozialistische Intellektuelle in der DDR dar, die noch bis einschließlich 1958 andauerte und sich in den Fällen Karl Schirdewan³⁰⁵ und Ernst Wollweber³⁰⁶ auch gegen hohe Parteifunktionäre richtete. Doch handelte es sich dabei nur um den ersten großen Zusammenstoß der DDR-Intelligenz mit der politischen Führung. Als weitere folgten 1965 das 11. Plenum des ZK der SED, als Ansätze einer liberaleren Kulturpolitik zunichte gemacht wurden³⁰⁷ und 1976 die Affäre um die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann³⁰⁸. In diesen Vorgängen fand allerdings nicht nur die Angst der Staats- und Parteifunktionäre vor dem Einfluss kritisch-intellektueller Stimmen, sondern auch deren ausgesprochen kleinbürgerlich-provinziellen

Vorzeichen) zum damaligen Zeitpunkt noch offizielles Ziel der Deutschlandpolitik d. DDR-Regierung war. Die Abgrenzung zur BRD erfolgte erst Ende der 1960er/ Anfang der 1970er Jahre.
-Anm. d. Autors.

³⁰² Vgl. Prokop: 1997, S. 112.

³⁰³ vgl. ebd., S. 113.

³⁰⁴ Dafür spricht auch die Haltung der sowjetischen Führung zu Ulbricht vor u. nach den Ereignissen v. 17. Juni 1953. -vgl. Podewin: 1995, S. 250- 59 u. Frank: 2003, S. 11- 35.

³⁰⁵ Karl Schirdewan (1907 -1998), bis 1958 Mitglied d. Politbüros u. Sekretär d. ZK d. SED, wegen „Fraktionstätigkeit“ aus Politbüro u. ZK ausgeschlossen. -vgl. Podewin: 1995, S. 301f.

³⁰⁶ Ernst Wollweber war seit 1953 Nachfolger Zaissers als Minister f. Staatssicherheit, 1957 erfolgte seine Ablösung, 1958 gemeinsamer Ausschluss m. Schirdewan aus Politbüro u. ZK. -vgl. ebd.

³⁰⁷ vgl. Mittenzwei: 2002, S. 229- 39.

³⁰⁸ vgl. ebd., S. 290- 309.

Einstellungen zu Kunst und Kultur ihren Ausdruck. Dass es trotzdem im Laufe der Zeit zu einer Lockerung kam, spürte nicht zuletzt Wolfgang Harich in den 1980er Jahren im Zusammenhang mit der Rezeption Nietzsches in der DDR.³⁰⁹ Für beide Protagonisten dieser Betrachtung hatten die Ereignisse von 1956/57 neben Haft und Ende der beiderseitigen Freundschaft auch die Konsequenz eines langwierigen Ausschlusses aus dem intellektuellen und kulturellen Diskurs in der DDR, der über ihre Haftzeit hinausging³¹⁰. Nach seiner Freilassung war Walter Janka längere Zeit arbeitslos bis er schließlich durch die Fürsprache unter anderem von Marta Feuchtwanger und Katia Mann eine Stelle als Dramaturg bei der DEFA erhielt. Bis zu seiner Pensionierung 1972 wirkte er so an zwölf Spielfilmen mit, darunter „Goya“, „Lotte in Weimar“ und „Die Toten bleiben jung“. Erst in den 1980er Jahren konnte sich Janka wieder in DDR-Publikationen zu Wort melden, wobei vor allem der Spanische Bürgerkrieg im Mittelpunkt stand. Am 1. Mai 1989 erhielt er, nur wenige Monate vor dem politischen Umbruch im Land, den Vaterländischen Verdienstorden in Gold.³¹¹ Nach der „Wende“ erfolgte schließlich Jankas Rehabilitierung und seine Wiederaufnahme in die Partei, die sich damals gerade in SED/PDS umbenannt hatte. In der Folge war er für den Ältestenrat der PDS tätig.³¹² Verstorben ist er 1994 in Potsdam.

Wolfgang Harich war nach seiner Haftentlassung von 1965 bis 1979 als freier Mitarbeiter für den Berliner Akademie-Verlag tätig, wo er die Gesamtausgabe der Schriften Ludwig Feuerbachs betreute. Daneben beschäftigte er sich als „Forscher im stillen Kämmerlein“³¹³, wie Siegfried Prokop schreibt, mit dem Schriftsteller Jean Paul³¹⁴. Seine diesbezüglichen Forschungsergebnisse wurden 1968 in der DDR und der BRD in Buchform publiziert.³¹⁵ Ab Ende der 1960er Jahre beschäftigte er sich mit Politischer Ökologie und veröffentlichte unter anderem bei Rowohlt 1975 das Aufsehen erregende Buch „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘“,³¹⁶ Nach seiner Invalidisierung lebte Harich ab 1979 zeitweilig in Österreich und der BRD. 1981 kehrte er in die DDR zurück, wo er 1987 im Zusammenhang mit der Debatte um die Bewertung Nietzsches noch einmal

³⁰⁹ vgl. Prokop: 1997, S. 155- 69.

³¹⁰ Beide wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, Walter Janka 1960 nach vier (einschl. Untersuchungshaft) von fünf, Wolfgang Harich 1964 nach acht von zehn Jahren. -vgl. Rohrwasser: 1990, S. 122f u. Prokop: 1997, S.126.

³¹¹ vgl. Rohrwasser: 1990, S. 123f.

³¹² vgl. Marschall: 1994, S. 127.

³¹³ zit. n. Prokop: 1997, S. 127.

³¹⁴ Jean Paul (1763- 1825). -Anm. d. Autors.

³¹⁵ vgl. Prokop: 1997, S. 137.

³¹⁶ vgl. ebd., S. 144 -55.

für ein gewisses Aufsehen sorgte.³¹⁷ 1990 erfolgte auch seine Rehabilitation. Von 1992 bis 1994 war er Vorsitzender der Alternativen Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte, die er mit anregte als Antwort auf die von Rainer Eppelmann geleitete vom Bundestag eingesetzte, die Harich für einseitig in ihrer Ausrichtung gegen die DDR hielt. 1992 trat er der KPD bei, die er jedoch schon ein Jahr später verließ. 1994/95 war er Mitglied der PDS. Harich verstarb 1995, fast genau ein Jahr nach Janka, in Berlin.³¹⁸ Eine Versöhnung zwischen Harich und Janka kam bis zuletzt nicht zustande.

Literatur

- Behrens, Alexander: Johannes R. Becher. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien, 2003.
- Bingen, Dieter: Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde-Landsberg a.L., 1998.
- Caysa, Volker / Tietz, Udo: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig, 1997.
- Crusius, Reinhard / Wilke, Manfred: Polen und Ungarn 1956. Eine Dokumentation, in: Medwedew, Roy et al.: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M., 1977, S. 82- 164.
- Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation., o. A. (1990). Berlin.
- Feist, Peter: Wolfgang Harich und die Hegeldiskussion der 50er Jahre in der DDR, in: Prokop, Siegfried (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich. Berlin, 1996, S. 53- 60.
- Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. Berlin, 2003.
- Gibney, Frank: The Frozen Revolution. Poland: A Study in Communist Decay. New York, 1959.
- Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR. Berlin, 1993.
- Hodos, George Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954. Berlin, 2001.
- Hoensch, Jörg K.: Ungarn-Handbuch. Geschichte-Politik-Wirtschaft. Hannover, 1991.
- Hoffmann, Dierk: Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung. Zürich, 2003.
- Jahn, Jürgen: Geraubte Jahre. Der Lebensweg des Bernhard Steinberger, in: Utopie kreativ 153/154, Berlin, 2003, S. 741- 750.
- Janka, Walter: Spuren eines Lebens. Berlin, 1991.
- Jung, Werner: Hartmann, Paul Nicolai, in: Lutz, Bernd (Hrsg.): Die großen Philosophen des 20. Jahrhunderts. Biographisches Lexikon. München, 1999, S. 182- 185.
- Kersten, Heinz: Aufstand der Intellektuellen. Wandlungen in der kommunistischen Welt. Ein dokumentarischer Bericht. Stuttgart, 1957.
- Kießling, Wolfgang: Exil in Lateinamerika. Leipzig, 1980.

³¹⁷ vgl. ebd., S. 155- 69.

³¹⁸ Zu Harich nach dem politischen Umbruch in d. DDR 1989/90 vgl. ebd., S. 169- 89.

Kießling, Wolfgang: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundschaftskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin, 1994.

Kießling, Wolfgang: Leistner ist Mielke. Schatten einer gefälschten Biographie. Berlin, 1998.

Knoll, Viktor /Kölm, Lothar (Hrsg.): Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Berlin, 2. Aufl., 1999.

Kühnl, Reinhard: Lukács, Georg, in: Lutz, Bernd (Hrsg.): Die großen Philosophen des 20. Jahrhunderts. Biographisches Lexikon. München, 1999, S. 291- 298.

Lenin, Wladimir Iljitsch: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. Berlin, 21. Aufl., 1988.

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln, 20. Aufl., 2001.

Litván, György / Bak, János M. (Hrsg.): Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand - Vergeltung. Wien/Budapest, 1994.

Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler. Berlin/Weimar, 4. Aufl., 1988.

Marek, Franz: Der XX. Parteitag der KPdSU und die kommunistischen Parteien Westeuropas, in: Medwedew, Roy et al.: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M., 1977, S. 177 -193.

Marschall, Judith: Aufrechter Gang im DDR-Sozialismus. Walter Janka und der Aufbau - Verlag. Münster, 1994.

Medwedew, Roy et al.: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt a.M., 1977.

Mittenzwei, Werner: Im Aufbau-Verlag oder Harich dürstet nach großen Taten, in: Dornuf, Stefan / Pitsch, Reinhard (Hrsg.): Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Band I. München, 1999, S. 211- 243.

Mittenzwei, Werner: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000. Leipzig, 3. Aufl., 2002.

Podewin, Norbert: Walter Ulbricht. Eine neue Biographie. Berlin, 1995.

Prokop, Siegfried: Wolfgang Harich -Leben und Werk, in ders.(Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich. Berlin, 1996, S. 14 -25.

Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin, 1997.

Rohrwasser, Michael: Wer ist Walter Janka? Eine biographische Notiz, in: Janka, Walter: Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin/Weimar, 1990, S. 115- 124.

Schiller, Dieter: Hefte zur DDR-Geschichte 61. Der "Donnerstagskreis" im Berliner Club der Kulturschaffenden im Herbst 1956. Berlin, 2000.

Warnke, Camilla: „Ich lasse auf Hegel nicht schießen!“ Wolfgang Harichs Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie 1951- 1954, in: Dornuf, Stefan / Pitsch, Reinhard (Hrsg.): Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Band II. München, 2000, S. 507- 547.

Marko Ferst

Die Weite im Wissen

Was ist
wie kommt
die Entscheidung
von hier nach dort
wo bitte ist das Volk?

Was ist
wie kommt
Politik
von unten nach oben
mit wem
von wo
durch wen
welcher Wille
vollstreckt sich
in Gesetzen?

Das Volk folgt denen
die ihm die Wahl lassen
die Stimme abzugeben
mit der man die Macht hatte
zu glauben
man hat das Sagen
aber es ist nur
eine feindliche Übernahme
der Insignien
vom Volk zur Partei
und nun ist die Macht auf und davon
kommt hier und da zum Vorschein
aber sie geht nicht vom
Volke aus
sondern zum Volke hin

Manche Macht geht
von produktivem Besitz aus
und an reinem Geld
klebt sie geradezu
hin und wieder
sammelt sie sich auch
an einigen Stellen im Staat
was ist daran die Macht
die ausgeht
und welche Macht geht ein
was verfügt da über wen
ist am Ende eine Maschine
der Sieger
und regiert uns
wir sind folgsam
umstellt vom Sachzwang

Würden alle über jedes entscheiden
käme man nie zu einem Ende
nicht jeder kann alles
auf einmal verstehen
aber doch das ein oder andere
wäre zur Abstimmung fähig
Parteispitzen
müßten nicht immer
alles besser wissen
mit der ergriffenen Macht des Volkes
auch reicht es nicht
in Zukunft
ein paar Brocken hinzuwerfen
die hinter hohen Hürden
auf Auswahl zählen

Wie ist
wie wird
die Entscheidung von heute
verwandelt in die Ohnmacht
von morgen
welche Stimmen und welche Politiker
stiften
mit ihrer Freiheit

die Unfreiheit
der Nachgeborenen
sind wir vor lauter Bauplänen
abgekommen vorzusorgen
holt uns das eigene Handeln nicht ein
weil wir die Rechnungen
ignorieren können
die wir nicht selbst
zu bezahlen brauchen

(Marko Ferst, aus dem Gedichtband „Ohne gezüchtete Dornen“, vorgetragen
in der Lesung auf der Ferienakademie in Augustusburg)

Marko Ferst

Herbstbeginn in Augustusburg

Weißer Fassaden mit orangefarbenen Fensterläden, alles von warmem Licht bestrahlt. Oberhalb der viereckigen Schloßtürme auf dem Dach tiefes Nachtschwarz. Die Sterne scheinbar wie gelöscht. Der Anzeiger der Sonnenuhr neben dem Torbogen an der Schloßwand ist unsichtbar vor der blauen Hintergrundfarbe. Die richtige Uhr zeigt auf neun. Römische Zahlen. Vom Schloß aus mit Blick über die Außenmauern verschwanden die vielen Lichter des tiefer liegenden Ortes hinter Baumgeäst und Blättern. Noch heute hatte sich die ganze Sonnenkraft entfaltet. Das Thermometer zeigte Hochsommertemperaturen an. Am nächsten Morgen ballen sich Wolkenmassive zusammen, so als wollten sie augenblicklich auf die Wälder an den Hängen hinabstürzen. Sturmwind griff tosend in mächtige Buchenkronen hinein. Irgendwo kracht ein toter Ast auf den Waldboden, zerbricht in Stücke. An Planen und grünen Schutznetzen auf der Schloßbaustelle zeren die Naturkräfte. Doch alles bleibt an seinem Platz.

Im Ort werden die Kastanienbäume durchgeschüttelt, in Augustusburg gibt es etliche davon. Die grünen Stachelbälle plauzen reihenweise auf die Erde, platzen auf und setzen ihre braunen Früchte frei. Von frisch gepflügten Feldern heben Sandwolken ab und ziehen weite Strecken über das Land. Am Tag darauf ist die Herbstkälte und das regnerische Wetter wieder vorbei.

Im Innenhof des Schlosses liegt eine Fas-

sade hinter Baugerüsten, ebenso die Außenseite am Eingangstor. Ein kleiner Kran steht bereit für Lasten, die emporgehoben werden sollen. Hinter aufgestellten Zäunen liegt sorgfältig geordnet Baumaterial für Restaurierungsarbeiten. Neu gedeckt wird das Dach, kupferne Regenrinnen angebracht.

Im hügeligen Land weit ab weiße Dreiflügler, die Winde zu Strom spinnen. Verstreut einige Waldflecken, hinter Herbstbäumen in flachen Tälern verstecken sich kleine Dörfer. Kirchturmspitzen ragen hervor und einige Hausflecken lassen sich erkennen. Am Schloß führt ein Falkner die Flug- und Jagdkünste seiner Raubvögel dem Publikum vor. Ein Seeadler fliegt dicht über die Köpfe der Menschen hinweg. Er pendelte zwischen zwei Falknern hin und her, landete jeweils auf dem lederbespannten Unterarm, in der Gewißheit, einen Leckerbissen zu erhalten. Mehrfach greift er auch Beute aus einem kleinen Wasserbecken auf. Eine Eule durfte gar auf dem Rückengefieder gestreichelt werden. Auch ein junger Geier gibt seine Flugkünste zum Besten. Doch der denkt gar nicht daran, sich an die Wünsche der Falkner zu halten. Mitten auf der kurzen Flugstrecke landet er auf dem Boden, blickt sich um, galoppierte in Richtung Publikum. Er hatte einen kleinen lila Rucksack entdeckt, stürzt auf ihn zu. Blitzschnell wand er seinen Kopf hinein, um den Inhalt zu untersuchen. Ein Falkner rannte zu seinem Zögling, um ihn davon abzuhalten, den ganzen Rucksack auszuräumen. Auch danach dachte der Geier nicht daran, seine Flugkünste zu zeigen und kasperte auf der Schloßmauer

herum. Bevor er wieder an seine Kette kam, versucht er erneut denselben Rucksack unter Beschlag zu nehmen, büxst dorthin aus. Selbst von den davor gestellten Beinen läßt er sich von seinem Vorhaben nicht abbringen.

Passagiere, die in Erdmannsdorf aus dem modernen roten Regionalzug aussteigen, können annehmen, sie befänden sich auf einem Bahnhof noch ganz in DDR-Zeiten angesiedelt. Nur ein kleines Hinweisschild der Bahn verrät das fortgeschrittene Datum. Das einstige Gebäude für Güterabfertigung und das zugehörige Gleis verschwinden im Naturgrün.

Mit einer Drahtseilbahn erreicht man das höher gelegene Augustusburg. Eine Frauenstimme erzählt den Passagieren einiges über die Geschichte des Gefährts. Versichert wird, die Seile, die die schräg konstruierten Wagen ziehen, könnten nicht reißen, und überdies seien Bremsen in Funktion, die blitzschnell die Räder festkrallen und eine Geisterfahrt nach unten stoppen würden. Einen Fahrer gibt es nicht. In der Mitte der Stecke treffen sich an einer Ausweichstelle die Wagen, die nach oben bzw. unten fahren.

Einige der Bäche in den umliegenden Nadelwäldern liegen völlig ausgetrocknet. Der Sommer war lang und hatte viele Rekorde gebrochen. Eine Wandergruppe schritt den Naturlehrpfad entlang. Erfolgreiche Pilzsucher, ein Ehepaar, kommen ihnen entgegen. Mit der Gruppe nicht mithalten kann oder will eine grauhaarige schlanke Frau. Die Nachzüglerin pfeift ein Lied vor sich hin und macht keine Anstalten aufzuholen.

Nach einiger Zeit kommen die Wanderer im Tal in Erdmannsdorf bei der Boden-

station der Drahtseilbahn an. Im Ort gibt es mehrere neu renovierte Fachwerkhäuser. Etwas abseits liegen mehrstöckige Fabrikgebäude, Ruinen, daneben ein hoher Industrieschornstein. Seit den Wendezeiten wird hier nichts mehr produziert, wie an so vielen Orten in Ostdeutschland. Oben auf dem Berg thront das kastenförmige weiße Schloß mit den dunklen Dächern und den eckigen kleinen Turmaufsätzen. Etwas abseits davon ragte der Augustusburger Kirchturm aus den Waldflächen heraus. Eine Straße führt steil von der Bergstation der Drahtseilbahn zum Schloßtor, vorbei an etlichen kleinen Läden. Oben am Schloß befindet sich auch ein Pranger. An einem Steinfeiler wurde früher mit einer eisernen Schelle um den Hals der Delinquent vorgeführt. Ein Schild verweist auf streitende Frauen und Diebe, die hier bevorzugt festgesetzt wurden. Im Folterkeller des Schlosses kann man spanische Stiefel und andere Instrumente für die Verstümmelung von Menschen im Mittelalter besichtigen. Als besonders barbarisch wird die Hinrichtung mit dem eisenberingten Rad beschrieben. Zunächst werden dem Todeskandidaten alle Knochen damit gebrochen, dann alle Gliedmaßen willkürlich um das Rad gewickelt. Alles zusammen wird dann mit einem Mast in die Höhe gehoben. Krähen besorgen dann im Laufe der Zeit den Rest.

(Oktober 2003)

Ferienakademie auf der Augustusburg 20.9. – 26.9.2003

	Samstag 20.9.2003	Sonntag 21.9.2003	Montag 22.9.2003	Dienstag 23.9.2003	Mittwoch 24.9.2003	Donnerstag 25.9.2003	Freitag 26.9.2003
Frühstück	Anreise	Stipendiatische Vollversammlung	Kunst- und Kulturpol. EU Ländlicher Raum Zukunft der PDS Kritische Geschichte	Mathematik EU Krimi Philosophie Irak – Iran Kunst- und Kulturpol.	Exkursionstag		Abreise
9:00-12:30							
Mittagessen	Stipendiatische Vollversammlung	Stipendiatische Vollversammlung	Kunst- und Kulturpolitik Kritische Geschichte Philosophie Ernährungsmythen Zukunft der PDS	Krimi Wissenschaftstheorie Kritische Psychologie med. & gesundheitspol. Entwicklungen Irak – Iran Zukunft der PDS		Philosophie Ost-West-Linke Nahost Gender Tod und Gesellschaft Entwicklungstheorien	
14:00-17:30							

Abend-
essen

Abends

Schloss-
führung

Beschluss
-
fassungsp
arty

Rosa-
Luxemburg-
Abend

„Marx in Soho“
mit J.
Kretzschmar

Chemnitz

Grill,- Spiele-
und Videoabend

Liebe Mitstipis! Dieser Ablaufplan funktioniert wie ein Vorlesungsverzeichnis. Mehrere Veranstaltungen laufen parallel in Blöcken (Vormittag 9-12.30 Uhr und Nachmittag 14.-17.30 Uhr). Ihr könnt euch euren eigenen Plan zusammenstellen. Je nachdem, was zeitlich einzurichten ist und euch inhaltlich interessiert, könnt ihr an so vielen Veranstaltungen teilnehmen, wie ihr wollt. Eure Anmeldung zu den einzelnen Workshops brauchen wir jedoch für die Raumplanung

<p>AK EU (Mo & Di jeweils 9-12:30)</p> <p>Ergebnisse Prag / Bratislava Inhaltliche Auswertung und mediale Präsentation unseres Workshops in Prag und Bratislava vom 23.-30.8. zum Thema „GATS und Maus - Probleme des ländlichen Raumes und der Jugend unter den Bedingungen der GATS-Geheimverhandlungen und des EU-Beitritts“.</p> <p>Europäische Außenpolitik Der AK Europa will die Ferienakademie nutzen, um einen Austausch von Informationen und eine Diskussion um die Dimensionen der europäischen Militärlpolitik zu ermöglichen. Dabei werden zunächst folgende Fragen von strategischer Relevanz für die Diskussion sein: Welche Interessen verfolgen die Mitgliedstaaten der EU im Rahmen der GASP? Wie wird die GASP strategisch ausgerichtet? Wo liegt der „deutsche</p>	<p>AK Kritische Geschichte (Mo 9-12:30 & 14-17:30)</p> <p>Geschichte und Dialektik Kritische Wissenschaft steht vielfach in einer Frontstellung gegenüber „poststrukturalistischen“ und „post-marxistischen“ Ansätzen. Mit Werner Seppmann konnte ein pointierter Kritiker postmoderner Theoriebildung als Referent gewonnen werden. Der Philosoph Seppmann versucht in der Tradition von Georg Lukacs und Leo Kofler marxistisches Denken zu erneuern. Das von Seppmann referierte Thema ist daher nicht nur für HistorikerInnen, sondern grundsätzlich für engagierte WissenschaftlerInnen von Bedeutung.</p> <p>Tagung Making History Im zweiten Teil trifft sich der AK Kritische Geschichte u. a. zur</p>	<p>AK Ländlicher Raum (Mo 9-12:30)</p> <p>Probleme des Ländlichen Raumes aus systemtheoretischer Sicht sowie den Perspektiven unterschiedlicher Wissenschaften und Wissensgebiete (Demographie, Regionalwissenschaften / Geographie, Volkswirtschaft / Ökonomie etc.) Hier geht es zunächst um die inhaltliche und begriffliche Näherung: Ländlicher Raum (LR) ist mehrfach belegt! Wenn wir uns mit diesem Problem beschäftigen wollen, dann ist aber auch das Gegenstück wichtig – die Stadt. Es gibt recht unterschiedliche Verteilungen städtischer Zentren im LR mit unterschiedlichen „Reichweiten“ der Zentralität. Besonders spannend sind die Unterschiede von Stadt und Land hinsichtlich gesellschaftlicher Perspektiven. Aus Sicht der politischen Ökonomie, aber auch aus Sicht der politischen Positionen der Linken gibt es dabei ein (nicht ganz) eindeutiges</p>
--	---	---

<p>Beitrag"? Folgt Deutschland eigenen Interessen oder assistiert es anderen Militärmächten? Welchen Paradigmen folgt die gegenwärtige Außen- und Militärpolitik der Staaten des Nordens? Wo liegen Übereinstimmungen und Divergenzen der Interessen von EU und Vereinigten Staaten? Wie sind Überlegungen zu Europa als „hegemonialem Gegengewicht“ zu den USA zu bewerten? Taugt es als Bremse für den nordamerikanischen Unilateralismus, und was sind die Konsequenzen? Wie ist das Verhältnis zwischen USA, EU-Militärpolitik, mitgliedstaatlichen Militär-politiken und NATO? Wie entwickelt sich die Rolle des NATO-Militärbündnisses? Welchen strategischen Überlegungen folgt die teilweise strategische Einbindung Russlands? Welche Folgen lässt der Beitritt der osteuropäischen Staaten zur EU erwarten? <i>Jule Scharf</i></p>	<p>Vorbereitung der Tagung Making History (München, 10.-12. Oktober 2003). Sofern es möglich ist, werden einzelne Beiträge von StipendiatInnen vorab vorgestellt und diskutiert. <i>Richard Heigl</i></p>	<p>„Ausbeutungsverhältnis“, wobei der „Schwarze Peter“ auf dem Dorf zu Hause ist AK Wissenschaftstheorie /Grundkurs Dialektik (Di 14-17:30) „Wissenschaftstheorie“ ist vielleicht etwas zu hoch gegriffen, denn mir geht es um die recht praktischen Dinge, die man eigentlich beherrschen müsste, wenn eine Dissertation zu schreiben hat...! Dabei ist sowohl ein kleiner Grundkurs in Dialektik sinnvoll als auch eine Auseinandersetzung mit philosophischen Fragen der „Kybernetisierung“ der Wissenschaften in Folge der Entwicklung und Einbeziehung mathematisch-quantitativer Methoden in die Aussagensysteme verschiedener Wissenschaften. Besonders interessant ist in diesem Zshg. die Wirkung des Ideentransfers von einer zur anderen Wissenschaft, ohne die nötige Komplexität zu erreichen. – Viel Streitbares! <i>Dr. Wolfgang Weiß Uni Greifswald</i></p>
---	--	---

<p>AK Kunst- und Kulturpolitik (Mo 9-12:30 & 14-17:30, Di 9-12:30)</p> <p>Der AK wird sich mit drei Themenkomplexen befassen. Zunächst steht eine Verständigung über die <u>Begrifflichkeit von Kultur</u> an. Dabei wollen wir uns anhand von Kurzreferaten vor allem mit dem Kulturbegriff des wissenschaftlichen Sozialismus im 19. Jh. (Marx, Engels), seiner Erweiterung durch kommunistische Akteure in der ersten Hälfte des 20. Jh. (Lenin, Luxemburg, Gramsci...) beschäftigen, gewissermaßen die Grundsubstanz eines sozialistischen Kulturverständnisses, auf dessen Basis dann Politikkonzepte a la Bisky/Gysi „Kultur ist der Zweck von Politik“ diskutiert werden können.</p> <p>Auseinandersetzen wollen wir uns auch mit Kulturverständnis der klassischen Soziologie, die vor allem den „Prozess der Zivilisation“ beleuchtet, sowie mit der Entwicklung der Kritischen Theorie bei Adorno, Horkheimer und anderen, die den Diskurs um das Kulturverständnis kritisch mit den Auswirkungen der Verbrechen des Faschismus ins Verhältnis setzen. Vor</p>	<p>AK Mathematik (Di 9-12:30)</p> <p>Chaos in der Mathematik</p> <p>Als exakte Wissenschaft traut man es der Mathematik eigentlich nicht zu, aber sie kann auch das Chaos beschreiben. Dafür benutzt man Fraktale. Das sind Mengen im Raum, die die Eigenschaft der Selbstähnlichkeit besitzen, d.h. kleine Teile der Menge ähneln der gesamten Menge. Der Blumenkohl zum Beispiel kann als Fraktal betrachtet werden, weil die kleinen Röschen des Kohls dem gesamten Blumenkohl ähnlich sind. Prominente Vertreter dieser Mengen sind die Mandelbrot-Menge und das Sierpinski - Dreieck. Fraktale sind aber nicht nur schöne Bilder, sie lassen sich auch für die Bildbearbeitung und die Modellierung natürlicher Prozesse</p>	<p>AK Krimi (Di 9-12:30 & 14-17:30)</p> <p>Tatort Krimi</p> <p>In diesem Krimi-Workshop wollen wir uns dem Genre unter verschiedenen Fragestellungen nähern. Zunächst werden wir uns im Rahmen einer Präsentation von Kriminalromanen von Frauen und Ansätzen zu ihrer Analyse sowie einiger Kurzreferate einen Überblick über Geschichte und Theorie sowie über Bedeutung und Spielarten des Genres in unterschiedlichen Ländern (bisher Skandinavien, Afrika, Deutschland, englischsprachiger Raum) verschaffen. Anschließend werden wir uns Teile aus Romanen und einen oder mehrere Filme/Filmausschnitte gemeinsam anschauen. Mögliche Leitfragen für die Diskussion können sein: Wie wird das Böse konstruiert? Wie stellt sich das Verhältnis von Opfer und/oder Täter zur Gesellschaft dar? Wie wird Gewalt repräsentiert? Weisen Krimis von und</p>
---	---	--

<p>dem Hintergrund einer Debatte um den Begriff der „Zivil-gesellschaft“ eine notwendige theoretische Vorarbeit. Im zweiten Block wollen wir uns mit dem <u>Kulturphänomen en Sprache</u> unter geschlechtsspezifischen Aspekten beschäftigen und uns um eine Außenperspektive bemühen, bei der v.a. der <u>afrikanische Kontinent</u> im Zentrum steht. Dabei wollten Charles und Wilfred aus Ghana von ihrer Kultur berichten. Wie die afrikanische Kultur in Europa rezipiert wird, möchte die Afrikanistin Viola anschaulich machen</p> <p>Der dritte Block gibt dann an ausgewählten Beispielen einen konkreten Einblick, welchen Spielraum linke Politikansätze in der <u>realen Umsetzung von Kulturmanagement und Kunstpolitik</u> haben können. Die jeweiligen Projekte sind durch unsere Referenten verantwortet und durchgeführt worden.</p> <p>Die TeilnehmerInnen des AK's sind aufgefordert, spezifische Beiträge ihrer künstlerischen Arbeit bei der Ferienakademie zu präsentieren.</p> <p><i>Stephan Antczack</i></p>	<p>verwenden.</p> <p>Ziel des Vortrages ist es, euch einen kleinen Einblick in die mathematische Betrachtung des Chaos zu geben und zu verdeutlichen, dass Mathematik alles ist, nur nicht langweilig. (Es werden selbstverständlich keine mathematischen Kenntnisse erwartet, die über das Schulwissen hinausgehen.)</p> <p><i>Anja Hutschenreuter</i></p>	<p>über Frauen besondere Merkmale auf? Inwiefern unterscheiden sich Literatur und Film in Bezug auf eine medien-spezifische Verarbeitung des Stoffs? Und zuletzt: Warum ist der Krimi so populär? Welche Bedürfnisse kann er befriedigen?</p> <p><i>Lill-Ann Körber</i></p>
--	---	---

<p style="text-align: center;">AK Gender (Do 9-12:30 & 14-17:30)</p> <p>Tatort Afrika / Deutschland Im geplanten Arbeitskreis „Weißsein/Gender/Migration“ wollen wir uns interdisziplinär die Themen „Weißsein und Geschlecht in der Tradition deutscher Kolonialgeschichte“, „Feminismus im interkulturellen Streit“ (am Beispiel der afro-amerikanischen und afrikanischen Feminismus) sowie der Problematik der Migration, auch und gerade in Bezug auf Frauen erarbeiten. Die verschiedenen Strömungen des afro-amerikanischen und vor allem des afrikanischen Feminismus bieten viel Diskussionsmaterial in Bezug auf eine eigene Positionierung innerhalb des Feminismus und ebenso auf die Thematik der Konstruktion von „Weißsein“. Neben kurzen Textauszügen und Filmausschnitten wird der Arbeitskreis von Didier Chabi inhaltlich mitgestaltet.</p>	<p style="text-align: center;">AK Ernährungsmythen (Mo 14-17:30)</p> <p>Ernährungsmythen Ernährungsmythen. Es gibt allgemeingültige, die jeder kennt - "Wenn du nicht aufisst, wird morgen schlechtes Wetter." - und solche, die den letzten Erkenntnissen der Wissenschaft hinterher hecheln, z.B. der Eisengehalt des Spinats. Wir wollen gemeinsam mit euch über Ernährungsmythen sprechen und den einen oder anderen Mythos (er)klären. <i>Anja Möbius</i></p>	<p style="text-align: center;">AK Kritische Psychologie (Di 9-12:30)</p> <p>Schmerz und die Vermenschlichung der Welt – Sprachlosigkeit und deren politische Implikationen Die Grundlage dieses Workshops ist das Buch von E. Scarry „Der Körper im Schmerz“ (1992) und soll den Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung vom physischen Leiden als Ausgangspunkt für Entwicklung überhaupt analysieren. Die zentrale These ist, dass die gesamten gesellschaftlichen Strukturen auf dem Schöpfungsprozess (= Ersetzung von Schmerz durch materielle Schöpfung) beruhen, dass menschliche Entwicklung darin besteht, Leidenszustände zu überwinden und dass der Mensch als Schöpfer sich nicht nur der Welt anpasst, sondern dass über das aktive Gestalten der Welt die Welt über erweiterte Mittel der Bedürfnisbefriedigung auf das Individuum zurückwirkt, und es somit sowohl zu einem Prozess der Weltveränderung (Zivilisation) als auch der Selbstveränderung</p>
--	---	---

Der Filmemacher Didier Chabi zeigt in seinen Kurzfilmen immer auch die Probleme von ImmigrantInnen in Europa. Seine Bemühungen ranken sich um die Thematisierung der Alltagsprobleme von ImmigrantInnen, um die Realität der multikulturellen Gesellschaften Europas auch durch das Medium Film ins Bewusstsein zu rufen.

Viola Prsic henk

(Ausdifferenzierung von Fähigkeiten und Vervielfältigung des Empfindungsreich-tums usw.) kommt. Ziel soll sein, zu zeigen, dass die Aufgabe des Zivilisa-tionsprozesses (Vermenschlichung der Welt) es erforderlich macht, die Struktur des Erzeugens zu klären (Dinge sind ge-schaffen und somit prinzipiell veränder-bar), dass der Wissenschaft die Aufgabe zukommt, Begriffe für die Konkretisie-rung von Leidenszuständen/ Verletz-lichkeit und Sensibilität für Wahrneh-mungsschwächen zu entwickeln und somit zur Wiedergewinnung von Sprach-fähigkeit und Selbstobjektivierung bei-zutragen, um Entwicklungshemmnisse aufzuheben und sich die Sorge um die Objektivität anderer (Verteilung materieller Güter) und die Sorge um die ungeheure Menge von Leuten zu eigen zu machen, deren Körper ihr einziges Kapi-tal ist, und Entwicklung nicht als Diszi-plinierung, sondern als Ausdehnung (Menschen wollen ihr Leben verbessern) zu begreifen.

Susanne Lide ritz

<p>AK Ost-West-Linke (Do 9-12:30 & 14-17:30)</p> <p>What's the difference?</p> <p>Spätestens nach der letzten Ferienakademie haben es dann auch wir verstanden: Eine Kluft geht um in der Stipendiat-Innenschaft. Entlang zentraler Fragen der Politischen Moral und der Politischen Kultur zeigen sich erhebliche Gegensätze. Nun sind unterschiedliche Auffassungen und auch erhebliche Unterschiede in der Bewertung politischer Fragen keineswegs verwunderlich oder besorgniserregend, schon gar nicht in der Linken. Diese Gegensätze scheinen uns aber über die bekannte Pluralität linker Auffassungen hinauszugehen. Sie gründen vielmehr zum Teil, so unser Eindruck, in der jeweiligen Herkunft aus der alten BRD oder der DDR. Alle, die an der Diskussion mit Erhard Crome bei der letzten Ferienakademie teilgenommen haben, werden wissen, wovon wir sprechen. Denn die Auf-geladenheit und</p>	<p>AK medizinische & gesundheitspolitische Entwicklungen (Di 14-17:30, Do 9-12:30)</p> <p>Tatort Thüringer Landtag. Aus der Arbeit der Enquete-Kommission zur Wahrung der Würde menschlichen Lebens in Grenzsituationen am Beispiel von Entscheidungen zur pränatalen Diagnostik</p> <p>1. Block: -Vorgestellt wird zunächst die Bedeutung und Arbeitsweise von Enquete-Kommissionen als eine Form der parlamentarischen Demokratie (Möglichkeiten und Grenzen) -Was kann eine solche Kommission in einem einzelnen Bundesland bewirken, wenn es doch nun bereits zum 2. Mal eine solche Enquete im Bundestag gibt?</p>	<p>AK Philosophie (Mo 14-17:30, Di 9-12:30, Do 14-17:30)</p> <p>Intellektuelle und die Macht in Deutschland</p> <p>Der Schwerpunkt des AK liegt auf der vergleichenden Betrachtung verschiedener politisch-philosophischer Konzeptionen zwischen Kritik und Apologie der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse. Verglichen werden die Deutungsmuster von Gesellschaft in historischer und politischer Perspektive sowie der Versuch direkter politischer Einflussnahme. Geplant sind drei Sitzungen mit jeweils einem einführenden Thema und einem Hauptthema.</p> <p><u>I. Sitzung:</u> 1. Versuch einer Begriffsbestimmung: „der Intellektuelle“ 2. Marxismus und Macht: Kritik, Putsch, Reform. Havemann, Harich, Bahro - Stellungnahmen zu Stalinismus und</p>
--	--	---

<p>Polarisierung schien dabei nicht nur der Thematik geschuldet, sondern wurde wohl auch in starkem Maße durch die jeweilige ostdeutsche oder westdeutsche politische Sozialisation und den spezifischen Erfahrungshorizont bestimmt. Unser Anliegen mit diesem AK ist es, die unterschiedlichen politischen Erfahrungen, die inhaltlichen und praktischen Entwicklungslinien der Ost- und der Westlinken offen zu legen und zu reflektieren. Dabei geht es keineswegs um ein Einebnen von Positionen, um falsche inhaltliche Kompromisse oder gar verordnete Konsensbildung. Vielmehr möchten wir zu einem Nachdenken über die jeweils <i>eigene</i> Herkunft und Situation und eine Auseinandersetzung mit den jeweils <i>anderen</i> anregen, und die oftmals unreflektierten unterschiedlichen Entwicklungen bewusst machen. Mit dem Hintergrund sollen inhaltliche Debatten dann auch ausgetragen werden, um zu einer Verständigung</p>	<p>- Kurzer Videofilm zu den neuen medizin-technischen Möglichkeiten auf dem Gebiet der menschlichen Reproduktion (30 min) -erste Diskussionsrunde zu dadurch entstandenen neuen gesundheitpolitischen und ethischen Fragestellungen – u.a.: Welche Folgen haben diese Technologien für unser Menschenbild? Soll die Erforschung und Anwendung dieser Technologien aus Steuermitteln erfolgen oder ist es Privatsache? Gibt es ein Recht auf ein (gesundes) Kind? Wird durch den Streit um diese Techniken und ihre Folgen eine erneute Debatte um den § 218 notwendig? Was ist und welchen moralischen und juristischen Status hat ein Embryo? 2. Block:</p>	<p>demokratischen Sozialismus</p> <p><u>II. Sitzung:</u> 1. Versuch einer Begriffsbestimmung „Macht“ 2. Philosophie und Macht: Helmut Plessner und Martin Heidegger - Stellungnahmen zum Nationalsozialismus</p> <p><u>III. Sitzung:</u> Das Thema ist noch offen, soll sich aber mit dem Verhältnis von Macht und Intellektuellen in der Bundesrepublik beschäftigen.</p> <p><i>Thomas Schubert</i></p>
--	---	--

<p>zwischen Ost und West zu kommen. Zentrale Spannungsfelder scheinen der Bezug auf den Staat/Nation, der Umgang mit politischen Organisationen und politischer Organisierung, unterschiedlicher Bezug auf die Themen der Neuen Sozialen Bewegungen, der Zugang zu Basisdemokratie, Selbstreflexion und Veränderung, Subjektivität, der Umgang mit politischen Freiräumen ...</p> <p><i>Katja Naumann, Niels Kohlrausch</i></p>	<p>- Weiterführung der Diskussion (wenn vorhanden Einbeziehung von Vorträgen von StipendiatInnen zum Thema) -Planspiel: Gentechnologie <i>Dr. Viola Schubert-Lehnhard</i></p>	
---	--	--

<p>AK Irak – Iran (Di 9-12:30 & 14-17:30, Do 9-12:30)</p> <p>Die Menschen des Iran. Die Menschen und der Iran. Religion und Iran. Wir und der Orient</p> <p>Im Sinne einer Betrachtung des Irans versuchen wir, selbstkritisch zu politischen und sozialen Entwicklungspotentialen vorzudringen und über die Folgen der westlichen Invasionen in Afghanistan und Irak Stellung zu beziehen.</p> <p>Besondere Bedeutung hat dabei unsere Sicht auf den Iran und die Perspektive der verschiedenen politischen und religiösen Gruppen im Iran auf uns.</p> <p><i>Oliver Haas</i></p>	<p>AK Tod und Gesellschaft (Do 14-17:30)</p> <p>In diesem AK wird ein semikonstruierter Fall (Datenschutz) einer Tumorpatientin geschildert und deren Krankheitsverlauf und ihre letzten Tage beschrieben. Das grundsätzliche Anliegen wird sein, anhand ihres Schicksals die Frage aufzuwerfen, welche Möglichkeiten das westliche Gesundheitssystem bietet, dieser hämatologischen Krankheit (Leukämie) Alternativen zu bieten.</p> <p>Ein Referent wird über die Organisation der Schweizer Krebszentren sprechen. Da er seit Januar in Leipzig an der Uni arbeitet, kann er einen ersten Vergleich beider Gesundheitssysteme und das jeweilige Handling dieser Erkrankung in den medizinischen</p>	<p>AK Zukunft der PDS (Mo 9-12:30 & 14-17:30, Di 14-17:30)</p> <p>Es handelt sich dabei um den Versuch einer kritischen Reflektion des Diskussionsprozesses in der PDS. Soziale Bewegungen als strategische Lösung oder Illusion von linkssozialistischer Politik? Wir wollen uns wie von Evelin Wittich gefordert, in den Diskurs um die PDS einklinken und dazu wissenschaftlich in den genannten Themenfeldern mit den bestehenden Arbeitsgemeinschaften der Stiftung und der Partei zusammenarbeiten, und diese kritisch beleuchten. Ziel ist es bis zum Chemnitzer Parteitag im Oktober ein gemeinsames Statement der StipendiatInnen zur strategischen Bedeutung der sozialen Bewegungen für die PDS und ihres neuen Programmwurfes abzugeben. Dazu sollte mit diversen AGs der Stiftung bzw. der Partei zusammengearbeitet werden. Auf der Ferienakademie soll der Workshop zu diesem Thema eine Position</p>
--	---	---

	<p>Versorgungskontext stellen. Da Frau L.s Diagnose zwar behandelbar ist, die Therapie leider aber einen negativen Verlauf nahm, stellt sich die Frage, was in Deutschland getan werden kann, einen würdigen Tod zu ermöglichen. Es ist geplant auch eine Palliativmedizinerin einzuladen, die schildern wird, was Palliativmedizin ist, welche Ziele und Handlungsspielräume zur Verfügung stehen und wie die Praxis in einer deutschen Sterbestation aussieht. Über diese Beiträge hoffen wir, in die Diskussion mit den Anwesenden zu kommen (hier ist die Geisteswissenschaft gefragt), um zum einen individuellen Fragen zur Verfügung zu stehen, zum anderen aber auch durch das Gespräch auf Brennpunkte im Umgang mit Tod in unserer Gesellschaft zu stoßen. <i>Claudia Klaus</i></p>	<p>erarbeiten, zu der wir Dr. André Brie einladen wollen (Er ist Mitglied des Europäischen Parlamentes, Europa- und Bundeswahlkampfleiter und hat maßgeblich an dem neuen Programmwurf mitgeschrieben). Dort wollen wir unsere bis dahin erarbeitete Kritik anbringen und mit ihm darüber diskutieren. Als Ergebnis der Ferienakademie soll dann das Statement entstehen, das zum Parteitag eingereicht werden kann <i>Malte Riechey</i></p>
--	--	---

<p style="text-align: center;">AK Nahost (Do 14 – 17.30)</p> <p>Chancen für den Frieden? Die politische Situation im Nahen Osten ändert sich so schnell, dass kaum eine vernünftige Prognose abgegeben werden kann über den Verlauf des Friedens- oder, wie böse Zungen sagen- des Kriegsprozesses. Der Arbeitskreis soll dazu dienen, sich nochmals die „hot topics“ im Nahen Osten zu vergegenwärtigen, die eine friedliche Beilegung des Jahrhundertkonfliktrehs so schwierig machen. Aufgrund dieser Kenntnisse sollen Chancen für den Frieden erörtert werden. Eine Frage ist sicherlich, ob nach dem Irakkrieg eine neue Chance für den Frieden besteht. Washington hat ja seit langem argumentiert, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes über Bagdad führe. Kann diese Rechnung aufgehen?</p>	<p style="text-align: center;">AK Religion des Fortschritts? (Do 14-17.30)</p> <p>Entwicklungstheorien des Westens und Alternativen In der Geschichte des Westens haben sich bestimmte Vorstellungen von Entwicklung herausgebildet und durchgesetzt, die man in Grundzügen der Ideen von Aristoteles bis zur Globalisierung nachzeichnen kann. Dazu gehören Überzeugungen wie dass die Menschheitsgeschichte "natürlichen" Gesetzmäßigkeiten folge, dass ein unaufhaltsamer Fortschritt statfinde, dass alle Völker und Gesellschaften der Welt letztlich den gleichen Weg gehen, dass dabei aber die "entwickelten" Länder den "unterentwickelten" Nationen voraus sind und deshalb das Recht zu einer dominanten Politik haben. Die Geschichte, wie sie tatsächlich stattgefunden hat, deckt sich teils mit dieser Ideengeschichte, sieht aber teils</p>
---	---

<p>Welche Bedingungen müssen erfüllt sein für beide „Seiten“ des Konfliktes, damit einer Annäherung möglich wird? Welche „Seiten“ gibt es überhaupt?</p> <p>Diese Frage sollen diskutiert werden im Austausch mit einem israelischen Friedensaktivisten, einem Vertreter der palästinensischen Civil Society, und einem Wissenschaftler, der sich eingehend mit den Konflikten in dieser Region beschäftigt hat. Im Rahmen der Diskussion um die Chancen für den Frieden soll auch die Rolle Deutschlands, bzw. Deutschlands historische Verpflichtungen und Einflussmöglichkeiten, zur Sprache kommen.</p> <p><i>Sonja Regler</i></p>	<p>auch gänzlich anders aus. So gibt es neben dem Fortschritt eine bis heute andauernde scheinbar unaufhaltsam wachsende Leidensgeschichte wie auch eine immer mehr zunehmende Herrschaft und Naturzerstörung, die dicht mit der technischen Entwicklung zusammenhängt.</p> <p>In diesem Workshop geht es um eine Kritik sowohl der Geschichte der westlichen Ideen von Entwicklung als auch der tatsächlich verlaufenen und verlaufenden Geschichte, also die im Namen von "Entwicklung" stattfindende Praxis, weiterhin um die Frage nach alternativen Entwicklungskonzepten und Utopien, die teils reformorientiert sind und teils – wie bei einigen indigenen Gemeinschaften Lateinamerikas – eine dem Fortschrittskonzept diametral entgegengesetzte Lebensweise anstreben.</p> <p><i>Daniel Stosiek</i></p>
--	---

AutorInnen

Stephan B. Antczack studiert an der Universität Potsdam Kunst und Geschichte

Michael Bromba promoviert an der Freien Universität Berlin im Fach Soziologie zum Thema „Die soziale Vererbung von politischen Orientierungen - Die Effekte von Alter, Generationen und Lebenslauf auf politische Orientierungen am Beispiel der Parteipräferenz“

Juliane Dylus studierte an der Universität Leipzig Literaturwissenschaft

Marko Ferst studiert an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft

Oliver Haas studiert an der HWP in Hamburg Politische Soziologie

Dr. Hella Hertzfeldt arbeitet im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Anja Hutschenreuter studiert an der Universität Jena Mathematik

Thomas Kachel promoviert an der Universität Leipzig im Fach Kulturstudien zum Thema „(Re)construction the National: Media discourses, state legitimacy and national identities in Britain and Germany 1982-1999“

Lill-Ann Körber studierte an Humboldt Universität Kunstgeschichte

Jan Korte studiert an der Universität Hannover Politische Wissenschaft

Claudia Loh studiert an der TU Berlin Ernährung, Lebensmittelwirtschaft und Sozialkunde

Stefan Mertens promoviert an der Universität Potsdam im Fach Philosophie zum Thema „Die juristische Vermittlung des Sozialen. Die Bedeutung des Rechts für die soziale Integration moderner Gesellschaften von G.W.F. Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts zur Philosophischen Anthropologie Helmuth Plessners und zum Pragmatismus Deweys“

Anja Möbius studiert an der TFH Berlin Lebensmitteltechnologie

Viola Prüschenk studiert an der Humboldt-Universität Berlin Afrikawissenschaft

Manuela Reinhardt studiert an der Universität Leipzig Ostslavistik

Sabine Schalm promoviert an der TU Berlin im Fach Geschichte zum Thema „Organisation und Struktur der Außenlager des Konzentrationslagers Dachau“

Julia Scharf studiert an der Humboldt Universität Berlin Russistik und Bibliothekswesen

Alexander Schlager studiert an der Universität Tübingen Soziologie

Thomas Schubert promoviert an der Freien Universität Berlin im Fach Philosophie zum Thema „Rudolf Bahro – ein deutsch-deutscher Denker zwischen vorgestern und übermorgen“

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt ist Philosophin aus Halle

Sven Sieber studiert an der Universität Chemnitz Politikwissenschaft

Prof. Dr. Alfons Söllner lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Chemnitz

Thomas Tetzner studiert an der Universität Chemnitz Politikwissenschaft

Dr. Wolfgang Weiß ist Geograph und Lehrbeauftragter an der Universität Greifswald